

## Neue Konstellationen: Europa, Osteuropa, Rußland

Mit diesem Schwerpunktthema für das vorliegende Heft wollten wir betonen, daß die angesprochenen neuen Konstellationen nicht nur auf Probleme der europäischen Integration verweisen. Vielmehr wollten wir darauf aufmerksam machen, daß für die Grenzverschiebung der genannten Regionen auch unterschiedliche Transformationspfade, kulturell-historische Kontexte und wirtschaftliche Möglichkeiten verantwortlich sind. Die Neustrukturierung Europas bedeutet auf der einen Seite, daß sich (West)-Europa nach Ostmitteleuropa ausbreitet bzw. daß sich Mitteleuropa an den Westen anschließt, ohne daß unterschiedliche Identitätsbildungen, Handlungsspielräume und historische Traditionen gänzlich eingeebnet würden. Weggefallen ist die Dominanz des politischen Einteilungskriteriums, während eine vielschichtige Kartographie der sich verändernden Regionen und Grenzziehungen noch auf sich warten läßt. Umgekehrt läßt sich feststellen, daß die Auflösung der ehemaligen Sowjetunion und die Neugründung eines immer noch multinationalen rußländischen Staates dessen Grenzen noch weiter nach „Osten“ verschob. Dieser Machtverlust und der nicht geklärte Charakter der Nationalstaatlichkeit Rußlands hat nicht zufällig Identitätsdiskurse mit sich gebracht und die Frage aufgeworfen, auf welche Traditionen sich Rußland berufen kann, um die Verunsicherungen zu kompensieren.

Insofern überrascht es nicht, daß vier Artikel der kulturellen und politischen Identität gewidmet sind, die zugleich aufeinander bezogen und kontrovers diskutiert werden können. Hinzu kommt, daß sich drei AutorInnen – wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung – auf die Ausführungen von S. P. Huntington über „Clash of Civilizations“ berufen. Huntington hat die These vertreten, daß nach der Auflösung des sozialistischen Lagers und bei den vorhandenen Globalisierungstendenzen die kulturell-zivilisatorischen Bruchlinien die politisch-ideologischen und ökonomischen ablösen werden.

Jutta Scherrer verfolgt die frühzeitige Rezeption von Huntingtons Arbeiten über den eigenständigen Kulturkreis Rußlands und kommt zum Ergebnis, daß sie besonders geeignet gewesen sind, die Einführung eines neuen Faches „Kulturologie“ an den Hochschulen zu legitimieren. Sie lastet allerdings dieser Disziplin an, mit den gleichen Lehrern, aber mit umgekehrtem Vorzeichen (Kultur bestimmt das Sein) die gleiche ideologische Funktion wahrzunehmen wie der abgeschaffte „Marxismus-Leninismus“. Als Materialbasis bearbeitete sie die neuen Lehrbücher sowie neue Klassifikationen in Katalogen. Annett Jubara untersucht andere philosophische Diskurse in Fachzeitschriften, interpretiert sie eher im Sinne eines interkulturellen Dialogs und korrigiert die Annahme, zwischen russischer Philosophie um die Jahrhundertwende und in sowjetischer Zeit habe es einen totalen Traditionsbruch gegeben. Neben diesen Diskursen ver-

diente noch der politologische über das „nationale Interesse“ Aufmerksamkeit, der von B. V. Mežuev in der Zeitschrift *Polis* (1/97) differenziert und periodisierend dargestellt wird. Vladimir Gutorov wiederum schätzt – anhand eigener Erfahrungen und westlicher Literatur – die Rolle der (politischen) Universitätsbildung positiver als Jutta Scherrer ein, wenn sie in universalistischer Absicht durchgeführt und nicht der Professionalisierung geopfert wird. Universitäre Autonomie und Erziehung müßten gerade in Rußland beibehalten werden, um die fehlenden Traditionen demokratischer politischer Kultur heranzubilden. Bei der Erörterung von politischen Konzepten scheint er jedoch mit der „Anti-Politik“ ostmitteleuropäischer Intellektueller – die sich gerade vom staatssozialistischem autoritären Stil abgrenzen wollten – zu streng umzugehen. Ähnlich verhält es sich mit der symbolischen Politik, die Mediendiskurse, Inszenierungen und soziale Bewegungen begleitet und nicht bloß die Massen verführt. Christoph Zürcher vervollständigt noch die vorgestellten Konzepte politischer Bildung und Kultur, indem er unterschiedliche nicht-akademische Identitätsformationen am Übergang von der Sowjetunion ins neue Rußland vorstellt und sie vor dem Hintergrund von Modernisierung, Partikularisierung, Ent- und Retraditionalisierung interpretiert. Angesichts dieser kulturellen Vielfalt weist er die Allgegenwärtigkeit der Kulturologie zurück und macht vor allem auf die Projekt-Identität aufmerksam, die sich deutlich vom legitimierenden und defensiven Typus abhebt. Die jüngere Studentengeneration hat offensichtlich eine optimistischere Einstellung gegenüber kulturellen Phänomenen in Rußland und Osteuropa, wie man sie den Exkursionsberichten und der neu eingeführten Rubrik „Aus der Werkstatt von Studierenden“ entnehmen kann. Diese Arbeiten runden zugleich die Repräsentanz von Regionen ab.

Nach dem relativen Übergewicht kultureller Thematik folgen zwei wirtschaftswissenschaftliche Beiträge über Tschechien (von Emil Voráček) und Sibirien (von Hans-Erich Gramatzki), die auf Kontinuitäten aus sozialistischer Zeit verweisen: auf den Vorsprung von Beziehungsnetzen vor rechtlichen Regelungen bei der Privatisierung in einem mitteleuropäischen Land und das zentralistische sowjetische Erbe bei der Formulierung einer angemessenen Regionalpolitik. Das Forum schließt mit einer Analyse des Südosteuropa-Experten Stefan Troebst über die Tätigkeit der OSZE in Krisenregionen Osteuropas, so daß auch internationale Organisationen in diesem Heft eine Berücksichtigung finden.

*PD Dr. Krisztina Mánicke-Gyöngyösi ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Schwerpunkt Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin und vertritt z. Zt. die vakante Soziologieprofessur.*

## Kulturologie – ein neues Konzept für altes Denken?

In einem aufsehen erregenden Artikel hatte Francis Fukuyama (stellvertretender Chef des Planungsstabes im State Department) 1989 das „Ende der Geschichte“ beschworen:<sup>1</sup> Er sprach vom „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit und dem Beginn weltweiter Gültigkeit der westlichen liberalen Demokratie“ (so wie sie hauptsächlich in den USA verkörpert ist) und des mit ihr verbundenen ökonomischen Liberalismus. 1993 hatte der amerikanische Politologe Samuel Huntington, Professor an der renommierten Harvard Universität, ebenfalls in einem aufsehen erregenden Aufsatz das Ende der politischen, ökonomischen und ideologischen Konflikte konstatiert als Antwort auf die zu Ende gegangene Epoche des Kalten Krieges und für die Zukunft den „Kampf der Kulturen“ (*clash of civilizations*) vorausgesagt.<sup>2</sup> Wie Fukuyama baute auch Huntington sein anfänglich als Thesen formuliertes Konzept zu einem umfänglichen Buch weiter aus, das 1996 unter dem Titel „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ erschien und heute weltweit von sich reden macht.\*

Huntingtons Aufsatz „Clash of civilizations“ aus dem Jahre 1993 war bereits ein halbes Jahr später in der russischen Zeitschrift *Polis* erschienen.<sup>3</sup> Diese lancierte Anfang 1995 eine grosse Debatte über die Thesen Huntingtons,<sup>4</sup> eine Debatte, die bis heute andauert und die vor allem Politiker und Politologen, aber auch Geopolitiker, Historiker wie auch (die neu ernannten) Kulturologen beschäftigt, von denen gleich die Rede sein wird.

Huntington selbst weilte im Januar 1995 in Moskau. Als Gast der Diplomatischen Akademie des russischen Innenministeriums konstatierte er in einem dort gehaltenen Vortrag, daß nach Beendigung des von Rußland verlorenen Kalten Krieges keine ideologischen, politischen und ökonomischen Faktoren mehr die Völker trennen würden; daß es um die Identitätsfindung in einer Kultur ginge und daß zu den bedeutendsten Weltkulturen, die im 21. Jahrhundert im Wettstreit (besser gesagt im Kampf) miteinander liegen würden, auch das sich „historisch mit dem orthodoxen Christentum identifizierende“ Rußland gehöre. Huntingtons Botschaft wurde in Rußland mit umso größerem Interesse aufgenommen, als für ihn die „christlich-orthodoxe Kultur“ sowohl die christlich-orthodoxen „slawischen Staaten“ Belarus, Bulgarien, Mazedonien und Serbien umfaßt als auch die christlich-orthodoxen „nichtslawischen Staaten“ Georgien, Armenien und Rumänien sowie – *last, but not least* – Länder mit „gemischter“ Bevölkerung (d.h. eine Bevölkerung, die teilweise orthodox ist und teilweise anderen Glaubensrichtungen anhängt) wie die Ukraine und Kasachstan: „Rußland trägt die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Stabilität der orthodoxen Staaten und Völker“.

Mit seiner auf Herder zurückgehenden These, daß Kulturen jeweils in sich und gegeneinander abgeschlossene

Ganzheiten bilden, hatte der „Spengler Amerikas“ unvermutet auch der Kulturologie-Welle in Rußland einen ungeheuren Auftrieb gegeben. Heute stützen sich selbst russische Politiker in ihrem Bemühen, den kulturellen Unterschied Rußlands zu Europa und zum Rest der Welt zu politisieren und in ihrer Stilisierung der russischen kulturellen Identität auf Huntingtons Thesen. So berief sich General Alexander Lebed' auf einer Konferenz in Berlin (im Oktober 1997) explizit auf Huntingtons These vom bevorstehenden „Kampf der Kulturen“ und warnte den Westen, seinen Einfluß über die historischen Grenzen seiner „Zivilisation“ (also in das Baltikum oder in die Ukraine hinein) auszudehnen. Zahlreiche andere Beispiele von Zjuganov, Žirinovskij, doch auch von Liberalen, sogenannten Demokraten, ließen sich nennen als ob Huntingtons Moskauer Diskurs (der schärfer formuliert war als die Rußland-Thesen in seinem Buch) die nationale Demütigung der Russen kompensierte.

Auch wenn Fukuyamas und Huntingtons Diagnosen höchst unterschiedliche Strategien bezwecken – ihre vereinfachenden Theorien, vor allem das von ihnen beschworene „Ende der Ideologie“ haben in Rußland vor allem diejenigen bestärkt, die meinten, das durch den Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus entstandene ideologische Vakuum durch eine neue Idee, sprich Ideologie wieder füllen zu müssen. Tatsächlich sind seit den letzten Jahren der „ideologischen Kreativität“ in Rußland keine Grenzen mehr gesetzt. Ich erinnere nur daran, daß im Juli 1996 der soeben wiedergewählte Präsident Boris Jelzin einen öffentlichen Wettbewerb ausschreiben ließ für die beste „nationale Ideologie“. Seine Begründung hierfür lautete wie folgt: Der Kampf allein gegen das Gespenst der Vergangenheit – den Kommunismus – reiche nicht aus, um die Grundlagen für die Zukunft zu legen. „Jede Epoche hat ihre Ideologie: Monarchismus, Totalitarismus, Perestrojka, Demokratie, doch nur heute haben wir (in Rußland) keine Ideologie“, so erläuterte Jelzin die Ausschreibung des Wettbewerbs.

Obwohl ein erster Preisträger längst ernannt wurde – ein Historiker und Abgeordneter des Parlaments von Vologda (Gurij Sudakov) –, führt die der Regierung nahestehende Tageszeitung *Rossijskaja Gazeta*, die den Wettbewerb ausgeschrieben hatte, regelmäßig bis heute eine Rubrik, zumeist eine ganze Seite ausfüllend, unter der Titelzeile „Wer sind wir?“ und „Wohin gehen wir?“. Hier kommen ebenso Angehörige der Intelligenzija wie „Stimmen aus dem Volk“ zu Wort, die neue Konzepte einer „russischen Idee“ vorlegen.

Die Fragen „Rußland, was bist du?“ und „Wer sind wir?“ werden seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer lauter gestellt. Antworten, Definitionen im Hinblick auf Herkunft, Religion, Sprache, Geschichte, Wertvorstellungen, Gewohnheiten, Gebräuche, Institutionen usw. finden auch Eingang in das, was heute von jedem Kultur-

wissenschaftler, genau so aber auch von jedem Publizisten, von jedem Politiker als Kulturologie im Munde geführt wird.

Kulturologie – russisch *kul'turologija* – ist ein Begriff, der insbesondere seit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums (Ende 1991) in Umlauf ist. Der Terminus existierte auch schon früher, besonders häufig wurde das Adjektiv „kulturologisch“ verwendet, doch ich selbst fand „kul'turologija“ in keinem der geläufigen Wörterbücher und Nachschlagewerke, die bis zum Ende der Perestrojka erschienen sind – mit einer einzigen Ausnahme: das von dem Institut für russische Sprache an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR 1984 herausgegebene Verzeichnis „Neue Wörter und Bedeutungen“.<sup>5</sup> Hier wird Kulturologie definiert als „der Bereich des Wissens, der mit dem Studium der geistigen Kultur der Gesellschaft verbunden ist“. Als Grundlage der Kulturologie gilt der Marxismus-Leninismus. Ihre Aufgabe besteht im „Kampf gegen die westliche bürgerliche und kleinbürgerliche Agitation, Propaganda und Ideologie“. Einer der in diesem Werk als beispielhaft angeführten Kulturologen, A. I. Arnol'dov, der sich bereits 1971 mit einem Aufsatz zur Kulturologie hervortat, hat 1993 eines der ersten Lehrbücher der inzwischen neu ernannten Disziplin „Kulturologie“ verfaßt.<sup>6</sup>

Arnol'dov, vormals Dozent für Marxismus-Leninismus, lehrt heute Kulturologie an der Russischen Verwaltungsakademie. Ich führe ihn hier als ein Beispiel unter vielen anderen an für die außerordentlich problematische „Wende“, wenn dieses Wort in diesem Zusammenhang überhaupt zu gebrauchen ist, die im Großteil der über das ganze Land verstreuten kulturwissenschaftlichen Institute stattgefunden hat. Die hier als Kultur oder Kulturwissenschaft gelehrt Disziplin wurde vormals von Lehrkräften betreut, die für Fächer wie „Marxismus-Leninismus“, „Wissenschaftlicher Kommunismus“ oder „Geschichte der KPdSU“ zuständig waren. Häufig sind es dieselben Lehrkräfte, die seit der „Transformationsperiode“ die alten Fächer in „neue“ konvertierten: jetzt heißen sie Philosophie, Wissenschaftstheorie, Geschichte der Religionen, Soziologie, Politologie. Eine grundlegend neue Betrachtung kultureller Phänomene war von dieser Seite aus offensichtlichen Gründen kaum zu erwarten. Fachliche Qualifikationen und methodologische Voraussetzungen fehlten nahezu allen. So lesen sich denn die neuen Lehrbücher zur Kulturologie oft genauso wie die alten Lehrbücher für Marxismus-Leninismus – nur eben mit umgekehrten Vorzeichen. Was früher verboten war oder kein Gegenstand der Lehre sein durfte, findet heute um so größeres Interesse. Die vormals stark kritisierten oder gar verfeimten russischen Religionsphilosophen, Soziologen und Schriftsteller (oft lebten sie in der Emigration) stehen jetzt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, während die ehemals offiziellen Texte und ihre Verfasser entweder nur beiläufig oder überhaupt nicht behandelt werden.<sup>7</sup>

Arnol'dovs „Einführung in die Kulturologie“ ist nur eines von vielen Lehrbüchern, die seit 1993 in schöner Regelmäßigkeit und erstaunlich großer Quantität, zunächst dank einem von der Soros-Stiftung finanzierten Wettbewerb, in den verschiedenen Regionen des Landes erscheinen.<sup>8</sup> Nahezu alle diese Lehrbücher reflektieren den Wunsch, ja den Willen, ein ganzheitliches Denken, ein ganzheitliches philosophisches und historisches Weltbild zu popularisieren. In nahezu allen diesen Lehrbüchern geht es um den globalen Erklärungsanspruch der Kulturologie. Oft wird der westliche Leser den Verdacht nicht los, daß es sich um einen Ersatz für den globalen Erklärungsanspruch der marxistisch-leninistischen „Methode“ (sprich Ideologie) handelt, um eine Ablösung des materialistischen Erklärungsmodells durch ein geistiges – wobei jedoch die Prämisse, „alles“ zu erklären, dieselbe blieb.

Die inhaltliche Umorientierung läuft zumeist auf eine mehr oder weniger große Popularisierung und Banalisierung der Geschichte der Kultur und der verschiedenen Theorien der Kultur hinaus. Dabei wird stets die moralische, ethische Funktion der Kultur in einer „organischen“ Gesellschaft hervorgehoben<sup>9</sup> – „Kultur als Moral“. Rußland wird als eigenständiger Organismus behandelt; es gilt als besonderer Zivilisationstyp, der sich bei großzügig denkenden „Westlern“ in die Universalkultur integriert, wogegen die „Ostler“ (um nicht zu sagen „Neoslavophilen“) Rußlands einen eigenen Ort in der Zivilisationsgeschichte wollen. Huntingtons Prognose vom Untergang der westlichen Zivilisation kommt zweifellos den Apologeten der russischen *samobytnost'* zu Hilfe.

*Mirovaja kul'tura* und *otečestvennaja kul'tura* werden einander gegenübergestellt. Im besten Falle dient *obščestvenno-kul'turologičeskaja kul'tura* als Überbegriff für beide. „Der Osten und der Westen als Idealtypen der Weltkultur“, so formuliert es ein Lehrplan. Denn so oberflächlich und zuweilen auch primitiv sich „Kulturologie“ in diesen Lehrbüchern präsentiert, letztere sind einer Analyse wert. Seit dem Studienjahr 1990/91 existieren die ersten Lehrstühle für Kulturologie. Eine Verordnung des russischen Erziehungsministeriums vom 30. Dez. 1993 führte ein vierjähriges Studium der Kulturologie ein, das mit einem Baccalaureat in Kulturologie abschließt. Wenig später wurde Kulturologie als eigenständiger Fachbereich registriert. Das inzwischen auf fünf Jahre angehobene Studienprogramm schließt mit dem Diplom in Kulturologie ab.

Heute ist Kulturologie an allen höheren Lehranstalten, Universitäten und technischen Hochschulen ein Pflichtfach. Jeder Student des Rechts, der Wirtschaftswissenschaften, des Ingenieurwesens usw. hat im ersten Jahr eine Vorlesung in Kulturologie zu belegen. Kulturologie ist somit „unversehens“ (oder auch nicht) an die Stelle der früher als Pflichtfach unterrichteten *obščestvennaja nauka* getreten, einer Art von „Staatsbürgerkunde“. Die Dozenten blieben, wie bereits gesagt, dieselben.

Der vom russischen Erziehungsministerium in allen Einzelheiten festgelegte Lehrplan für das Kulturologie-Stu-

dium liest sich wie eine Illustration zu der These „die Kultur bestimmt das Bewußtsein“. Das hier entwickelte kulturologische Programm ist die nahezu karikaturistische Umkehrung der alten These, nach der der sozial-ökonomische Unterbau das Bewußtsein bestimmt. Selbst die Sprachgebung dieser Leitlinien gemahnt an die vorangegangene ideologische Epoche. Eine der wichtigsten Verfasserinnen dieses Lehrplans fungierte früher als Parteisekretärin. Von ihr erhielt ich wertvolle Aufschlüsse über die Begründung und Einführung der neuen Disziplin.

Ich habe etwa ein Dutzend der neuen Kulturologie-Lehrbücher eingesehen. Alle Autoren schreiben der Kulturologie zu, eine integrierende Funktion auszuüben und ein ganzheitliches Konzept nicht zuletzt auch für die existentiellen Bedrängnisse und materiellen Nöte der russischen Gesellschaft anzubieten. Kulturologie appelliert an das „Geistige“ im Gegensatz zum „Rationalen“ oder zum „Intellektuellen“. Kulturologie fungiert als Sinngebung des Lebens und der Geschichte, wobei unter Kulturologie aber auch so unterschiedliche, für die russische Gesellschaft neue „Wertvorstellungen“ rangieren wie Ökologie, Kosmismus oder Esoterik.

Kulturologie wird aber auch als „fundamentale soziale Wissenschaft“ definiert, die eine „integrierende Funktion für die verschiedenen Systeme der Humanwissenschaften ausübt“. In seiner „Einführung in die Kulturologie“ wird diese von dem bereits erwähnten A. I. Arnol'dov als „methodologisch-systembildend für den Gesamtkomplex der Wissenschaften“ bezeichnet. Die Kulturologie liefere ein „globales System“, das auf der kulturellen – im Unterschied zur ökonomischen – „Gesetzmäßigkeit“ beruht.

Kulturologie soll mit den Worten dieses Autors „die breite Welt der Kultur an die Stelle des engen Horizonts von Politik und Ideologie stellen“. Sie soll die „bis vor Kurzem bestehende Lücke im Bildungssystem ausfüllen“, das die Grundlagen des Seins durch soziale Faktoren erklärte. Sozialwissenschaftler sind für den Autor mit Marxisten identisch. Sie hätten die grundlegende Tatsache ignoriert, der zufolge „jede soziale Dynamik als Umschwung innerhalb der Kultur beginnt, als Resultat neuer Wertvorstellungen und als Ergebnis verschiedenartiger soziokultureller Gesetzmäßigkeiten“.

Ich fragte im Herbst 1997 im INION nach bibliographischen Angaben zur „Kulturologie“ und erhielt eine Liste mit einigen hundert Werken. Zwar führten nur wenige den Begriff Kulturologie im Titel, doch ist bezeichnend, welche Schlag- bzw. Stichwörter die von der wissenschaftlichen Bibliothek durchgeführte Indexierung mit der „Kulturologie“ in Verbindung bringt (wobei die im folgenden angeführte Anordnung meine eigene ist):

*I. Zunächst handelt es sich ganz offensichtlich um die Zuordnung zu den für die Kulturwissenschaften spezifischen Fächern wie:*

Geschichte und Theorie der Kultur; Philosophie und Kultur; Philosophie der Kultur; Soziologie der Kultur.

*II. Darüber hinaus werden folgende wissenschaftlichen Disziplinen mit Kulturologie in Verbindung gebracht:* Soziologie; Sozialanthropologie; Religionsanthropologie; Ethnographie; Sozialpädagogik; Philosophie; Philologie; Literaturwissenschaft; Literaturkritik; Massenkommunikation; Soziodynamik; Theologie; Pädagogik; Ästhetik; Religion; Ontologie; Sozialpsychologie; Semantik; die semiotische Schule von Moskau-Tartu; Psychophysik (*psichofizika*).

*III. Thematisch steht Rußland im Vordergrund:*

Rußland auf der Suche nach seiner Identität; die „Besonderheit der russischen Kultur“; die kulturelle *samobytnost'* (Einzigartigkeit) im philosophischen und sozialen Denken Rußlands im 19.–20. Jahrhundert; die russische Idee; die russische Idee im Spiegel der ukrainischen philosophischen Kulturologie; die Wiedergeburt der russischen Kultur; die „eurasische Kulturologie“, das Eurasium; Weltkultur und nationale Kultur; Nationalstaat, Nationalkultur, Nationalsprache; der russische Staat; *russskaja svjatost'*; kulturologische Probleme der Regionen; Dialog der Kulturen zwischen Ost und West; Europa, europäische Länder; Westeuropa, westeuropäische Länder; Eurozentrismus.

*IV. Ferner geht es der Kulturologie um Kriterien wie:*

Sinn (*smysl'*); Ganzheitlichkeit (*celostnost'*); Werte (*cennosti*); Persönlichkeit, Individuum (*ličnost'*); Selbstbewußtsein (*samosoznanie*); Bildung (*obrazovanie*); Schaffenskraft (*tvorčestvo*); Gemeinschaft (*obščnost'*); Humanismus (*humanities*); Faktor der Freiheit.

*V. Schließlich gibt es Restkategorien aus unterschiedlichen Kontexten:*

Materielle Kultur (Stämme in Sibirien); geistige Kultur (*duhovnaja kul'tura*); Kulturträger (*dejateli kul'tury*); Tradition; der soziokulturelle Kontext (z.B. der Antisemitismus); soziale und kulturelle Dynamik; kultureller Relativismus; Marginalität; Massenkultur; Zivilisation; Kulturkrise; Ideologie, Utopie; Gesetzmäßigkeit (*zakonomernost'*) der Entwicklung der Kultur; Morphologie der Kultur; Mythos, Mythologie, *mifotvorčestvo*; interdisziplinärer *approach*; Metawissenschaft, Wissenschaft; Spiel, Spieltheorie; Theorie der Zyklen; Danilevskij, Spengler, Sorokin.

Die Vielheit dessen, was als Kulturologie angeboten wird, ist beeindruckend. Kulturologie erstreckt sich von historisierenden Darstellungen der Kultur in Form von Lehrbüchern über popularisierende Kulturgeschichten bis zur Wiederaufwärmung alter, im postsowjetischen Rußland jedoch erstmals gelesener „Kulturphilosophien“ und „Kultursoziologien“ wie Spengler und Toynbee. Nietzsche spielt eine ebenso bedeutende Rolle wie die Archetypenlehre von Carl Gustav Jung. Gelegentlich ist auch von „Kulturtheologien“ à la Tillich und Niebuhr die Rede. Die letzte Variante ist die „Kulturökologie“. Jede Zeitschrift, die etwas auf sich hält, hat seit den letzten Jahren eine besondere Rubrik „Kulturologie“ (die mit

Kunst, Sprache und Religion zusammenhängt) oder die noch eindeutiger „Rußländische Zivilisation“ überschrieben ist (was in diesem Falle mit Kulturologie identisch ist).

Sämtliche kulturologischen Manifestationen heben Kultur als geistige Tradition hervor, als Weltanschauung, Religion, Sprache, Kunst, Literatur, ja sogar als Wissenschaft – im Unterschied zur materiellen Zivilisation, unter der Politik, Gesellschaft, Technik und alltägliche Lebensweise (*byt*) verstanden wird. Kultur dient bei allen, die sich auf Kulturologie beziehen, als Identitätsfindung. Es geht um die Suche nach Identitäts- und Ganzheitsmodellen, für Rußland und für sich selbst. Der Bedarf an ihnen ist um so größer, als die dynamische Spannung der Kultur heute keine einheitliche Richtung und keinen einheitlichen Stil mehr besitzt. Der sozialistische Realismus, bis zur Perestrojka das einzige offiziell anerkannte ästhetische Paradigma, sucht heute seinesgleichen. An die Stelle der früheren Gleichmacherei ist eine Differenzierung getreten, deren Konturen sich aus der fast ausschließlichen Orientierung am Geld ergeben. Um so klagender erhebt sich der Ruf nach einem einheitlichen, vom Materiellen abgehobenen Modell.

Wie bereits erwähnt, kommt auch die in steter Veränderung begriffene politische Kultur nicht ohne Referenz auf die neue Bedeutung der alten Kultur für das gegenwärtige Rußland aus. In den programmatischen Schriften eines Zjuganov, Lebed', Žirinovskij feiert die Kultur fröhliche Urstände. Das zivilisatorische Paradigma kennzeichnet die Debatten aller politischen Gruppen – nur daß es zwischen Rußlands Ort in der Weltkultur und Rußlands Sonderweg oszilliert. „Westler“, „Ostler“, „Eurasier“ – sie alle finden hier ihren Ort.

Die Kulturologie wird in Kreisen früherer marxistischer Gesellschaftswissenschaftler vor allem aufgerufen, die „reiche Tradition der russischen religiösen Philosophie fortzusetzen“. Kulturologie wird effektiv im engen Zusammenhang mit einer Art von Geschichtsphilosophie gedacht, Kulturmodelle werden als Geschichtsmodelle konzipiert, ebenso emphatisch wie unpräzise als *istoriosofija* (Historiosophie) bezeichnet – ein den romantischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts entlehnter Begriff. Hier dominiert vor allem die „russische Idee“, die von der russischen Spiritualität bis zur russischen Staatlichkeit reicht. „Die russische Idee hat zwei Grundfesten: die Geistigkeit der russischen Orthodoxie und die Staatlichkeit der russischen Großmacht“ – so beschwört Kommunistenführer Gennadij Zjuganov seit 1995 die Kontinuität der russischen Geschichte und instrumentalisiert die „russische Idee“ für seine Partei. Von General Lebed' wie vom Nationalisten Žirinovskij ließen sich ähnliche Zitate anführen. Aber auch der bereits genannte Gewinner des von Jelzin ausgeschriebenen Wettbewerbs, der sich als Demokrat bezeichnet, sieht in seinen „Čest' principov russkosti“ ein zivilisatorisch-kulturalistisches Phänomen (hierzu gehört der russische Sinn für Gemeinschaft gegenüber dem westlichen Individualismus und die

Seele der Orthodoxie gegenüber dem Materialismus des Westens).

Rußland als „Führer der rechtgläubigen Zivilisationen“ – das hatten russische Denker und Publizisten wie Danilevskij und Leont'ev bereits im 19. Jh. verkündet. Rußland als besonderer Zivilisationstyp, als eigenständiger Organismus mit eigener Entwicklungsgesetzmäßigkeit, Rußland als Verkörperung einer kulturhistorischen und sittlichen Tradition: Das pseudowissenschaftliche Gedankengut des 19. Jahrhunderts wird von den neuen Kulturologen kritiklos reaktiviert, es dient heute dazu, Rußlands Ort in der Weltzivilisation zu beweisen.

Die Ambivalenz der Tradition macht sich dort am stärksten bemerkbar, wo die Tradition dazu bestimmt wird, Rußlands machtpolitische Erniedrigung zu überwinden. Die „russische Idee“ soll als neues/altes Selbstbewußtsein Rußlands in die Weltzivilisation eingebracht werden. Die Eigenständigkeit (*samobytnost'*) der russischen Kultur erscheint als „dritter Weg“, als aus dem Dialog der Kulturen erwachsene „große Synthese“. Die orthodoxe Religion als Merkmal der russischen Eigenheit, als Ursprung der russischen Kultur und Mentalität ist zum Allgemeinplatz der kulturologischen Debatte geworden. Das vom Kommunismus hinterlassene Wertevakuum wird aufgefüllt mit der alten russischen Ideologie, nur daß dieser ein scheinbar neues Gewand des zivilisatorischen Universalismus angelegt wurde. Die Orientierungsprobleme des heutigen Rußland suchen sich einen Ausweg im philosophischen Dilettantismus des 19. Jh. mit seinen schon damals veralteten ganzheitlichen Vorstellungen, der unreflektierten *histoire totale*. Das heutige Krisenbewußtsein wird deshalb mühelos als Analogie zum Krisenbewußtsein verstanden, das die Wende vom 19. zum 20. Jh. kennzeichnete. Die Kulturologie stiftet atmosphärisch den Sinn.

Nein, die politische Konjunktur der Kulturologie hat mit einer neuen „Kulturrevolution“ nichts gemein. Diese, aufs engste mit den Namen von Lenin, Stalin und Mao Tse Tung verbunden, wurde in Rußland wohl endgültig dem Vergessen überantwortet. Viel eher führt die Hinterfragung des kulturologischen Diskurses zu dem Schluß, daß die Kulturologie, wenn sie nicht gar als Therapie einer kranken Gesellschaft funktioniert, letztlich nur ein neues Konzept für ein altes Denken ist. Die post-sowjetische Kulturologie hat nichts mit der Postmoderne zu tun (was ihr zuweilen unterstellt wird), sondern einzig mit einem fatalen, weil falsch verstandenen Historizismus vom russischen Sonderweg.

Doch neben der staatsbürgerkundlichen, die „russische Idee“ instrumentalisierenden Kulturologie, wird an einigen wenigen, doch bemerkenswerten philologischen und historischen Lehrstühlen eine durchaus ernst zu nehmende Kulturwissenschaft betrieben. Zu nennen ist hier die vor sechs Jahren gegründete Universität für Humanwissenschaften in Moskau. Hier wird die von Jurij Lotman begründete semiotische Tradition weitergeführt, die in den 60er/70er Jahren erstmals den Begriff Kulturologie

verwendete. Allerdings war ihre Auffassung der Kulturologie mit der heutigen insofern nicht zu vergleichen, als die Berufung auf die Kulturologie als Textwissenschaft damals im völligen Gegensatz zur herrschenden Ideologie stand und indirekt einer Kritik, wenn nicht einem Angriff auf die offizielle Doktrin des Histomat gleichkam. Kultur wurde nicht als „Überbau“ betrachtet, sondern als zentrale, die Gesellschaft transformierende Triebkraft. Zudem suchte Lotmans Kulturologie in der Kulturgeschichte Orte der Erinnerung, an die sich zu erinnern offiziell verboten war. Das Ziel der Lotman-Schule (zu der man auch den Kultursemiotiker Boris Uspenskij zählen muß) war es, die russische Kulturgeschichte jenseits von Affirmation oder Kritik zu untersuchen. So wiesen Lotman und Uspenskij beispielsweise darauf hin, daß sich „die Modernisierung in Rußland nicht wie in Westeuropa als permanenter gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozeß vollzogen hat, sondern in einem Wechsel von längeren Phasen der Stabilität und kurzen Modernisierungsschüben, die sich nicht als natürliche, evolutionäre Entwicklungen, sondern als radikale, revolutionäre Umbrüche des Ganzen präsentieren.“<sup>10</sup>

Bis zu den frühen 90er Jahren haben sich Vertreter dieser Richtung wie die bedeutenden Historiker Aron Gurevič und Jurij Bessmertnyj sowie die ebenso bekannten Ethnologen Eleazar Meletinskij und Toporov (um nur einige wenige Namen zu nennen) in dem Lotmanschen Sinne als Kulturologen bezeichnet. Heute nehmen sie von der weiteren Verwendung dieser Bezeichnung für ihre eigene Tätigkeit nachdrücklich Abstand: Sie wollen weder mit der Vereinnahmung der Kulturologie durch ehemalige Marxisten-Leninisten etwas zu tun haben noch mit der Zweckentfremdung der Kulturologie durch ihre staatliche Monopolisierung in der Form von Staatsbürgerkunde.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, daß der Kulturbegriff im heutigen Rußland keineswegs Gegenstand eines kritischen Diskurses ist. Auch hat Kulturologie nahezu nichts mit der Kulturwirklichkeit zu tun. Der neue russische Kulturalismus erklärt sich auch nicht etwa durch die Dichotomie Natur-Kultur, die Beherrschung der modernen Welt durch die Naturwissenschaften. Das Postulat „zurück zur Kultur“ ist als Reaktion auf das materialistische Weltbild des Marxismus-Leninismus zu verstehen, als Antwort auf den wissenschaftlichen Kommunismus. In der sowjetischen Periode gehörte Kultur zum „Überbau“, heute sind die Geisteswissenschaften „in“. Humanwissenschaftliche Gymnasien und Universitäten entstanden seit der Perestrojka in eindrucksvoller Menge. Übersetzungen von Autoren wie Max Weber, Simmel, Dilthey, Windelband, Rickert, Cassirer, Husserl, Mannheim, Buber, Burckhardt, Durkheim, Bergson, James, Gadamer, Ricoeur, Fromm, Foucault füllen die Auslagen der neuen, zumeist privaten Buchläden. Gemessen an sowjetischen Verhältnissen (die in Bezug auf die Lektüre ja noch immer vorherrschen) sind das alles „neue“ Autoren. Der Nachholbedarf ist immens, unvorstellbar. Von daher kommt auch den heute so beliebten kulturologi-

schen Anthologien mit ihren kurzen und daher oft ambivalenten Auszügen aus Nietzsche, Spengler, Toynbee, Jung usw. eine große, besondere Bedeutung bei. Was dem westlichen Kulturhistoriker auf den ersten Blick als banal erschreckt, hat im russischen Kontext einen ganz anderen Stellenwert.

Die in den Debatten über Rußlands Weg nach 1991 immer häufiger vernehmbaren Referenzen auf „Kultur“, „Philosophie“, „Persönlichkeit“, „Humanismus“, „Glaube“, „Moral“ verweisen eindeutig auf die Suche nach geistigen im Unterschied zu sozial-ökonomischen Prioritäten. Gegenüberstellungen von „Zivilisation und Barbarei“, „Apokalypse (Chaos) und Eschatologie“ bilden den emotionalen Hintergrund. In diesem Zusammenhang stellt die *kul'turologija* eine Gegenkraft dar, gleichsam einen Ausweg aus der auswegslos scheinenden Situation.

Was ist nun Kulturologie wirklich? Ein modisches Wort, ein *passepourtout* für ein neues Ideenglomerat, ohne das manch ex-sowjetischer *intelligent* nicht mehr auszukommen meint? Den Begriff weiß auch in Rußland niemand exakt zu definieren. Noch ist die wiedergefundene Freiheit des Denkens zu stark in Spekulationen und Selbstreflexionen befangen, als daß eine bloße begriffs- oder sprachgeschichtliche Rekonstruktion möglich wäre. Ich selbst sehe in der Kulturologie zum einen eine Art Überbegriff für die Diskurse und Tendenzen, die unter einem wie auch immer gearteten Hinweis auf die Kultur als Interpretationsmodell des sozialen Geschehens sich bewußt von dem vormals gebräuchlichen Interpretationsmodell durch soziale, ökonomische Strukturen abzuheben suchen. Zum anderen scheint mir der Begriff belegt durch die Suche nach Erinnerung und Gedächtnis, nach Tradition und Kontinuität, die zahlreichen Debatten im heutigen Rußland zugrunde liegt. Wobei Erinnerung (und kulturelles, historisches Gedächtnis) oft nur das impliziert, woran man „unbehelligt“ anknüpfen möchte – ohne sich mit der unangenehmen jüngsten, nämlich sowjetischen Vergangenheit auseinandersetzen zu müssen. Der Rückgriff auf das *fin de siècle* oder „Silberne Zeitalter“, das brutal von der Revolution 1917 unterbrochen wurde (so wird jedenfalls behauptet), ist für die Kulturologie exemplarisch, sie macht das „Silberne Zeitalter“ zum Mythos.

Diese Suche nach Erinnerung, nach „historischem Gedächtnis“, nach *lieux de mémoire* scheint eine Kompensation der plötzlich bewußt gewordenen Sinnes-Leere mit Hilfe der Mythenbildung zu sein. Nicht zuletzt dank der Kulturologie wurde das Wertesystem der „russischen Idee“ in den letzten Jahren in eine Kulturmythologie verwandelt.

In der Tat handelt ein großer Teil dessen, was als Kulturologie verbrämt angeboten wird, von der „russischen Idee“, die in verschiedenen, meist freilich primitiven Varianten expliziert oder sogar instrumentalisiert wird. Es sind gerade die Komponenten aus der russischen Geschichte (oder aus dem russischen Geschichtsdenken), die augenfällig machen, daß es sich nur um eine schein-

bar neue Kulturphilosophie handelt. In Wirklichkeit geht es um die Aufwärmung alter Konzepte, die oft völlig aus ihrem Zusammenhang gerissen für die heutige Zeit reaktiviert werden. Unter dieser Perspektive wird ihnen das abstruse Wort Kul'turologija tatsächlich „gerechter“ als der anspruchsvollere Begriff von Kulturphilosophie. Zu den russischen Komponenten der Kulturologie, die ich hier keine Zeit habe, im einzelnen zu entwickeln, gehört die Vorstellung von der *samobytnost'*, der Eigenart, Urwüchsigkeit, Originalität Rußlands. Hiermit eng verbunden ist Rußlands „geopolitische Lage“ zwischen Osten und Westen und wiederum hiermit verbunden ist die Deutung Rußlands als Eurasien. Die spezifischen Gegebenheiten der geopolitischen Situation Rußlands sind für die neuen russischen Kulturologen dafür verantwortlich, daß Rußland eine „eigene Philosophie, Religion und Psychologie“, den „besonderen Typus der russischen Geistigkeit (*duchovnost'*)“ und eine Intelligenzija als „geistigen Orden“ entwickelte<sup>11</sup>.

Daß von einer Erneuerung der kulturwissenschaftlichen Methode und dessen, was die Russen heute als *civilizacionnyj podchod k istorii* bezeichnen, bisher kaum die Rede sein kann, ist nicht weiter erstaunlich. Bisher ist kein einziges neues Kulturmodell konzipiert worden, das diesen Namen zu Recht verdiente, denn methodologisch tragende Ansätze fehlen. Vorläufig geht es um nichts anderes als darum, das jahrzehntelang wegen ideologischer Restriktionen verbannte Wissen sich entweder „zurück-zuholen“ oder aber sich dieses nach jahrzehntelangem Verzug neu erwerben zu müssen. Insofern tritt an die Stelle der Methode die Wahl einer Ideologie; Methode fungiert eher als Glaube.

In dieser Hinsicht ist die Kulturologie wahrscheinlich als notgedrungene Begleiterscheinung der heutigen Umbruchsituation und der Umorientierung einer ganzen Kultur bzw. Zivilisation in Rußland zu verstehen. Frühere Defizite werden überkompensiert durch eine vermeintlich neue generelle Systematisierung der Zivilisationen und des Wissens über sie. Kulturologie dient dazu, eine Sinnggebung der Welt, der Gesellschaft, des Menschen zu schaffen, ein neues System von Normen und Prinzipien, die sinnstiftend, als Weltanschauung fungieren.

Freilich: allein das blinde Verwerfen des überkommenen ideologischen Systems und die einfache Umkehrung in sein Gegenteil sind *à la longue* keine Lösung. Verfahren dieser Art bezeugen nur die tiefe Krise von Kultur und Gesellschaft im heutigen Rußland, doch sind sie gerade deshalb als Phänomene einer sich wandelnden Gesellschaft auch für uns westliche Beobachter bemerkens- und beachtenswert. Daß Kultur nicht als solche existiert, sondern mit empirischen ökonomischen, sozialen, nationalen Strukturen zusammenhängt, muß der neue russische Kulturologiediskurs allerdings noch wieder entdecken.

Für das von Huntington beschworene Ende der Ideologien ist Rußland offensichtlich ein schlechtes Beispiel. Um

so stärker greift dort freilich der „Identitätswahn“ um sich, wie der Dortmunder Politikwissenschaftler Thomas Meyer die fundamentalistische Zuspitzung kultureller Differenzen genannt hat, wie sie Huntington proklamiert.

Die Kritik an der ideologischen russischen Kulturologie hat letzten Endes auch nach dem Stellenwert – und der Konjunktur – von kulturalistischen, zivilisatorischen Modellen im Westen zu fragen. Vielleicht ist das russische Phänomen der Kulturologie in die allgemeine Renaissance der Kulturwissenschaften und Zivilisationskunde in den westlichen Gesellschaften einzuordnen. Doch das ist eine Frage, die ich hier nicht beantworten kann. Vielleicht wird das zivilisatorische Paradigma in die Bilanz unseres Jahrhunderts eingehen, so wie sie bereits von Hobsbawm, Furet, Fukuyama, Huntington, Zbigniew Brzezinski und unlängst auch dem französischen „Schwarzbuch des Kommunismus“ gezogen wurde.

**Prof. Dr. Jutta Scherrer** ist Direktorin der „Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales“ in Paris.

\* Noch im gleichen Jahr erschien die deutsche Übersetzung unter dem Titel: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, im Europa-Verlag München-Wien. Auf den Hintergrund des abweichenden deutschen Sprachgebrauchs, nach dem Kultur gegenüber Zivilisation der Vorzug gegeben wird, kann hier nicht eingegangen werden. (Anm. d. Red.)

<sup>1</sup> In der Vierteljahrszeitschrift *National Interest*.

<sup>2</sup> In der Zeitschrift *Foreign Affairs*.

<sup>3</sup> *Polis*, 1/1994.

<sup>4</sup> *Polis*, 1/1995.

<sup>5</sup> *Novye slova i značeniya*, Moskva: Russkij jazyk 1984, S.311.

<sup>6</sup> A. I. Arnol'dov, *Vvedenie v kul'turologiju*, Moskva: Narodnaja Akademija kul'tury i obščeečelovečeskich cennostej 1993.

<sup>7</sup> Hierzu Karl Eimermacher, Zur Lage der geisteswissenschaftlichen Fächer und zur Umstrukturierung der Hochschulen in Rußland, in: *Russische Hochschulen heute*, hrsg. von Karl Eimermacher und Anne Hartmann, Bochum 1995, S. 11–31.

<sup>8</sup> Heute unterstützt die Soros-Stiftung die Edition *Lik* (Jurist), die hauptsächlich Übersetzungen westlicher „Kulturologen“ finanziert wie Cassirer, Troeltsch, Simmel, Tillich, Niebuhr, Mannheim, Buber etc.

<sup>9</sup> Zum Beispiel V. S. Sul'gin, L. V. Kosman, M. R. Zezina, *Kul'tura Rossii IX-XX vv. (učebnoe posobie)*, Moskva: Protor 1998, S. 3–7.

<sup>10</sup> Christa Ebert, Einleitung, in: Christa Ebert (Hrsg.), *Kulturauffassungen in der literarischen Welt Rußlands*, Berlin 1995, S. 11. Ebert bezieht sich hier vor allem auf den Aufsatz „Die Rolle dualistischer Modelle in der Dynamik der russischen Kultur“, den Uspenskij und Lotman gemeinsam verfaßten.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die Moskauer Historikerin V. I. Samochvalova, in: *Russkaja kul'tura i mir*, Nižnij Novgorod, 1994, Bd. 1, S. 7–9.

## „Kampf der Zivilisationen“ oder interkultureller Dialog?

### 1. Kann Rußland einen Beitrag zum „Dialog der Kulturen“ leisten?

Huntingtons These vom „Kampf der Zivilisationen“ hat in Rußland kontroverse Diskussionen ausgelöst. Nach Meinung zweier Autoren hat sie sogar die Polarisierung des russischen außenpolitischen Diskurses bewirkt.<sup>1</sup> Die russischen Nationalisten würden den theoretischen Prämissen der Huntingtonschen Thesen – v.a. der Annahme voneinander isolierter Zivilisationen – zustimmen und sich (im Rahmen desselben Denkkonzeptes) mit Huntington auseinandersetzen, den sie als Vertreter westlicher Interessen angriffen. Speziell würden sie die Bestimmung des Platzes Rußlands in seinem Modell kritisieren: Rußland sei weder, wie Huntington behaupte, zwischen Ost und West zerrissen, noch könne es als führender Vertreter der slawisch-orthodoxen Zivilisation aufgefaßt werden. Vielmehr sei Rußland „Eurasien“ und eine eigenständige Zivilisation. Die russischen Liberalen hingegen würden die theoretischen Prämissen der Huntingtonschen Thesen angreifen. Der Isolation und Saturiertheit einzelner Zivilisationen/Kulturen, der Unmöglichkeit der Verständigung, die unweigerlich zum Kampf der Zivilisationen führen müsse, setzten sie die These von der Dialektik einer einheitlichen Weltzivilisation (als Realität und als Ideal) und der Pluralität lokaler Zivilisationen/Kulturen entgegen. Geht man von der Annahme einer solchen Dialektik aus, so kommt der Frage nach den Bedingungen und Chancen der Wechselwirkungen zwischen den Zivilisationen naturgemäß eine zentrale Bedeutung zu. Rußland soll, so die Auffassung der Liberalen, dem zivilisatorischen Austausch gegenüber offen sein und den Geist der Universalgeschichte wiederherstellen helfen. Die innere Zerrissenheit Rußlands zwischen Ost und West betrachteten die Liberalen eher positiv – als zivilisatorischen Binnenpluralismus – der Rußland zum interkulturellen Dialog besonders befähige. Der Thematik des Dialogs war auch eine wissenschaftliche Konferenz gewidmet, die bereits im April 1997 in Moskau stattfand: das Dritte Internationale Symposium „Dialog der Zivilisationen: der Osten und der Westen“.<sup>2</sup> Die Teilnehmer aus Asien, Rußland und Westeuropa diskutierten u.a. den Charakter der chinesischen, indischen und islamischen Zivilisationen und deren Verhältnis zum Westen; Themen, zu denen die russische Orientalistik aufgrund ihrer reichen wissenschaftlichen Tradition sowie aufgrund der besonderen Erfahrungen russischer Beziehungen zum Orient, nicht zuletzt wegen des russischen „zivilisatorischen Binnenpluralismus“, wichtige Beiträge liefern kann. Während im Hinblick auf die chinesische und indische Kultur das Fehlen gemeinsamer Wurzeln zur Suche nach besonderen Wegen der Verständigung mit dem Westen herausfordere, werde die Verständigung mit der islamischen Kultur durch gemeinsame biblische und antike Wurzeln erleichtert. Der angeblichen prinzipiellen Ab-

geschlossenheit und Säkularisierungsfeindschaft der islamischen Kultur, wie sie immer wieder in Zusammenhang mit Diskussionen um den islamischen Fundamentalismus behauptet wird, wurde die Offenheit und Dialogbereitschaft der klassischen islamischen Kultur entgegengehalten. Die islamische Philosophie habe nicht nur die westliche Renaissance des antiken Rationalismus vorweggenommen, sondern, insbesondere durch den Export des Averroismus, die Richtung der Säkularisierung des christlich-theologischen Denkens vorherbestimmt. In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die Behauptung einer abendländischen Exklusivität (sei es eines exklusiven Anspruches auf das antike Erbe, sei es die Inanspruchnahme der spontanen Säkularisierung als eines einzigartigen Zuges westlicher Zivilisation) den Dialog der Kulturen ebenso behindert, wie die aktuelle Aggression des Neoliberalismus, der von westlichen Konferenzteilnehmern aufgrund seiner soziokulturell unifizierenden Tendenz kritisiert wurde.

Ein Schwerpunktthema der Konferenz war die Rolle Rußlands im Dialog der Kulturen. Positionen, wie sie in der Diskussion der Huntingtonschen Thesen eine Rolle spielen, fanden hier auf kultureller Ebene einen Widerhall. So wurde in Analogie zu Huntingtons These von der Zerrissenheit Rußlands zwischen Ost und West die alte Čadaevsche Frage erneut gestellt; die Frage, ob die rußländische Zivilisation ein eigenständiges kulturhistorisches Gebilde sei oder ob sie nur ein gesichtsloses Bindeglied zwischen den originellen Zivilisationen des Westens und des Ostens darstelle. Welchen Beitrag kann Rußland zum Dialog der Kulturen leisten, und kann es überhaupt ein *eigenständiges* Wort in diesem Dialog reden, gibt es so etwas wie eine russische Originalität (*samobytnost'*), eine Identität, die Rußland in diesen Dialog einbringen könnte? Die Chance für die vom russischen liberalen Diskurs geforderte Offenheit Rußlands dem interkulturellen Austausch gegenüber wird auf zwei prinzipiell verschiedene Weisen begründet: zum einen durch Rußlands „Zerrissenheit“ zwischen Ost und West, sein Dasein als gesichtsloses Bindeglied zwischen den originellen Zivilisationen des Ostens und des Westens, das positiv als „zivilisatorischer Binnenpluralismus“ aufgefaßt wird, zum anderen durch eine besondere Qualität der russischen Zivilisation. Ein Konferenzteilnehmer versuchte diese Qualität (offenbar in Anlehnung an Dostojewskijs Puškin-Rede) als besondere Weltoffenheit und Unabgeschlossenheit, als „allversöhnenden“ Zug der „russischen Idee“ zu bestimmen.

Es mag den Anschein erwecken, als werde mit der erneuten Stellung der Čadaevschen Frage und mit der Thematisierung einer russischen Besonderheit an die unfruchtbaren geschichtsphilosophischen Spekulationen des 19. Jahrhunderts angeknüpft. Doch indem in der Zeit um die Jahrhundertwende die Frage nach der russischen

Besonderheit von der russischen religiösen Philosophie aufgeworfen und diskutiert wurde, gelangten Probleme zur Sprache, die mit dem in der Tat spezifischen russischen kulturhistorischen Weg zusammenhängen, wurden die Aufgaben benannt, vor deren Lösung Rußland auf dem Weg in eine moderne Gesellschaft steht. Auch heute kann diese Diskussion dazu beitragen, den kulturhistorischen Standort Rußlands zu bestimmen, sein Verhältnis zu Modernisierung/Westernisierung und damit Rußlands Platz in der Weltzivilisation zu definieren sowie seinen möglichen Beitrag zum interkulturellen Austausch zu bestimmen: Soll und wird Rußland sich verwestlichen oder aber der Verwestlichung aktiv widersetzen, wie es einer der Konferenzteilnehmer forderte? Wird es lediglich Werte origineller Zivilisationen von Ost nach West und umgekehrt transferieren, oder wird es ein eigenständiges Wort im interkulturellen Dialog sprechen? Beinahe alle Antworten, die heute auf die Frage nach der russischen kulturellen Besonderheit gegeben werden, knüpfen auf die eine oder andere Weise an Positionen der Slawophilen oder der Westler bzw. an Positionen der russischen religiösen Philosophie an. Sie erscheinen oftmals geradezu als Versuche der Wiederbelebung der russischen religiösen Philosophie. Diese Versuche der Wiederanknüpfung berühren das im heutigen Rußland brisante Problem des Umgangs mit der Tradition und Fragen nach den Wegen des Tradierens kultureller Gehalte, nach der Seinsweise der Tradition. Nur wenn es so etwas wie eine Aktualität der Tradition russischer religiöser Philosophie überhaupt gäbe bzw. diese herstellbar wäre, könnte sie eine Rolle in den Zusammenhängen des interkulturellen Dialogs spielen.

## 2. Die Seinsweise der Tradition

In der postsowjetischen philosophischen Publizistik dominiert die Auffassung, daß die Oktoberrevolution sowie die sich daran anschließende Sowjetisierung der russischen Kultur auf philosophischem Gebiet zu einem radikalen Bruch geführt habe; einem Bruch, der die geistesgeschichtliche Kontinuität zerstört hat. Sämtliche Strömungen der vorrevolutionären russischen Philosophie hörten auf zu existieren, wurden mit einem Handstreich von der geistigen Landkarte Rußlands gewischt. Die Kultur der Sowjetzeit und mit ihr der Sowjetmarxismus erscheinen als „Lücke“<sup>3</sup>, die die Heutigen von der verschütteten vorrevolutionären Tradition trennt. Die Vorstellung eines solchen radikalen Traditionsbruchs ist die dominierende im heutigen Rußland. Differenzen ergeben sich allerdings im Hinblick auf die Frage nach Möglichkeiten der Wiederanknüpfung an die abgebrochene Tradition. Die einen halten eine Wiederanknüpfung an die unterbrochene Tradition für möglich und streben diese an. Die Versuche einer Wiederanknüpfung gelten v.a. der russischen religiösen Philosophie, dem Denken der Religiös-Philosophischen Renaissance.<sup>4</sup> Die Chance der Wiederanknüpfung bietet sich ihrer Auffassung nach u.a. dank der Tatsache, daß auch in der Sowjetzeit Traditionsvermittler (bspw. Aleksej Losev, 1893–1988) wirkten.

Auf der anderen Seite wird die Möglichkeit einer Wiederanknüpfung an die untergegangene Tradition bestritten, da in der Sowjetunion der Abschied von der Vergangenheit radikaler als anderswo verlief.<sup>5</sup> Versuchen der Wiederanknüpfung fehle das Gefühl für Distanz.<sup>6</sup>

Doch die Vorstellung eines „Traditionsbruchs“ muß m.E. prinzipiell in Frage gestellt werden. Trennt tatsächlich ein sowjetmarxistisches „Loch“ die gegenwärtige philosophische Situation von der vorrevolutionären? Wurde die Tradition – speziell die Tradition der russischen religiösen Philosophie – durch die Revolution abrupt abgebrochen und hörte auf zu existieren? Ich würde eher davon sprechen, daß sich unter veränderten kulturellen Bedingungen die Gestalt und die Seinsweise dieser Traditionslinie veränderte, ohne daß ihr Leitmotiv – die Problematik, um die es in dieser Philosophie vorrangig geht – aus der Kultur verschwand. Dies betrifft nicht bloß diese Traditionslinie, sondern auch die des russischen Marxismus. Er verwandelte sich aus einem kritischen und revolutionären Denken in eine Legitimationsideologie, während sein alter Kontrahent, die religiöse Philosophie, in der Emigration oder in „Nischen“ der Sowjetwissenschaft weiterexistierte. Beide Traditionslinien nahmen unter sowjetischen Bedingungen andere Gestalten an und setzen unter den neuen Bedingungen ihre alte russische Geschichte der Beziehungen zueinander fort.

Voraussetzung für die Akzeptanz dieses Gedankens ist eine bestimmte Vorstellung über die Seinsweise der Tradition. Kann man eine Tradition überhaupt vernichten? Malachov bejaht diese Frage. Aufgrund der Auslöschung von Institutionen und Personen, die als Träger und Vermittler der Tradition fungierten, sei die Kontinuität des Tradierens im Bereich der Philosophie nicht gewährleistet gewesen.<sup>7</sup> In der Stalin-Zeit sei die Tradition durch Schweigen vernichtet worden: wenn die Angst so groß ist, daß es unmöglich ist, die eigenen Gedanken zu äußern und niederzuschreiben – wie könne sich unter diesen Umständen die Philosophie weiterentwickeln? Als Beispiel für das Verstummen der Tradition führt Malachov die Arbeiten des späten Losev an, die in seinen Augen nicht an das Frühwerk anknüpfen, sondern lediglich ideologische Linientreue demonstrieren.<sup>8</sup> Losev hat aber in seiner Schweigeperiode „für die Schublade“ geschrieben. In diesen Texten setzte er sich, von Positionen des Frühwerks ausgehend, zum einen mit der sowjetischen kulturellen Kondition auseinander<sup>9</sup> und entwickelte zum anderen Themen des Frühwerks weiter.<sup>10</sup> Auch in den veröffentlichten Texten des Spätwerks sind die Thesen des Frühwerks als „Konterbande“ präsent. Sie werden auf manchmal schwer durchschaubare Weise von sowjetmarxistischen Ansätzen sekundiert und überlagert.

Einige Autoren bestreiten die Möglichkeit einer Vernichtung der Tradition prinzipiell. Die Bibliotheken hätten weiter bestanden, das Lesen sei nicht verboten worden. Das Studium der Geschichte der russischen Philosophie, obligatorischer Teil des Philosophiestudiums in der Sowjetunion, vermittelte *mindestens* das Wissen um die

Existenz der Tradition russischer religiöser Philosophie. Auch die Literatur des 19. Jh. (die Romane Dostoevskijs) habe sich als Bewahrerin und Vermittlerin dieser Tradition erwiesen.<sup>11</sup> Bei einer genaueren Betrachtung des philosophischen Lebens der Stalin-Zeit kann zudem die These vom Tod der Philosophie (durch die Vernichtung nicht-marxistischer philosophischer Traditionen und die Umwandlung des Marxismus in eine Legitimationsideologie) in dieser Zeit nicht aufrechterhalten werden.<sup>12</sup>

Die These, wonach die bolschewistische Revolution der religiös-philosophischen Renaissance sowie der Philosophie überhaupt ein abruptes Ende bereitet habe, hängt eng mit der Vorstellung zusammen, daß der Marxismus gewissermaßen von außen in die russische Kultur einbrach und als „Eindringling“ die autochthone Tradition zerstörte. In der Tat hat der Sowjetmarxismus jedoch seine Quellen nicht nur im westlichen, sondern auch im russischen Marxismus, der wiederum in der russischen Kultur verwurzelt ist. Das bezeugt zum einen seine eigene Genealogie, die Traditionen verzerren mag, aber nicht als gänzlich illegitime Inanspruchnahme gewertet werden kann. Dies bezeugt aber auch die Reflexion seiner Kontrahenten, der religiösen Philosophen, auf den russischen Marxismus, die ihn in der russischen Geistes- und Kulturgeschichte verorten.<sup>13</sup> Zu beiden Traditionslinien – der des russischen Marxismus und der der russischen religiösen Philosophie – gehört die Beziehung auf die jeweils andere als konstitutives Moment. So steht der Marxismus der angeblich abgebrochenen Traditionslinie nicht äußerlich gegenüber, sondern ist in ein und demselben kulturellen Kontext verankert. Die in der russischen Tradition tief verwurzelte fehlende Differenzierung von Philosophie und Religion weckte bestimmte Erwartungen gegenüber der Philosophie, die auch vom Sowjetmarxismus erfüllt wurden: Philosophie soll in erster Linie ein ganzheitliches Weltbild liefern, soll vor allem Weltanschauung sein.

Die bolschewistische Revolution verfolgte zwar das Ziel, den Mechanismus des Tradierens zu zerschlagen. Gelungen ist ihr das indes nicht. Die sowjetische kulturelle Kondition bringt eine neue Weise der Beziehung jener Traditionslinien zueinander hervor, die bereits als russische aufeinander bezogen waren. Was sich allerdings veränderte, war die Seinsweise der unterdrückten Tradition. Da ihre institutionellen und personellen Grundlagen zerstört wurden, flüchtete sie sich v.a. in Nischen der Sowjetwissenschaft<sup>14</sup>: in die Literaturtheorie, in die kulturgeschichtliche Forschung und in die marginalen Fächer der sowjetmarxistischen Philosophie, also bspw. aus dem *Dia-* und *Histomat* in die Ästhetik, Kulturtheorie, in die Wissenschafts- und Philosophiegeschichte. Bei einigen Autoren – nicht jedoch bei Losev – war damit eine radikale Veränderung der Gestalt der Tradition verbunden: die religiöse Philosophie wurde selbst zum Gegenstand der Reflexion, eine gewisse Distanz zu dieser Philosophie stellte sich her.

In der neuen russischen philosophischen Kultur tritt an die Stelle des distanzierten Verhältnisses zur russischen

religiösen Philosophie die Geste des Wiederanknüpfens. Die damit verbundene Erwartung dieser Philosophie gegenüber wird in hohem Maße durch ein Philosophieverständnis geprägt, das aus der vorrevolutionären Epoche über die Sowjetzeit bis heute tradiert worden ist und in dem Philosophie und Religion nicht streng voneinander unterschieden werden. Diese Kontinuität bedingt die Vorliebe für Philosophie als ganzheitliches Wissen und Weltanschauung. So soll die religiöse Philosophie eine angestrebte „Verchristlichung“ der Kultur begründen, die als einziger Ausweg aus den von der Sowjetzeit hinterlassenen Problemen angesehen wird. Doch selbst im Falle eines unkritischen Umgangs mit der Tradition bei denjenigen, die sich um die Bewahrung der „reinen“ Tradition bemühen, impliziert die Geste des Wiederanknüpfens nicht notwendig eine naive Vorstellung von einer problemlosen Präsenz der Tradition.<sup>15</sup> Vielmehr kann sie mit dem Bewußtsein einhergehen, daß die Tradition an sich keine lebendige, aktuelle philosophische Position ist. Es ist eine Frage der philosophischen Kultur, ob und wie sie weiterlebt; dieses Weiterleben ist mit der Arbeit der Wiederherstellung, Entwicklung und Erneuerung der Tradition auf das engste verbunden.<sup>16</sup> Insbesondere Sergej Choruzij bemüht sich intensiv um die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Bewahrung des authentischen Wesens der Tradition und ihrer wissenschaftlichen Analyse, die erst ihre Einführung in einen allgemein-kulturellen Kontext ermöglicht. Diese Bemühungen gehen mit der Suche nach der geeigneten wissenschaftlichen Methode einher; einer Methode, die nicht in positivistischer Manier gerade jene Züge ignoriert, welche das Wesen der Tradition ausmachen, sondern die die Verknüpfung von „innerem“ und „äußerem“ Zugang zur Tradition ermöglicht.

Die Arbeit der Wiederherstellung der Tradition russischer religiöser Philosophie hat eben erst begonnen, und nicht zuletzt von ihrem Erfolg wird es abhängen, ob eine russische Originalität (*samobytnost'*) in den interkulturellen Dialog eingebracht werden kann oder nicht.

*Annett Jubara ist Lehrbeauftragte für Philosophie Rußlands am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

<sup>1</sup> A. P. Cygankov/P. A. Cygankov, Pljuralizm ili obosoblenie civilizacij? Tezis Chantingtona o buduščem mirovoj politiki v vosprijatii rossijskogo vnešnepolitičeskogo soobščestva, in: Voprosy filosofii, 2/1998, S. 18–34. Nach Auffassung der Autoren stärkte Huntington den nationalistischen Diskurs. Auch in Zukunft werde sich der russische außenpolitische Diskurs nicht autark gestalten, sondern von den Botschaften abhängen, die vom Westen ausgehen.

<sup>2</sup> Darüber berichten E. N. Anikeeva und A. V. Semuškin in: Voprosy filosofii 2/1998, S. 173–177. Das Symposium wurde von der human- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Rußländischen Universität der Völkerfreundschaft (PUDN) durchgeführt, mit Unterstützung weiterer Organisationen, u.a. des Soros-Fonds. Die ersten beiden Symposien zu diesem Thema fanden in den Jahren 1993 und 1996 statt.

- <sup>3</sup> Vladimir Malachov, Über „russische postmoderne“ Philosophie, in: Klaus-Dieter Eichler/Ulrich Johannes Schneider (Hg.), *Russische Philosophie im 20. Jahrhundert*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 1996, *Leipziger Schriften zur Philosophie* 4, S. 75.
- <sup>4</sup> Diesen Versuch unternehmen: Arsenij Gulyga, *Russkaja ideja i ee tvorcy*, Moskva: Soratnik 1995; Sergej Choružij, *Diptich Bezmolvija. Asketičeskoe učenie o čeloveke v bogoslovskom i filosofskom osveščennii*, Moskva 1991. Es gibt aber auch Versuche, an andere vorrevolutionäre oder frühsowjetische philosophische Strömungen anzuknüpfen, etwa an die Phänomenologie bzw. eine russische „Phänomenologie vor der Phänomenologie“ der Jahrhundertwende; siehe dazu: Viktor Molčanov, Die Bedeutung der phänomenologischen Philosophie für die heutige Philosophie in Rußland, in: K.-D. Eichler/U. J. Schneider (Hg.), a.a.O., S. 79–84.
- <sup>5</sup> Vladimir Malachov, Über „russische postmoderne“ Philosophie, a.a.O., S. 60.
- <sup>6</sup> Ebd., S. 75.
- <sup>7</sup> Ebd., S. 60.
- <sup>8</sup> Ebd., S. 75.
- <sup>9</sup> Iz razgovorov na belomorstroe (1933) (Aus den Gesprächen beim Weißmeerkanalbau), in: A. F. Losev, *Žizn'. Povesti, Rasskazy, Pis'ma*, St. Peterburg 1993, S. 300–364; *Osnovnye osobennosti russkoj filosofii* (Die wichtigsten Besonderheiten der russischen Philosophie), in: ders., *Filosofija – Mifologija – Kul'tura*, Moskva 1991, S. 509–513 (40er Jahre).
- <sup>10</sup> So in „Samoe samo“, einem Text, den Losev in den 30er Jahren, nach seiner Rückkehr aus dem Lager, niederschrieb, in: A. F. Losev, *Mif – Čislo – Suščnost'*, Moskva: Mysl' 1994 (Sobr. soč., Bd. 3), S. 299–526.
- <sup>11</sup> Viktor Molčanov, Die Bedeutung der phänomenologischen Philosophie für die heutige Philosophie in Rußland, in: K.-D. Eichler, U. J. Schneider, a.a.O., S. 79/80.
- <sup>12</sup> Siehe dazu: Frances Nethercott, Philosophieren unter Stalin und unter Nikolaj I., in: K.-D. Eichler/U. J. Schneider, a.a.O., S. 23–34.
- <sup>13</sup> In den Sammelbänden „Vechi“ und „Iz glubiny“, sowie: Nikolaj Berdjaev, *Istoki i smysl russkogo kommunizma*, Paris 1955; Fedor Stepun, *Der Bolschewismus und die christliche Existenz*, München 1959; A. F. Losev, *Osnovnye osobennosti ...*, a.a.O.
- <sup>14</sup> Vgl. Evert v.d. Zweerde, Philosophieren in der Sowjetzeit und danach. Die Kultur der russischen Philosophie, in: K.-D. Eichler/U. J. Schneider, a.a.O., S. 16.
- <sup>15</sup> So bei S. Choružij, der seine Überlegungen zur Möglichkeit des Wiederanknüpfens an die Tradition in einem Aufsatz darlegte: *Podvig kak organon. Organizacija i germenevtika opyta v isichastskoj tradicii*, *Voprosy filosofii* 3/98, S. 35–118.
- <sup>16</sup> Siehe dazu: E.v.d. Zweerde, *Konec russkoj filosofii kak russkoj?*, in: *Voprosy filosofii* 2/1998, S. 127–134.

## Nationale Identität und die Aufgaben der politischen Bildung

Es ist heute von großer Wichtigkeit, das Problem der nationalen Identität in Zusammenhang mit den Traditionen und Konzeptionen der politischen Bildung in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen zu analysieren. Eine solche Analyse ist für die Einschätzung und Lösung der Frage unerlässlich, auf welchem Wege das Erbe der nicht allzu ferne liegenden totalitären Vergangenheit bewältigt werden kann.

„Nationale Identität“ ist als eine Assoziation oder Identifikation von Gruppen und Individuen mit einer Ganzheit oder einem System von Verhältnissen definiert worden, nicht selten auch in Abgrenzung von anderen Gruppen. In der heutigen wissenschaftlichen Literatur aber bekommt dieser Begriff neue Deutungen – von soziokulturellen bis hin zu spezifisch politischen –, um die Orientierungen von politischen Eliten zu charakterisieren. Zum Beispiel wird die Absicht der Staaten der Visegrad-Gruppe in die EU und die NATO einzutreten, von einigen Fachleuten interpretiert als Bestreben, „eine zentrale europäische Identität zu entwickeln ... (und) ... die Bande, die sie an Osteuropa gebunden haben, zu lösen“ (S. R. Burant 1995, 1125).

Also wird eine solche Identitätsdeutung für die Beschreibung eines Systems von „inneren“ Orientierungen im Unterschied zu anderen Identifizierungsvarianten benutzt, die in der Regel auf die subjektive Einstellung der Wissenschaftler zu Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten von Individuen, Gruppen und Völkern hinweisen. Diese „äußeren“ Gleichsetzungen können grundsätzlich auch den Ausgangspunkt für eine elaborierte Identitätsauffassung bil-

den. Sie unterliegen jedoch dem Vorwurf willkürlicher Festsetzungen, wenn die wissenschaftliche Methodologie politischen Tendenzen folgt. Zum Beispiel kann die Identifizierung von Esten, Letten und Litauern als Staatsvölker im Gegensatz zu den Belorussen und den Ukrainern, die J. Armstrong in den 60er Jahren vorgenommen hat, kaum als vollkommen wissenschaftlich gelten. Im Grunde genommen entsprach diese Betrachtungsweise der offiziellen Nichtanerkennung des gewaltsamen Anschlusses der baltischen Länder nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt (J. Armstrong 1968, 14–15, 21–22). Die Tatsache, daß die baltischen Völker bis zum Jahr 1917 keine eigene Staatlichkeit hatten und zusammen mit Belorussen und Ukrainern zum Bestand Rußlands gehörten, wurde außer acht gelassen.

Es ist völlig klar, daß eine Analyse der Identität nicht nur auf die Besonderheiten der Politik von nationalen Eliten beschränkt werden kann (J. Rothschild 1981, 27–30; A. D. Smith 1993, 54). Ich betrachte in erster Linie Besonderheiten der politischen Kultur, d.h. eine Sphäre von kognitiven, affektiven und valuativen Präferenzen, die eigentlich die Struktur von individuellen Einstellungen und Orientierungen zur Politik unter den Teilnehmern des politischen Systems bildet (G. A. Almond/G. B. Powell 1966, 50).

Die Erforschung des Einflusses kultureller Faktoren auf die Veränderungen in sozialen Systemen in einigen akademischen Kreisen erregt manchmal Besorgnis. Wie S. Huntington einmal bemerkt hat, ist „die Konzeption von Kultur in der Sozialwissenschaft mangelhaft, weil sie

gleichzeitig zu nachlässig und ungebräuchlich ist. Sie ist oberflächlich (und deshalb gefährlich), da sie in gewissem Sinne eine Randkategorie ist. Wenn die relevanten Unterschiede zwischen Gesellschaften durch andere Gründe nicht erläutert werden können, so ist es verlockend, diese der Kultur zuzuschreiben. Aber solche Erklärungsversuche erweisen sich oft als außerordentlich ungenau.“ (M. Weiner/S. Huntington 1987, 22–23).

Es ist trotzdem offensichtlich, daß eine Analyse des Posttotalitarismus, welche die kulturellen Traditionen nicht in Betracht zieht, an der Oberfläche des Phänomens verbleibt.

Die politische Kultur wird ihrerseits durch Eigenschaften des Nationalcharakters bedingt, der bei den europäischen Völkern im Laufe einer langen Entwicklung entstanden ist. Die Rolle historischer Bedingungen bei der Herausbildung des Nationalcharakters wurde von E. Fromm speziell hervorgehoben: „Es wird behauptet, daß man für jede Nation eine typische ‘Charakter-Matrix’ mit sich daraus ergebenden positiven und negativen Auswirkungen nachweisen könne, so daß jedes Volk entsprechend den unterschiedlichen historischen Bedingungen verschiedene Grundcharakterzüge entwickelt, die zwar nicht ewig, aber doch viele Generationen lang aufgrund der Wirkung und Wechselwirkung der verschiedenen oben erwähnten Faktoren erhalten bleiben. Man nimmt dabei an, daß diese relativ konstante Charakter-Matrix wertindifferent sei und unter bestimmten Bedingungen zu positiven Eigenschaften führe, unter anderen zu negativen.“ (E. Fromm 1989, 5).

Wenn man den Nationalcharakter als Ergebnis historischer Entwicklung betrachtet, darf man auch annehmen, daß gerade diese sozialgenetischen Züge, die sich in früheren Perioden der Geschichte herausgebildet haben, bei den unterschiedlichen Wegen der Überwindung des totalitären Erbes eine Hauptrolle spielen. In bestimmten Ländern haben sich die autonomen Strukturen – einflußreiche Intelligenz und Studentenschaft, katholische Kirche, unabhängige Gewerkschaften usw. – nicht der endgültigen Entartung unterworfen, sondern sind zugleich als Anführer der „antitotalitären Welle“ aufgetreten. Dies zeugt von einer bestimmten Standfestigkeit der politischen Kultur, die sich in der kapitalistischen Periode herausgebildet hat.

Die Daten soziologischer Umfragen in Rußland zeigen dagegen, daß die Reaktion der Bevölkerung auf liberale Reformen den Traditionen einer politischen Kultur entspricht, die G. Almond und G. Powell als „subject-participant“ (im Sinne einer politischen Partizipation von Untertanen) bezeichnet haben. Das Grundcharakteristikum dieses Typs ist eine Kombination von politischem Konformismus mit religiös-traditionellem Verhalten gegenüber der politischen Realität, das seinerseits gewisse Züge der Indifferenz hat (G. A. Almond/G. B. Powell 1966, 259, 273). Die Spezifik der russischen Variante dieser Kultur besteht darin, daß die patriarchalisch-monarchistischen Traditionen der früheren Staatlichkeit von der herrschenden kommunistischen Elite sehr eigentümlich umgestaltet worden sind. Totalitarismus und patriarchalisch-or-

thodoxes sozio-kulturelles System haben sich einander angepaßt. Rußland, das nach einer Bemerkung von Max Weber in Jahre 1906, „vor kaum mehr als einem Jahrhundert in seinen ‘nationalsten’ Institutionen starke Ähnlichkeiten mit der Monarchie Diokletians aufwies“ und „in der Tat keine ‘historisch’ orientierte und dabei doch lebensfähige ‘Reform’ vornehmen konnte“ (M. Weber 1988, 33f.), ist wahrscheinlich deshalb zur Urheimat des Totalitarismus geworden. Der sozialistische Radikalismus hat nur auf die Formen der Transformation und der Ideologie Einfluß ausgeübt.

Es ist kein Zufall, daß trotz aller Veränderungen der Gegenwart große Bevölkerungsgruppen in Rußland, Belorußland und der Ukraine ihre sowjetische Identität in aller Offenheit kundtun. Die Erhaltung der Grundelemente der traditionellen politischen Kultur fällt so sehr ins Auge, daß die oben erwähnte Charakterisierung von Almond and Powell von fast allen russischen Lehrbuchautoren verwendet wird. J. Miller unterstreicht in seinem Werk, das den Fragen der heutigen russischen politischen Kultur gewidmet ist, ebenfalls ihre folgenden Merkmale – Festhalten an der Idee des mächtigen Reichs, Nationalismus, Gemeinschaftlichkeit, Reformismus usw. (J. Miller 1995, 18).

Unter diesen Bedingungen mußte die Politik, die von der neuen regierenden Elite nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter liberalen Losungen eingeleitet worden ist, unvermeidlich in Konflikt mit den herrschenden Traditionen und Stereotypen des politischen Verhaltens geraten. Als Ergebnis können wir heute nicht nur die Hemmung und Entstellung der marktwirtschaftlichen Reformen feststellen, sondern auch die Bildung von politischen Institutionen, die nur den Anschein von Demokratie erwecken. Der neue pseudoliberalen Staat – in dem die Rollen sowohl der Herrscher als auch der neuen Groß-eigentümer mit den Vertretern der alten Nomenklatur besetzt sind, die sich aktiv mit kriminellen Elementen vermischen – hat alle Merkmale der totalitären Ordnung bewahrt: die Dominanz der Politik über die Wirtschaft, des Staates über die Gesellschaft und des politischen Willens über die ökonomischen Interessen (P. Kandel 1996, 99).

Alle diese Besonderheiten der russischen Gesellschaft zeigen deutlich, daß die Länder Zentraleuropas und Rußland aus der Sicht der posttotalitären Modernisierungsstrategie zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine historische Dichotomie bilden könnten.

In diesem Zusammenhang ist es interessant daran zu erinnern, daß sich die politischen Prozesse in beiden Regionen ursprünglich im Rahmen eines gemeinsamen Modells entwickelten, das von den Fachleuten mit dem Namen der „Antipolitik“ belegt wurde. Dieser Begriff wurde für ein klareres Verständnis der Art der Legitimation der neuen politischen Eliten in postsozialistischen Staaten eingeführt. Wie die Erfahrung gezeigt hat, wurde die Lösung von neuen wirtschaftlichen und sozialen Problemen von Anfang an im Rahmen einer spezifisch büokra-

tischen Politik realisiert. Wie K. Mänicke-Gyöngyösi vor kurzem schrieb: „Sowohl die korporatistische Variante der Interessenvermittlung als auch die von Personen losgelöste Legitimierung staatlicher Machtausübung über gesatzte Regeln setzt bereits voll ausgebildete Institutionen intermediärer oder bürokratischer Art voraus, die der postsozialistischen Situation von osteuropäischen Übergangsgesellschaften unangemessen bleiben. Für diese ist es gerade charakteristisch, daß sie sich erst im Prozeß der Institutionenbildung befinden, wobei einerseits die Grenzen zwischen den Institutionen fließend bleiben und andererseits sich die Rationalitäten und Orientierungen, die die Handlungsspielräume und Verhaltensweisen innerhalb der Institutionen regeln, erst herausbilden. Bezogen auf die Aushandlungsmechanismen zwischen Arbeitnehmern, Managern und staatlichen Akteuren im intermediären und bürokratischen Bereich bedeutet dies, daß es schwierig wird, zwischen Klientelismus einerseits und rechtlich abgesicherter Interessenvermittlung bzw. bürokratischer Regelung andererseits zu unterscheiden.“ (K. Mänicke-Gyöngyösi 1995, 224–225).

Die Antipolitik ist die wichtigste Art und Weise, um Handlungsfreiheit für die neue Bürokratie sicherzustellen, die sich als fähig erwiesen hat, den Rat zu befolgen, den Pareto allen Herrschern gegeben hatte, d.h. in diesem Fall die radikalen antikommunistischen Stimmungen und Energien in eine Art politischer Führung zu transformieren, wenn die Instituierung von Markt und Demokratie völlig durch die Tendenz zur allgemeinen Staatsvormundschaft vermittelt ist. In der Übergangsperiode wird die Einheit zwischen der Macht und der Hauptmasse der Bevölkerung nicht durch Ergebnisse der Demokratisierung des politischen Lebens, sondern mit Hilfe der „symbolischen Integration“ erreicht: „Symbolische Integration kann den Mitvollzug demokratischer Partizipation unterstützen, aber auch dazu beitragen, daß Interessengegensätze überbrückt werden. Sie kann die Akzeptanz von Konflikt-schlichtungsmechanismen fördern, aber auch an ihnen vorbei, ohne sie im einzelnen nachzuvollziehen, die Staatsbürger in den Prozeß symbolischer Identifikation mit dem demokratischen Grundkonsens einbinden.“ (K. Mänicke-Gyöngyösi 1996, 13f.). Die politische Entwicklung fast aller postsozialistischen Länder zeigt, daß diese Art der politischen Führung wahrscheinlich ein unvermeidliches Stadium ist, das den Beginn der zukünftigen demokratischen Transformation symbolisiert. Aber niemand ist natürlich versichert gegen eine neue Windung der neokorporatistischen Spirale.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Scharfsinn der Beobachtungen E. Fromms noch einmal betonen: „Auch sprechen gewisse Gründe für die Annahme, daß die Charakter-Matrix auf unterschiedliche historische Bedingungen zurückzuführen ist, während die positiven oder negativen Auswirkungen einer jeden Charakter-Matrix mehr oder weniger von den gleichen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen abhängen. Die Verhinderung der freien Lebensentfaltung, Manipulation, Einschüchterung,

kurz jede Bedingung, die das Wachstum beeinträchtigt, hat negative Auswirkungen. Freiheit, Spontaneität und Wachstum – Bedingungen, die jedes Individuum als Selbstzweck und nicht als Mittel für die Zwecke anderer betrachten – führen zu einem positiven Ergebnis.“ (E. Fromm 1989, 5–6)

Die Bedingungen, die sich im heutigen Rußland herausbilden, sind weit entfernt davon, ein solches positives Ergebnis zu erreichen. Eine auffallende Besonderheit der postsozialistischen russischen Geschichte ist die globale Krise der Werte. Die Ursache des Zerfalls der Sowjetunion war nicht nur die Konkurrenz von politischen Eliten, sondern auch der sittliche Verfall, der vielleicht nur wenige historische Parallelen hat. Die Parlamentswahlen von 1993 und 1995 haben deutlich gezeigt, daß die Legitimität des neuen politischen Regimes nicht garantiert ist, weil die Werte der westlichen liberalen Demokratie, die von ihm verkündet werden, sich rasch an die Peripherie des Massenbewußtseins zurückziehen. Die Begleitumstände der Neuwahl von B. Jelzin zeugen u.a. auch von der Instabilität der demokratischen Orientierungen.

Die Situation kann sich nur dann verändern, wenn ein neues, alternatives Reformprogramm ausgearbeitet wird. Die stufenweise Herausbildung einer neuen politischen Kultur ist meiner Meinung nach ein Schlüsselmoment zur Überwindung der Krise. Die Grundvoraussetzung dieser Kultur ist die Konzeption der politischen Bildung, die dem Gesellschaftsbewußtsein neue Orientierungen nahebringt.

In einer Zivilgesellschaft sind politische Kultur und politische Bildung nicht nur voneinander untrennbar, sondern können auch in gewissem Sinn als Äquivalente betrachtet werden. Die politische Bildung ist deshalb ein kompliziertes System, das die Elemente der Kultur, die den Charakter und die Formen der politischen Sozialisation bestimmen, während des Bildungsprozesses in einen gewissen Typ politischen Verhaltens und Bewußtseins integriert. Jeder Staat strebt ungeachtet seines Charakters danach, diesen Prozeß durch zentral geleitete Entscheidungen zu kontrollieren.

Im demokratischen Staat ist die Existenz einer unabhängigen öffentlichen Meinung eine sichere Garantie für die Orientierung auf ein solches Modell der politischen Bildung, in dem der Kontrollmechanismus des Staates von seiten der Bürgergesellschaft unterstützt und verstärkt wird. Ein solches System, das sich auf Interessenpluralismus mit solchen Attributen wie Autonomie, Selbstgenügsamkeit, Freiheit u.a. beruft, bezeichnet G. Sartori als „Bildung“ im Gegensatz zu „Indoktrination“, (G. Sartori 1992, 108). M. Oakshott seinerseits teilt die politische Bildung in „professionelle“ und „universelle“ Varianten im Gegensatz zur „ideologischen Bildung“, die auf Erlernung streng formulierter „ideologischer Texte“ basiert (M. Oakshott 1962, 116).

In der heutigen Welt sind alle oben genannten Modelle der politischen Bildung weit verbreitet. Für spezifisch

westlich wird nur das pluralistische Bildungsmodell gehalten, das von Staatskontrolle relativ frei ist. Dieses ist als Ergebnis einer langen Evolution sowohl der staatlichen Institutionen als auch der verschiedenen Systeme der politischen Philosophie entstanden. Die Grundinstitutionen, in denen sich die entsprechenden Bildungsprozesse kristallisieren, sind: 1) das System der universellen (freien) Bildung in staatlichen und privaten Schulen und 2) das heutige System der Universitätsbildung. In beiden Systemen realisieren sich auf verschiedenen Ebenen drei Hauptaspekte der politischen Bildung: a) Formulierung, Festigung und Übertragung von allgemeinen Grundlagen der politischen Weltanschauung; b) Aneignung der Gesamtheit politischer Disziplinen (die Ebene des wissenschaftlichen Begreifens von Politik und des Phänomens des Politischen) und schließlich c) die Vorbereitung sowohl zur Teilnahme an Wahlen als auch zur professionellen politischen Tätigkeit.

Die politische Elite, die über diese Institutionen Kontrolle ausübt, ist deshalb fähig, auf die Formen und Inhalte der politischen Sozialisation und infolgedessen auf andere Sphären des sozialen Lebens einzuwirken. Das Maß einer solchen Kontrolle ist durch das Verhältnis von Bildung und Indoktrination in den Unterrichtsprogrammen definiert, d.h. durch den Grad politischer Freiheit. Einzelne Elemente politischer Bildung können im Rahmen autoritärer Regime entstehen, aber sie verschwinden sofort, wenn sich der Autoritarismus in eine Variante des Totalitarismus verwandelt.

Der heutige Charakter der politischen Bildung in den westeuropäischen Ländern und den USA wurde von der optimistischen Überzeugung der Intellektuellen geprägt, daß die notwendige Bildungsreform durchgeführt werden kann. „Wir können“, schrieb J. Dewey, „in Schulen den Plan projektieren, der dem Gesellschaftstyp entspricht, den wir zu erreichen trachten.“ (R. B. Westbrook 1992, 192)

Man kann diese Orientierung schon im klassischen Werk von J. S. Mill „Betrachtungen über die repräsentative Demokratie“ finden, wo die Begriffe „demokratische Regierung“ und „Erziehung“ nicht selten als Äquivalente betrachtet werden (J. S. Mill 1971, 52). Das von dem englischen Philosophen formulierte Grundprinzip – „das Wesen der demokratischen Konstitution ist die allgemeine Staatsbürgerschaft. Alle Leute müssen Bildung erhalten, um Bürger werden zu können“ – ist als theoretisches Fundament zeitgenössischer Demokratietheorie anerkannt. Die heutigen Anhänger von Mill sind völlig davon überzeugt, daß mit Hilfe spezieller Schulprogramme und entsprechender didaktischer Methoden die rationalistischen Prinzipien der demokratischen Politik nicht nur erhalten und verstärkt, sondern auch in ein Hauptinstrument politischer Erziehung und Sozialisation verwandelt werden können. Es ist übrigens auch nicht zufällig, daß die Anhänger dieser Richtung die Fachorientierung der Schulbildung durchaus ablehnen und die Einführung von freien, humanistischen, allgemeinbildenden Programmen in allen Schulen fordern (M. Adler 1991, 126).

Die Ergebnisse soziologischer Umfragen in amerikanischen Städten zeigen, daß eine solche radikale Haltung eine ziemlich starke Unterstützung hat. Das realisiert sich sowohl in Forderungen, den Bildungsstandard zu verbessern, als auch im Vorzug, den die Amerikaner katholischen und protestantischen allgemeinbildenden Privatschulen geben (I. Crespi 1988, 43, 80–81; R. Dahl 1989, 142 ff., 156–162; M. Yanowitz 1985, 92–112; D. Jankelovich 1991, 166 ff., 249).

In der Bundesrepublik Deutschland wurde Anfang der neunziger Jahre – bei der Diskussion über die Rolle von neuen didaktischen Methoden in der modernen Schule – der politischen Bildung große Aufmerksamkeit geschenkt, die jetzt als ein Pfeiler der Zukunftspolitik betrachtet wird. P. Weinberger hat die Ergebnisse dieser Diskussion wie folgt formuliert: „Zukunft“ als Ziel und Inhalt politischer Bildung ist erst in Ansätzen als zentrales Relevanzkriterium der politischen Didaktik akzeptiert ... Wenn aber immer deutlicher wird, daß das Überleben der Gattung Mensch und des Planeten Erde entscheidend davon abhängt, ob und wie weit es gelingt, in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere in den Sozialwissenschaften, ‘Zukunftswissen’ zu entwickeln und für die praktische Politik verfügbar zu machen, dann muß gefordert werden, daß dieses ‘Zukunftswissen’ auch in die Ziel- und Inhaltskataloge sowie das Methodenrepertoire der politischen Bildung eingeht“ (P. Weinberger 1990, 316).

Die Frage nach den Perspektiven des politischen Wissens und der politischen Bildung wäre unverständlich und praktisch unmöglich, wenn man nicht die Impulse zur Entwicklung des liberalen Denkens berücksichtigt, die immer wieder von der Sphäre der Universitätsbildung ausgestrahlt wurden. Der Platz der Universität als einer einzigartigen kulturellen Einrichtung und als Faktor demokratischer Politik wurde schon lange zwischen Anhängern der universellen und der professionellen Bildung umkämpft. Es ist klar, daß nicht alle Wissenschaftler und Politiker mit der These einverstanden sind, die im 19. Jahrhundert von J. H. Newman – dem Rektor der katholischen Universität in Dublin – formuliert wurde, die Universität sei ein Ort, wo man Zutritt zum allgemeinen Wissen als „Zweck in sich“ bekommt. (J. H. Newman 1976, II. IX, 7; I. VII, 1). Beleg für eine entgegengesetzte Auffassung von Universitätsbildung wurde die Eröffnung zuerst der professionellen Colleges in den alten Universitäten und später die Errichtung von technischen und sogar polytechnischen Universitäten.

Dieser Prozeß der Fachorientierung der Universitätsbildung wurde manchmal nicht zufällig von Anklagen gegen die Verbreitung von „subversiven“ und revolutionären Doktrinen begleitet. Zugegebenermaßen reiften die Ideen revolutionärer Umwälzungen häufig innerhalb von Universitätsmauern heran, in den Universitäten gärten revolutionäre Bewegungen, sie wurden zeitweise zu Modellen einer neuen politischen und sozialen Ordnung. Die Frage ist aber, in welchem Grade die Universitätstradition

humanistischer Bildung dafür verantwortlich zu machen ist. Besitzer von Universitätsdiplomen wurden sowohl zu Revolutionären als auch zu bekennenden Konservativen, Bürokraten und Militaristen.

Die vorgelegten Belege bestätigen im wesentlichen nur einen Satz: die Universitäten sind ungeachtet ihres sozialen Status und nicht selten konjunkturbedingter Bildungsorientierungen für alle Tendenzen offen, die in der Gesellschaft existieren. Sie üben eher einen indirekten Einfluß auf diese Tendenzen aus, als daß sie das Laboratorium der Revolution sind.

Man darf deshalb behaupten, daß die Universitätsbildung heute nur in einer solchen Gesellschaft einen eigenen Status erwerben kann, in der die Politik auf das Erlangen von Konsensus, nicht aber auf die Entfesselung von Konflikten ausgerichtet ist. So wird die Universität nur dann zur Quelle von neuen Konzeptionen der politischen Bildung, wenn die praktische und ideologisch engagierte Politik außerhalb ihrer Mauern bleibt und die Sprache der Philosophie und der Geschichte den ihr gebührenden Platz einnimmt. Dies setzt voraus, daß die „ersten Prinzipien“ der Universitätsbildung in Kraft bleiben.

Es gibt viele Wege, sich von der Tradition der freiheitlichen Bildung zu verabschieden. Manchmal erscheinen sie als erzwungen und einzig möglich. In den dreißiger und vierziger Jahren, als viele Menschen überzeugt waren, daß liberale Werte unter dem Druck totalitärer Diktaturen endgültig begraben würden, machte K. Mannheim die liberale Bildung sowohl für die totalitäre Entartung Deutschlands verantwortlich als auch für die Unfähigkeit der damaligen Demokratien, mit der prinzipiell neuen Situation fertig zu werden.

Zur selben Zeit hatte J. Schumpeter in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ im allgemeinen die Möglichkeit bezweifelt, „die klassische Konzeption der Demokratie“ zu realisieren, da diese Konzeption weder der Menschennatur noch den Realitäten des menschlichen Verhaltens, die ständig die Irrationalität dieser Natur bekräftigten, entspreche. In der politischen Sphäre verschafft Bildung, wie K. Mannheim bemerkt hat, den Menschen keine Vorzüge, weil das aus der Bildung stammende Verantwortlichkeitsgefühl üblicherweise nicht über die Grenzen ihrer Berufsausübung hinausgeht. Allgemeine politische Entscheidungen sind deshalb gebildeten Bevölkerungsschichten wie unbewanderten Spießbürgern gleichermaßen unzugänglich. Demokratietheorie kann also nur dann behilflich sein, wenn sie ein notwendiges Minimum von Partizipation begründet und den konkurrierenden Eliten und der Bürokratie die praktische Entscheidung politischer Fragen überläßt (J. Schumpeter 1976, 256 f., 261–262, 284–285).

Es ist unschwer zu bemerken, daß im heutigen Rußland die Argumentation und die Konsequenzen, die K. Mannheim, J. Schumpeter und viele andere Wissenschaftler,

die von den Möglichkeiten der zeitgenössischen Demokratie enttäuscht waren, gezogen hatten, auf den ersten Blick als adäquate Begründung für den Platz und die Rolle der politischen Bildung herangezogen werden können. Allerdings gewähren der Übergangscharakter des politischen Prozesses und die heutigen Klassenbeziehungen nicht die geringsten Chancen, das westliche Modell liberaler Demokratie zu realisieren. Das Land tritt aufs Neue in eine Periode ein, die von M. Weber prophetisch Epoche des Scheinkonstitutionalismus genannt wurde (M. Weber 1988, 66 ff.). Die Kombination von erklärtem Konstitutionalismus mit bürokratischer Regulierung eröffnet den realen Weg zur allmählichen Herausbildung von Strukturen der sozialen Demokratie, die durch die hervorstechende Elitenkonkurrenz in der politischen Sphäre und die Wechselwirkung von Sozialismus und Kapitalismus in Wirtschaft und Ideologie gekennzeichnet sind. Ein solches Modell von J. Schumpeter wurde übrigens als völlig lebenskräftig sogar für den kapitalistischen Westen betrachtet.

Unter diesen Bedingungen wird staatliche Politik in der Bildungssphäre zu einem der wichtigsten Indikatoren zukünftiger politischer Entwicklung, und dies umso mehr, als die Bildungsinfrastruktur, die vom sozialistischen Staat hinterlassen wurde, bei entsprechender Weiterentwicklung ein sicherer Garant für die Stabilität demokratischer Wahlen werden könnte.

Die Sowjetunion war eine „Technotopie“, d.h. „ein politisches Regime, das seinen Bürgern einen technologischen Sprung zur qualitativ besseren Existenz versprach“ (H. D. Balzer 1989, 1). Das Wissenschafts- und Bildungssystem, das die ideologischen Ansprüche unterstützte, war das umfangreichste in der Welt. Die Universitätsstruktur war ziemlich verzweigt und stützte sich auf die festen Traditionen der allgemeinbildenden Schulprogramme. Natürlich war die Universität unter den Bedingungen der Herrschaft einer einzigen Ideologie nur eines von vielen Elementen des ideokratischen Staates, sie führte lediglich die ihr vorgeschriebene Dienstfunktion aus. Aber der Deideologisierungprozeß, der mit der „Perestroika“ begonnen hatte, zeigte sofort die wichtige Rolle der Universitäten bei der Herausbildung einer neuen politischen Kultur auf. Allerdings schenkte man in dem reißenden Strom liberaler Rhetorik, der Ende der achtziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte, dem Problem der politischen Bildung und der Rolle der Universitäten bei ihrer Formierung keine Beachtung. Die heutige Situation sieht noch paradoxer aus, entbehrt aber nicht der Konsequenz: die Regierungspolitik hat die wissenschaftlichen Institutionen nahezu dem Aussterben überantwortet und zugleich die Umbenennung vieler technischer Hochschulen in Universitäten gebilligt.

All diese Prozesse zeigen, daß die Jahrtausendwende für Rußland ein Wendepunkt sein wird. Unter den Krisenbedingungen kann die neue Konzeption politischer Bildung zum wichtigsten Bindeglied werden zwischen einer

sich erst konstituierenden Bürgergesellschaft und dem neuen Inhalt des Politischen, der sich den Weg durch Gruppeninteressen bahnt. Die russische Nation kann eine neue Identität im Rahmen einer neuen demokratischen Kultur nur erwerben, wenn sie sich auf Bildung stützt.

*Vladimir A. Gutorov ist Lehrstuhlinhaber für Politologie an der Staatlichen Universität St. Petersburg.*

#### Literatur

- M. Adler, *Have without Have-Nots. Essays for the 21st Century on Democracy and Socialism*, New York 1991.
- G. A. Almond/G. B. Powell, *Comparative Politics. A Developmental Approach*, Boston 1966.
- A. Armstrong, *The Ethnic Scene in the Soviet Union: The View of the Dictatorship*, in: *Ethnic Minorities in the Soviet Union*, ed. by Erich Goldhagen, New York 1968.
- H. D. Balzer, *Soviet Science on the Edge of Reform*, Boulder – San Francisco – London 1989.
- S. R. Burant, *Foreign Policy and National Identity*, in: *Europe-Asia Studies*, November 1995, Vol. 47, No 7.
- I. Crespi, *Public Opinion, Polls and Democracy*, Boulder – San Francisco – London 1988.
- R. Dahl, *Who Governs? Democracy and Power in American Cities*, New Haven – London 1989.
- E. Fromm, *Fragen zum deutschen Charakter*, in: *Gesamtausgabe*, hrsg. von Rainer Funk, Bd. V: *Politik und sozialistische Gesellschaftskritik*, München 1989.
- M. Janowitz, *The Reconstruction of Patriotism. Education for Civic Consciousness*, Chicago – London 1985.
- P. Kandel, *Posttotalitarnost' kak teoretičeskaja problema i regional'naja charakteristika*, in: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, H. 5, 1996.
- K. Mänicke-Gyöngyösi, *Konstituierung des Politischen als Einlösung der „Zivilgesellschaft“ in Osteuropa?*, in: B. Heuer/M. Prucha (Hg.),

*Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie*, Frankfurt/M. – Berlin 1995.

K. Mänicke-Gyöngyösi, *Zum Stellenwert symbolischer Politik in den Institutionalisierungsprozessen postsozialistischer Gesellschaften*, in: dies. (Hg.), *Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität. Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa*. Frankfurt/M. – Berlin 1996. *Berliner Schriften zur Politik und Gesellschaft im Sozialismus und Kommunismus*, Bd. 9.

J. S. Mill, *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, hrsg. von K. L. Shell, Paderborn 1971.

J. H. Newman, *The Idea of a University Defined and Illustrated: I. In Nine Discourses Delivered to the Catholics of Dublin (1852); II. In Occasional Lectures and Essays Adressed to the Members of the Catholic University (1858)*. Edited with introduction and notes by I. T. Ker, Oxford 1976.

M. Oakshott, *Rationalism in Politics*, London 1962.

J. Rothschild, *Ethnopolitics. A Conceptual Framework*, NY 1981.

G. Sartori, *Demokratiethorie*, Darmstadt 1992.

J. A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, NY 1976.

A. D. Smith, *The Ethnic Sources of Nationalism*, in: *Survival*, Spring 1993.

M. Weber, *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland*, in: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann, 5. Aufl., Tübingen 1988.

P. Weinberger, *„Zukunftswissen“ – Plädoyer für ein neues Relevanzkriterium der politischen Bildung. Zur Theorie und Praxis der politischen Bildung*, Bonn 1990.

R. B. Westbrook, *John Dewey and American Democracy*, Ithaca – London 1992.

Yankelovich, *Coming to Public Judgement. Making Democracy Work in a Complex World*, Syracuse – New York 1991.

Myron Weiner/Samuel P. Huntington (eds.), *Understanding Political Development*, Boston – Toronto 1987.

## MIG Agentur

*das russische Reisebüro in Berlin*

\*\*\*\*\*

**Visa und Hotelbuchung** nach

Rußland, Ukraine, Weißrußland, Moldowa, Usbekistan und Georgien

*Schnell und ganz ohne Formalitäten*

\*\*\*\*\*

Rheinstr. 35, 12161 Berlin,  
50 m vom U-Bahnhof Walter-Schreiber-Platz,  
Tel.: 030 / 851 68 63, Tel. / Fax: 030 / 851 68 42

Werbung Beck-Verlag

# Das Schauspiel der Kulturen am Ende der Moderne oder die Retraditionalisierung in der Früheren Sowjetunion<sup>1</sup>

## Prolog

Letztes Jahr wurde in Moskau nach knapp dreijähriger Bauzeit die Rekonstruktion der Christi-Erlöser-Kathedrale fertiggestellt. Die Kathedrale, die an den russischen Sieg über Napoleon erinnern sollte, wurde auf Geheiß Stalins in den dreißiger Jahren abgerissen. An ihrer Stelle sollte der gigantische Palast der Sowjets, gekrönt von einer nicht minder gigantischen Statue Lenins, errichtet werden. Allein der sumpfige Boden, auf dem der Palast stehen sollte, trug das Gewicht des monumentalen Baus nicht. So blieb die Parzelle im Zentrum Moskaus unbebaut, bis Chruščev an dieser Stelle ein Freibad bauen ließ. Heute nun steht an der Stelle des Freibades wieder die Erlöser-Kathedrale – als Chiffre der zahlreichen Versuche kultureller (Re-)Konstruktion im Transformationsraum der Früheren Sowjetunion. Der Boden aber bleibt sumpfig.

## 1. Die Sowjetunion als Tradition

Die Sowjetunion als System sui generis war nicht allein durch spezifische politische und wirtschaftliche Regulierungsmechanismen geprägt; sie war überdies eine ungemein effektive soziale Fabrik, die spezifische Normen, Werte, Verhaltensmuster und semantische Kodizes – kurz: kulturelle Praktiken im umfassenden Sinne – produzierte, verbreitete und zwischen Riga und Vladivostok, zwischen Murmansk und Barnaul beheimatete. Die Sowjetunion, zu Staat gewordene moderne Utopie par excellence, war in höchstem Maße traditionsbildend – oder besser: traditionsbauend.

In A. Platonovs wunderbarer, realistischer Grotteske *Džan* zieht der junge Turkmene Nazar, Absolvent einer Moskauer Ingenieurschule, aus, um in der Wüste Turans das Volk der *Džan* zu finden. Nazar kommt mit leeren Händen, aber mit einer Mission – dem Volk der *Džan*, das in äußerster Armut lebt und sich selbst vergessen möchte, um Hunger und sinnloser Existenz zu entfliehen, will er die Menschenwürde zurückgeben. Nazar ist ein Erlöser, der die Sowjetmacht bringt und Traktoren verspricht, einer, der die Sowjettradition begründen hilft.

*Džan* ist eine Parabel – und eines der wertvollsten literarischen Zeugnisse der zwanziger und dreißiger Jahre in der Sowjetunion, weil die Erzählung die Gründerjahre der Sowjetzivilisation in ihrer seltsamen Mischung aus Utopie und Grotteske, Mission und rationaler Ernsthaftigkeit widerspiegelt. *Džan* ist die Geschichte der sowjetischen Traditionsgründung, und Nazar ist der Prototyp des „organischen Intellektuellen“ (Gramsci), der die neu zu schaffende Tradition, oder, um in der Terminologie Gramscis zu bleiben, die kulturelle Hegemonie zu verbreiten sucht.

Hier ist nicht der Ort, um die Entwicklung der Sowjetkultur aus dem Geist der Moderne, ihren Aufbruch in den zwanziger Jahren, ihre Verfestigung, Verknöcherung und Pervertierung in den dreißiger Jahren und ihre Dekonstruktion seit den siebziger Jahren<sup>2</sup> weiter zu verfolgen.

Die Feststellung aber bleibt, daß das Projekt der sowjetischen Traditionsbildung – die Herstellung der kulturellen Hegemonie – das mit einem ungeheuren Aufwand an Ressourcen, menschlichen und materiellen, mit Zwangsmaßnahmen und gesellschaftlicher Mobilisierung betrieben wurde, bis weit in die achtziger Jahre eine kaum zu überschätzende Wirkungsmacht hatte.

Aus heutiger Sicht – und ich bin mir hier des groben Pinsels, den ich benutze, bewußt, denn natürlich gab es Gegenbeispiele, gesellschaftliche Nischen, Protestkulturen – präsentiert sich die sowjetische Traditionsbildung vor allem als große Maschine, die mit ihren Filtern Fremdeinflüsse herausfilterte, mit ihren Kühlaggregaten Differenzierungsprozesse einfro, mit grossen Walzen Nivellierungsarbeit leistete und am Fließband hergestellte kulturelle Halbfabrikate über ein weitverzweigtes Röhrensystem in die entlegensten Winkel des Imperiums pumpete, als eine Maschine, die die Sowjetunion im Zustand der Moderne immer wieder reproduzierte, so lange, bis die Moderne als Epoche plötzlich der Vergangenheit angehörte, die Maschine also eine überholte Zeit festhielt.

So wie die großen Kohlen- und Eisenkombinate, die Staudämme, Kraftwerke und Neulandkampagnen obsolet wurden, weil sie mit viel zu hohem Aufwand Güter produzierten, die keiner mehr brauchte, so hatten sich auch die von der sowjetischen Kulturindustrie produzierten Güter überholt. Die Produktion von Parolen und Losungen, von Normen und Werten, von Weltanschauung und semantischen Kodizes geriet ins Stocken und versiegte.

Während dreier Generationen lief die Maschine der sowjetischen Traditionsbildung effizient. Im Lauf der siebziger Jahre geriet sie ins Stocken und in den achtziger Jahren gab sie ihren Dienst auf. Zu reparieren ist sie nicht. Aber sie hinterläßt ein nach wie vor wirkungsmächtiges Erbe – gesunkenes Kulturgut. Zu Recht fordert Karl Schlögel, die Sowjetgesellschaft zu entdämonisieren, sie als spezifischen Zivilisationstypus zu verstehen und so für die Forschung zurückzugewinnen,<sup>3</sup> denn es ist die Sowjetzivilisation mit ihren fest etablierten, identitätsstiftenden kulturellen Praktiken, die den Hintergrund bildet für den Prozeß der „Entobjektivierung der Traditionen und Enttraditionalisierung der Gesellschaft“<sup>4</sup>, der mit der Perestrojka begann und seither eine zentrale Dimension des Transformationsprozesses, die kulturelle Differenzierung nämlich, bestimmt.

## 2. Enttraditionalisierung

Die Vorstellung, daß Moderne und Tradition in einem Gegensatz zueinander stehen, daß also die Ausbreitung der Moderne auf Kosten der Tradition geschehe, greift zu kurz. Sie übersieht, daß die Moderne höchst erfolgreich universalistische Traditionen erfunden und befestigt hat und diese seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weltweit exportiert.<sup>5</sup> Moderne steht in diesem Sinne zwar in einem Gegensatz zu lokalen, partikularen vor-modernen Traditionen; sie ist aber an sich traditionsbildend: Nation und Nationalstaat, Rationalismus und Fortschrittsglaube, Glaube an die Emanzipation der Menschheit, aber auch die konkrete Regulierung von Gesellschaft und Wirtschaft, wie sie sich mit der industriellen Revolution herausgebildet hat, bilden die universalistischen Traditionen der Moderne.

Zu Modernität gehören Industrialisierung, Urbanisierung, Säkularisierung, die Herausbildung einer zentralisierten, hierarchischen bürokratischen Kultur und eine immer größere Reichweite der staatlichen Administration.

Mit Modernität ist weiter ein ganz bestimmtes Normen- und Wertesystem verbunden, das ungeachtet bestimmter lokaler kulturelle Spezifika in modernen Gesellschaften aus verschiedenen Kulturkreisen ein hohes Maß an Übereinstimmung aufweist und gekennzeichnet ist durch Vorherrschen materialistischer Werte, Akzeptanz von sozialer Mobilität, hohen Stellenwert von technisch-wissenschaftlichem Denken, Glaube an Fortschritt und Individualisierung.

Seit Ende der sechziger Jahre beobachtet die Soziologie – und keineswegs nur ihre postmodernen Vertreter – einen Prozeß der Enttraditionalisierung: Im Übergang von der Moderne zur Postmoderne<sup>6</sup>, darauf hat Lyotard in seiner *Condition postmoderne* hingewiesen, werden die großen Traditionen hinterfragt und ihres universalistischen Anspruchs enthoben. Die objektiven Prozesse der Enttraditionalisierung, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in der Arbeit, in der Politik, in der individuellen Lebensführung oder auch im Bereich der kulturellen Symbolik festzustellen sind, korrespondieren mit einer geweckten Aufmerksamkeit – Reflexivität – für die Partikularität des Eigenen und die Möglichkeit des Fremden. Mit der Formel „Entobjektivierung der Traditionen und Enttraditionalisierung der Gesellschaft“ bringt Ionin (1995) diese Entwicklung auf den Punkt.

In den neunziger Jahren gewinnen Prozesse der De- und Retraditionalisierung – die Entwertung der modernen Traditionen und die (Wieder-)Erfindung lokaler, partikulärer Traditionen, Kulturmuster und Identitäten<sup>7</sup> – im Zuge der Globalisierung eine neue Dynamik und eine neue Qualität: Die wachsende globale Interdependenz unterminiert faktisch die Funktionsfähigkeit traditioneller moderner Institutionen und befördert so weiter ihre Delegitimierung; die globalen Kommunikations- und Migrationsströme erschließen die letzten weißen Flek-

ken, transportieren Lebensstile und Konsummuster und vergrößern das Repertoire an verfügbaren Identifikationsmustern; die Angst vor einer globalen, standardisierten Konsumkultur, McWorld und Planet Rebook, fördert wiederum die Herausbildung defensiver oder fundamentalistischer Identitäten. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien schließlich beschleunigen und verbilligen Kommunikation und Vernetzung und ermöglichen so die Entstehung von defensiven oder projektorientierten Wertegemeinschaften.

Anstelle der Eindeutigkeit und des Universalismus treten Option, Kontingenz und Pluralismus. Was in der Moderne als essentialistische, quasi-biologische Größe galt – Nation, Kultur, Rasse, Geschlecht – gilt nun als sozialer Konstrukt und damit als prinzipiell veränderbar.

## 3. Die Enttraditionalisierung der Sowjetunion

Das sowjetische System läßt sich unter anderem als Versuch interpretieren, mittels einer dazu angelegten „kulturellen Fabrik“ Eindeutigkeit und Universalismus, essentielle Attribute der Moderne, festzuschreiben. Das Ende der Sowjetunion bedeutete deswegen auch das Ende der künstlichen Abschirmung (soweit die Impulse von außen kamen) oder des Einfrierens (soweit es sich um endogene Impulse handelte) gegenüber dem Prozesse der Ent- und Retraditionalisierung: Dieser vollzieht sich in der Früheren Sowjetunion seit Mitte der achtziger Jahre in komprimierter und beschleunigter Form. Er wiederholt damit (ohne daß damit identische „Ergebnisse“ vorprogrammiert wären!) den Übergang in die postindustrielle/posttraditionale Gesellschaft, die Giddens und andere als unmittelbare Folge der Globalisierung beschreiben.<sup>8</sup>

Dazu kommt, daß der „Verlust der großen Metaerzählungen“ (Lyotard) und der „Verlust des Zentrums“ (Lemart), die in der westlichen Debatte zur Postmoderne gängige Metaphern zur Unterscheidung zwischen moderner und postmodernen Bewußtseinslage sind, in der Sowjetunion eine reale Erfahrung gewesen ist, da die kulturelle Konfiguration der Moderne hier mit einem konkreten, zentral organisierten staatlichen Gebilde aufs engste verflochten war.<sup>9</sup>

Die konkrete Erfahrung der (metaphorisch gemeinten) Wendung vom Verlust des Zentrums bedeutet in der Früheren Sowjetunion schließlich auch, daß Raum und Zeit im wahrsten Sinne aus den Fugen geraten sind. Seit das Moskauer Zentrum seine nivellierende und regulierende Rolle eingebüßt hat und nicht mehr über die Ressourcen verfügt, um durch Umverteilung/Transferzahlungen oder durch Zentralisierung der Kommunikation die Einheit zu bewahren, hat die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen an Dynamik gewonnen – die südostetischen Uhren, welche Moskauerzeit plus eine Minute anzeigen, sind dafür die Chiffre.

Möglicherweise ist dieses ein Grund für das Faszinosum „Frühere Sowjetunion“, das Publikum und Experten glei-

chermaßen in Bann schlägt und dazu verleitet, die Frühere Sowjetunion als Projektionsfläche für Ideen aller Art, von Katastrophenszenarien bis hin zu positiven Utopien eines dritten Weges, zu benutzen. Selten läßt sich der beschleunigte und verdichtete Übergang – bei offenem Ausgang – eines Staates aus der Moderne in die Postmoderne wie im Zeitraffer beobachten. Es kommt hinzu, daß dieser Staat, bezogen auf die Produktion von Schuhen und Atomraketen, auf Bildungs- und Gesundheitswesen, auf Kultur und Tradition, ein moderner war – so modern wie der „Westen“. Seine Größe und geographische und kulturelle Vielfalt machen ihn schließlich zu einer Art Mikrokosmos, zu einem Zivilisationsmodell. Es scheint, als ob der Kollaps der Sowjetunion Rußland jene Funktion zurückgegeben hat, die es für den Westen schon öfter gespielt hat<sup>10</sup>: Als Projektionsfläche für positive oder negative Utopie, als das große Andere, als Spiegel oder Zukunftslaboratorium.

Die große Transformation seit Mitte der achtziger Jahre läßt sich also in mancher Hinsicht auch als Übergang aus der Moderne in die Postmoderne interpretieren. In einer anregenden Studie deutet die Anthropologin Nancy Ries die *perestrojka* als *rite de passage*, als einen rituellen Ort jenseits tradierter Strukturen, wo unter Bedingungen von Unsicherheit und Unbestimmtheit ein geschlossenes kulturelles System geöffnet wird und der Überprüfung, Veränderung und letztlich Transformation unterworfen wird:

„During this time, as a more typical example of ritual, a number of key symbolic processes occurred throughout Russian (and all Soviet) society: the previously masked structuring principles, paradoxes, failures, and tragedies of Soviet Society were publicly examined, lamented, and condemned; many people subverted the stable Soviet norms of political participation and reclaimed officially inviolable urban spaces by attending mass rallies or meetings; the sacred symbols, ideologies, and practices of Soviet Society were thrown down, unmasked, and rejected wholesale...“<sup>11</sup>

Aus kultursoziologischer Sicht bedeutet die Perestrojka also die Entwertung der tradierten kulturellen und sozialen Praktiken, die Verflüssigung jenes kulturellen Kitts, der die Sowjetgesellschaft zusammenhielt. Diese forcierte Enttraditionalisierung führte zwangsläufig zum vielfach beklagten geistigen oder kulturellen Vakuum, das durch Rückgriffe auf altes oder Herstellung von neuem kulturellen Material gefüllt werden mußte.

Anstelle der entwerteten sowjetischen Einheitskultur bilden sich partikulare, distinkte und oftmals konfligierende kulturelle Muster, die die Gesellschaften (jetzt im Plural) und ihre Normen, Werte, Verhaltensmuster und Kodizes im Transformationsraum Frühere Sowjetunion restrukturieren.

Der Prozeß der Retraditionalisierung, also die Herausbildung von neuen kulturellen Mustern, basierend auf dem

verfügbaren regionalen, geographischen, ethnischen und historischen Material, ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Herausbildung von urbanen Lebensstilen, Protestkulturen, regionalen Identitäten, überregionalen, ethno-kulturell und/oder religiös begründeten *imagined communities* und vor allem natürlich die zahlreichen Versuche des *nation building* auf dem Gebiet der Früheren Sowjetunion legen davon Zeugnis ab. Durch die hohe Veränderungsgeschwindigkeit lassen sich diese Prozesse gleichsam im Zeitraffer beobachten und der Charakter dieser wiedererfundenen Traditionen als soziales Konstrukt tritt in aller Deutlichkeit hervor.

#### 4. Die Retraditionalisierung in der Postmoderne

Eine Reihe von Autoren haben in letzter Zeit darauf hingewiesen, daß sich der Prozeß der Ent- und Retraditionalisierung und, damit verbunden, die Funktion von Kultur, im Übergang von der Moderne zur Postmoderne grundlegend verändert hat.<sup>12</sup>

Die Retraditionalisierung auf dem Gebiet der Früheren Sowjetunion vollzieht sich unter den Bedingungen der Postmoderne – die Metapher von der Maschine hat, wie die Maschine selber, ausgedient. Eine neue Metapher könnte das vielzitierte „Netzwerk“ sein – ein künstlicher Organismus, zentral nicht zu kontrollieren, aus vielen, sich frei vernetzenden Zellen bestehend, die Information, Wissen, Kultur- und Konsummuster miteinander austauschen und über diesen Austausch die Rekonstruktion alter oder die Konstruktion neuer Identitäten erheblich vereinfachen.

Verlassen wir die Metaphern, wenden wir uns den Abstraktionen zu: Die Retraditionalisierung – die Erfindung neuer kultureller Muster und Praktiken – unter den Bedingungen der Postmoderne ist gekennzeichnet von sechs Prozessen: Pluralisierung, Reflexivisierung, Autonomisierung, Ökonomisierung, Mediatisierung und Globalisierung.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig – in jedem Fall aber spielen die globale Kommunikation und die erhöhte Mobilität eine zentrale Rolle, indem sie einen Dialog zwischen dem Eigenen und dem Fremden schaffen: *Reflexivität* und *Pluralität* werden so institutionalisiert. Durch technologischen Fortschritt wird „imagination (...) a collective, social fact. This development, in turn, is the basis of the plurality of imagined worlds.“<sup>13</sup>

Eine weitere Entwicklung ist die Autonomisierung der kulturellen Sphäre.<sup>14</sup> Kultur und Tradition als soziales Konstrukt können weder *nur* als Reflex zugrundeliegender sozialer Strukturen (Überbauphänomen) noch *nur* als strategisches Handeln einer bestimmten Schicht zur Durchsetzung bestimmter, dominanter Werte und Normen verstanden werden. Ersteres ist im Zeitalter der Reflexivität nicht mehr möglich, letzteres angesichts der prinzipiellen Pluralität, die immer auch Optionen eröffnet, nicht mehr durchsetzbar.

Baumann hat überzeugend dargelegt, daß in postmodernen kapitalistischen Gesellschaften überdies auch gar kein Bedarf an kultureller Hegemonie, vermittelt durch die Arbeit der organischen Intellektuellen (Gramsci), besteht, denn in einem solchen Staat „erhält und perfektioniert sich die Effektivität der staatlichen Gewalt und ihre Leistungsfähigkeit bei der systemischen Reproduktion unabhängig vom Wirkungsgrad und der Intensität des gesellschaftlichen Engagements für die ‘herrschenden Werte’ – oder für jede Art von Werten überhaupt.“<sup>15</sup>

Anstelle der systemreproduzierenden Arbeit der Intellektuellen tritt, im Übergang zur Massen- und Konsumkultur, die Kraft des Marktes: „In dem Maße, indem das Interesse des Staates an der Kultur schwand (d.h. die Relevanz der Kultur für die Reproduktion der politischen Gewalt sich verringerte), kam die Kultur in die Einflußsphäre einer anderen Macht, mit der die Intellektuellen sich nicht messen konnten: in die des Marktes. Literatur, bildende Kunst, Musik – der ganze Bereich der Geisteswissenschaften – wurden nach und nach von der Bürde befreit, eine ideologische Botschaft zu tragen und als Unterhaltung immer weiter in das Fundament der marktbestimmenden Konsumtion eingelassen.“<sup>16</sup>

Träger – oder eben Medium – von Kultur- und Konsummustern sind die Massenmedien, allen voran die global agierenden elektronischen Medien. Der pluralisierte, massenmedial aufbereitete Informationsfluß spielt im Prozeß der Ent- und Retraditionalisierung in der Früheren Sowjetunion ohne Zweifel eine zentrale Rolle, indem er neue, importierte oder revitalisierte Kulturmuster und Identitäten bereitstellt und propagiert, zur Herausbildung von Wirkgruppen mit geteilten Normen, Ritualen, Inszenierungen beiträgt und so die Strukturierung der Gesellschaft als Ganzes vorantreibt. Inwiefern dieser Prozeß konflikthaft wirkt oder im Gegenteil über die Herausbildung von Differenz und Konkurrenz die Grundlage für eine zivile Gesellschaft legen kann, ist von Fall zu Fall verschieden.

### 5. Retraditionalisierungen in Postsowjetien – Typologien

Am Ende der sowjetischen Moderne im August 1991 stand auch das Ende der universellen sowjetischen Tradition. Der postsowjetische Raum strukturiert sich seither zunehmend nach partikularen, lokalen, rekonstruierten oder neu geschaffenen Kulturmustern und Identitäten.

Die Parade der Souveränitäten von 1989/1990, als sich alle Sowjetrepubliken und anschließend die meisten der Subjekte der Rußländischen Föderation für unabhängig erklärten, ist die eine, die politische, Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht das Schauspiel der Kulturen und die Baustelle der Identitäten. Nationale Unabhängigkeitsbewegungen, zunächst an der Peripherie der Sowjetunion – in den Baltischen Staaten, der Ukraine, den transkaukasischen und mittelasiatischen Staaten – später auch innerhalb der Rußländischen Föderation, etwa an der

Wolga, im Nordkaukasus oder im russischen Norden – sind immer auch kulturelle Bewegungen, ein Kampf um eine eigene, distinkte Identität.

Der postsowjetische Völkerfrühling ist jedoch nur der sichtbarste und möglicherweise der politisch relevanteste Aspekt des Schauspiels der Kulturen. Auch anderswo wird an der Wiedererfindung der Tradition gearbeitet: Die postsowjetischen *Megacities*, selber Werkräume neuer urbaner Lebensstile, bilden ihre eigene Kultur heraus, die sich zunehmend von derjenigen der russischen Provinz unterscheidet. Einige Regionen, die selbstbewußten, entwickeln eine spezifisch regionale Identität. Sibirien, der russische Norden oder der Ferne Osten sind längst mehr als geographische Begriffe. Im Nordkaukasus konkurrieren verschiedene Angebote – je nach Situation und Zweck wird eine ethnische („Tschetschene“), kulturelle („die Bergbewohner“) oder religiöse („Muslime“) Identität propagiert. Die „neuen Russen“ bilden eine Kaste mit spezifischen Kulturmustern, die längst in zahlreichen Anekdoten kodifiziert sind. Politische „Parteien“ strukturieren sich mehr aufgrund ihrer spezifischen politischen Kultur und ihres Diskurses als aufgrund divergierender politischer Programme und Strategien. In Südrußland bilden sich praktisch über Nacht Kosakenverbände, die ihre Mitglieder zum beträchtlichen Teil aus der städtischen Intelligenzija rekrutieren.

Kurz – die Baustelle der Identitäten ist omnipräsent. Dies ist für Rußlandreisende ein ungeheures Faszinosum und für Politikwissenschaftler mit konstruktivistischer Neigung ein Festmahl, das allerdings methodisch nicht leicht zuzubereiten ist.

Die Wiedererfindung der Tradition geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren.

Erstens gilt es zu klären, welches Material zur Verfügung steht: Geographische, politische, kulturelle und besonders historische Faktoren, die Kraft der selektiven Erinnerung bestimmen und beschränken zugleich den Prozeß der Retraditionalisierung.

Zweitens gilt es zu fragen, an welche Gemeinschaft die wiedererfundene Tradition gebunden werden soll und wer sich aufgrund welcher Eigenschaften als Mitglied dieser Gemeinschaft qualifizieren kann.

Drittens stellt sich die Frage, ob die wiedererfundene Tradition an einem territorial definierten Raum gebunden wird, also etwa innerhalb der Grenzen eines neuen Nationalstaates oder einer Region angesiedelt wird, oder ob es sich um einen virtuellen Raum („Netzwerk“) handelt, den die Mitglieder der Gemeinschaft bilden, also zum Beispiel Umweltbewegungen, die pantürkische Bewegung oder die russischen Nationalkommunisten.

Viertens muß gefragt werden, an welchem Typus Identität gearbeitet wird. In Anlehnung an Castells lassen sich drei verschiedene Typen unterscheiden:<sup>17</sup>

*Reproduzierende* oder *legitimierende Identität* wird durch die dominanten gesellschaftlichen Institutionen gefördert, um durch die Etablierung verbindliche Normen und Werte gesellschaftliche Akteure zu kontrollieren und so die Systemreproduktion zu gewährleisten.

*Defensive Identität* wird durch gesellschaftliche Akteure gefördert, die ihren Status durch sozialen Wandel oder durch als fremd, aber dominant wahrgenommene Werte, Normen und Institutionen bedroht sehen. Als Reaktion fördern sie defensive, von den dominanten Werten und Institutionen verschiedene Identitäten.<sup>18</sup>

*Projekt-Identität* meint die Konstruktion einer neuen Identität unter Verwendung von altem oder neuem „kulturellen Material“ durch gesellschaftliche Akteure, die sich dadurch eine Verbesserung ihres gesellschaftlichen Status oder die Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen überhaupt erhoffen.

Der Zweck der großen sowjetischen Traditionsmaschine war die Produktion von legitimierender und reproduzierender Identität. Daß die Maschine endgültig defekt ist, zeigen gerade die Versuche, sie wieder in Gang zu bringen. Jutta Scherrer beschreibt in ihrem Beitrag (in diesem Heft S. 6ff.), wie die staatlich geförderte Kulturologie als Surrogat an die Stelle der entwerteten universalistischen Tradition treten soll und auch, wie dieser Versuch, neue Inhalte in alten Strukturen zu befestigen, scheitert.

Nicht weniger zum Scheitern verurteilt ist der Versuch des Präsidenten, mittels einer von ihm eingesetzten Expertenkommission eine russische Idee ausarbeiten zu lassen. Die Experten haben keine Mühe gescheut, sie haben auf einer Datscha unweit Moskaus nachgedacht und sie haben gogoleske Studienfahrten ins Landesinnere unternommen, auch nach Saratov, zum Beispiel:

„On May 23, a group of presidential staffers, headed by Yeltsin aide Georgi Satarov, arrived in Saratov from Moscow. On his arrival, Satarov lost no time in explaining that he had come to discuss the elaboration of a new Russian state ideology. Satarov explained that he and his team of philosophers, political scientists and sociologists were touring the provinces in order to investigate the situation that had taken shape outside Moscow since Yeltsin first called for a new state ideology nine months before. Yeltsin had expressed concern that many Russian people, deprived of the old certainties of the Soviet era, lack a coherent mental framework with which to make sense of the fast-changing society in which they now live (...) He said that study of the outside world reveals that all countries in the world have a ‘national idea’ such as the ‘American dream’.“<sup>19</sup>

Ein vertieftes Studium „of the outside world“, so könnte man dem Präsidenten und seinen Gesandten entgegen, hätte auch gezeigt, daß kulturelle Hegemonie in Rußland und der Früheren Sowjetunion, ebensowenig wie anderswo, nicht wieder herzustellen ist. In Zukunft dominieren projektive oder defensive Identitäten. Einige werden er-

folgreich sein oder sind es bereits – so zum Beispiel in denjenigen neuen Nationalstaaten, die über ein verwertbares historisches Material verfügen – andere werden nach einer Weile als folkloristisches Material entsorgt werden; wieder andere werden, als eine von mehreren Bezugsgrößen, die verfügbare Auswahl an Kulturmustern vergrößern. Manche tragen „nur“ zum Schauspiel der Kulturen bei, doch andere werden politisch bedeutsam sein: die defensive Identitätsbildung im Nordkaukasus beunruhigt Moskau seit langem; eine fernöstliche Identität, eine Ural-Kultur oder das Auseinanderdriften von Stadt und Land werden nicht ohne Folgen für die staatliche Kohärenz Rußlands bleiben.

Heute würde Platonovs Nazar von der Partei nicht mehr in die Wüste Turans geschickt werden, um dem Volk der *Džan* Sowjetmacht und Traktoren zu bringen. Vielleicht würde er von Georgij Satarov, dem Gesandten des Präsidenten in Sachen Russischer Staatsideologie, losgeschickt werden, „in order to investigate the situation that had taken shape outside Moscow since Yeltsin first called for a new state ideology nine months before“. Und Nazar würde berichten vom Schauspiel der Kulturen: Von den neuen Russen und den blutjungen, weltgewandten, aggressiven *biznesmeny* in den neuen Metropolen, von den wahabitischen Wanderpredigern in den Bergen Dagestans, vom Ataman der Kosaken in Südrußland, vom Weltkongreß der Tataren, von den Abenteuern des verrückten Eddi Limonov, vom russischen Dorf und von der zerfallenden Stahlstadt Magnitogorsk, vom Diamantenstaat in Nordosten und vom transnationalen Megakonzern Gazprom, von blühenden Stadtstaaten und von verödeten Industriestädten, von Sängerfesten und Trachtenvereinen, von neuen Grenzen und neuen Hymnen. Es wäre ein langer Bericht – und keiner, der dem Gesandten des Präsidenten nützen würde. Denn sowenig der sumpfige Boden im Zentrum Moskaus das Gewicht des Palastes der Sowjets trug, sowenig trägt heute der kulturelle Boden in der Früheren Sowjetunion oder sonstwo das Gewicht eines zentral gelenkten Diskurses oder einer uniformen Kultur.

**Dr. Christoph Zürcher** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Arbeitsbereichs Politik und Gesellschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist ein überarbeiteter Ausschnitt aus: Zürcher, Ch., 1998, Aus der Ostmoderne in die Postmoderne – zum Wandel in der Früheren Sowjetunion. Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts, 16, 1998.

<sup>2</sup> Für ein brillantes Beispiel einer literarischen Dekonstruktion der Sowjetunion siehe V. Erofeevs Roman *Moskva – Petuški* (dt. Die Reise nach Petushki).

<sup>3</sup> Schlögel, K., Kommunalka oder Kommunismus als Zivilisation. Plädoyer für eine Entdämonisierung der Sowjetgesellschaft, in: Neue Zürcher Zeitung vom 6./7.4.1996, S. 65–66.

Zwei gelungene Beispiele für eine Umsetzung dieses Postulates sind: Kotkin, S., 1995, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*. Berkeley etc.: University of California Press, und Boym, Svetlana, 1994, *Common Places. Mythologies of Everyday Life in Russia*. Cambridge MA etc.: Harvard UP.

- <sup>4</sup> Ionin, L., 1995, *Russische Metamorphosen. Aufsätze zu Politik, Alltag und Kultur*. Hrsg. von Jan Wielgohs (Berliner Debatte – GSFP Berlin): 164.
- <sup>5</sup> Robertson, R., 1992, *Globalization. Social Theory and Global Culture*. London etc.: Sage.
- <sup>6</sup> Der Begriff der Postmoderne ist wie kein zweiter geeignet, wütende Abwehrschlachten seitens derjenigen zu provozieren, die Postmoderne zu Unrecht mit „anything goes“ verbinden. Ich halte es mit David Lyon, welcher folgende, sehr offene Definition vorschlägt:  
„I see it (Postmodernity) as a concept that invites participation in a debate over the nature and direction of present-day societies, in a globalized context, rather than one already describing an already existing state of affairs. Quite unprecedented social and cultural shifts are occurring; whether or not ‘postmodernity’ is the best term to sum up is a moot point. The important thing is to understand what is happening, not to agree on a concept to capture it with. ‘Postmodernity’ will do fine for now“ (Lyon, D., 1994, *Postmodernity*. Minneapolis: University of Minnesota Press: 85).
- <sup>7</sup> Für empirisch fundierte Analysen anhand verschiedener Fallbeispiele siehe Castells, M., 1996–1998, *The Information Age: Economy, Society and Culture*. Malden, MA: Blackwell. vol. 2, 1997, *The Power of Identity*.
- <sup>8</sup> Giddens, A., 1997, *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt am Main: 23–27.
- <sup>9</sup> Damit ist nicht entschieden, ob der Verlust des Zentrums nicht vielmehr als Gewinn der Freiheit empfunden wurde.
- <sup>10</sup> Vgl. dazu Groys, B., 1995, *Die Erfindung Rußlands*. München – Wien.
- <sup>11</sup> Ries, N., 1997, *Russian Talk. Culture and Conversation during Perestroika*. London etc.: Cornell UP: 164.
- <sup>12</sup> Zum Beispiel Giddens, A., 1997, 24, a.a.O., Ionin, L., 1995, a.a.O., 164ff, Appadurai, Arjun, 1996, *Modernity at Large; Cultural Dimensions of Globalization*. Minnesota: University of Minnesota Press: 5.
- <sup>13</sup> Appadurai, A., 1995, ebd.
- <sup>14</sup> Robertson, R., 1992, a.a.O., und Featherstone, M., 1995, *Undoing Culture. Globalization, Postmodernism and Identity*. London: Sage Publications.
- <sup>15</sup> Baumann, Z., 1995, *Ansichten der Postmoderne. Argument-Sonderband Neue Folge AS 239*, Hamburg/Berlin: 43.
- <sup>16</sup> Ebd., 45.
- <sup>17</sup> Castells, M., 1997, *The Information Age: Economy, Society and Culture*, vol. 2: *The Power of Identity*, a.a.O., 17–18.
- <sup>18</sup> Callhoun, C., (ed.), 1994, *Social Theory and Politics of Identity*. Oxford: Blackwell: 17–18.
- <sup>19</sup> Jamestown (Prism), 13. Juni 1997, vol. III, No. 9, Part 2.

## Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation

(Erster Teil) von 1994

bearbeitet und eingeleitet von  
Herwig Roggemann und Wilfried Bergmann  
1997, 330 S., kart., 68,- DM, ISBN 3-87061-527-3

Osteuropa Consulting Center (Hrsg.)

## Die Entwicklung der Unternehmens- strukturen im Transformations- prozeß der Russischen Föderation

Forschungsbericht. Erstellt im Auftrag  
des Bundesministeriums für Wirtschaft  
1997, 756 S., kart., 148,- DM, ISBN 3-87061-657-1

Thomas M. Krüßmann

## Privatisierung und Umstrukturierung in Rußland

Zur Rolle des Rechts als Instrument  
struktureller Wirtschaftsreform  
im Übergang zur Marktwirtschaft  
1998, 646 S., kart., 118,- DM, ISBN 3-87061-695-4

Jens Fischer

## Eurasismus: Eine Option russischer Außenpolitik?

1998, 318 S., 5 Abb., kart., 68,- DM, ISBN 3-87061-737-3

Elisabeth Cheauré (Hrsg.)

## Kultur und Krise Rußland 1987–1997

1998, 304 S., kart., 78,- DM, ISBN 3-87061-621-0

Thomas Bremer, Nebojša Popov,  
Heinz-Günther Stobbe (Hrsg.)

## Serbiens Weg in den Krieg

Kollektive Erinnerung, nationale Formierung  
und ideologische Aufrüstung  
1998, 526 S., kart., 98,- DM, ISBN 3-87061-694-6

Herwig Roggemann

## Die Internationalen Strafgerichtshöfe

Einführung • Rechtsgrundlagen • Dokumente  
1998, 420 S., kart., 88,- DM, ISBN 3-87061-531-1

Peter Doralt, Martin Schauer, Eva Micheler (Hrsg.)

## Wirtschaftsrechtsindex – Mittel- und Osteuropa

1998, XIV + 1058 S., kart., inkl. CD-ROM, 258,- DM  
ISBN 3-87061-684-9



**BERLIN VERLAG** Arno Spitz GmbH  
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030 /84 17 70-0  
E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de

## Die Transformation der Wirtschaft in Tschechien und ihre Schattenseiten: Privatisierung, „Untertunnelung“ und Korruption

Die tschechische Sprache hat den internationalen Wortschatz nicht mit vielen Wörtern bereichert. *ROBOT* und *SEMTEX* kennt fast jedes Kind. Leider kam in letzter Zeit noch ein weiteres Wort dazu: „tunneling“ bzw. auf deutsch „Untertunnelung“. Damit ist der „legale Raub“ von Geldern aus Finanzinstitutionen wie z. B. Banken oder Investment-Fonds gemeint.

Die gesamte Konzeption einer schnellen und rigorosen Wirtschaftsreform in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien – als untrennbarer Bestandteil der Systemtransformation – wurde von tschechischen konservativen Ökonomen entwickelt und im Sinne der neoliberalen Wirtschaftstheorie durchgesetzt. Diese Strategie wurde personifiziert und in vielen wichtigen Momenten vor allem durch die Persönlichkeit von Václav Klaus geprägt, der von Dezember 1989 bis Juni 1992 Finanzminister der ČSFR und von Juni 1992 bis Ende November 1997 Premierminister der tschechischen Regierung war.

### Die komplizierte Ganzheit der Transformation

Transformation, exakter gesagt *Transition*, stellt einen sehr komplexen Prozeß dar, in dem viele Schritte fast zeitgleich realisiert werden, wenn alles in Bewegung geraten ist. Auch in der ČSFR bzw. später in Tschechien wollte man alles so „schnell wie möglich“ durchführen, was den neoliberalen Konzepten entsprach. Dennoch trifft die Vereinfachung kaum zu, daß es sich in Tschechien bloß um eine „Schock-Therapie“ gehandelt habe wie in Polen oder in Rußland.

Der Prozeß der Umgestaltung der Gesetzgebung war sehr kompliziert. Manchmal entschied „der politische Wille“ (Petr Čermák<sup>1</sup>) im tschechischen Parlament mehr als die Kompetenz. Viele Gesetze sind in Windeseile verabschiedet worden, obwohl sie noch sehr „unreif“ waren. Eine ganze Reihe von wichtigen Gesetzen, die den legislativen Rahmen der ökonomischen Transformation gestalten, hatte problematische Schwachstellen. Dies trifft auch für die Gesetze über die Privatisierung zu.

Selbst der ehemalige Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des Tschechischen Parlaments, Milan Uhde<sup>2</sup>, stellte fast verharmlosend und poetisch fest, daß der Prozeß der Privatisierung durch die Methode „Öffnen der Schleuse“ und „Hereinlassen des wilden Wassers“ realisiert worden sei, die aber dennoch den richtigen Weg aufgezeigt habe.<sup>3</sup> Darauf reagierte sein Opponent, der Vorsitzende der tschechischen sozialdemokratischen Partei, Miloš Zeman, in einer Fernsehdiskussion mit folgenden Worten: „Ja, wildes und schmutziges Wasser, das alles wegspült, auch das, was nicht weggespült werden sollte“. Miloš Zeman charakterisierte im weiteren Verlauf der

Sendung das Vorgehen der Koalitionsregierung mit folgenden Worten: „Erst lasse ich mir eine ganze Reihe Sachen stehlen oder kann sie auf betrügerische Weise erwerben, dann pumpe ich in die Wirtschaft ohne irgendeine Kontrolle meinetwegen auch schmutziges Geld hinein, und wenn die Kuh dem Kuhstall entlaufen ist, mache ich die Tür zu und beginne, diesbezügliche Gesetze zu verabschieden.“ (Právo, 25.3.1996)

### Zur Privatisierung

„Die Privatisierung in der Tschechoslowakei bzw. nach dem 1. Januar 1993 in der Tschechischen Republik basierte auf der Kombination der sogenannten ‘Standard-’ und der ‘Nichtstandard’-Privatisierungsmethode. Wichtige Bestandteile der Privatisierung waren die Restitution von Eigentum an die ursprünglichen Eigentümer bzw. an deren Erben, der Verkauf von Eigentum an einheimische oder ausländische Investoren über öffentliche Versteigerungen oder Makler, der direkte Verkauf an ausgewählte Investoren und die Umgestaltung der großen Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften. Deren Aktien wurden im Rahmen der ‘Kupon-Privatisierung’ verkauft oder unentgeltlich Gemeinden, Pensionsfonds und anderen Subjekten überschrieben.“ (Zpráva, 1997, 45).

Die entscheidenden Gesetze über die Restitution und Privatisierung wurden von der Föderalversammlung der ČSFR in den Jahren 1990 und 1991 verabschiedet. Der Privatisierungsprozeß wurde – im Unterschied zur Mehrheit der ostmitteleuropäischen Länder – mit der Restitution und der sog. „kleinen Privatisierung“ eingeleitet. Die „kleine Privatisierung“ erlaubte, Eigentum bis zum Wert von 300 Millionen Kčs (ca. 16,6 Mio. DM) zu übertragen. Die Privatisierung der großen Staatsbetriebe wurde hauptsächlich gemäß Gesetz Nr. 92/1991 Sb. vom Februar 1991 über die „große Privatisierung“ durchgeführt. Große Staatsbetriebe wurden klassifiziert und die Mehrheit stufenweise in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Privatisierung in der Tschechischen Republik ist sehr schnell abgelaufen. Dies läßt sich am wachsenden Anteil des Privatsektors am BIP ablesen.

Tab. 1: Anteil des Privatsektors am BIP in der Tschechoslowakei bzw. in Tschechien 1990–1996

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Anteil in %	4,0	11,0	19,5	50,4	56,3	63,8	74,7

(Český, 1996)

„Eine ganze Reihe von ernsthaften Problemen und Risiken hängt jedoch mit der Geschwindigkeit und den ange-

wandten Methoden der Privatisierung zusammen. Die 'große Privatisierung' hat in ihrem Anfangsstadium zur 'Entstaatlichung' bzw. Kommerzialisierung der Firmen geführt, konnte aber keine effektiven Strukturen von *property rights* schaffen." (Zpráva, 1997, 46). Es scheint verständlich, daß diese Strukturen nur allmählich entstehen können.

Da sich die von neoliberalen Konzepten und Denkweisen geleitete Regierung entschied, die Umstrukturierung der privatisierten Unternehmen den zukünftigen Inhabern zu überlassen, kam es dazu erst mit recht großer Verspätung. In Anbetracht dessen, daß die Regierung in dieser Zeitperiode z.T. darauf verzichtete, ihre *property rights* geltend zu machen, funktionierten die Firmen eine gewisse Zeit ohne tatsächliche und konsequente Inhaberkontrolle.

„Große Unternehmen in Staatseigentum, die in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden (Bahn, Gesundheitswesen usw.), verzeichneten enorme Verluste, die der Staat fast nur passiv hingenommen hat.“ (Larischová, 1998, 12) Dieses Moment hat in manchen Fällen auch zur „wilden Privatisierung“, d.h. zur illegalen Überführung von Staats-eigentum in Privathände (Management usw.) geführt.

„Dadurch konnte sich die im Sozialismus vorherrschende Mentalität behaupten: Vetternwirtschaft, geheime Absprachen, 'wilde Privatisierung', Geldwäsche, Mißbrauch der Informationsasymmetrie u. ä. blieben weit verbreitet.“ (Larischová, 1998, 12)

### Kleiner historischer Exkurs

An dieser Stelle möchte ich einen kurzen Exkurs in die Geschichte der 80er Jahre machen, in die im „bürokratischen Sozialismus“ lebende tschechoslowakische Gesellschaft, weil es nützlich ist, ein bißchen ausführlicher über die damals vorherrschende Mentalität zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß diese Mentalität gewissermaßen noch heute lebendig ist, wenn auch in anderer Form. Deswegen werde ich die Theorie der „zweiten Gesellschaft“ auch auf die tschechoslowakische Gesellschaft anwenden. Schon in den 70er und 80er Jahren wurden zum Teil relativ extensive private Wirtschaftsaktivitäten auf inoffizieller, individueller und teilweise familiärer Basis toleriert. Sie gehörten zur sog. „Schattenwirtschaft“.

Viele der leitenden Angestellten und Manager, sowohl aus Staats- als auch aus Kommunalbetrieben, waren bemüht, sich zu bereichern, so z.B. in Reparaturwerkstätten für Autos, Radio, Fernsehgeräte und andere elektrische Hausgeräte. Das heißt, hier existierte eine Schattenwirtschaft der Tauschgeschäfte mit knappen und begehrten Gütern und Dienstleistungen, die faktisch ein rudimentäres Element von Marktwirtschaft in die sozialistische Planwirtschaft einführte. Diese Tätigkeit hat manchmal auch untergeordnete Mitarbeiter und „Mikroinstitutionen“ (Familien- und Freundeskreise) miteinbezogen. Viele Familien, die schon die Hoffnung verloren hatten, daß sich ihr materieller und kultureller Lebensstandard auf „offiziellem Weg“ verbessern könnte,

orientierten sich vom offiziellen Leben auf die „Schattenwirtschaft“ um. Es handelte sich hier um „die ungeplanten Strukturen und Prozesse sozialen Handelns sowie die mit ihnen verknüpften und sie bedingenden Erfahrungen und Mentalitäten, die sich als unintendierte, aber notwendige Folge des diktatorischen Konstruktionsprozesses – in einer gewissen Weise reaktiv – entwickelten und sich als informelles Gegenstück in die formellen und formalisierten Strukturen aller gesellschaftlicher Bereiche einschmiegten, diese mittrugen, modifizierten und umprägten und mit ihnen untergingen, bzw. als unzeitgemäße soziale und mentale Überhänge in die postsozialistische Gegenwart ragen.“ (Jessen 1995, 103). Der Autor dieser Charakteristik meint damit die gesellschaftlichen Prozesse in der früheren DDR, doch ich denke, daß es sich hier um eine allgemeinere Charakteristik handelt, die auch für andere Gesellschaften des Spätsozialismus – zumindest in Ostmitteleuropa – zutreffend ist. Ich teile seine Auffassung, daß: „... es (...) eine Verkürzung dieser Dimension (wäre), wenn man mit ihr nur solche Bereiche sozialer Existenz in Verbindung bringen würde, die außerhalb des politischen Konstruktions- und Kontrollzugriffs lagen oder nur wenig durch ihn beeinflusst wurden: Also etwa die halblegalen und illegalen politischen Vereinigungen der 80er Jahre, unpolitische Jugendgruppen mit ihrer Subkultur, Familien-, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen oder die tolerierten 'Nischen' in der Freizeit, die berühmte 'Datschen'- und Schrebergärtenkultur. Wichtiger noch waren die informellen Strukturen und Beziehungsnetzwerke, die *innerhalb* des formellen Sektors angesiedelt waren.“ (Jessen, 1995, 104)<sup>4</sup>

Alle diese Erscheinungen, die in der tschechischen Fachliteratur, so z.B. in der Studie von Ivo Možný (1991), beschrieben worden sind, kann man für Erscheinungen der inoffiziellen, d.h. der nicht makroinstitutionalisierten, „zweiten Gesellschaft“ halten. Možný ist der Meinung, daß: „The lack of macroinstitutionalization was at the microstructural level, where the second society functioned, and was replaced by the development of interpersonal contacts that led to the creation of an extensive social network.“ (Machonin, 1993, 238).

Diese „zweite Gesellschaft“ „verlangte von ihren Angehörigen nicht Geld oder Titel, sondern Beziehungspürsinn; sie zwang (...) zu permanenter Beziehungsarbeit, um das Netzwerk der persönlichen Kontakte (...) zu pflegen“ (Jessen, 1995, 106). Verschiedene Autoren sprechen sogar von der „Herrschaft des sozialen Kapitals“, zumindestens mit Blick auf die Tschechoslowakei, die DDR, Polen und Ungarn (Možný, 1991, 31; Jessen, 1995, 106; Bude, 1993, 127).

Die Existenz der „zweiten Gesellschaft“, obwohl sie in der ČSSR selbstverständlich niemals offiziell anerkannt wurde, ist zentral, um die Herkunft der Akteure der demokratischen Revolution und der postkommunistischen Transformation zu verstehen (wobei der Generationswechsel nicht vergessen werden darf).

Nach den in der Tschechischen Republik veröffentlichten Analysen kann als gesichert gelten: „there were social groups who were prepared to actively participate in the restructuring of the society, as well as numerous other groups prepared to accept the coming changes. However, these empirically existing groups are difficult to define using traditional class or stratification categories“ (Machonin, 1993, 238).

### Investmentfonds

Einige hundert Privatisierungs- und Investment-Fonds bzw. sie verwaltende Investitionsgesellschaften sind gegründet worden, um die Investitionspunkte zu investieren, die sie im Rahmen der „Kuponprivatisierung“ im Namen der individuellen Teilnehmer erworben hatten. Manche, exakter gesagt der wichtigste von diesen Fonds, wurden von Großbanken gegründet.

„Diese Großinstitute selbst wurden zum Teil mittels der Vouchermethode privatisiert, wobei aber der Staat einen entscheidend hohen Aktienanteil für sich behielt.“ (Larischová, 1998, 10). Als Ergebnis existierte eine nicht genügend durchsichtige Kreuzstruktur der Inhaberbeziehungen mit nicht ganz klaren Folgen für die Effektivität der *property rights*. Die Interessen der kleinen Aktionäre wurden vom Gesetz sehr wenig abgesichert. „Durch die Voucherprivatisierung ging somit ein Gutteil der Firmen vom Staatseigentum in das Eigentum staatlich dominierter Banken über.“ (Larischová, 1998, 10f.)

In der unklaren rechtlichen Lage sind dann in den letzten Jahren viele der Investment-Fonds und Banken „untertunnelt“ worden, d.h. ihre finanzielle Substanz ist teilweise oder z.T. ganz verschwunden. Es erstaunt kaum, daß in dieser Atmosphäre Korruption, Bestechung (um an wichtige Informationen oder Positionen zu kommen) und die Durchdringung des Staatsapparates mit verschiedenen mafiösen und kriminellen Gruppierungen floriert. Gut bezahlte, gut informierte und geschickte Juristen können „Löcher“ in der Gesetzgebung zugunsten ihrer reichen Klienten oder ihrer Klienten mit guten Kontakten ausnützen. Auch dadurch entstand das Phänomen „Untertunnelung“. Die Privatisierer nützen hoch- bzw. überbezahlte Manager und Steuerberater aus, um ihren Betrug und ihre Verstöße gegen die geltenden Gesetze zu verdecken. Man muß sogar sagen, daß sich die tschechische Rechte in mehreren Fragen irrte und viele Erwartungen enttäuschte.

### Kritik am Privatisierungsablauf aus den Reihen der Koalition

Es ist vielleicht symptomatisch für die politische Szene in Tschechien, daß Ivan Pilip (bis November 1997 Finanzminister, ODS), erst in dem Moment, als er bereit war, seinen Ministerposten zu verlassen, die Lage zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Privatisierungsgesetze wie folgt charakterisierte: „Es hat sich an uns gerächt,

daß jene, die die Privatisierung organisierten, immer den Juristen ein paar Schritte voraus waren und daß man die Hinweise der Auslandsexperten auf die Risiken, die die Redistribution von Eigentum immer mit sich bringt, zurückgewiesen hat. (...) Jetzt bleiben wir alle hinter der aggressiven Klasse der neuen Inhaber zurück, die die Regeln, die woanders in der Welt gelten, nicht respektieren. (...) Verschuldet durch eine unvollkommene Legislative, wird es nach der ‘Untertunnelung’ der Fonds zur aktiven ‘Untertunnelung’ der Aktiengesellschaften kommen“ (Pilip, 1997). Pilip kritisiert auch den Ablauf der „Kuponprivatisierung“: „Es sind mehrere Fälle bekannt, in denen sich einzelne Personen oder ganze Gruppen bereichert oder beträchtlichen finanziellen Profit zu Lasten anderer Bürger gemacht haben“ (Pilip, 1997). Ivan Pilip mußte das bittere Ende dieser Politik schließlich selbst anerkennen. Leider zu spät sagte er: „Die Wirtschaft war immer einen Schritt voraus.“ Auch in der liberalen Presse war die Kritik sehr scharf: „Die verdächtigen Bankiers werden von Spitzenadvokaten verteidigt, die sich im Straf- und Wirtschaftsrecht besser auskennen, als die Polizisten selbst.“ (Lidové noviny, 17.1.1998).

Doch diese Kritik hat einst Premierminister Václav Klaus zurückgewiesen. In der Zeit, als er noch im Amt war, verteidigte er den „spezifisch tschechischen Privatisierungsweg“, der ihm zufolge „nicht anders und prinzipiell nicht viel besser hätte ablaufen können.“ (V. Klaus, 1997, 29). Anfängliche Fehler wurden von der regierenden konservativen Regierung übersehen und häufig ignoriert. Doch Petr Pithart, tschechischer Premierminister bis 1992 und heute Präsident des Senats des Parlaments, führt die Probleme auf die erste Phase der Transformation zurück. „Zu diesem Zeitpunkt habe es der konservativen Regierung Klaus an der politischen Bereitschaft gemangelt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß einzig solides Auslandskapital die Reformen voranbringt.“ (Müller, 1997, 1)

Es ist richtig, daß die Redewendung von der „Flucht der Ökonomen vor den Juristen“ in Tschechien zum geflügelten Wort geworden ist. „So wurde 1993 eine Gesetzesbestimmung beschlossen, derzufolge Entscheidungen bezüglich der Privatisierung sowohl von der Kontrolle durch Verwaltungsorgane als auch von der Überprüfung durch das Justizwesen ausgenommen sind. Spekulationen, welche politische Absichten dahinter gestanden haben könnten, wirken heute auf die Bevölkerung demoralisierend. Die primär ökonomisch orientierten Reformer haben die ethische Dimension der Transformation zu wenig beachtet.“ (Larischová, 1998, 12).

### Kritik von Seiten der Opposition

Die uneinige Opposition (Sozialdemokraten, Kommunisten) konnte gegen diese Erscheinungen praktisch nichts Wirksames unternehmen. Die SPR-RSČ (die Vereinigung für die Republik, Republikanische Partei der Tschechoslowakei) – ihrem Selbstverständnis nach eine Rechtspartei – trat zwar häufig mit harscher Kritik hervor, doch

kann man nicht sagen, daß sie irgendwelche Alternativkonzepte hatte.

Dagegen legten die kommunistischen Abgeordneten V. Pilip und K. Vymětal eine Gesetzesnovelle vor, derzufolge man bei der Entscheidungsfindung über eine Privatisierung streng gemäß der Verwaltungsordnung vorgehen sollte und die die Möglichkeit vorsah, gegen die getroffene Entscheidung vor Gericht zu klagen. Schon während der Verabschiedung des Gesetzes über die „große Privatisierung“ im Jahre 1991 hatten kommunistische Abgeordnete die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung verlangt. Damals konnte sich die Regierungskoalition mit ihrem Bemühen durchsetzen, schnell, massenhaft und ohne „Verzögerung“ zu privatisieren. (Haló noviny, 4.3.1998, 3).

### Skandale und Affären

Als sich die Wirtschaftslage in Tschechien verschlechterte, trugen unzählige Privatisierungsskandale zum Rückgang des politischen Vertrauens der Gesellschaft in das tschechische Parlament und speziell in die Regierung bei. Nach den Wahlen 1996 hat das Vertrauen sehr schnell abgenommen. Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik und mit der daraus resultierenden wirtschaftlichen Lage erreichte im Herbst 1997 ihren Höhepunkt.

Acht Jahre nach der „samtenen Revolution“ häuften sich in Tschechien politische und ökonomische Affären. Ende Juli 1997 vermeldete Augustin Hrbotický, Vorsitzender der Regierungskommission gegen die Wirtschaftskriminalität, 550 kriminelle Fälle seit Anfang 1997. Bei jedem dieser Fälle überstieg die Betrugssumme 100 Mio. Kč (Uhl, 1997). Selbst wenn wir diese Untergrenze für unsere Berechnungen heranziehen, läßt sich die Summe des in diesem Zeitraum veruntreuten Geldes auf ca. 60 Mrd. Kč beziffern. Möglich ist, daß in der Realität bis zu 100 Mrd. Kč durch „Untertunnelung“ abgezweigt wurden, was ca. einem Sechstel des jährlichen tschechischen Staatsbudgets entspricht.

Da die Privatisierung gleichsam das Schlüsselement der Transformation war, konzentrierte sich hier auch die Mehrheit der Betrugsdelikte, Skandale und Affären. Das Phänomen „Untertunnelung“ läßt sich gerade dieser Kategorie zuordnen, und daher werden wir uns damit ein bißchen genauer beschäftigen. Die folgende Auswahl von konkreten Betrugsdelikten, Skandalen und Affären wurde anhand von Presseinformationen, der Budování států (Jahrgänge 1992–1996) und Politika v České republice 1997–1998 zusammengestellt.

#### *Finanzdelikte, Steuer- und Zollbetrug*

– Eine der „ältesten großen“ Affären stellt die sog. ostböhmische „Rum“-Affäre dar. (Urteilsspruch vom 22.9.1995 durch das Bezirksgericht in Ostrava). Bis heute sind viele Details unklar. Der Verlust an Steuereinnahmen betrug mind. 60 Mio. Kč.

– Betrügerischer Verkauf von „leichtem Heizöl“: Verkauf als Dieselöl, wobei der Gewinn mehr als 8 Kč für einen Liter betrug. (Ein Liter Heizöl kostet 5,60 Kč, ein Liter Diesel 15,60 Kč). Die Regierung hatte erst im März 1994 einen Gesetzesentwurf über die Kennzeichnung von Heizöl vorgelegt. Dieses Gesetz wurde in der Presse scharf kritisiert, so daß sich die Verabschiedung um ca. zwei Jahre verzögerte.

– Zigarettenschmuggel, gefälschte Etiketten.

– Kreditní a průmyslová banka (Kredit- und Industriebank), seit September 1993 unter Zwangsverwaltung, da die Bank Schulden in Höhe von 3,5 Mrd. Kč nicht zurückgezahlt hat. Der Direktor dieser Bank gründete eine neue Bank, um seine Firmen zu finanzieren. Er hat von der Kreditní a průmyslová banka mehr als 3 Mrd. Kč geliehen. Außerdem gewährte er der politischen Partei ODA einen Kredit in Höhe von 52 Mio. Kč (Budování států, 1995, 1, 10). Die Kreditní a průmyslová banka ist die erste tschechische Bank, die Konkurs anmelden mußte. Später folgten noch die Banken Bohemia, AB Banka Mladá Boleslav, Česká banka, První slezská banka und andere.

– Česká banka (Tschechische Bank): Auf ca. 15.000 Konten wurden ca. 2 Mrd. Kč aufbewahrt. Die Bank gewährte allerdings Kredite in Höhe von über 7 Mrd. Kč.

– Kreditní banka Plzeň (Kreditbank Pilsen): Im Jahr 1995 machte sie Verluste in Höhe von ca. 12 Mrd. Kč. Später ging sie in den Besitz der Česká pojišťovna (Tschechische Versicherungsanstalt) über.

Die tschechischen Banken konnten im Jahr 1996 „unrealisierbare Guthaben“ in Höhe von acht Mrd. Kč abschreiben, 1997 waren es schon ca. 15 Mrd. Kč. Die Verlustanleihen der tschechischen Banken machten 1996 222 Mrd. Kč aus (von insgesamt 887 Mrd. Kč Kreditsumme). Das höchste Risiko war im Handel, der Gastwirtschaft und dem Hotelgewerbe zu verzeichnen. Der Fond národního majetku (Nationaler Eigentumsfond) ermittelte Ende 1996 ca. 360 der Nichtzahler mit einer Schuld von insgesamt ca. 5 Mrd. Kč (Budování států, 1996, 12, 8). Der Anteil der Risikokredite wuchs dennoch auf ca. 380 Mrd. Kč im folgenden Jahr. Das entsprach schon einem Anteil von ca. 30% aller Kredite in der ČR. Nur die Komerční banka hat 1997 gerichtlich eine Summe von 30 Mrd. Kč eingetrieben. Sie erreichte es, im Rahmen der 69 Konkurse wenigstens 175 Mio. Kč zurückzubekommen (Politika v ČR, 1998, 2, 43f.).

Gemäß den Kommentaren in der tschechischen Presse wurden manche Banken von ihren Aktionären nur deswegen gegründet, um einfach an Kredite zu kommen und dann die finanziellen Mittel nicht zurückzuzahlen (Budování států, 1996, 7, 6). Der Staat sanierte die maroden Banken mit einer Summe von ca. 160 Mrd. Kč, die er im Rahmen der Privatisierung erworben hatte.

#### *Privatisierungs- und Restitutionsbetrug*

– Prefa Ústí n. L: Die Firma AMCZECH hat sich im September 1991 für den Kauf dieser Firma 458 Mio. Kč von

tschechischen Banken geliehen. Sie gründete die Tochter AG Eurocast. Die Gewinne der Firma und die Gelder, die durch den Verkauf des Firmeneigentums erworben wurden, verschwanden im Ausland. Es blieben nur Schulden.

– Alexander Komanický schuldet der bankrotten Česká banka 1,3 Mrd. Kč (April 1996).

– Die Intercom GmbH von Vratislav Čekan schuldet dem Nationalen Eigentumsfond mehr als 400 Mio. Kč incl. Zinsen (März 1996). Bis Juli 1998 ist diese Sache nicht geklärt und Herr Čekan betont, daß er gar nicht schuldig sei. Er privatisiere die Firma „Elektroodbyt“. Die Polizei kann Čekan angeblich nicht festnehmen, weil er nur die Unvollkommenheit des Handelsvertrages ausgenutzt hat (Budování států, 1996, 3, 9).

– Poldi Kladno. Das ganze Eigentum der überverschuldeten Firma Poldi Ocel, incl. ihrer Schutzmarke „Poldi“ (Preis 2,7 Mrd. Kč), hat der neue Inhaber, Architekt Stehlík, im Oktober 1996 in eine neue AG überführt. Zu dieser Zeit betrug der Unterschied zwischen dem Guthaben und den Verpflichtungen der Kladno Eisenhütte 3,6 Mrd. Kč. Anfangs, als Stehlík Poldi privatisierte, betrug die Differenz nur 0,353 Mrd. Kč. (Budování států, 1996, 3, 9). Die Komerční banka gewährte Stehlíks Poldi Kladno insgesamt einen Kredit von 4 Mrd. Kč. Der Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des Nationalen Eigentumsfonds, J. Skalický, zufolge, war der größte Fehler bei der Privatisierung von Poldi Kladno der öffentliche Wettbewerb. Stehlík konnte diesen gewinnen, weil er die größte Summe geboten hat. Allerdings hat niemand untersucht, ob er über die finanziellen und professionellen Voraussetzungen verfügt (Budování států, 1996, 2, 11f.). Später stand Stehlík mit seinem Sohn vor Gericht. Die Firma wurde unter Zwangsverwaltung gestellt. Bis heute ist der große Fabrikkomplex mit Stahlwerk, Kontigießerei und modern ausgestattetem Walzwerk praktisch außer Betrieb. Dies genau in der Zeit, in der die Nachfrage wächst!

Als weitere Fälle sonderbarer Privatisierung können Crystalex, Léčiva, Trinecké železářny, SPT Telecom, Becherovka und viele andere angeführt werden. (Lidové noviny, 1998, 29, 11.)

In Tschechien sind bis Oktober 1996 insgesamt 26 Personen verhaftet worden, denen Bankbetrug zur Last gelegt wird. Allein diese Personen haben in den Jahren 1992–1994 große nicht gesicherte Kredite in einer Höhe von fünf bis 450 Mio. Kč erhalten. Dabei hatten „die Schuldner nicht (...) die Absicht, die Kredite zurückzahlen“ (Budování států, 1996, 10, 10).

### *Privatisierungs- und Investmentfonds*

– Fond TREND Hradec Králové: Das Finanzministerium hat 1996 für diesen Fond die Zwangsverwaltung angeordnet. Der Verwalter hat nach der ersten Prüfung festgestellt, daß die Verordnung berechtigt war. TREND hat 1995 ca. 1,2 Mrd. Kč verwaltet. Davon ist der Großteil mittlerweile verschwunden (Budování států, 1996, 12, 9).

Das Finanzministerium hat bis Januar 1997 insgesamt 18 Investmentfonds die Genehmigung entzogen, in andere hat es Zwangsverwalter eingesetzt (Politika v ČR, 1997, 1, 28). Das zentrale Problem der Investmentfonds ist, daß sie geschlossen und deswegen undurchsichtig sind. Im Ausland sind solche Fonds meistens offen. „Was die Beziehung der Fonds mit den Unternehmen anbetrifft, so setzen sie weiter die bürokratische und uneffiziente Aufsicht fort, welche die Staatsorgane früher ausübten.“ (Budování států, 1994, 1, 10f.). Das Finanzministerium hat erst am 10.11.1997 eine Novelle für das Gesetz über die Investmentfonds- und Gesellschaften vorgelegt. Diese sollte der „Untertunnelung“ der Fonds ein Ende bereiten (Politika v ČR, 1997, 4, 46). Die Novelle wurde im April 1998 im tschechischen Abgeordnetenhaus verabschiedet und bildet damit den Abschluß der Kuponprivatisierung (Politika v ČR, 1998, 2, 43f.).

### **Das Phänomen Korruption**

Korruption ist gewiß eine Erscheinung, die nicht nur für den Ablauf der Transformationsprozesse in den postsozialistischen Ländern Ostmitteleuropas typisch ist. Noch weiter verbreitet ist Korruption in den postsowjetischen Staaten, in Rußland, der Ukraine usw. Dabei stellt sich die Frage, ob Korruption ein temporäres Phänomen der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen ist oder ob die „Nach-November-Gesellschaft“ diese Erscheinung lediglich als ein längst bestehendes Verhaltensmuster förderte und belebte.

Daß Korruption wirklich blüht und gedeiht, weiß jeder tschechische Unternehmer. Die Bilanz der Regierung Klaus Ende 1997 zeigt, daß die Antikorruptionspolitik dieser Regierungskoalition passiv und erfolglos war, ja, daß sie sogar die Entfaltung eines für Wirtschaftskriminalität günstigen Milieus ermöglichte. „Die öffentliche Meinung zog folgerichtig den Schluß, daß dies kein Zufall war. Dabei werden diese Vermutungen durch zahlreiche Enthüllungen ‘schwarzer’ Parteikassen bestätigt. Erst in jüngster Zeit finden vereinzelt Kämpfer gegen die Korruption systematische politische Unterstützung.“ (Vrba, 1998)

Auf die größeren Zusammenhänge der Korruption in der Tschechischen Republik verweisen in ihrer Analyse für 1997 der Vizepräsident des Obersten Kontrollamtes Václav Peřich und dessen Projektassistent Quentin Reed. Solange der Schwarzmarkt funktioniert, der auf dem Handel mit un versteuerten Waren basiert, können weder legaler Markt noch öffentliche Verwaltung ihre natürliche Regulationsfunktion erfüllen. Ein Teil der gesellschaftlichen Transaktionen spielt sich nämlich versteckt ab und ist für Hersteller, Händler und Kunden gleichermaßen vorteilhaft. So entsteht ein ideales Korruptionsmilieu. Bestechungen selbst sind für beide Seiten vorteilhaft, deshalb hat keine von beiden Seiten Interesse an einer Aufdeckung. Die gültigen Gesetze machen zudem keinen Unterschied zwischen „Opfer“ – also demjenigen, der

das Bestechungsgeld gibt – und „Täter“. Das ist der zweite Grund zu schweigen. Ist die Öffentlichkeit wenigstens ein bißchen für finanzielle Bestechungen anfällig, empfindet sie die Gewährung verschiedener Dienstleistungen als völlig normal.

Am gefährlichsten ist die Korruption von Richtern und Polizisten. Einer wartet monatelang auf die Eintragung seiner Firma ins Handelsregister, ein anderer nur Minuten. Viele Patienten meinen, daß ihre Gesundheit oder gar ihr Leben ernsthaft bedroht seien, wenn sie nicht „schmierten“. In der Armee sind öffentliche Aufträge wie überall sonst ausgeschrieben – allerdings geht es hier nicht um Beträge in Millionen-, sondern in Milliardenhöhe. In der letzten Zeit mußten viele Ausschreibungen eingestellt werden – was soll der gewöhnliche Steuerzahler davon denken?

### Finanzskandale der politischen Parteien

Nach und nach haben Finanzaffären mit verschiedener Intensität alle Parteien der Regierungskoalition belastet. Am Anfang war die ODA (die bürgerlich-demokratische Allianz) betroffen, die die meisten „Sponsoren“ hatte. Jährlich hat die ODA (mit nur ca. 2.000 Mitgliedern) Parteispenden in Höhe von ca. 50 Millionen Kč erhalten.

Tab. 2: Finanzierung der politischen Parteien 1996 (in Mio Kč)

	ODS	ODA	KDU-ČS	ČSSD	KSČM	SPR-RSČ
Einnahmen insges.	275,05	99,83	104,67	182,79	131,49	56,06
vom Staat	201,02	46,68	57,42	170,74	68,39	55,57
Mitgliederbeiträge	9,46	0,58	17,77	2,22	34,33	0,21
Parteispenden	43,49	52,09	9,43	0,69	–	0,15
Ausgaben insges.	268,98	100,65	95,08	193,22	85,05	44,95
Gewinn/Verluste						
Schulden	+0,68	-0,8	+6,80	+10,39	+46,0	+11,11
(und Kredite)	41,41	51,86	45,17	9,06	0,14	0

(Financování, 1997, 2)

### Die Kulmination der politischen Krise und ihre Lösung?

Die langfristigen Spannungen innerhalb der Regierungskoalition (Kritik von Seiten der Christdemokraten) wie auch die zunehmenden Konflikte innerhalb der mächtigsten Regierungspartei, ODS, die bis zur Spaltung dieser Partei geführt haben, waren auch die Ursachen für den Rücktritt der gesamten Regierung. Anlaß für den Fall der Koalitionsregierung war die Enthüllung unklarer Parteispenden an die ODS. Symptomatisch für die politische Kultur in Tschechien ist der Auftritt der beiden schärfsten internen Kritiker von Premierminister Klaus, Innenminister Jan Ruml (ODS) und Finanzminister Ivan Pilip (ODS), zum Zeitpunkt, als dieser sich gerade in Sarajevo aufhielt.

Der tschechische Premierminister Václav Klaus ist in der Nacht vom 29. auf den 30.11.1997 zurückgetreten. Zugleich legten die acht Minister seiner Demokratischen Bürgerpartei ihre Ämter nieder. Zuvor hatten sowohl die Christliche Volkspartei (KDU-ČSL) als auch die Demo-

kratische Bürgerallianz (ODA) die Dreierkoalition verlassen und ihre Kabinettsmitglieder abgezogen.

Anlaß waren schwere Vorwürfe gegen Klaus, von einer vertuschten Spendenaffäre und einem geheimen Konto seiner Partei in der Schweiz gewußt zu haben. Unterdessen wies Havel den Vorstoß von Miloš Zeman, dem Chef der ČSSD, für sofortige Neuwahlen zurück. Ein Wahlkampf würde das Land für ein halbes Jahr lähmen, so die Begründung. Außerdem betrachte er den Fall Klaus als Grotteske: Es gehe um einige Millionen Kronen in einem Land, in dem Milliarden gestohlen wurden. Politiker hätten jedoch für ihre Lügen zu büßen.

Klaus stürzte, weil sich eine Spende in Höhe von 420.000 DM für die ODS, deren „Absender“ nicht ermittelbar war, als Bestechungsversuch entpuppte. Besagter „Sponsor“, der ehemalige tschechische Tennisstar und heutige Topmanager Milan Šrejber hatte das Geld schon 1995 an die ODS überwiesen. Mit dem Geld hatten Investoren offenbar erfolgreich versucht, den Zuschlag für ein privatisiertes mährisches Stahlwerk (Třinec) zu erhalten. Außerdem wurde ein ODS-Geheimkonto in der Schweiz entdeckt, auf das ausländische Interessengruppen umgerechnet 8,8 Mio. DM überwiesen hatten. Klaus kündigte an, die ODS werde die Spendensumme auf das Konto für die tschechischen Hochwasseropfer überweisen. Klaus bestreitet – im Gegensatz zu einigen Parteifreunden – von diesem Konto gewußt zu haben. Dennoch kündigte er an, keiner neuen Regierung mehr angehören zu wollen.<sup>5</sup>

### Nach den Parlamentswahlen 1998

Nach einer Zwischenperiode, als ein Team von „Halbbeamten“ unter Josef Tošovský regierte, kam es 1998 zu Neuwahlen. Die Ergebnisse sind für Beobachter mehr als erstaunlich. Die ODS ist wiederauferstanden wie ein Phoenix aus der Asche. Sie ist mit einem Stimmenanteil von 27,7% der Stimmen der wirkliche Sieger der Wahlen. Die Sozialdemokraten, obwohl sie 32,1% der Stimme enthielten und nun die stärkste politische Partei im tschechischen Abgeordnetenhaus sind, erreichten einen „Pyrrhussieg“. Werden sie trotzdem fähig sein, eine stabile Regierung zu bilden und die Wirtschaft in Bewegung zu bringen, Korruption, Skandale, Affären zu minimalisieren und die Gesellschaft zu beruhigen? Das sind Fragen an die Entwicklung der nächsten Monate, die schwer zu beantworten sind.

*Dr. Emil Voráček ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag.*

### Literatur

Heinz Bude (1993), Das Ende einer tragischen Gesellschaft, in: H. Joas/M. Kohli (Hg.), Der Zusammenbruch der DDR, Berlin, S. 267–281.

Český (1996), Český statistický úřad, Česká národní banka, Výroční zpráva 1996.

Financování politických stran v České republice v roce 1996 (1997), in: *Právo*, 4.4.1997, S. 2.

Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzezinski (1957), *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart.

Michael Frank (1997), *Das Ende nach der Wende*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.12.1997, Nr. 276, Ausg. F, S.4.

Petr Husák (1997), *Budování kapitalismu v Čechách*. Rozhovory s Tomášem Ježkem, Volvox Globator, Praha.

Ralph Jessen (1995), *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21, S. 96–110.

Václav Klaus (1997), *Privatizace nemohla být jiná*, in: *Hospodářské noviny*, 29.4.1997.

Oskar Krejčí (1998), *Povaha dnešní krize*, East Publishing, Praha.

Kristina Larischová (1998), *Mythos oder Misere? Das „tschechische Modell“ der Transformation*, in: *Internationale Politik*, 6, 8–14.

Pavel Machonin (1993), *The Social Structure of Soviet-Type Societies. Its Collapse and Legacy*, in: *Czech Sociological Review*, 1, 2, S. 231–249.

Ivo Možný (1991), *Proč tak snadno ... Někteří rodinné důvody sametové revoluce*, Praha.

Uwe Müller (1997), *Vertrauenskrise der Konservativen*, in: *Prager Zeitung*, Nr.19. (9.–15.5.).

Vojtěch Šimíček (ed.) (1998), *Financování politických stran v České republice. Pracovní studie, sešit č. 2*, Brno.

Petr Uhl (1997), *Vytunelovaná důvěra*, in: *Právo*, 21.9.1997.

Tomáš Vrba (1998), *Ein tolerierter Diebstahl korrumpiert die öffentliche Meinung. Korruption in der tschechischen Gesellschaft*, in: *Prager Zeitung*, Nr.19, S.16. (Übernommen aus: *Nová přítomnost*, Nr. 3, 1998).

Zpráva (1997), *Zpráva o lidském rozvoji. Česká republika 1997*, Sociologický ústav AV ČR Praha.

Zpráva (1998), *Zpráva o stavu české společnosti po šesti letech vládnutí liberálně-konzervativních stran. „Modrá kniha“ (analyticko-kritický pohled na dosavadní vývoj ČR)*. Nadace F. Eberta, odborné komise ČSSD, Praha.

<sup>1</sup> Bis 1992 Abgeordneter für die ODS; ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der ODS, zurückgetreten wegen einer Affäre.

<sup>2</sup> Der frühere Dissident, Schriftsteller und Dichter Milan Uhde (ODS) war von Juni 1992 bis Juni 1996 Präsident des Abgeordnetenhauses im tschechischen Parlament.

<sup>3</sup> Milan Uhde in TV NOVA, „Sieben Tage mit Nova“, in: *Právo*, 25.3.1996.

<sup>4</sup> Schon die Mitbegründer der Totalitarismustheorie, C. J. Friedrich und Z. Brzezinski (1957, 214), sprachen von der Familie, der Kirche, der Wissenschaft und dem Militär als „Inseln der Absonderung“, deren Beteiligung freilich „nicht innerhalb, sondern jenseits des Systems“ lag.

<sup>5</sup> Spendenaffäre beendet Ära Klaus in Prag, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 276, F, 1.12.1997, S.1.

## Sibirien: Raumwirtschaft zwischen Staat und Markt

Der Göttinger Arbeitskreis führte vom 6. – 8.02.1998 in Bad Nenndorf eine Sibirien-Tagung durch, zum Thema „Sibirien und der Ferne Osten“. Eine rußländische Großregion zwischen osteuropäischen und ostasiatischen Einflüssen“. Dies war die zweite große multidisziplinäre Sibirien-Tagung deutscher Rußlandforscher nach 1984. Im Juni 1984 hatte die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. in Vlotho/Weser eine Tagung zum Thema „Sibirien als russisches und sowjetisches Entwicklungsproblem“ durchgeführt. Die Beiträge wurden 1986 unter gleichem Titel vom Berlin-Verlag publiziert.

Die Tagung in Bad Nenndorf, umfaßte – wie die Tagung in Vlotho – eine breite Spannweite unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Disziplinen, zusätzlich aber auch noch einen interessierten Kreis von Naturwissenschaftlern. Am Ende der Tagung von Bad Nenndorf stand die Gründung der „Studiengruppe für gegenwartsbezogene Sibirienforschung e.V.“, die in Zukunft – als Teilorganisation des Göttinger Arbeitskreises – multidisziplinäre und fachbezogene Arbeit leisten will. Die Leitung der Tagung lag in den Händen der Professoren Boris Meissner (Köln) und Jörg Stadelbauer (Freiburg im Br.). Prof.

Stadelbauer wird auch die neue Studiengruppe leiten und einen fachlich diversifizierten Beirat zusammenstellen. Der Verfasser möchte an dieser Stelle einige Gedanken seines ökonomischen Grundsatzreferats präsentieren.

Sibirien hat heute mit allgemeinen Problemen der Transformation zu kämpfen und mit spezifischen Problemen, die zum Teil eine Verschärfung allgemeiner Probleme darstellen, weil hier die Wirtschaftsstrukturen noch ungünstiger sind als im Maßstab Gesamtrußlands, der Übergang zur Marktwirtschaft sibirische Unternehmen besonders hart trifft, da in Sibirien der militärisch-industrielle Komplex stark vertreten war und zentrale Subventionen und Investitionen stark gekürzt wurden. Die Reichtümer in Sibirien – sprich ‘natürliche Ressourcen’ – sind regional sehr unterschiedlich verteilt und in Zeiten einer allgemeinen Krise ist das Hemd reicheren Republiken und Regionen im Osten Rußlands näher als der Rock. So stehen auch alle makro- und mezzoregionalen Programme zwischen den begrenzten Finanzmöglichkeiten des Zentrums und den verständlichen Egoismen der Föderationssubjekte. Dennoch sollte man m.E. Programme wie *Sibir* und *Ferne Osten und Transbaikal* sowie

das Abkommen *Sibirskoe Soglašenje* grundsätzlich positiv beurteilen, d.h. ernst nehmen.

Es gibt eine Inflation von Zielprogrammen und zum Teil auch altes planerisches Denken. Und es gibt – wie überall auf der Welt – überzogene Vorstellungen von Regionalpolitikern und Raumplanern. Es ist aber auch neues Denken vorhanden, das die Durchforstung des Programmschlingens fordert, realistischere Finanzierungsvorstellungen hat sowie bessere Kontrollen der Programm-Implementationen anmahnt. Aber – und das ist für uns keine Überraschung – selbst wenn man Programmansätze als realistisch ansehen kann, sind die realen Finanzzuflüsse immer noch wesentlich kleiner als die geplanten.

Das Sibirien der Sowjetzeit wurde von vielen als ein kolonialisierter, vom Zentrum ausgebeuteter Raum angesehen; andere sahen primär einen hoch subventionierten Raum. Die eine These war, daß die UdSSR Sibirien auffresse. Die Gegenthese bestand in der Behauptung, daß Sibirien für die UdSSR zu teuer, daß Sibirien allenfalls eine Entwicklungsaufgabe für das 21. Jahrhundert sei.

In dieser Unterschiedlichkeit der Bewertung kommen unterschiedliche Wertprämissen der Analytiker zum Ausdruck. Der neoklassische Ökonom geht an Regionalpolitik im allgemeinen, an ihre sozialen und ökologischen Aspekte in besonderen anders heran als der entwicklungs- politisch geschulte Ökonom mit einem breiten Ziel- system, welches politische, soziale und ökologische Ziele und/oder Kosten berücksichtigt.

Der Entwicklungs- und Regionalökonom kritisiert zwar auch, daß Entscheidungen regionalpolitischer Art in der UdSSR häufig nicht richtig mikroökonomisch fundiert waren, sieht vor allem aber eine Unvollständigkeit der Bewertung der Gesamtkosten der jeweiligen Erschließung und Entwicklung. Für ihn waren die ökonomischen Kosten in der UdSSR falsch berechnet, weil bestimmte Kosten, z.B. die extreme ökologische Belastung der nördlichen Gebiete Sibiriens, die Verschleuderung von wertvollen Ressourcenkomponenten u.a.m. nicht in die einzelwirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnungen eingingen und damit auch nicht in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Sibirien wurde in vielen Teilräumen hoch subventioniert, vor allem durch niedrige Energie- und Transportpreise, aber auch durch hohe Lohnzuschläge für harte Arbeits- und Lebensbedingungen und höhere Kosten der Lebenshaltung. Diese hohen Subventionen hatten m.E. im wesentlichen zwei Quellen. Sie waren einmal die Folge davon, daß der Staat – entweder die politische Spitze oder große Ministerien – bestimmte Standorte entwickeln oder halten wollte. Dies war also regionalstrategisch bzw. regionalwirtschaftlich bestimmt. Zum anderen waren hohe regionale Zusatzkosten aber auch systemischer Art. Eine unzureichende räumliche Organisation der Wirtschaft zentralistisch-sektoraler Art machte die jeweilige Erschließung zu teuer, weil Raubbau betrieben wurde, weil der entwickelte sibirische Süden zu wenig in die Erschlie-

ßung eingeschaltet war, weil nicht nur die natürlichen sondern auch die Arbeitskräfte-, Kapital- und Technikressourcen extensiv genutzt wurden. So wurde in den nördlichen Gebieten Arbeit sehr teuer. Hohe Ausgaben für die soziale Infrastruktur reichten dennoch in der Regel nicht aus und wurden eher nach dem „Restprinzip“ von Ministerien oder Unternehmen verteilt. Siedlungs- politik und Infrastrukturpolitik waren nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt. Das Konzept permanenter Besiedlung sowie ein Wirtschaftssystem, welches Ressourcen- nutzung nicht nach komparativen regionalen Nutzen- relationen steuerte – Beispiel war eben die Überbesiedlung nördlicher Regionen – hat enorme Finanzmittel gebunden. Die frühere Überbesiedlung nördlicher Regionen bzw. Standorte hat heute große Folgeprobleme geschaffen: eine hohe Arbeitslosigkeit und hohe Emigration. Dabei emigrieren – wie zu erwarten – die qualifizierten Arbeitskräfte in stärkerem Maße.

Generell leidet Sibirien heute besonders stark an den Folgen der Sowjetwirtschaft. In vielen Regionen gab und gibt es eine wenig diversifizierte Wirtschaft, die darüber hinaus häufig noch mit sehr alten Produktionsanlagen arbeitet. Stark gestiegene Energiekosten addieren sich mit einem unangemessen hohen Energieverbrauch durch technisch und „moralisch“ veraltete Anlagen.

Sibirische Regionen arbeiten nicht nur mit schlechten Strukturen und veralteten Anlagen, sondern bislang auch mit geringen Chancen, Finanzierungen bzw. Investitionen aus Moskau oder dem Ausland zu bekommen. Es gibt „kluge Ratschläge“ des Zentrums, stärker die endogenen Potentiale der Regionen zu nutzen und die Verarbeitungs- industrie stärker auszubauen. Dem steht entgegen, daß Auslandsinvestitionen entweder stärker in den konsum- nahen Bereich wollen oder in die extraktive Industrie.

Besonders ungünstig ist die Situation für viele Regionen aus der Großregion „Fernost“. Lippenbekenntnisse und das Handeln Moskaus gehen hier um einiges auseinander. Es wird in Publikationen und in Programmen zwar viel über die stark veränderte geopolitische Lage geschrieben, der Ferne Osten wird aber wohl weitgehend auf sich selbst gestellt bleiben. Das bedeutet, die einzelnen Regionen müssen sich auf den Pazifik umorientieren. Dies geschieht auch sukzessiv.

Ein Spezifikum der Sowjetwirtschaft, das jetzt immense Probleme für die sibirischen Regionen schafft, war die geringe Verarbeitungstiefe bei der Förderung von Rohstoffen und Energieressourcen. Es blieb zu wenig Wert- schöpfung in der jeweiligen Region. Das galt z.B. für Holz, das jetzt in der Regel als Rohholz für Exporte zu teuer geworden ist und Ver- bzw. Bearbeitung verlangt. Das galt für Kohle, die zu wenig angereichert wurde und die heute für rentablen Absatz viel zu kleine Radian bzw. Märkte hat.

Gelehrte streiten sich darüber, ob es eine Regionalpolitik Rußlands gibt oder nicht. Da aber die Staatsordnung im allgemeinen und die Raumordnung im besonderen sich

noch in *statu nascendi* befinden, ist dieser Streit vielleicht nicht von so großer praktischer Relevanz. Daß generell die Föderationssubjekte durch die Wahl der Gouverneure, den Föderationsrat und andere Faktoren gestärkt wurden, unterliegt m.E. keinem Zweifel. Vor diesem Hintergrund sind m.E. auch die aktuellen Bilateralismen von denen der ersten Phase der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie zu unterscheiden. Es gibt in wissenschaftlichen Bewertungen nicht nur negative Akzente bezüglich des aktuellen Bilateralismus. Bilateralismus wird auch als Stabilisator einer entstehenden Raumordnung angesehen. Ich denke, daß diese Idee vernünftig ist. Bilaterale Verträge gibt es heute in einem solchen Umfang und solch weitgehend übereinstimmender Inhalte, daß man von einer Richtung auf eine de facto Multilateralisierung der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Föderationssubjekten sprechen kann.

Politisches Ziel in Rußland ist eine stärkere fiskalische Autonomie der Föderationssubjekte. In der Realität hat sich wohl eher das Gegenteil vollzogen, da die Zahl der Gebersubjekte sich kontinuierlich verringerte. Und diese Föderationssubjekte wollen eine neue Diskussion über das Finanzausgleichssystem Rußlands, ebenso wie dies z.Zt. einige deutsche Bundesländer wollen.

Es macht wenig Sinn, die verschiedenen Regierungsprogramme im Bereich Regionalpolitik intensiv zu durchforsten, da man im Regelfall immer Warenhauskataloge vor sich hat. Das gilt auch für eine Verordnung, welche von der Regierung im März 1996 vorgelegt wurde: „Osnovnye položenija regional'noj politiki v Rossijskoj Federacii“. Der allgemeine Zielkatalog betont vor allem die „Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums“, „einheitliche minimale Sozialstandards“ und einen „gleichen sozialen Schutz“, die „Ausgleichung der sozial-ökonomischen Entwicklungsbedingungen der Regionen“. Hervorgehoben werden die „prioritäre Entwicklung von Regionen, welche eine besonders wichtige strategische Bedeutung haben“ und „Gebiete mit schwierigen Bedingungen des Wirtschaftens“. Hier werden die Arktis, der Hohe Norden, der Ferne Osten und Grenzgebiete genannt. Finanzgrenzen, aber auch Konsensprobleme engen verteilungspolitische (ausgleichspolitische) Möglichkeiten des Zentrums jedoch stark ein.

Tatsache ist, daß das sowjetische System durch seine Strukturpolitik, Investitionspolitik, Innovationspolitik, Umweltpolitik in weitem Maße die Probleme geschaffen hat, vor denen heute sibirische Regionen und Unternehmen stehen. Hier ist zu nennen der hohe Anteil des militärisch-industriellen Komplexes, das Fehlen von ziviler Verarbeitungsindustrie, die unzureichende Nutzung gerade auch sibirischer Forschung im nichtmilitärischen Bereich, die völlig ungenügende Kooperation des sibirischen Südens mit seinem Norden, teure Extravaganzen einer nördlichen Landwirtschaft und vieles andere mehr.

Wie in allen Transformationsstaaten, so hat auch in Rußland Makropolitik zunächst die alles dominierende Rolle gespielt. Aber die Erbschaft war hier eine andere als

z.B. in Polen und der Ukraine. Und die Regionen Rußlands nahmen sich – teils sogar von Jelzin ermutigt – Macht. Die Versuche des Zentrums, das Rad durch einen ungeordneten Bilateralismus wieder zurückzudrehen, d.h. de facto durch eine *divide-et-impera*-Politik, schlugen fehl.

Heute gibt es – politisch wie ökonomisch – vier große Bereiche der Macht: das politische Zentrum in Moskau, das Finanzkapital in Moskau, die großen Produzenten bzw. finanzindustriellen Gruppen und die Macht der Föderationssubjekte. Die Entwicklung einer zentralstaatlichen Regionalpolitik ist alles andere als nur eine Frage der politischen Beziehung zwischen Zentrum und Peripherie. Die neue Staats- und Raumordnung muß vor allem auch die großen „exterritorialen“ Produzenten und Banken in Betracht ziehen. Sonst ersetzt Sibirien nur den Teufel durch Beelzebub. Ökokatastrophen weisen klar auf die Grenzen von *marketization* bezüglich Umweltpolitik, Regionalpolitik und Nationalitätenpolitik hin. Die Eigentumsbeteiligung selbst kleiner Ethnien wird – mit Verweis auf Kanada – als zentral für eine Umorientierung der Politik des Zentrums wie auch großer Produzenten in Richtung auf weniger Raubbau in Sibirien und dem europäischen Norden angesehen. Das rußländische Spezifikum besteht aber in einer relativ schlechten Organisation der kleinen Ethnien und dem starken Bedeutungsrückgang dieser Ethnien in der Politik Moskaus in den letzten Jahren.

Eine erfolgreiche Entwicklung von Regionalpolitiken der Föderationssubjekte sowie intermediärer Institutionen makroregionaler Art hängt in starkem Maße von Reformen im Gesamtsystem ab. Dennoch kann sich von den Regionen ausgehend einiges entwickeln. Hier sind die Interregionalen Assoziationen ebenso zu nennen wie informelle Gruppen im Föderationsrat und auch große Regionalprogramme. Eine Integration über eine Bildung von Großregionen, was abstrakt gesehen sicherlich rational wäre, hat wohl für die nächste Zukunft keine Perspektive. Die Erbschaften aus der Sowjetzeit und die Reichtümer sind in den einzelnen sibirischen Regionen auch zu unterschiedlich verteilt, als daß es schnell zu einem Konsens kommen könnte. Neugliederungen sind immer Organisationsschocks und sie sind auch teuer, wobei Kosten heute entstehen, Gewinne morgen und übermorgen. Akcenov/Bovin/Vavilin nehmen in einem Beitrag in Region Nr. 4/1996 jedoch eine andere Position ein. Sie halten die Zeit für gekommen bzw. für günstig und plädieren auch für die Schaffung einer Föderalen Kommission für Sibirien bei der Regierung in Moskau, die dann eng mit *Sibirskoe Soglašenje* und sibirischen Föderationssubjekten zusammenarbeiten sollte. Mir scheint dies eher zweitrangig zu sein. Der institutionelle Rahmen für Regionalpolitik wird sich m.E. nicht so schnell grundlegend ändern. Die erste Interregionale Assoziation von Föderationssubjekten wurde im Oktober 1990 in Sibirien geschaffen: *Sibirskoe Soglašenje*. Diese Assoziation hat eine gut ausgebaute organisatorische Infrastruktur und gehört ganz offensichtlich zu den besser funktionie-

renden Assoziationen in Rußland. Dies war auch aus dem Munde Černomyrdins auf einer Sitzung der Assoziation am 20.–21. Juli 1995 in Tjumen zu hören: „Wenn bei uns alle sieben Assoziationen ... so arbeiten werden, werden wir schneller vorankommen auf dem Wege der Entscheidung vieler unserer Probleme“ (Region 4/95, S. 122).

Die Bereiche, die von *Sibirskoe Soglašenje* bearbeitet werden, sind Außenwirtschaft, die extraktive Industrie, das Transportwesen, das Finanzwesen, ökologische Fragen, hier insbesondere die des Baikal u.a.m. Die Burjatische Republik und die Oblast' Čita sind sowohl Mitglieder der *Sibirskoe Soglašenje* als auch der Assoziation „Ferner Osten“. Tjumen hat ebenfalls eine Doppelmitgliedschaft, denn es gehört auch zur Regionalen Assoziation „Ural“.

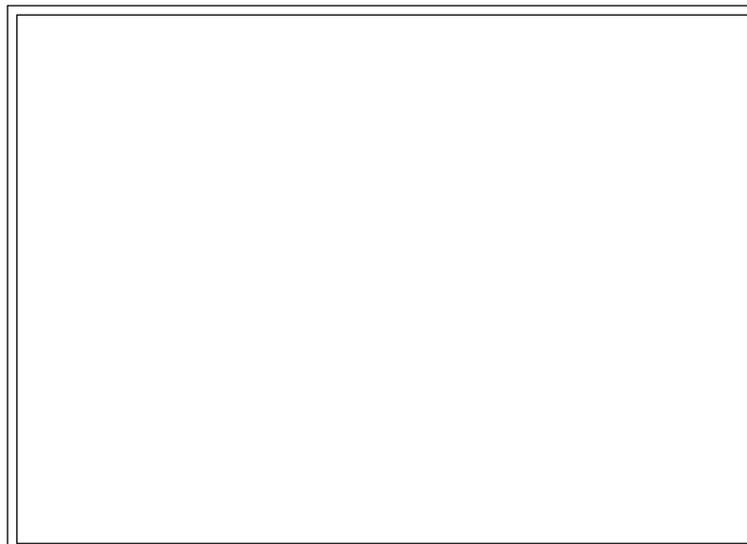
Bei den Regionalprogrammen stehen zwei große Programme im Zentrum der politischen und wissenschaftlichen Diskussion: das Programm „Ferner Osten und Transbaikal“ für den Zeitraum 1996–2005 und das Programm „Sibirien“ für 1997–2005.

Für sibirische Politiker und Wissenschaftler ist die Schaffung spezifischer Finanzbedingungen jenseits der öffentlichen Finanzen zentral. Erstens gibt es Finanzindustrielle Gruppen, welche regional orientiert sind (z.B. in der Oblast' Irkutsk). Zweitens sind regionalpolitisch vertikale Integrationen bzw. Konzentrationen von Bedeutung, welche infolge ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft in der Lage sind, erhebliche Finanzmittel zu akkumulieren, flexibler Finanz- und Produktionsressourcen umzuverteilen und besser prioritäre Ausrichtungen verfolgen zu können. Diesen Positiva steht jedoch die Möglichkeit dieser Konzerne gegenüber, mit internen Verrechnungspreisen nicht nur innerhalb der Glieder des Produktionszyklus Erträge umverteilen zu können, sondern auch zwischen den Regionen der Föderationssubjekte. Es kommt dann zur Reduktion der Beiträge für bestimmte regionale Budgets. Als Beispiele können *Gazprom* und *Lukoil* genannt werden. *Gazprom* fördert z.B. 90% seines Gases in Westsibirien, aber zu 65% trugen 1995 die Moskauer Konzern-

teile zum Bruttogewinn des Konzerns bei. Finanzabflüsse aus den Regionen können stattfinden durch das Steuersystem (wenn z.B. Verbrauchssteuern voll in das Föderationsbudget gehen), sie können auch durch das Bankensystem verursacht werden und hier sowohl im Rahmen von Bankoperationen für Rechnung der Konzerne als auch für eigene Rechnung. Ein Abzug von Finanzressourcen Sibiriens bzw. sibirischer Regionen erfolgt vor allem wegen der immensen Bankenkonzentration in Moskau, welche die zentralen Bedürfnisse des Landes weit übersteigt, ganz zu schweigen von denen Moskaus. Der Aufbau von Regionalbanken in Sibirien ist m.E. eine *conditio sine qua non* für sibirische Wirtschaftsentwicklung. Früher wurde in Sibirien der sowjetische Staat als Kolonialherr angesehen. Heute sind es große Produzenten oder Moskauer Banken.

Die Assoziation *Sibirskoe Soglašenje* hat sich im Dezember 1995 auf einer Konferenz in Omsk u.a. mit der Frage der „Integration des sibirischen Bankkapitals“ beschäftigt. Die sibirischen Banken und die Moskauer Filialen in den sibirischen Regionen seien nur schwach integriert und daher zu größeren Aufgaben der Investitionsfinanzierung in Sibirien nicht bzw. noch nicht in der Lage. Der Abfluß von Kapital in die Hauptstadt wurde noch einmal unterstrichen. Es gibt die Idee, einen „gesamtsibirischen Pool von Banken“ zu schaffen. Auf einer Konferenz in Barnaul im April 1996 wurde die Idee einer Spezialbank geboren, die Garantieträger für Kredite Moskauer Banken an Sibirien werden könnte. Akcenov/Bovin/Vavilin halten diese Idee jedoch in Anbetracht des hohen sibirischen Investitionsbedarfs für noch nicht ausreichend und plädieren für eine „Rußländisch-Sibirische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“. Auf jeden Fall sind institutionelle Reformen im sibirischen Finanzsektor dringend notwendig.

**Dr. Hans-Erich Gramatzki** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut der FU Berlin.



## Ethnopolitische Konflikte in Osteuropa und die OSZE

### Eine vorläufige Bilanz

Der Zeitraum zwischen dem Fall der Berliner Mauer und dem Beginn der serbischen Kriege um die jugoslawische Erbfolge bzw. der Implosion der Sowjetunion war für die „alte“ KSZE zu kurz, als daß dieser damals kaum institutionalisierte Regierungszusammenschluß wirksam darauf hätte reagieren können. Erst das Helsinki-II-Dokument vom Sommer 1992 mit seinen Beschlüssen zur Stärkung der KSZE-Institutionen und -Strukturen, zur Einrichtung des Amtes eines Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten und zu Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie friedlicher Beilegung von Streitfällen legte die Grundlage für eine „neue“, reaktionsfähigere KSZE (seit 1. Januar 1995: OSZE). Von nun an entstanden Instrumente, mit denen einige negative Wirkungen der sich wechselseitig bedingenden Prozesse von Staatenzerfall und Nationenbildung in Osteuropa eingedämmt werden konnten. Ethnopolitische Konflikte innerhalb der neu-alten Staaten sowie Kriegsursachen zwischen ihnen versuchte die KSZE rechtzeitig zu erkennen, um sie anschließend entweder selbst mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln oder aber im Verbund mit anderen internationalen Partnern zu verhindern; dort, wo bereits Gewalt eingesetzt wurde, bemühte sie sich um eine Rückverlegung des Streites an den Verhandlungstisch; und in post-kriegerischen Situationen bot sie sich als Vermittler für dauerhafte Friedenslösungen an.

Im Ergebnis einer mehrjährigen Phase des Suchens, Ausprobierens und Verwerfens einer Reihe ganz unterschiedlicher Aktionsformen, Mechanismen, Instanzen und Subgremien haben sich im OSZE-Rahmen bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa drei Ebenen bzw. Institutionen als maßgeblich herausgestellt. Dies sind erstens der aus den Ständigen Vertretern der derzeit 55 OSZE-Mitgliedsstaaten bestehende Ständige Rat. Zweitens ist dies der ob seines breiten Mandates eine innerhalb des OSZE-Gremien- und Institutionengefüges weitgehend unabhängige Stellung einnehmende Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten. Und drittens sind dies die Langzeitmissionen, die die OSZE in mehr als einem Dutzend Krisenherden unterhält und die über ein sogenanntes Konfliktverhütungszentrum an die Wiener Zentrale, das OSZE-Sekretariat, angebunden sind. Koordinierungs- und Führungsinstanz all dieser Untergliederungen und -ebenen ist dabei der Amtierende Vorsitzende, d. h. der Außenminister des den Vorsitz innehabenden Mitgliedsstaates. Da dieser Vorsitz jährlich wechselt und Kontinuität somit nur bedingt gewährleistet ist, stehen dem Amtierenden Vorsitzenden sein Vorgänger sowie sein Nachfolger zur Seite, mit denen er die sogenannte Trojka bildet; desgleichen wird er von einem auf jeweils drei Jahre bestellten Generalsekretär unterstützt.

#### Der Ständige Rat

Das die weitgehend auf Osteuropa bezogene Alltagsarbeit der OSZE tragende Gremium ist der Ständige Rat, vormals Ständiger Ausschuß bzw. „Wiener Gruppe“ genannt. Die vom Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden geleiteten donnerstäglichen regulären Sitzungen in der Wiener Hofburg, die ebenfalls wöchentlichen informellen Zusammenkünfte dieses Gremiums, problemorientierte Kontakt-, Regional- und andere Untergruppen sowie vertrauliche Zirkel und Gesprächsrunden am Rande bilden das wichtigste, da permanent tagende Diskussions-, Konsultations- und Entscheidungsforum der OSZE. Dem Ständigen Rat erstatten die Leiter der Langzeitmissionen, der Hohe Kommissar und andere OSZE-Funktionsträger regelmäßig Bericht; der Rat entscheidet über die Entsendung neuer Missionen sowie über die Verlängerung und Neuformulierung der Mandate existierender Missionen; dem Rat tragen die Mitgliedsstaaten drängende Probleme untereinander vor und verhandeln Streitfragen kontrovers; hier werden Entscheidungen vorbereitet und gefällt; und vor allem wird hier über den Haushalt beschlossen. Der Ständige Rat löst damit zunehmend den vormals so gewichtigen, aber mittlerweile nur alle vier Monate tagenden Ausschuß Hoher Beamter (seit 1995: Hoher Rat) ab. Innerhalb des Ständigen Rates gibt es formalisierte Gruppierungen wie etwa diejenige der EU-Staaten, aber auch informelle Zusammenschlüsse etwa der turksprachigen Mitgliedsstaaten. Weitere Macht- und Meinungspole sind die GUS mit der Rußländischen Föderation an der Spitze und natürlich die transatlantischen Mitglieder USA und Kanada. Entsprechend stehen die kleineren und neutralen Staaten unter starkem Anlehungsdruck.

#### Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten

Das Amt des mit einem umfassenden Mandat und beträchtlicher Unabhängigkeit von der Wiener Zentrale der OSZE ausgestatteten Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten wird seit seiner Einrichtung Anfang 1993 von dem ehemaligen niederländischen Außenminister Max van der Stoel versehen. Schwerpunkte seiner von Den Haag aus betriebenen Tätigkeit sind die Eindämmung steigender interethnischer Spannungen und die Prävention ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa mittels Beratung, Vermittlung und Empfehlungen an die Konfliktparteien, nicht hingegen die gleichsam im Mandat vorgesehene Frühwarnung an den Ständigen Rat samt *early action*. All dies geschieht in der Regel hinter verschlossenen Türen; lediglich ein Teil der Empfehlungen an OSZE-Mitgliedsregierungen sind bislang veröffentlicht worden.

Derzeit ist der Hohe Kommissar mit Fragen der griechischen Minderheit in Albanien, der slowakischen Minderheit in Ungarn, der ungarischen Minderheiten in der Slowakei und Rumänien sowie den interethnischen Beziehungen in Kasachstan und Kyrgyzstan befaßt. Hinzu kommen fünf weitere regionale Schwerpunkte, die zugleich von OSZE-Langzeitmissionen abgedeckt werden, nämlich die Lage der russischsprachigen Bevölkerungsteile in Estland und Lettland, der albanischen Minderheit in Makedonien, der serbischen Minderheit in Kroatien sowie die interethnischen Beziehungen auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim. Die osteuropaweite Behandlung der Lage der Roma ist mittlerweile einer neu eingerichteten „Kontaktstelle für Fragen der Roma und Sinti“ innerhalb des ansonsten auf Wahlbeobachtung in Osteuropa spezialisierten OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte in Warschau übertragen worden.

Der derzeitige Inhaber des Amtes des Hohen Kommissars, der innerhalb der OSZE als Idealbesetzung gilt, wird nicht müde, an die Wiener Zentrale zwei Mahnungen zu richten: „In Konfliktprävention investiertes Kapital ist gut angelegtes Kapital“ lautet das eine *ceterum censeo*, und „Wir müssen unser Augenmerk auf Langzeitentwicklungen richten, um künftige Krisen vor auszuhauen, und unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf bereits existierende Konflikte wenden“ das andere. So bereitwillig Max van der Stoel dabei seitens des OSZE-Apparates und der Mitgliedsregierungen zugestimmt wird, so zugeknöpft geben sich aber gerade die letztgenannten in finanzieller Hinsicht.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des Hohen Kommissars ist die minderheitenpolitische Normsetzung im internationalen Bereich. Im Laufe seiner vierjährigen Tätigkeit haben für Max van der Stoel dabei sprach- und bildungspolitische Aspekte ausschlaggebende Bedeutung gewonnen. Dies hat ihn 1996 veranlaßt, mit Hilfe einer Expertengruppe zu „versuchen, in relativ direkter Diktation den Inhalt derjenigen Minderheitenrechte im Bildungswesen zu klären, die auf die Situationen, in denen der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten engagiert ist, generell anwendbar sind“ sowie diese in Form expliziter Vorschläge zur einschlägigen Gesetzgebung der OSZE-Mitgliedsstaaten zu veröffentlichen.

Seines nichtöffentlichen Charakters wegen entzieht sich der Großteil der Tätigkeit des Hohen Kommissars einer Beurteilung von außen. Unverkennbar jedoch ist das beträchtliche internationale Prestige, das sich Max van der Stoel im OSZE-Bereich erworben hat. Die Tatsache, daß selbst seine entschiedenen Widersacher im Kreise der Mitgliedsstaaten nicht offen aufzutreten wagen, belegt dies deutlich.

### Die Langzeitmissionen

Die mittlerweile eingebürgerte Bezeichnung Langzeitmissionen – *Missions of Long Duration* bzw. *Long-term Missions* (zur Unterscheidung von kürzeren *Rapporteur*

*Missions und Factfinding Missions*) – ist insofern irreführend, als die Missionen zumindest *de iure* eben nicht auf lange Zeit entsandt werden, sondern ihre Dauer alle sechs Monate vom Ständigen Rat bestätigt werden muß. Diese im Regelfall aus einem halben bis mehreren Dutzend Diplomaten, Offizieren, Juristen, Ökonomen, Journalisten und Regionalfachleuten unterschiedlicher Altersgruppen, Geschlechter, Religion, Muttersprache, ethnischer Zugehörigkeit und Staatsangehörigkeit zusammengesetzten Missionen sind je nach Problemlage mit unterschiedlichen und mehrheitlich sehr flexiblen Mandaten ausgestattet. Sie reichen von bloßer Beobachtung zu Frühwarnzwecken über präventive bzw. nachsorgende Diplomatie und Vermittlungsangebote bis hin zu Krisenmanagement und friedlicher Streitbeilegung. Darüber hinaus sollen die Missionen nach Ansicht der schwedischen Amtierenden Vorsitzenden des Jahres 1992, Margareta af Ugglas, nach Möglichkeit auch die folgenden Funktionen erfüllen:

- „– als ‘Ombudsman’ für Gekränkte fungieren, Annahmestelle sein, wenn Konfliktparteien ihre Beschwerden über diejenigen, die örtlich oder landesweit die Macht ausüben, loswerden wollen,
- als die politischen Antennen der KSZE fungieren, die das leiseste Beben eines drohenden politischen Umsturzes oder einer militärischen Konfrontation registrieren,
- als Mittelsmann beim Herstellen von Kontakten zwischen den betroffenen Parteien sowie als Berater in verschiedenen Angelegenheiten wirken,
- Vermittler sein, die Konfliktparteien von den Vorteilen, dem Rahmen und den Details einer auf dem Verhandlungswege erreichten Konfliktregelung überzeugen.“

Die beiden ersten Missionen wurden im September 1992 in die jugoslawischen Nachfolgestaaten Republik Makedonien und Föderative Republik Jugoslawien in Marsch gesetzt. Während die *CSCE Spillover Monitor Mission to the Former Yugoslav Republic of Macedonia* unter der Bezeichnung *OSCE Mission to Skopje* bis heute tätig und um einen Ausgleich zwischen der Mehrheitsbevölkerung und der großen albanischen Minderheit bemüht ist, mußten die *CSCE Missions of Long Duration to Kosovo, Sanjak and Vojvodina* ihre Einsatzgebiete im Juli 1993 wieder verlassen – die Belgrader Behörden verweigerten eine Visaverlängerung für die Missionsmitglieder. Allerdings gab es seit Anfang 1997 einen persönlichen Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für Kosovo. Es handelte sich um den Hohen Kommissar Max van der Stoel, der jedoch sein Ersatzmandat für die von Serbien hinauskomplimentierte Langzeitmission ebenfalls mangels Visaerteilung nur unzureichend wahrnehmen konnte. Auch sein Anfang März 1998 ernannter Nachfolger als Persönlicher Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden für die Föderative Republik Jugoslawien, Felipe González, hat aufgrund fehlenden Belgrader Agréments seine Tätigkeit bislang nicht aufnehmen können.

Seit 1992 hat sich die Zahl der Langzeitmissionen vervielfacht. Derzeit unterhält die OSZE Missionen in Georgien, Moldova und der Ukraine – Arbeitsschwerpunkte sind hier die Krisenregionen Südossetien, Transnistrien und die Krim –, weiter in Estland und Lettland, wo die großen russischsprachigen Anteile der Wohnbevölkerung im Mittelpunkt stehen, in Tadschikistan, wo es um Konfliktlösung und um den Aufbau einer Zivilgesellschaft geht, und seit 1996 in Kroatien mit seiner serbischen Minderheit vor allem in der Baranja und in Westsyrmien. Ein Sonderfall ist die von der Rußländischen Föderation anfänglich nur widerstrebend geduldete Tschetschenien-Mission, die mit Rücksicht auf Moskauer Empfindlichkeiten offiziell lediglich als „OSZE-Unterstützungsgruppe“ firmiert. Ähnliches gilt für die Ende 1997 nach Weißrußland (Belarus') entsandte „OSZE-Unterstützungs- und Beobachtungsgruppe“. Gänzlich aus dem üblichen Missionsrahmen fällt die im Zuge des Dayton-Abkommens entsandte, mehrere hundert Mitglieder starke Mission in Bosnien und Herzegowina, die allein fast die Hälfte des OSZE-Haushaltes verschlingt. Und seit mittlerweile fünf Jahren in Planung befindet sich eine mehrere tausend Militärbeobachter umfassende Mission zur Überwachung des armenisch-aserbaidzhanischen Waffenstillstandes in Nagorno-Karabach.

Bislang ist keine der seit 1992 entsandten Missionen zurückgerufen worden, auch wenn Regierungen von Gastländern wie Estland, Ukraine und Makedonien darauf drängen, da sie den mit erheblichen Souveränitätseinbußen einhergehenden Aufenthalt einer OSZE-Mission als Stigmatisierung werten. Selbst aus OSZE-Sicht ist also in bislang keinem Fall das Missionsmandat dauerhaft verwirklicht worden. Hier befindet sich die OSZE in der Falle ihrer eigenen Flexibilität: Die Mandate sind sämtlich so elastisch formuliert, daß nahezu jede Gefahr für die innere und äußere Sicherheit des Gastlandes Gegenstand der Missionstätigkeit sein kann. Und dies wiederum bedingt, daß eine vollständige und abschließende Erfüllung des Mandates nicht zu erwarten ist.

Dennoch ist es eben diese Dehnbarkeit der Mandate, welche die mitunter beträchtlichen, aber nur in den seltensten Fällen spektakulären Erfolge der Missionen gewährleistet: In Tschetschenien konnte unter schwierigsten Bedingungen das Zustandekommen eines Waffenstillstandes befördert werden; in Georgien konnte das Südossetienproblem wenn nicht unter, so doch auf der Gewaltschwelle gehalten werden; die Mission in das 1992 subjektiv von serbischer Invasion bedrohte, objektiv unter dem UN-Embargo gegen Rest-Jugoslawien sowie unter einer griechischen Wirtschaftsblockade leidende Makedonien hatte zumindest bis zur Ankunft von UNPROFOR dort als „Trostpflaster“ für die ausbleibende internationale Anerkennung der neuen Mini-Republik eine psychologisch stabilisierende sowie hohe informationspolitische Bedeutung – zugleich fungierte sie als

Frühwarnsystem und Stolperdraht für einen potentiellen Aggressor; die Moldova-Mission konnte gemeinsam mit der rußländischen und neuerdings auch der ukrainischen Diplomatie den bis zum Sommer 1992 „heißen“ Konflikt zwischen der Zentralregierung in Chişinău und der selbsternannten „Transnistrisch-Moldavischen Republik“ auf dem Ostufer des Dnjestr einer Verhandlungslösung näherbringen, auch wenn der endgültige Durchbruch erst noch bevorsteht; die Tadschikistan-Mission hat unter widrigsten Bedingungen ein Ombudsman-Büro eingerichtet; die Ukraine-Mission hat entscheidend zur Entschärfung der sich im März 1995 dramatisch zuspitzenden Lage zwischen der Zentralregierung in Kiev und der russischsprachigen Bevölkerungsmehrheit auf der Krim beigetragen; und in Estland und Lettland konnten die Missionen zur Stabilisierung mittels partieller Entspannung der Beziehungen zwischen Titularnation und russischsprachiger Wohnbevölkerung beitragen.

Ein Schlüssel zum relativen Erfolg der Missionen ist deren flache Hierarchie und praxisorientierte Zusammensetzung. Selbst die Führungspositionen, diejenige des Missionsleiters, seines Stellvertreters und gegebenenfalls von Teamleadern, werden nicht ausschließlich mit Berufsdiplomaten, sondern auch mit Vertretern anderer Berufe besetzt. So leitete ein französischer Orientalist die Mission in Tadschikistan und ein schweizerischer Journalist diejenige in der Ukraine. Aufgrund der Sprach- und Regionalkompetenz ihrer Mitglieder sowie der zumeist hochqualifizierten Ortskräfte weisen die OSZE-Missionen in der Regel eine überaus starke Bodenhaftung auf.

### Eine vorläufige Bilanz

„What is unique about the OSCE?“ hat Katherine Birmingham unlängst gefragt, und dabei vor allem auf die Kombination von kurzfristigem Krisenmanagement und langfristig angelegter Konfliktprävention verwiesen. Zugleich hat sie betont, daß das Aufgabenprofil der OSZE bezüglich ethnopolitischer Konflikte in Osteuropa schärfer sei als dasjenige der Vereinten Nationen sowie praxisorientierter als das des Europarats. Hinzu kommt als weiteres wesentliches Element, daß in der OSZE als einzige paneuropäische Organisation neben der Ukraine auch die Rußländische Föderation Vollmitglied ist, der von Akmola bis Ottawa reichende Regierungszusammenschluß in Osteuropa also zunehmend weniger unter dem Odium einer „westlichen Agentur“ leidet. Die steigende Zahl von Osteuropäern sowohl in der Wiener Zentrale als auch vor allem in den Langzeitmissionen und im Haager Büro des Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten trägt das ihre dazu bei; die schrittweise, aber stetige Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen OSZE und Rußländischer Föderation im GUS-Bereich ist ein Beleg dafür. Denn aufgrund der ständigen Präsenz und damit hohen Visibilität bei Bevölkerung, Behörden und Regierungen in den osteuropäischen Krisenregionen sind es vor allem die Missionen, die vor Ort die „Visitenkarte“ der OSZE abgeben,

nicht die Zentrale am feudalen Kärntner Ring in Wien. Nicht zuletzt deswegen fungieren die Missionen über ihre unmittelbaren und konkreten Aufgaben hinaus als wirksame Transmissionsriemen für die Übermittlung des Wertekanons von Helsinki in die Spannungszone zwischen den EU-Ostgrenzen und der Westgrenze Chinas.

Die mittlerweile eingespielte Abstimmung der sich gegenseitig ergänzenden Tätigkeiten von Langzeitmissionen und Hohem Kommissar bei gleichzeitiger Schärfung des jeweiligen Aufgabenprofils sowie die gleichfalls im Routinefall reibungsarme Koordination zwischen Amtierendem Vorsitzenden, Ständigem Rat und Sekretariat bezüglich der OSZE-Politik vor Ort, d.h. in den Spannungsregionen Osteuropas, erhöhen Reaktionsbereitschaft und Effizienz erheblich. Dennoch gibt es mitunter innerorganisatorische Friktionen, wie etwa der ehemalige Leiter der Ukraine-Mission, der Schweizer Journalist Andreas Kohlschütter, anhand des Managements der Krim-Krise vom März 1995 durch die OSZE berichtet hat:

„Vor dem Hintergrund der Krim-Erfahrung betrifft dies vor allem die Schwachstellen in den Entscheidungsmechanismen und Kommunikationsstrukturen der OSZE. Sie spielten im Moment der kritischen Zuspitzung des Krim-Problems eine enttäuschend schwache Rolle [...]. Es fehlte eine klare, kohärente und koordinierte Führung. Die OSZE-Signale, die anlässlich der Zuspitzung der Situation im März 1995 ausgesendet wurden, waren lange Zeit widersprüchlich. Unklar abgesteckte Verantwortungsbereiche wirkten ebenso lähmend und verunsichernd wie die häufigen und langen Abwesenheiten von unersetzlichen OSZE-Entscheidungsträgern. In dem für die Krisenprävention entscheidenden Zeitpunkt wurde [...] keine gemeinsame klare und daher präventivdiplomatisch wirksame Sprache gesprochen.“

Ungeachtet dieses Negativbeispiels und der angeführten positiven Fallbeispiele kann die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg der OSZE bei der Bearbeitung der ethnopolitischen Konflikte in Osteuropa nicht abschließend beantwortet werden. „Heute“, so 1993 ein führender deutscher KSZE-Diplomat, „läßt sich nur feststellen, daß keine neuen Konflikte dort ausgebrochen sind, wo die KSZE sich engagiert hat“, und auch fünf Jahre danach muß es bei dieser begrenzten Aussage bleiben. Festzuhalten ist indes, daß die OSZE immer dort Teilerfolge bei der Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte vorzuweisen hat, wo sie außerhalb der Konkurrenz zu den Vereinten Nationen, zur NATO oder zur Europäischen Union „kleine“ bis mittelgroße „Brötchen“ backen kann – Tschetschenien, Krim, Baltikum, Südossetien, Transnistrien, Makedonien, Ostslawonien. Die großen Konfliktbrocken wie Bosnien-Herzegowina oder Nagorno-Karabach sind für ihre noch immer embryonalen Strukturen zu unhandlich, ihr Know-how im militärischen Bereich nicht ausreichend, ihre Akzeptanz seitens größerer Partner zu gering. Mehr als die Transformation ausgebrochener und die Prävention weiterer Konflikte ist im immer noch starken Kräfte-

feld des Epochenjahrs 1989 nicht zu erwarten: Die tektonischen Verwerfungen in Staatenlandschaft und Nationengefüge Osteuropas sind vielerorts noch nicht zum Stillstand gekommen.

*Stefan Troebst ist Privatdozent für Neuere sowie Ost- und Südosteuropäische Geschichte am Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU Berlin sowie Direktor des dänisch-deutschen „European Centre for Minority Issues“ (ECMI) in Flensburg. Von 1992 bis 1993 war er im Auftrag des Auswärtigen Amtes als deutsches Mitglied in der CSCE Spillover Monitoring Mission to the Former Yugoslav Republic of Macedonia tätig, von 1994 bis 1995 dann in der CSCE/OSCE Mission to Moldova.*

#### Literatur

Birckenbach, Hanne-Margret, Preventive Diplomacy through Fact-Finding. How International Organisations Review the Conflict over Citizenship in Estonia and Latvia, Münster 1997.

Chigas, Diana, Preventive Diplomacy and the Organization for Security and Cooperation in Europe: Creating Incentives for Dialogue and Cooperation. In: Abram Chayes und Antonia Handler Chayes (Eds.), Preventing Conflict in the Post-Communist World. Mobilizing International and Regional Organizations, Washington DC, 1996, S. 25–97.

Ghebali, Victor-Yves, L'OSCE dans l'Europe post-communiste, 1990–1996. Vers une identité paneuropéenne de sécurité, Brüssel 1996.

Helsinki Monitor. Quarterly on Security and Cooperation in Europe, 1 (1989)–9 (1998).

Kohlschütter, Andreas V., Möglichkeiten und Grenzen der Präventivdiplomatie. Das Beispiel der OSZE-Mission in der Ukraine, in: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. Friedensbericht 1996, 1. Jahrbuch für Konfliktlösung, Chur, Zürich 1996, S. 125–148.

OSZE-Jahrbuch 1 (1995)–3 (1997).

The Challenge of Preventive Diplomacy: The Experience of the CSCE. Staffan Carlsson (Ed.), Stockholm 1994.

The OSCE in the Maintenance of Peace and Security: Conflict Prevention, Crisis Management and Peaceful Settlement of Disputes. Ed. Michael Bothe, N. Ronzitti, Allan Rosas. The Hague, London, Boston 1997.

Troebst, Stefan, Conflict in Kosovo: Failure of Prevention? An Analytical Documentation, 1989–1998. Flensburg 1998, S. 26–32 (= ECMI Working Papers, 1).

Ders., „Dicke Bretter, schwache Bohrer“. Die Langzeitmissionen der OSZE, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Frieden machen, Frankfurt/M. 1997, S. 147–165.

Ders., Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE, in: Afrikanische Perspektiven. Friedensbericht 1998. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa, Chur, Zürich 1998, S. 347–379.

Ders., Präventive Friedenssicherung durch internationale Beobachtermissionen? Das Beispiel der KSZE-Spillover-Monitoringmission in Makedonien 1992–1993, in: Gerhard Seewann (Hrsg.), Minderheiten als Konfliktpotential in Ostmittel- und Südosteuropa, München 1995, S. 282–331.

Tudyka, Kurt P., Das OSZE-Handbuch. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Vancouver bis Wladiwostok, Opladen 1997.

## Ungarn im Mai 1998

### Die dritten freien Wahlen. Aufbruch in die politische „Wechselwirtschaft“

Am 10. und 24. Mai 1998 fanden die dritten freien Wahlen in Ungarn statt. 1990, anlässlich der Wahlen zum „Systemwechsel“, kam die durch das Ungarische Demokratische Forum (UDF) geführte Rechtskoalition an die Macht. 1994 verzeichnete jedoch die Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), die inzwischen sozialdemokratisch orientierte Ungarische Sozialistische Partei (USP), einen überwältigenden Sieg und ging mit dem linksliberalen Bund Freier Demokraten (BFD) ein Mitte-Links-Bündnis ein. (Der Ministerpräsident der ersten Regierung war József Antall, der zweiten Gyula Horn.)

Zugleich brachten jedoch die dritten Wahlen im Mai d.J. eine für die öffentliche Meinung gänzlich unerwartete, für viele unvorstellbare Wende mit sich. Aus den Wahlen ging die konservativ-liberale Mitte-Rechts-Partei, der Bund Junger Demokraten (BJD) – in dem das Durchschnittsalter der Parteiführung etwa 35 Jahre beträgt – als Sieger hervor und überholte ihren großen Rivalen, die Ungarische Sozialistische Partei (USP). Schauen wir uns zunächst die Wahlergebnisse an.

1. BJD (national, konservativ-liberal) 38% – 147 Mandate
2. USP (sozialdemokratisch) 34,7% – 134 Mandate
3. Unabhängige Kleinlandwirtepartei (UKLP) (rechts, populistisch) 12,4% – 48 Mandate
4. BFD (linksliberal) 6,2% – 24 Mandate
5. UDF (nationalkonservativ) 4,6% – 18 Mandate
6. Partei der Ungarischen Gerechtigkeit und Existenz (rechtsradikal) 3,6% – 14 Mandate

Die neue Koalition von BJD, UDF und UKLP erreichte 55% der Stimmen, verfügt also über 213 Mandate.

Zunächst wollen wir die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung lenken. Für die beiden letzten Wahlen war es charakteristisch, daß vom ersten zum zweiten Wahlgang die Wahlbeteiligung abgenommen hat (1990 von 65 auf 45%; 1994 von 69 auf 55 %). Dieses Mal fiel es gerade anders herum aus: in der ersten Runde stimmten 56% ab, in der zweiten jedoch 57%. Es stellt sich also die Frage, wodurch dieses Phänomen bedingt ist.

In den Wochen und Monaten vor den Wahlen versuchten die zwei Koalitionsparteien, die sozialistische und linksliberale, den Wählern einzureden, daß die Rechte auseinandergefallen oder zumindest schwach ist, so daß es sich nicht lohnt, gar unmöglich ist, anders als zugunsten der sozial-liberalen Koalition abzustimmen. Diese massive Kampagne beeinflusste die Menschen gehörig, obwohl viele mit dem sinkenden Lebensstandard, der Inflation und Korruption der letzten Jahre sehr unzufrieden waren. Insofern gingen bei der ersten Runde relativ we-

nige zur Wahl, jedoch veränderte das überraschende Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen USP und BJD schlagartig die politische Atmosphäre. Es wurde offensichtlich, daß es gegenüber der bestehenden Koalition doch eine Alternative gibt, die vom Bund Junger Demokraten verkörpert wird.

Anhand der Ergebnisse der zweiten Runde können wir feststellen, daß ein relevanter Teil der Bürger gerade im Bund Junger Demokraten die politische Mitte-Rechts-Alternative gefunden hat, die keineswegs weniger modern, europäisch oder „professionell“ ausfällt als die Linke. Es handelt sich dabei nicht um eine extreme Alternative, sondern um eine, die sich im Westen bewährt hat und akzeptiert ist, ohne die demokratischen Grundwerte zu gefährden. Insofern ist im Mai 1998 etwas Grundlegendes vor sich gegangen. Es haben sich stabile Rahmenbedingungen für eine politische „Wechselwirtschaft“ in Ungarn herausgebildet, die einen ausbalancierten Wechsel und eine realisierbare Wahl zwischen den möglichen Regierungsalternativen garantieren. Es handelt sich um die erste Wahl, die nicht mehr einen „Systemwechsel“ vorantreibt: 1990 wurde die staatssozialistische Diktatur von der Demokratie abgelöst; 1994 versuchten die Menschen, sich von den „Prüfungen“ der Demokratie zur Hälfte abzuwenden, um zu den „schönen alten Zeiten“ zurückzukehren. Insofern stand bei den beiden ersten Wahlen mehr auf dem Spiel als in den entwickelten Demokratien, in denen die Ablösung der Regierungsmannschaft mit keinerlei Erschütterungen im Alltagsleben der Menschen einhergeht. Möglicherweise bricht in Ungarn mit 1998 eine politische Epoche an, für die die Wahlen nichts anderes mehr bedeuten als die Entscheidung zwischen zwei gleichrangigen Regierungsalternativen.

Wenn also einerseits den Wahlen von 1998 eine grundsätzliche Bedeutung beizumessen ist, da die USP eine für die öffentliche Meinung unvorstellbare Niederlage erlitten hat, so ist es andererseits unstrittig, daß genau diese zweitplazierte Partei auch für die Zeit nach 1998 ein bestimmender Faktor der politischen Szene und der Parteienkonstellationen bleiben wird. Dies hängt nicht nur mit der erreichten Stimmenzahl zusammen, die praktisch der von 1994 entspricht.<sup>1</sup> Vielmehr verfügt die USP weiterhin über starke funktionsfähige Kontaktnetze wirtschaftlicher, kultureller, gesellschaftlicher u.a. Art. Insofern ist es unwahrscheinlich, daß die Partei in der Wahlperiode von 1998–2002 einen Schwächeanfall erleiden wird. Um Klartext zu reden. Es ist durchaus möglich, daß der Bund Junger Demokraten bis 2002 als Mitte-Rechts-Sammlungspartei „heranreifen“ wird, ohne die Ungarische Sozialistische Partei erneut zu besiegen. Wenn wir die

Chance für einen wirtschaftlichen Aufschwung in den nächsten vier Jahren annehmen und vom Machterhalt der USP bereits 1998 ausgehen könnten, so wäre deren Wiederwahl 2002 erst recht durchaus denkbar.

Dies führt uns zu langfristigen wie kurzfristigen, während der Wahlkampagne wirksamen Überlegungen, die die Wahlergebnisse von 1998 „erklären“ könnten.

Wenden wir uns zunächst der längerfristigen Perspektive zu.

1. Die Parteien der Regierungskoalition haben sich als unfähig erwiesen, in ihrer öffentlich vorgetragenen Rhetorik einen für jedermann einsichtigen Zusammenhang zwischen den die makroökonomischen, finanziellen und einen ausgeglichenen Staatshaushalt betreffenden Ergebnissen der Regierungspolitik und den die Menschen unmittelbar berührenden mikroökonomischen Zuständen herzustellen. Sie konnten die Menschen nicht davon überzeugen, daß die für die Regierungsparteien offensichtlichen Verbesserungen der makrowirtschaftlichen Daten früher oder später auch die anhaltende und beträchtliche Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse stoppen werden. Die USP und der BFD richteten ihre „achtsamen“ Augen allzu sehr auf die EU, die Weltbank, auf die Einschätzung der internationalen Organisationen und Presse. Selbst – der ansonsten seiner „sozialen Sensibilität“ bewußte – Gyula Horn war nur darauf stolz, wie hoch man uns im Ausland, d.h. im Westen einschätzt. Dabei ist ganz und gar vergessen worden, daß in demokratischen Ländern das Ausland noch nie für eine Partei die Wahlen gewonnen hat. Die Horn-Regierung wollte das Inland mit dem Ausland blenden, was nicht gelingen konnte. Das Kabinett Horn hatte den in ihrer Lebensführung stagnierenden oder gar vegetierenden Millionen nichts zu sagen und mußte verlieren. Dies hat auch seine guten Seiten. Auch Helmut Kohl hat nicht deshalb viermal nacheinander die Wahlen gewonnen, weil er den Deutschen erzählt hat, wie sehr ihn Bill Clinton – jenseits des Atlantiks – liebt.

2. Das Hauptübel bestand nicht in der gescheiterten Ehe der Koalitionspartner, die aus der „Verlobung“ von USP und BFD hervorgegangen ist, sondern darin, daß dies Scheitern auch für das breite Publikum offenbar wurde. Die Kommunikation zwischen beiden war sehr schlecht, sie konnten ihre internen Konflikte nicht hinter verschlossenen Türen regeln, der Schlichtungsrat der Koalition mußte Konkurs anmelden. Kurz vor den Wahlen wurde das Verhältnis der beiden Parteien geradezu lächerlich, nicht zuletzt angesichts der gegenseitigen Beschuldigungen. Angeführt wurden diese „Fehlritte“ von Gyula Horn, der als Ministerpräsident wie ein „einfacher“ Staatsbürger das Fehlen öffentlicher Sicherheit beklagte, der Reihe nach die drei Ministerien kritisierte, die die Politiker des Bundes Freier Demokraten innehatten, während er für die Ministerien der eigenen Partei nur Lob übrig hatte. Wenn auch diese Fehlritte vor allem die Niederlage des BFD nach sich zogen, so wäre es doch falsch anzunehmen, daß sie ohne Auswirkung auf das schlechtere Wahlergebnis der USP blieben.

3. Es schwer nachzuweisen, verdient aber doch Erwähnung: Während der Koalition von USP und BFD verschärfte sich die Krise der Werte in der ungarischen Gesellschaft, ihre Anomie und lethargische Stimmung ging keineswegs zurück. Die hochgelobten „Ergebnisse“ konnten nicht der Gesellschaft bzw. den Bürgern zugerechnet werden, die sich mit ihnen nicht identifizierten und sich ihnen eher ausgeliefert fühlten. Sie waren der Meinung, daß sie mit der Regierung wenig verbindet, selbst wenn diese als „erfolgreich“ gilt. Vielmehr sind sie auf die andere Tonlage des Bundes Junger Demokraten aufmerksam geworden, da diese von Anfang an betonten, daß sie – selbst an der Regierungsmacht – mit den Bürgern zusammen die Ziele des Landes verwirklichen wollen, daß sie auf deren Initiative und Unternehmungsgeist setzen, die sie seitens der Regierung unterstützen wollen.

Hinzukommen die kurzfristigen Faktoren, die gerade in den letzten Monaten und Wochen vor den Wahlen eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielten.

1. Es ist unzweifelhaft, daß die die Menschen irritierenden negativen gesellschaftlichen Phänomene gerade in der – für die Regierungskoalition ungünstigsten – Phase verstärkt zutage getreten sind. (Es ist eine alte Erfahrung von Demokratien, daß die Themen der Wahlkampagne viele andere Themen in den Hintergrund drängen.) Es geht dabei nicht nur um die Korruption, sondern auch um die unerhörte und dramatische Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit. Es ist eingetreten, was 1997 niemand für möglich gehalten hätte: Bombenattentate, Banküberfälle, Schießereien und andere kriminelle Handlungen bestimmten das Tagesgeschehen in der Hauptstadt. Wir müssen nicht hinzufügen, daß die Menschen überall auf die öffentliche Sicherheit empfindsam reagieren und die Staatsorgane bzw. die Regierung für jede Verschlechterung verantwortlich machen. Hinzu kommt noch die – bereits erwähnte – nervöse Reaktion der „verantwortlichen“ Politiker, Minister (incl. des Innenministers), die sich zusätzlich verheerend für die Wahlergebnisse von USP und BFD ausgewirkt hat.

2. Der verfehlten Kampagne der Regierungskoalition begegnete der Bund Junger Demokraten äußerst erfolgreich. Die führenden Politiker von USP und BFD haben nicht verstanden, daß es bei demokratischen Wahlen immer um neue Hoffnungen, Versprechen und Verbesserungschancen geht. Wenn jemand behauptet, daß das Regierungsprogramm vollkommen oder zumindest ohne Alternative ist, dann heißt dies, daß man in den nächsten vier Jahren nichts ändern muß. Eine solche Haltung wirkt erschreckend auf den Wähler, da er sie mit übertriebener Selbstzufriedenheit oder Selbstherrlichkeit der Macht habenden identifiziert. Angesichts der Erfahrungen mit dem Lebensstandard in den letzten vier Jahren mag es für manche wie Hohn geklungen haben, wenn man überall Plakate aufhängt: „Halten wir uns an den bewährten Kurs!“

3. Das Verhalten der Vorsitzenden der beiden rivalisierenden Parteien mag auch eine bestimmte, wenn nicht

entscheidende Rolle gespielt haben. Gyula Horn hat auf die unerwartete Situation nach dem ersten Wahlgang extrem schlecht reagiert. Es scheint, daß die zugespitzte politische Lage in ihm alte „linke“ Reflexe wieder zum Leben erweckt hat. Der Verweis auf die von der Rechten ausgehende Gefahr kann jedoch am Ende des 20. Jahrhunderts nur negative Wirkungen hervorrufen. Demgegenüber legte Viktor Orbán während der Kampagne neue Eigenschaften an den Tag, die geeignet waren, die ihm gegenüber bestehenden Vorurteile weitgehend zu widerlegen oder abzuschwächen. (Ich denke dabei an solche Attribute wie „arrogant“, „extrem machthungrig“, „Chamäleon“ usw.) Orbán hat gerade während der Wahlkampagne staatsmännische Tugenden gezeigt, die bestimmte Teile der Öffentlichkeit überzeugen konnten, daß er sich für die Übernahme des Ministerpräsidentenpostens qualifiziert hat.

Es wäre möglich, die Reihe der Gründe für den Sieg des Bundes Junger Demokraten und die Niederlage der Ungarischen Sozialistischen Partei noch fortzusetzen. Um sie anzudeuten, möchte ich an dieser Stelle vorerst eine Metapher aus der Sphäre des Sports heranziehen: Der Bund Junger Demokraten hat mit seinem Sieg einen neuen Weltrekord aufgestellt, zu dem – wie die Sportbegei-

sterten wissen – viele Vorbedingungen gehören. Darüber sollten wir nicht vergessen: Es ist nicht sicher, daß dem Bund Junger Demokraten dies im Jahre 2002 erneut gelingt. Die Wahlergebnisse des Jahres 1998 belegen nämlich zugleich, daß die Ungarische Sozialistische Partei zur stärksten stabilen Partei der Linken geworden ist, die von nun an mit einer konstanten Anzahl von Wählerstimmen rechnen kann. Es sieht so aus, daß die Linke bereits „fertig ist“. Die gleiche Aufgabe ist auch der Rechten aufgegeben, und zwar bis 2002.

(Übersetzt aus dem Ungarischen  
von K. Mánicke-Gyöngyösi)

*Dr. Tamás Fricz ist Ständiger Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Politikwissenschaften an der Ungarischen AdW. Zur Zeit hält er sich mit einem VW-geförderten Stipendium der Konferenz der Akademie der Wissenschaften am Osteuropa-Institut der FU Berlin auf.*

<sup>1</sup> Dies erklärt sich aus dem Charakter des ungarischen Wahlsystems, in dem das Mehrheitswahlrecht über das Verhältniswahlrecht dominiert.

## Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts

Holm **Sundhaussen** (Hg.) *Was ist Osteuropa?*

*Erstes Colloquium des Osteuropa-Instituts, 1/1998*

In diesem Heft:

*Osteuropa, Südosteuropa, Balkan: Überlegungen zur Konstruktion historischer Raumbegriffe* (Holm **Sundhaussen**)

*Was ist Osteuropa? Zu einer Historiker-Debatte zwischen den Weltkriegen und danach* (Hans-Joachim **Torke**)

*Einige konzeptionelle Überlegungen aus politikwissenschaftlicher Sicht* (Klaus **Segbers**)

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge und können gegen eine Schutzgebühr von DM 5,- bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut, Garystr. 55, 14195 Berlin

<http://userpage.fu-berlin.de/~oei/>

☎ ++ 49 30 838 33 80 Fax: ++ 49 30 838 3788

Werbung Reisebüro Wostok

## Europäische Studien auf hohem Niveau: Das IWM in Wien

Ähnlich wie Berlin stellt Wien einen der wichtigen Brückenköpfe nach Ost- und Ostmitteleuropa dar. Durch die geopolitische Situation und die engen historischen Verflechtungen mit dieser Region bietet sich die Stadt an, von dort aus die Reformbemühungen in den postkommunistischen Ländern zu begleiten. Insofern war es ein glücklicher Umstand, daß gerade dort im Jahr 1982 auf Initiative einiger junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) gegründet wurde, das es sich zu einem seiner wichtigsten Ziele machte, den Ideenaustausch zwischen Ost und West zu fördern und der festgefrorenen politischen Debatte neue Impulse zu verleihen. Über den rein akademischen Diskurs hinausgehend, verknüpften die Initiatoren dieses Vorhaben aber von Beginn an auch mit der Absicht, die unterschiedlichen Erfahrungen aus beiden Teilen Europas für gemeinsame Projekte nutzbar zu machen, d.h. gesellschaftliche Veränderungen nicht nur zu reflektieren, sondern aktiv mitzugestalten.

Mit dem Umbruch von 1989 eröffneten sich dafür ungeahnte Gestaltungsspielräume. Bald aber wurde auch deutlich, daß die gesellschaftliche Transformation in den Ländern Ost- und Mitteleuropas sich nicht in der Übernahme westlicher Modelle erschöpfte, sondern vielfach neue Antworten und Konzepte verlangte. Das Bewußtsein für diese neuen Anforderungen war am IWM schneller vorhanden als anderenorts. Zum Forum für das Nachdenken über das neue Europa avancierte die Zeitschrift *Transit*, die seit 1990 mit dem programmatischen Untertitel *Europäische Revue* am IWM herausgegeben wird. Problemfelder wie „Rückkehr der Geschichte“ oder „Die Mühen der Ebene“, die *Transit* schon in den ersten Nummern aufgriff, lange bevor sie sich auch politisch manifestierten und von den Feuilletons begierig aufgegriffen wurden, zeugen von der intellektuellen Vorreiterrolle, die das IWM vielfach spielte.

Leitend für die Forschung war von Beginn an die Überzeugung, daß die zweifellos notwendige Orientierung der postkommunistischen Gesellschaften am Liberalismus westlicher Prägung nicht dazu führen darf, regionale Paradigmen auszublenden. Die jüngste Entwicklung zeigt vielerorts, wie wichtig ein solcher Ansatz ist. *Populizers and Westernizers*, so der Titel eines längerfristigen Forschungsprojekts am IWM, buhlen um Macht und Einfluß, doch die Trennlinien zwischen ihnen sind oft weit weniger scharf, als es auf den ersten Blick scheint. Mehr noch: Da auch die westlichen Gesellschaften selbst sich im Umbruch befinden, verliert die alte Teilung in Ost und West zunehmend an Bedeutung und wird abgelöst von einem weit komplexeren Geflecht von Nationen und Kulturen, von Erneuerung und Restaurierung. Hierauf reagiert ein neues Forschungsvorhaben, das in Zusammenarbeit mit dem von Peter Berger und Samuel Huntington geleiteten Projekt *Cultural Globalization* durchgeführt

wird. Ähnlich wie die rasche Übernahme westlicher Modelle in vielen Staaten Osteuropas als Gegenbewegung einen Rückzug auf nationale und regionale Partikularismen hervorgerufen hat, scheint auch die Globalisierung reflexartig Abwehrmechanismen zu evozieren. Weil es aber vielleicht gerade diese Abwehrbewegungen sind, die die vielzitierte, kulturell jedoch schwer faßbare Globalisierung kenntlich machen, beteiligt sich das IWM an der Studie mit Länderanalysen, die nicht nur die Antriebskräfte der Globalisierung, sondern auch deren Grenzen und Hindernisse untersuchen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Osteuropaforschung, wie sie am IWM unter der Leitung von János Mátyás Kovács betrieben wird, die Region Osteuropa nicht als ein abgegrenztes Gebilde begreifen möchte, das losgelöst vom Rest Europas betrachtet werden könnte. Die Absicht ist vielmehr, in Fragen, die die politische und gesellschaftliche Entwicklung des gesamten Kontinents betreffen (Demokratisierung, Zukunft des Wohlfahrtsstaats, Rolle der Medien, Wiedererstarben von Nationalismen und Separationstendenzen etc.), stärker die Position und die Besonderheit der postkommunistischen Gesellschaften zu berücksichtigen. In diesem Sinne ist das IWM ein Zentrum für europäische Studien, das, wie ein Blick auf die Gäste des Instituts zeigt, etwa gleich vielen Wissenschaftlern aus Mittel- und Osteuropa wie aus Westeuropa und Nordamerika die Möglichkeit zu Forschungsaufenthalten und zur Mitarbeit an gemeinsamen Projekten bietet.

Die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Umbruch in den postkommunistischen Ländern bildet dabei nur einen der zur Zeit vier thematischen Schwerpunkte des Instituts. Die weiteren Arbeitsfelder sind *Gender Studies*, *Politische Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts* und *Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg*. Unabhängig voneinander hat sich das IWM in den vergangenen Jahren in diesen verschiedenen Forschungsschwerpunkten einen guten Ruf als *Institute for Advanced Studies* erworben. Die jeweiligen Aktivitäten können hier nur angedeutet werden: Im Bereich *Gender Studies*, geleitet von Cornelia Klinger, hat sich 1993 ein *Arbeitskreis Feministische Theorie* gebildet, der regelmäßig zusammenkommt und neuere feministische Texte diskutiert oder eigene Arbeiten vorstellt. Ein breites Echo haben auch die seit 1994 alljährlich stattfindenden und von sehr renommierten Autorinnen gehaltenen *IWM-Vorlesungen zur Geschlechterforschung* gefunden.

Der Schwerpunkt *Politische Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts*, unter der Leitung von Krzysztof Michalski, widmet sich zunehmend demokratietheoretischen Fragestellungen. So steht die Diskussionsreihe in diesem Jahr unter dem Thema Medien und Demokratie und setzt sich mit Themen wie „*Public Responsibility* versus *Business Interests*“ oder „*Market Constraints* versus *Freedom of*

the Press“ auseinander. Gegen Ende des Jahres beschäftigt sich eine Konferenz, zu der Simon Wiesenthal den Eröffnungsvortrag halten wird, mit den „Quellen des Hasses“. Wichtiger Bestandteil des Schwerpunktes Philosophie ist das Patočka-Archiv, das nahezu alle Schriften und die Korrespondenz des tschechischen Philosophen und *Charta 77*-Sprechers bereithält. Phänomenologen finden hier ein ideales Forschungsumfeld. Eine große editorische Leistung stellt die von Klaus Nellen und anderen herausgebene fünfbändige Auswahl von Schriften Patočkas dar, die im Verlag Klett-Cotta erschienen ist.

Der von Tony Judt, New York, geleitete Forschungsschwerpunkt *Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg* vereint namhafte Historiker, Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler aus den USA und beiden (ehemaligen) Teilen Europas. Wie es der englische Arbeitstitel *Re-Thinking Post War Europe* treffender ausdrückt, müssen nach dem Ende der Ost-West-Teilung geschichtliche Ereignisse in vielen Bereichen neu bewertet werden, weil erst jetzt Quellen aus beiden Blöcken zur Verfügung stehen und die Sicht nicht mehr von der Allgegenwart des Kalten Krieges getrübt wird. Mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es deshalb erstmals möglich, die selektive nationale Wahrnehmung, die Erinnerung an Kollaboration und Widerstand und die damit verbundenen Gründungsmythen beim Wiederaufbau Europas kritisch zu überprüfen und zu einer offeneren, *europäischen* Geschichtsschreibung beizutragen.

Da sich das IWM, wie oben angedeutet, nicht rein akademisch versteht, laufen seit längerem auch verschiedene Projekte, die die Erneuerung der Gesellschaften in Ost- und Mitteleuropa unterstützen. Das TERC-Projekt (*Transformation of the National Higher Education and Research Systems of Central Europe*) arbeitet aktiv an der Umgestaltung der Bildungssysteme mit (seit 1997 auch in Kooperation mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften). Teil dieses Programms sind die *Europäischen Lehrstühle*: Führende Wissenschaftler aus dem Westen werden eingeladen, ein oder mehrere Semester an Hochschulen Ost- und Mitteleuro-

pas zu unterrichten, um die Kontakte zu intensivieren und die intellektuelle Neuorientierung zu fördern. An besonders reformfreudige und unterstützenswerte Hochschul- und Forschungseinrichtungen in Ostmitteleuropa wird vom IWM und der Körber-Stiftung jährlich der Hannah Arendt-Preis verliehen. Das SOCO-Projekt (*Social Costs of Economic Transformation in Central Europe*) möchte die sozialen Veränderungsprozesse in den Reformstaaten dokumentieren und dazu beitragen, daß diese bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden. Die Ergebnisse dieses Projekts bilden auch die Grundlage für die alle zwei Jahre stattfindenden Zentraleuropäischen Foren, auf denen zentrale Fragen des Wohlfahrtsstaates in Ost und West diskutiert werden.

Die Aktivitäten des IWM werden getragen von einer kleinen Gruppe von ständigen wissenschaftlichen Mitgliedern (*Permanent Fellows*) und vielen *Visiting Fellows*, die zu länger- oder kurzfristigen Forschungsaufenthalten (ein bis sechs Monate) eingeladen werden und zu einem der genannten thematischen Schwerpunkte arbeiten. Mit einem speziellen Übersetzungsprogramm fördert das IWM im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften die Übersetzung von Werken aus einer west- in eine osteuropäische Sprache (oder umgekehrt). Seit diesem Jahr besteht weiterhin ein *Milena Jesenská-Fellowship*, das europäischen Journalisten mit einem dreimonatigen Gastaufenthalt die Möglichkeit zur Arbeit an einem längerfristigen Projekt bietet.

Allen, deren Interesse erwacht ist, sei ein Blick auf die sehr informative und gerade neugestaltete Homepage des IWM empfohlen: [www.univie.ac.at/iwm/](http://www.univie.ac.at/iwm/) Bei einem Besuch in Wien lohnt sich auch ein Abstecher zu den öffentlichen Dienstags-Vorträgen (vorher die Homepage konsultieren!).

*Ludger Hagedorn hat am Osteuropa-Institut der FU Berlin studiert. Er war 1997 Junior Visiting Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen. Zur Zeit Forschungsaufenthalt am Zentrum für theoretische Studien (CTS) in Prag.*

## Das Wiener Institut für Slawistik

Jeder Slawist kennt die großen Namen der Wiener Slawistik, angefangen von Kopitar und der Gründung der Wiener Slawistik im Jahre 1849 – die 150-Jahrfeier, verbunden mit einem großen Symposium, ist für den 1.–3. Oktober 1999 geplant – über Jagić und Miklosich bis zu Hamm, Wytrzens, Mareš und Katičić in unserer Zeit, denen noch unzählige weitere hinzuzufügen wären. Traditionell gilt – neben Russisch – die südslawistische Ausrichtung als besonders gut verankert, was auch mit der Existenz zweier südslawischer Volksgruppen in Österreich, den Slowenen und den Burgenlandkroaten, zusam-

menhängt. In den letzten zehn Jahren hat der politische Wandel in den ehemals sozialistischen Staaten zu zahlreichen Neuerungen und Erweiterungen des Forschungs- und Unterrichtsprogramms geführt, die mit dem besonderen Engagement Österreichs für die Erforschung und Vermittlung slawischer Kulturen zusammenhängen. Immerhin sind drei Nachbarländer Österreichs (Tschechien, Slowakei, Slowenien) slawischsprachig, zum anderen bestehen aus historischen Gründen enge Beziehungen (Kroatien, Serbien, Polen, Ukraine, Bulgarien). In den Wiener Archiven und Bibliotheken lagern Dokumente aus

der Zeit der Habsburgermonarchie, die für die Geschichte der slawischen Sprachen und Literaturen von herausragender Bedeutung sind.

Da das Institut über fünf Lehrstühle (Russische Literaturwissenschaft, Russische Sprachwissenschaft, Westslawische Literaturen, Südslawistik, Vergleichende slawische Sprachwissenschaft), deren Bezeichnungen viel enger sind als die dort angesiedelte Forschung, und eine weitere Professur für Tschechisch verfügt, reichen die wissenschaftlichen Interessen von den Anfängen der slawischen Sprachentwicklung und Literaturen bis in die Postperestrojka. Einige Schwerpunkte sind: Vergleichende Sprachwissenschaft (diachron und synchron), historische Syntax, Sprachkontaktforschung, Literatur der Avantgarde (jeweils auf mehrere slawische Kulturen bezogen).

In Wien gibt es vier Lehramtsstudiengänge (entsprechend dem deutschen Staatsexamen), und zwar für Russisch, Tschechisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und Slowenisch, die alle in Österreich Schulsprachen sind. Weiterhin sind fünf Diplomstudiengänge (vergleichbar dem Magisterstudium in Deutschland) eingerichtet, nämlich Russisch, Tschechisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Polnisch und Slowenisch. Zur Zeit werden Ukrainisch, Slowakisch und Bulgarisch ausgebaut, die Etablierung entsprechender Diplomstudiengänge ist geplant. Bisher sind diese drei Philologien nicht als Haupt-, sondern nur als Nebenfach wählbar. Für Ukrainisch kann dank des Engagements der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine sowie des österreichischen Bundesministe-

riums für Wissenschaft und Verkehr bereits das volle Hauptfach-Studienangebot sichergestellt werden. Dasselbe gilt ab dem Wintersemester 1998/99 auch für Slowakisch. Weitere slawische Sprachen wie z.B. Mazedonisch werden regelmäßig angeboten.

Das Unterrichtsangebot des Instituts umfaßt pro Semester etwa 160 (meist zwei- oder mehrstündige) Lehrveranstaltungen, die von ca. 55 Unterrichtenden (Professoren, Assistenten, Lektoren, Lehrbeauftragten) gehalten werden. Ständig sind mindestens fünf Gastlektoren, dazu nahezu jedes Semester ein Gastprofessor aus einem slawischsprachigen Land am Wiener Institut für Slawistik tätig. Ihnen stehen ca. 1.000 Slawistik-StudentInnen gegenüber, von denen sich etwa die Hälfte mit russischer Sprache und Literatur beschäftigen. Die Arbeitsmarktsituation in Österreich ist für SlawistInnen vergleichsweise gut, unter anderem weil außerordentlich viele in- und ausländische Firmen Wien als Standort für die Erschließung der mittel- und osteuropäischen Märkte nutzen. Auch viele Firmen aus slawischsprachigen Ländern versuchen, die westlichen Märkte von Wien aus zu „erobern“. Darüber hinaus sind die kulturellen Beziehungen nach Mittel- und Osteuropa sehr intensiv. In den Schulen besteht allerdings nur ein geringer Bedarf an Lehrern slawischer Sprachen, viele Lehramtsabsolventen arbeiten daher in der Erwachsenenbildung.

*J. Besters-Dilger ist Professor am Institut für Slawistik der Universität Wien.*

## Ost-West-Wissenschaftszentrum Universität Gesamthochschule Kassel (GhK)

### 1. Handlungsrahmen, Ziele und Funktionen

Der Zusammenbruch des kommunistischen Systems hat Ende der 80er Jahre im östlichen Teil Europas eine völlig veränderte Lage geschaffen. Die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind seitdem auf der Suche nach neuen politischen und ökonomischen Leitbildern.

Die erste Phase des Umbruchs war in allen mittel- und osteuropäischen Ländern gekennzeichnet durch eine euphorische Hinwendung zum Westen. Die Erwartungen richteten sich auf eine schnelle politische Integration in die westeuropäische Staatengemeinschaft und eine großzügige und wirksame finanzielle Unterstützung der wirtschaftlichen Umstrukturierung durch den Westen im Sinne eines neuen „Marshall-Plans“.

Während sich im innenpolitischen Bereich aller osteuropäischen Länder – mit Ausnahme von Weißrußland – demokratische Strukturen nach westeuropäischem Muster festigten, ist die wirtschaftliche Entwicklung hinter den eigenen und westlichen Erwartungen zurückgeblie-

ben. Jedes MOE-Land sucht seinen Weg und sein Tempo der Modernisierung und des Aufbaus eines marktwirtschaftlichen Systems. Die ökonomische Binnendifferenzierung im ehemaligen Ostblock wächst: Polen hat sich durch radikale Reformen zum westlichsten Vorposten katapultiert und weist heute die erfolgreichste Wirtschaftsbilanz auf, gefolgt von Tschechien und Ungarn. Weißrußland – in der ehemaligen UdSSR eine technologisch und ökonomisch erfolgreiche Republik – sinkt infolge der Tschernobyl-Katastrophe und der politisch rückwärts orientierten Führung in seinen Bilanzen ab und isoliert sich zunehmend vom Westen.

Die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft ab dem Jahr 2003 bewirkt für die neuen Beitrittsländer Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und Estland einen gewaltigen Anpassungsdruck an westliche Standards in Wirtschaft, Rechtsprechung und politischem System. In Rußland sind die Hoffnungen auf eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards und eine Stabilisierung der Volkswirtschaft der Ernüchterung gewichen. Die mit dem Kurs-

wechsel hin zu marktwirtschaftlichen Prinzipien verbundenen sozialen Härten – die massive Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung, der Zusammenbruch des sozialen Versorgungsnetzes – haben zur Verunsicherung beigetragen. Ansteigende Selbstmordraten und sinkende Geburtenziffern sind Symptome der Verzweigung bzw. der Zukunftsängste in großen Teilen der Bevölkerung.

In dieser Situation wachsen auch Zweifel an der Überlegenheit westlicher Gesellschaftsmodelle. Man beobachtet, daß auch der Westen keine Patentrezepte hat, um seine aktuellen Wachstumskrisen zu bewältigen. Zugleich wachsen die Vorbehalte gegenüber dem westlichen Engagement in Osteuropa: man stellt fest, daß die westliche Kompetenz vielfach überschätzt wurde. Das oft aggressive Vorgehen westlicher Unternehmen bei der Erschließung des osteuropäischen Marktes und die mangelnde Sensibilität für fremde Kulturen weckten Mißtrauen und neue Ressentiments. In dieser Hinsicht wird die deutsche Position bzw. das Verhalten von Deutschen aufgrund der historischen Erfahrungen besonders kritisch beobachtet – alte Vorurteile und Feindbilder werden in Krisensituationen leicht wieder reaktiviert.

Der Westen ist hier herausgefordert, zum einen den Ost-West-Dialog zu intensivieren und zum anderen die Handlungsfähigkeit von demokratisch gesinnten gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen in Osteuropa zu erhalten und zu stabilisieren. Dies gilt auch für den Wissenschaftsaustausch. Der Trend zum „Ausverkauf“ von wissenschaftlich-technischer Kompetenz und materieller Ausstattung durch Auswanderung osteuropäischer Spezialisten, durch Privatisierung von wissenschaftlichen Einrichtungen und durch eine Orientierung in Forschung und Entwicklung an schnell verwertbaren Ergebnissen hält an und mindert die Fähigkeit, durch eigene Leistungen in Wissenschaft und Kultur adäquate Lösungen für die anstehenden gesellschaftlichen Fragen herbeizuführen. Hier besteht die Aufgabe, stabile Organisationsformen als Grundlage für erforderliche Innovationen zu schaffen. Dies sollte Anlaß für westliche Partner sein, ihr Fachwissen für einen solchen Umstrukturierungsprozeß zur Verfügung zu stellen.

Für die Forschung gilt, daß im Zuge der weltweiten Vernetzung in der Wissenschaft die Kooperation mit Instituten in Osteuropa ausgebaut werden sollte. In diversen Wissenschaftssparten – so in der Grundlagenforschung in Technik- und Naturwissenschaften – besteht kein West-Ost-Gefälle im Sinne eindeutigen westlichen Vorsprungs, ist also ein Fachaustausch von Gewinn für alle beteiligten Partner.

Die Bilanzierung des Ost-West-Verhältnisses zeigt, daß es auch heute noch eine dringliche Aufgabe ist, durch vertrauensbildende Maßnahmen eine solide Basis für langfristige Formen der Zusammenarbeit zu schaffen. Dazu gehören insbesondere die Förderung persönlicher Kontakte und der Abbau des Informationsdefizits: Während man sich in osteuropäischen Fachkreisen intensiv mit

westlichen Entwicklungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur auseinandersetzt, ist das Interesse an Osteuropa im Westen bis heute eher marginal geblieben.

Das Ost-West-Wissenschaftszentrum Kassel hat das Ziel, den wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch mit den Ländern Ostmittel- und Osteuropas zu fördern und Kenntnisse über die jeweiligen Länder zu vermitteln. Das Zentrum dient als Forum für den Diskurs zwischen Wissenschaftlern aus Ost und West, fördert den Transfer von neuen sozial- und umweltverträglichen Technologien, stärkt den Dialog zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis auch in Richtung Ostmittel- und Osteuropa und bietet oder vermittelt Beratung und Information. Kontinuierliche Angebote und Programme erstrecken sich auf die Länder Rußland, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechische und Slowakische Republik.

#### **Funktionen des OWWZ sind:**

1. Anbahnung von Kooperationsprojekten in Forschung und Lehre
2. Organisation von Einzelveranstaltungen zu ost-westbezogenen Themen
3. Entwicklung von osteuropabezogenen Aus- und Weiterbildungsangeboten
4. Veröffentlichungen
5. Recherchen und Datensammlungen zu Osteuropa

#### **Leitlinien**

Das OWWZ initiiert und fördert ost- und ostmitteleuropa-bezogene Projekte, die

- bevorzugt regional orientiert sind und an bestehende Partnerbeziehungen anknüpfen (Jaroslavl', Riga, Lublin, Bydgoszcz u.a.);
- im Sinne praxisorientierter Wissenschaft einen Beitrag leisten zur Verbesserung örtlicher Strukturen – u. a. in allgemeiner und beruflicher Aus- und Weiterbildung, Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung, ökologischer Neuentwicklung;
- eine Reformierung und Modernisierung von Hochschullehre durch Beratung bei der Entwicklung von neuen Studiengangsstrukturen insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften fördern;
- der Anbahnung von längerfristiger, ergebnisorientierter Forschungskoooperation dienen.

Kriterien von OWWZ-Projekten sind, daß die Maßnahmen

- schwerpunktmäßig vor Ort, also in Regionen Ostmittel-/Osteuropas, durchgeführt werden (mit Ausnahme von Projektvorbereitungsseminaren, Praktikumsphasen u. a. Kurzaufhalten in Deutschland);
- auf nachhaltige Veränderungen abzielen und mittel- bis längerfristig angelegt sind;

- nach Möglichkeit in Verbindung mit weiteren Partnern durchgeführt werden;
- eine möglichst weitgehende Partizipation der Zielgruppen sicherstellen;
- in der Start- bzw. Anbahnungsphase vom OWWZ unterstützt werden (für die Projektdurchführung selbst bemüht sich das OWWZ gemeinsam mit den Projektverantwortlichen um eine Drittmittelfinanzierung);
- dokumentiert werden und zur Förderung der Kommunikation über laufende Aktivitäten halbjährlich in Form von Rundbriefen, durch Projektveranstaltungen u. ä. publik gemacht werden.

### Dienstleistungen

Für Ost-West-Projekte bietet das OWWZ allgemeine Informationen, spezifische Beratung, Unterstützung und Vermittlung in folgenden Bereichen:

- Forschungs- und Projektfinanzierung
- Länder-, regions-, fachbezogene Informationen
- Vermittlung von wissenschaftlichen Kontakten
- Organisatorische Abwicklung von Projekten
- Kommunikation
- Dolmetscher-/Übersetzerdienste

### Entwicklung und Organisationsform

Das OWWZ wurde 1992 (Beschluß des STA II vom 29.10.92) an der Universität Gesamthochschule Kassel eingerichtet.

Der Einrichtung innerhalb der GhK ging die Gründung des OWZ e.V. im Dezember 1991 voraus. Auf Initiative der Industrie- und Handelskammer Kassel und der GhK wurde ein Förderverein etabliert, der die Ost-West-Zusammenarbeit in Wirtschaft und Wissenschaft zum Ziel hat und dem als operative Einheiten das Ost-West-Dienstleistungszentrum bei der Industrie- und Handelskammer und das OWWZ an der GhK eingegliedert sind.

Finanziell getragen wird das OWWZ anteilig aus Fördermitteln des Landes Hessen, eingeworbenen Projektmitteln, durch Sponsoren-Gelder und Mitgliedsgebühren des OWZ e.V.

### Wissenschaftlicher Beirat

Seit Berufung des Beirats durch den Präsidenten im Dezember 1993 gehören ihm folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Reinhard Hünerberg, FB Wirtschaftswissenschaften (Sprecher)

Prof. Dr. Siegbert Hentschke, FB Elektrotechnik (stellv. Sprecher)

Prof. Dr. Rüdiger Krause, FB Landwirtschaft, Internationale Agrarentwicklung und Ökologische Umweltsicherung

Prof. Dr. Richard Lorenz, FB Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Hans Martin, FB Berufspädagogik, Polytechnik, Arbeitswissenschaft

Prof. Dr. Gerhard Neuner, FB Germanistik

1996 wurde der Beirat um folgende externe Mitglieder erweitert:

Ministerialrat Dr. Jürgen Arnold, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Dr. Peter Danylow, Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft, Köln

Prof. Dr. Hans Hermann Höhmann, Bundesinstitut für Internationale und Ostwissenschaftliche Studien, Köln.

### Laufende Projekte, Veranstaltungen, Informationsangebote

#### A. Regionale Projekte

1. Organisationsentwicklung in der Stadtverwaltung Jaroslavl'. Grundlagen für die Qualifizierung des Verwaltungspersonals
2. Einrichtung eines Zentrums für Deutsche Sprache in Jaroslavl'
3. Qualitätsmanagement in Jaroslavl'er Betrieben
4. Public Private Partnership und Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung und Wohnungsbauplanung in Jaroslavl', Rußland
5. Einrichtung eines Technologietransfer-Zentrums in Cluj, Rumänien

#### B. Hochschulreform

6. Aufbau eines Studiengangs Supervision in Ungarn
7. Reform des Studiengangs Soziologie an russischen Universitäten
8. Hochschuldidaktische Fortbildung für Lehrende an russischen Hochschulen
9. Seminar und Delegationsreise  
Aktuelle Probleme der Hochschulen und Reformansätze in Deutschland und Rußland, 23. – 29.10.1997

#### C. Forschungsk Kooperation

10. Kooperation im Fachgebiet Umwelt-Ökonomie mit der Technischen Universität St. Petersburg

#### D. Weiterbildungs- und Informationsangebote

11. Osteuropa-Qualifizierung für Arbeitskräfte aus Industrie, Handel und Dienstleistung
12. Informationsangebot zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zwischen Ost und West

### Publikationen

Centre for Science Policy and Higher Education, Warsaw University/East-West Science Center, University of Kassel Germany (Ed.): Changes in Higher Education in Central European Countries. Warschau 1994, 195 S., ISBN-Nr. 83-86166-26-6.

Ost-West-Wissenschaftszentrum Universität Gesamthochschule Kassel, Gabriele Gorzka (Hg.): Chancen und Risiken von Engagements in Osteuropa. Rußland. Ukraine. Weißrußland. Dokumentation des 1. Osteuropa-Wirtschaftstages 29.09.1993. Kassel 1994 (Ost-West-Dialog 1) 91 S., ISBN-Nr. 3-88 122-790-3.

Gabriele Gorzka (Hg.): Kultur im Stalinismus. Bremen: Edition Temmen, 1994, 267 S., ISBN-Nr. 3-86108-308-6.

Gabriele Gorzka: East-West – the Crossroad of Scientific Collaboration. In: Staatliches Komitee der Russischen Föderation für Hochschulwesen (Hg.) International Cooperation in Science and Education, No. 2 (S.8–10 und 17–19), St. Petersburg 1994.

Gabriele Gorzka (Hg.): Ungarn im Wandel. Zwischenbilanz und Aspekte deutsch-ungarischer Beziehungen. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1995, 164 S. ISBN-Nr. 3-8046-8829-2.

Gabriele Gorzka; Rainer Stöttner (Hg.): Banken, Kreditmärkte, Projekt-Finanzierung in Osteuropa. Münster: LIT Verlag 1996, 216 S., ISBN 3-8258-2840-9.

Gabriele Gorzka: Ost-West Kooperation als Umgang mit fremden Strukturen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Buda-

pest (Hg.): Ungarn – Zwischenbilanz des Transformationsprozesses und Aspekte der ungarisch-deutschen Beziehungen. Budapest 1997 (ungarisch).

Gabriele Gorzka und Hans-Georg Kiera (Hg.): Der Immobilienmarkt in Osteuropa, Berlin: Berlin Verlag 1998, 196 S., ISBN 3-87061-730-6.

Seit 1996 hat das OWWZ eine Homepage im Internet (<http://www.uni-kassel.de/owwz>) mit Angaben zu OWWZ-Zielen, Programm, Projektübersicht, Veranstaltungen, Terminen von Förderprogrammen.

*Dr. Gabriele Gorzka ist Leiterin des OWWZ.*

## Die Eurolinguistik und Osteuropa

Die Sprachwissenschaft ist eine *politische Wissenschaft*. Im 19. Jahrhundert war sie es, als sie, unauffällig zwar, aber mit massiver Effizienz, an der Umorganisation der Gesellschaft zu modernen Industriestaaten beteiligt war, indem sie den Menschen über regionale Grenzen hinaus ein Gemeinschaftsgefühl vermittelte und sie dadurch kooperationsfähig machte.

Später dann, als sich die neuen Großverbände, die Nationen, etabliert und voneinander abgegrenzt hatten und einer dem anderen zum Konkurrenten geworden war, als das Werk also getan war, hat die Sprachwissenschaft ihre gesellschaftsformierende Funktion immer weiter eingebüßt. Sie hat sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, wurde zu einem intellektuellen Zeitvertreib für einige wenige und hat kaum mehr hervorgebracht als Stoff für Salongespräche. Sie hat sich von der Gesellschaft abgekoppelt, wurde spröde und interdisziplinär wenig einbindungsfreundlich, vor allem auch weil sie in vielen Bereichen als Erbin des 19. Jahrhunderts noch vergangenheitsorientiert war, so daß sie für gegenwartsbezogene Wissenschaften als Partner nicht von Interesse war.

Das war auch am Osteuropa-Institut zu spüren. Die Slavistik, die größte Disziplin am Institut blieb abseits, und da sie eben auch ihrer Größe wegen ein Ärgernis war, wollte man sie loswerden ebenso wie die Balkanologie, deren fachübergreifende Anlage man nicht sehen konnte, vielleicht auch gar nicht wollte. Es war ja viel bequemer, sie mit den Philologien zusammenzurühren und genau wie diese ins 19. Jahrhundert abzuschieben. Es ist wahr, sie hat im 19. Jahrhundert ihren Anfang genommen, in den Grundgedanken greift sie aber, wie sich allmählich herausstellt, weit über das 19., ja sogar das 20. Jahrhundert hinaus.

Wäre es mit der Gesellschaft weitergegangen, wie im 19. Jahrhundert begonnen, so könnte die heutige Sprachwissenschaft als „degeneriert“ qualifiziert werden, aus der

Sicht von morgen wäre ihr von der Gesellschaft abgehobenes Dasein wohl eher „innere Emigration“ zu nennen, denn in den letzten, sagen wir, 80 Jahren, ist über Sprache viel nachgedacht und daran auch herumexperimentiert worden. Die Ergebnisse, scheinbar nicht verwertbar und nur für Eingeweihte interessant, eröffnen, weiterverarbeitet und auf die Reihe gebracht, dennoch Perspektiven für das, was kommt, sie führen die Sprachwissenschaft zur Gesellschaft zurück. Was alles gedacht und ausprobiert wurde, braucht hier nicht hergezählt zu werden; hervorzuheben ist aber Ferdinand de Saussure, der schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Sprachwissenschaft revolutioniert und Wege in die Zukunft gewiesen hat. Es sind wohl 50 Jahre her, daß die *Semiotik* entdeckt wurde, und erst unlängst hat man begonnen, sich mit der „kognitiven“ Seite der Sprache auseinanderzusetzen. Damit nun schließt sich der Kreis und wir kommen zu Wilhelm v. Humboldt zurück, dessen „innere(r) Sprachsinne“ zwar reichlich oft Gegenstand philosophischer Betrachtungen gewesen, nicht aber nachhaltig im Sprachmaterial aufgesucht worden ist, außer von den Balkanologen, die sich jedoch nicht von Humboldt, sondern von Jernej Kopitar (1829) und seiner Beobachtung haben leiten lassen, daß das Albanische, Bulgarische und Walachische (d.i.: Rumänische) trotz „dreierley Sprachmaterie“, doch von „einerley Form“ seien. Und damit kommen wir zur „Eurolinguistik“.

Die Eurolinguistik ist die Wissenschaft von den sprachlichen Gemeinsamkeiten in Europa. Solcher Gemeinsamkeiten gibt es unzählige. Sie finden sich nicht so sehr im Formalen (Kopitars „dreierley Sprachmaterie“) als vielmehr im Kognitiven, d.h. der Art, einen Sachverhalt einzuordnen und darzustellen. Diese Gemeinsamkeiten haben die Nationalphilologien hinter den formalen Unterschieden verschwinden lassen, und es ist an der Zeit, sie wieder zum Vorschein zu bringen. Dazu einige Beispiele:

Die Russen sagen sowohl *ja ne choču* als auch *mne ne chočetsja*, ähnlich die Polen: *nie mam ochoty* und *nie*

chce *mi się*, und wie diese kennt man im Deutsch der Oberschlesier *ich habe keine Lust* und *mir will sich nicht*. So zieht sich ein breiter Gürtel kognitiver Übereinstimmung von Rußland bis nach Schlesien (und vermutlich auch nach Süden). Daß die Schlesier jene Ausdrucksweise in engem Kontakt von den Polen gelernt haben, ist dabei weniger interessant als der Umstand, daß sie wie jene das „nicht wollen“ auf zweierlei Weise ausdrücken können, einmal mit dem Agens (ich), womit das „Nicht wollen“ in die Verantwortung des Betreffenden gestellt wird, und das andere Mal durch den Dativ (mir), der den „Nehmenden“ kennzeichnet, womit so getan wird, als sei das „Nichtwollen“ von außen aufgedrängt. In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, wenn die Deutschen gleich ihren östlichen Nachbarn sagen *mir ist kalt*, daß man den Sachverhalt auch anders einordnen kann, sieht man an den Franzosen: *j'ai froid*.

In Schlesien und in Österreich kann das „vergessen“ auf zweierlei Weise dargestellt werden: *ich habe es vergessen* und *ich habe (ganz) darauf vergessen*. So auch Polen und Tschechen: *zapomnieć o coś*; *na věc se úplně zapomnělo* 'auf die Sache wurde total vergessen'. Zwischen beiden Ausdrucksweisen gibt es einen Unterschied: Mit Akkusativ ('es') handelt es sich um ein zufälliges Vergessen: *Ich habe meinen Regenschirm im Lokal vergessen*, die Wendung mit *auf* sagt, daß die Existenz der Sache aus dem Gedächtnis gekommen ist. *Ich habe (ganz) auf meinen Regenschirm vergessen*, (erst als es zu regnen anfing, erinnerte ich mich, daß ich ja einen Regenschirm besitze). Warum sich welche Wirkung mit welcher Ausdrucksweise verbindet, ist erklärbar, soll aber hier nicht vorgeführt werden.

Es gibt unzählige solcher Übereinstimmungen. Einige erstrecken sich über ganz Europa, andere wieder sind mehr im Westen oder im Osten bekannt, vor allem aber, überschneiden sich die Zonen. Nur die einzelne Ausdrucksweise hat bestimmbare regionale Grenzen, die sich jedoch mit denen einer anderen zumeist nicht decken und mit staatlichen oder „nationalen“ schon gar nicht.

Die rd. 350 Millionen Europäer haben viel mehr gemeinsam, als sie trennt, und wenn das Material kognitiv ordentlich aufbereitet wird, kann man den Menschen auch sagen, was es eigentlich ist, das sie verbindet, wie sehr sie durch ihre Wertvorstellungen, Verhaltensweisen, ja auch ihren Aberglauben miteinander verbunden sind. Und bei der Sprache bleibt es nicht, Gestik, Mimik, die Art etwas anzufassen, zu tragen, eine Sache zu erledigen, kurz gesagt, alle Dinge, um die sich die *Semiotiker* bemühen, gehören mit dazu.

Daß die Menschen im alten Karolingerreich viel miteinander verband, mag für evident genommen werden, für manchen schon weniger offenkundig mag aber sein, daß die Übereinstimmungen viel weiter nach Osten reichen, daß auch die Menschen dort Europäer sind. Sie betonen es immer wieder: „Auch wir gehören dazu!“ Und sie sagen es, weil sie sich ausgeschlossen, vielleicht sogar diskriminiert fühlen.

Ende März hat in Sofija eine Konferenz zum Thema „Der Nationalstaat – ein historisches Übel?“ stattgefunden (vielleicht wird darüber hier noch berichtet). Dabei wurde ausgiebig auch über die Integration Bulgariens in die EU gesprochen und die Befürchtung geäußert, die Bulgaren könnten wie die anderen postkommunistischen Länder „eingeschmolzen“ werden und ihrer „kulturellen Identität“ verlustig gehen. So notwendig politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Integration sind, Ängste bauen sie nicht ab, Vertrauen schaffen sie nicht, und sie erzeugen auch nicht das angesichts des uns drohenden Horroszenariums so dringend gebotene Solidaritätsgefühl unter den Menschen. Die weit in der Überzahl vertretenen Historiker, Soziologen, Juristen fanden auf die Fragen keine Antwort. Allein die beiden wohl eher als Verzierer gedachten Sprachwissenschaftler vermochten weiterzuhelfen. Allein sie waren in der Lage, Gemeinsamkeiten und Unterschiede gegeneinander abzuwägen, Wege für die Bearbeitung des Stoffes zu weisen und Maßnahmen für die praktische Umsetzung der Ergebnisse vorzuschlagen. Und das alles nicht nur einem spontanen Einfall folgend, sondern aus einer inzwischen doch schon recht fülligen Erfahrung.

Seit Beginn der 90er Jahre etwa bemühen sich Hochschulinstitutionen und Einzelpersonen um das Problem der Vertrauensbildung. Dabei geht es sowohl um die linguistische und semiotische Aufbereitung des Materials, aber auch schon um die Vermittlung der Forschungsergebnisse, zunächst einmal im Unterricht. Stärker forschungsorientiert sind Institutionen in Italien, Frankreich, Spanien, mehr an der Vermittlung ausgerichtet solche in den Niederlanden, der Schweiz und der Slowakei. Trotz vielfältiger Kontakte unter allen diesen kommt es doch immer noch vor, daß einer vom anderen nichts weiß. Dem entgegenzuwirken, diente das Symposium „Eurolinguistik – ein Schritt in die Zukunft“, das Ende März vorigen Jahres in Berlin abgehalten worden ist. Hier sollten Gleichgesinnte zusammengeführt, sollten die Vorstellungen der Teilnehmer von der Sache erkundet werden. Obwohl die Ansätze recht unterschiedlich sind – was kein Nachteil zu sein braucht – waren sich die Teilnehmer in der Sache einig. Inzwischen ist darüber ein Jahr vergangen, es hat sich herumgesprochen, was damals in Berlin verhandelt worden ist, und der Kreis der Interessierten, insbesondere aus Ost- und Südosteuropa, wird immer größer.

Da die „Eurolinguistik“ ihre personelle Stütze in der Slavistik und der Balkanologie hat (nicht allein der deutschen übrigens), ist sie das derzeit wohl beste Verfahren, Europa nach Osten und Südosten zu öffnen. Die Vorgänge in Sofija haben es deutlich gemacht.

Nur eines ist die „Eurolinguistik“ *nicht*: Sie ist kein Mittel zur Profitmacherei. Man kann damit kein schnelles Geld verdienen. Sie läßt sich nicht kommerzialisieren. Sie ist auf Langzeitwirkung abgestimmt, so wie es die Sprachwissenschaft im 19. Jahrhundert mit ihrer um so nachhaltigeren Wirkung gewesen ist.

*Norbert Reiter* ist Univ.-Professor a.D. für Balkanologie.

## „Eigenes Land Erdbeere, fremdes Land Blaubeere“

Sokrates-Dozentenaustausch mit dem Aleksanteri-Institut, dem Finnish Centre for Russian and East European Studies (FCREES) an der Universität Helsinki

*Eigenes Land Erdbeere, fremdes Land Blaubeere – Oma maa mansikka, muu maa mustikka* – so lautet ein finnisches Sprichwort, dessen Entsprechung bei den Amerikanern als *Go east, go west, home is best* bekannt ist und das auf Deutsch, recht ernüchternd und geradlinig *Daheim bleibt daheim* heißt.

Wo aber werden in einem vereinten Europa die Grenzen zwischen der Fremde und dem Daheim zu ziehen sein, und was hat es mit Erdbeeren und Blaubeeren in der Osteuropaforschung verschiedener Länder auf sich?

Europäische Hochschulkooperation durch den Austausch von Lernenden und Lehrenden als ein Beitrag zur angestrebten europäischen Einigung – mit diesem Ziel verbindet sich das von der EU in Brüssel vor zwei Jahren neu aufgelegte Sokratesprogramm. Das Osteuropa-Institut der FU hat in diesem Zusammenhang u.a. auch Kontakte zum Aleksanteri-Institut in Finnland aufgebaut, dem erst 1996 gegründeten *Finnish Centre for Russian and East European Studies* an der Universität Helsinki. Im Sommersemester 1998 sind im Rahmen dieses Programms zum ersten Mal vier finnische Studierende ans OEI gekommen (ihr Erfahrungsbericht steht noch aus) und ein Student und eine Dozentin (die Autorin dieses Beitrags) sind im selben Zeitraum an die Universität Helsinki gegangen.

Was gibt es zu berichten?

Es ist schwer zu sagen, was es genau für Gründe waren, die mich bewogen haben, im Rahmen des Sokratesprogramms für einen Lehrauftrag nach Finnland, an die Universität Helsinki zu gehen und nicht etwa nach England oder nach Frankreich. Das Interesse an wissenschaftlicher Zusammenarbeit oder aber die Lust am Fremden? Vermutlich von beidem etwas, und Finnland befriedigt in dieser Hinsicht ganz sicher beide Bedürfnisse.

Über drei Monate, von Ende Februar bis Ende Juni, erst als Gastdozentin, anschließend als Visiting Scholar, hatte ich die Gelegenheit, das akademische Leben an der Universität Helsinki, aber auch die Stadt selber, die finnische Landschaft und ihre Menschen zu erleben und näher kennenzulernen. Daß der jahreszeitliche Wechsel vom Winter zum Frühling zum Sommer in diese Zeitspanne fiel, hat zwar kaum etwas mit Forschung und Lehre zu tun, war aber für ein besseres Verständnis finnischer Lebensart durchaus von Bedeutung.

Doch zunächst zum Aleksanteri-Institut.

Drei russische Zaren, Alexander I., II. und III., fungieren hier gleichzeitig als Namensgeber und verweisen damit

auf die besondere Beziehung Finnlands zu seinem russischen Nachbarn. Die über hundertjährige Geschichte Finnlands als russisches Großfürstentum bis zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit (1809–1917) war aus der Sicht der Finnen – sieht man einmal vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts ab – keineswegs nur eine Zeit der Unterdrückung durch eine fremde Macht. Sie verbindet sich vielmehr mit einer Blütezeit finnischer Literatur, finnischer Wissenschaft, mit den Anfängen politischer Selbstverwaltung, der Erhebung des Finnischen zur Bildungs- und Amtssprache und einem wachsendem nationalen Selbstbewußtsein. All diese Entwicklungen wurden von Rußland nicht nur geduldet, sondern zum Teil, insbesondere von Alexander II., sogar unterstützt und gefördert.

In diese Zeit fällt nicht nur die Gründung der Universität von Helsinki, die bis 1917 „Kaiserliche Alexander-Universität“ hieß, sondern auch die unter Osteuropaforschern in aller Welt bekannte und geschätzte Slavonic Library, die in ihren Beständen zumindest für die Zeit bis 1917 den Staatlichen Bibliotheken in Moskau oder in St. Petersburg in nichts nachsteht.

Die Nähe zu Rußland zeigt sich auch im Stadtbild. Mit der Verlagerung der Hauptstadt von Turku nach Helsinki im Jahre 1809 ließ Alexander I. durch den Architekten C.L. Engel, der vorher in St. Petersburg gearbeitet hatte, ein neues Stadtzentrum im klassizistischen Stil erbauen, das ganz der Hauptstadt des russischen Zarenreiches nachempfunden ist. Eine der Perlen in Engels architektonischem Werk ist die Universitätsbibliothek (siehe Abb.).

Nach der finnischen Unabhängigkeitserklärung im Dezember 1917 und nach Beendigung des finnischen Bürgerkriegs, der einen Sieg der „Weißen“ über die „Roten“ erbracht hatte, waren die Beziehungen Finnlands zu seinem östlichen Nachbarn immer recht gespannt: von äußerst kühl (bis zum Nichtangriffspakt zwischen Finnland und Rußland 1932) über offen feindlich (der Winterkrieg mit der Sowjetunion 1939/40 und der Kriegseintritt Finnlands auf seiten Deutschlands 1941) bis hin zu „pro-sowjetisch neutral“ nach dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der SU 1948. Im Gegensatz zu den übrigen Nachbarländern der Sowjetunion wurde Finnland nach dem II. Weltkrieg aus bis heute noch nicht geklärten Gründen als einziges Land nicht sowjetisiert.

Diese sog. „pro-sowjetische Neutralität“ Finnlands kam einem politischen Balanceakt gleich und blieb nicht ohne Folgen für die Osteuropaforschung. Eine Ausnahme bildete hier nur die Beschäftigung mit russischer Sprache

und Literatur im Rahmen der Slawistik. Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern und den USA hat die zeitgeschichtliche Osteuropaforschung in Finnland seit dem Zweiten Weltkrieg eine äußerst marginale Rolle gespielt. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Sowjetunion und den übrigen Ländern des sog. Ostblocks war für Finnland ein „heißes Eisen“, und die erforderliche politische Rücksichtnahme ließ in Finnland keine der westlichen Forschung entsprechenden Programme von „Soviet Studies“ entstehen.

Erst mit Beginn der Perestrojka nahm das Gefühl der Bedrohung, das über viele Jahrzehnte vom östlichen Nachbarn ausgegangen war, langsam ab, so daß man, wie es hieß, 'über die Russen sprechen durfte'. Der endgültige Umschwung und eine verstärkte Hinwendung zu Themen, die bislang als Tabu galten, setzte Anfang der neunziger Jahre nach Auflösung der Sowjetunion ein und ist mit dem Beitritt Finnlands zur Europäischen Union 1995 in eine neue Phase eingetreten. In diese Zeit, in das Jahr nach dem EU-Beitritt Finnlands, fällt auch die Gründung des Aleksanteri-Instituts, das von dem Soziologen Professor Markku Kivinen geleitet wird.



Universitätsbibliothek

Während die Osteuropaforschung in den meisten westeuropäischen Ländern nach dem Ende des Kalten Krieges um ihr Überleben kämpfen oder zumindest große Einschränkungen in ihren Forschungskapazitäten hinnehmen mußte, war in Finnland das Interesse an dieser Region neu entbrannt. Seither gibt die finnische Regierung der wissenschaftlichen Erforschung Osteuropas, und zwar vorrangig Rußlands und der baltischen Staaten, in ihren Förderprogrammen höchste Priorität, was sich u.a. in großzügiger finanzieller Unterstützung zahlreicher neuer osteuropabezogener Forschungsprojekte und Ausbildungsgänge zeigt. Doch die Regierung steht mit ihrem Interesse, finnische Experten in Sachen Osteuropa auszubilden und zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Region zu gelangen, nicht allein. Ihr zur Seite stehen die finnische Wirtschaft und Industrie, die sich von der Förderung der Osteuropaforschung verbesserte

Bedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern dieser Region erhoffen.

Diese äußerst umfangreiche Förderung hält unvermindert an und soll in den nächsten Jahren sogar noch gesteigert werden: Bedingungen, von denen wir in Deutschland – zumindest zur Zeit – nicht einmal zu träumen wagen.

Das Aleksanteri-Institut, das mit der Unterstützung des finnischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft gegründet wurde und ihm in seiner Arbeit rechenschaftspflichtig ist, fungiert in erster Linie als organisatorisches Zentrum für die Förderung und die Koordination der osteuropabezogenen Forschung und Lehre an den insgesamt zwanzig Universitäten des Landes und der Finnischen Akademie der Wissenschaften. Für diese Arbeit stehen insgesamt neun ganztags beschäftigte Mitarbeiter zur Verfügung, die alle, obwohl sie primär mit Verwaltungs- und Managementaufgaben befaßt sind, über mindestens einen Hochschulabschluß in einem osteuropa-bezogenen Fach und somit auch über die erforderlichen Sach- und Fremdsprachenkenntnisse verfügen.

Im ersten Jahr stand der Aufbau eines Netzwerks für die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den einzelnen finnischen Universitäten im Vordergrund wie auch der Ausbau der Kontakte zur Europäischen Union über die Beteiligung an zahlreichen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen (TACIS, PHARE, INTERREG). Durch seine Lage in einer sogenannten Grenzregion der EU kann sich das FCREEES darüberhinaus umfangreicher Geldmittel aus Brüssel erfreuen, mit denen Forschung und Lehre wie auch der Aufbau von Informationsdiensten über die Russische Föderation, die Länder der GUS und die baltischen Staaten unterstützt werden.

In diesem Frühjahr ist die Arbeit des FCREEES durch die Einrichtung eines Graduiertenkollegs erweitert worden. Insgesamt fünfzehn Hochschulabsolventen verschiedener Fachrichtungen widmen sich mit ihren Arbeiten dem Transformationsprozeß in Osteuropa und werden dabei für vier Jahre – bis zur Promotion – als wissenschaftliche Mitarbeiter finanziert. Im Herbst 1998 wird unter der organisatorischen Leitung des Aleksanteri-Instituts im Verbund mit anderen finnischen Universitäten zum ersten Mal ein Magisterstudiengang „Osteuropastudien“ mit 80 Studienplätzen pro Jahr eingeführt, mit dem neben dem Studium einer traditionellen Disziplin (Wirtschaft, Politik, Geschichte etc.) – ganz ähnlich dem Osteuropastudiengang an der FU Berlin – eine regional-spezifische Zusatzqualifikation erworben werden kann. Allerdings sind die Studierenden, die für diesen Studiengang ausgewählt wurden, an verschiedenen Universitäten des Landes immatrikuliert. Mit Hilfe von Video-Konferenzen wird hier zum ersten Mal in größerem Rahmen die „Distance Education“-Methode (D.E.) erprobt werden.

Diese Entwicklung ist technologisch zwar auf der Höhe der Zeit, sie wird jedoch von vielen Hochschullehrern mit einiger Skepsis betrachtet. Finnen und auch die finnischen Studierenden gehören nicht zu den redseligsten. Eine Diskussion im Unterricht herbeizuführen ist mitunter sehr schwierig. Es bleibt abzuwarten, ob der Einsatz der neuesten Technik die Teilnehmer der Lehrveranstaltungen völlig zum Verstummen bringen oder aber vielleicht sogar eine enthemmende Wirkung haben wird.

Zwei Sektoren, die Forstwirtschaft und die Arktis, haben in der finnischen Forschung eine lange Tradition. In wirtschaftlicher wie in ökologischer Hinsicht sind sie für die Zusammenarbeit mit dem östlichen Nachbarn von großer Relevanz und haben unter den veränderten politischen Bedingungen noch weiter an Bedeutung gewonnen. Doch es gibt auch noch zahlreiche andere Einzel- und Gruppenprojekte, die im Rahmen des neu erwachten Interesses an den östlichen Nachbarländern von verschiedensten Geldgebern gefördert werden. Die mehr als dreißig unter der Leitung des FCREES versammelten Forschungsprojekte befassen sich u.a. mit der Migration und Integration nationaler Minderheiten, der Sozialstruktur und der Elitenbildung in einzelnen Ländern (vor allem in den baltischen Staaten), der Regionalisierung in Rußland, der Entwicklung rechtsradikaler Bewegungen und Parteien. Und schließlich ist im letzten Jahr, gefördert vom Finnischen Fond für russisch-finnische Zusammenarbeit, in St. Petersburg ein Finnisches Institut gegründet worden, das sich insbesondere dem Austausch und der Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiet der Kunst und Kultur und der Wissenschaft widmet.

Die zeitgenössische Osteuropaforschung steht in Finnland sicher auf vielen Gebieten noch am Anfang, aber es ist erstaunlich zu beobachten, mit wieviel Innovationsgeist, Engagement und unermüdlichem Arbeitseinsatz die Mitarbeiter des Aleksanteri-Instituts (im übrigen in der Mehrzahl Frauen) innerhalb von nur zwei Jahren eine solide Basis für osteuropabezogene Forschung und Lehre aufgebaut haben, nicht zuletzt auch durch hervorragende Public-Relations-Arbeit. Gerade in letzterem Punkt hätten wir in Berlin noch viel zu lernen.

Die Frage ist, was verbindet Helsinki mit Berlin, und was trennt sie? Beide Städte sind Hauptstädte und Regierungssitze und gelten schon lange als „Drehscheibe“ zwischen Ost und West. So verweisen beide Institute, das Aleksanteri-Institut in Helsinki und das Osteuropa-Institut Berlin, auf die politische und geographische Schlüsselstellung ihres Standorts als Zentren für Osteuropaforschung.

Doch es gibt die kleinen Unterschiede, einige genuin finnische Momente, die den Aufenthalt in Helsinki zu einem Erlebnis eigener Art werden lassen.

Da ist zuallererst die finnische Sprache mit ihrem wunderbaren Wohlklang, die einem gleichwohl verschlossen bleibt, und das geradezu feindselige finnische Wetter mit seiner Kälte und seinem Wind, das nur schwer ein Gefühl von „Heimischsein“ aufkommen läßt.

Ein drittes Element allerdings, das nicht unerwähnt bleiben darf und von dem eine besondere Faszination ausgeht, ist der Hang der Finnen zur Tradition und zum Feiern. Fast hat man den Eindruck, als würden sie in den Sommermonaten gar nicht mehr aus dem Feiern herauskommen: Da gibt es die Feste heidnischen Ursprungs wie etwa die Walpurgisnacht vom 30. April auf den 1. Mai (finnisch „Vappu“), das an den jahreszeitlichen Ablauf gebundene Mitsommer- bzw. Johannisfest Mitte Juni (finnisch „Juhannus“) oder auch national-patriotische Feste wie z.B. den Tag der Nationalhymne (finnisch „Maammelaulu“), um nur einige zu nennen. Bei all diesen festlichen Anlässen treten auch die Hochschulangehörigen, Lehrende wie Lernende, in ihrer Festtagskleidung deutlich sichtbar in Erscheinung: Studenten, Männer wie Frauen, tragen eine weiße Schirmmütze und, gegliedert nach Fachrichtung, Jogginganzüge in unterschiedlichen Farben. Die Professoren hingegen, ganz in schwarz, tragen Doktorhut und sogar Säbel. Sie sind in die öffentlichen Rituale miteingebunden. Die strenge Uniformierung könnte Abgrenzung und damit den Ausschluß der übrigen, nicht entsprechend Kostümierten aus dieser Gemeinschaft zur Folge haben. Doch im Gegenteil, es sind diese öffentlichen Feiern und Feste, die die sonst eher schweigsamen Finnen gesprächig und aufgeschlossen werden lassen (sicher auch dank des Alkohols) und bei denen auch die Gäste, die Fremden, in das Feiern miteinbezogen werden.

Der wissenschaftliche Austausch folgt auch in Finnland den international konventionalisierten Regeln; doch die Teilnahme an den finnischen Festen im Licht der weißen Nächte ist wie ein Eintauchen in eine andere Welt, eine fremde, faszinierende Welt, eine Schönheit, die nur die nordischen Länder bieten.

Erdbeeren sind zweifellos größer und süßer als Blaubeeren. Insofern können wir nur sehnsüchtig und voller Neid auf die finnischen Erdbeeren der Osteuropaforschung blicken, es sei denn, wir beginnen unsere eigenen Früchte zu kultivieren.

*Dr. Rosalinde Sartorti ist Akademische Rätin für den Bereich Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

## Postsowjetische Ethnizitäten

Ein Projekt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin  
und am Centre for Independent Social Research / St. Petersburg

Der Zerfall der Sowjetunion war von einer Reihe ethnischer Auseinandersetzungen begleitet, die zum Teil noch anhalten. Ob ihnen immer auch originär ethnische Konflikte zugrundelagen oder ob soziale Probleme „nur“ in einem ethnischen Gewand ausgetragen wurden, wird in der wissenschaftlichen Literatur sehr kontrovers diskutiert. Auf jeden Fall haben die Transformationsprozesse zu einer rapiden Aufwertung ethnischer Symboliken geführt, was sich auch dort, wo es keine offenen, kriegsähnlichen Konflikte gibt, bemerkbar macht. So verbreiten sich insbesondere in den großen Städten in Rußland xenophobische Strömungen gegen Zuwanderer aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, insbesondere gegen Personen aus dem Kaukasus. Auf der Welle der Hinwendung zu ethnischen Ausdrucksformen und Orientierungen schwimmen auch diverse Formationen des russischen Nationalismus, und auch die Etablierung der diversen ethnischen Gemeinden seit der Perestrojka muß als ein entsprechendes Indiz gewertet werden.

Bei den ethnischen Gemeinden handelt es sich allerdings um völlig friedliche Formen der ethnischen Vergesellschaftung, in gewisser Weise um „normale“ Erscheinungsformen der gegenwärtig überall in der postsowjetischen Gesellschaft entstehenden nicht-staatlichen Organisationen. Einerseits sind sie also Kennzeichen einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung, andererseits sind sie aufgrund ihrer besonderen „weltanschaulichen“ Ausrichtung von größtem Forschungsinteresse. Deshalb wurde von Juni 1995 bis August 1996 in Kooperation zwischen dem Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und dem Centre for Independent Social Research (CISR) in St. Petersburg ein Forschungsprojekt durchgeführt, das zum einen die Etablierungsprozesse der ethnischen Gemeinden und die ethnische Orientierung der nicht-russischen Großstadtbürger zum Gegenstand hatte, zum anderen das ethnische Selbstverständnis ehemaliger Sowjetbürger, die in den letzten Jahren als Immigranten nach Berlin (und nach Potsdam) gekommen waren. Die beiden Teilprojekte wurden weitgehend unabhängig von den beiden Projektleitern koordiniert. Auf Berliner Seite war dies Dr. Ingrid Oswald, damals Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Staat und Gesellschaft des OEI, auf St. Petersburger Seite Dr. Viktor Voronkov, Institutsleiter des CISR. Die Förderung durch die Volkswagen-Stiftung ermöglichte es, in St. Petersburg und in Berlin je vier MitarbeiterInnen einzustellen: in Rußland Ol'ga Brednikova, Elena Čikadze, Ol'ga Kalačeva und Oksana Karpenko, in Deutschland Stephan Beetz, Tsypylma Darieva, Andreas Kapphan und Georg Schütte.

### Das Forschungsdesign

Forschungsleitend war die Frage, was den St. Petersburger Großstadtmenschen ihre jeweilige ethnische Zugehörigkeit bedeutet, da diese für das urbane Leben in den letzten Jahrzehnten doch kaum mehr relevant schien und von einer allgemeinen „sowjetischen“ Alltagskultur zumindest in den Hintergrund gedrängt worden war, auch wenn die einzelnen „Nationalitäten“ noch immer in den persönlichen Dokumenten vermerkt wurden. Diese Ausgangsthese des relativen Bedeutungsverlustes wurde zunächst erschüttert, als die unterschiedlichen Arten der ethnischen Identitäts- und Gemeindebildung studiert wurden. Tatsächlich haben sich in St. Petersburg mit den offiziellen ethnischen Gemeinden Knotenpunkte gebildet, an denen aktiv und energisch ethnische Repräsentation geübt und erarbeitet wird; hier haben sich „ethnische Codes“ gebildet, die als Katalysatoren für weitere Ethnisierung dienen können. Andererseits war zu konstatieren, daß sich die überwältigende Mehrheit der St. Petersburger Bevölkerung dieser ethnischen Identitätsarbeit gegenüber indifferent verhält. Der qualitative Aspekt, die Hinwendung zu ethnischen Ausdrucksformen, läßt sich daher nicht einfach in den quantitativen Aspekt, das weitgehende Desinteresse an „ethnischen Fragen“ unter der St. Petersburger Stadtbevölkerung, vermitteln, weshalb auch keine einfache Antwort auf die Wirkungsweise des sozialen Phänomens Ethnizität im russischen urbanen Raum zu geben ist. Diese Erkenntnis trug sich durch das ganze Projekt und sollte in zukünftigen Forschungsprojekten wieder aufgenommen werden.

In Berlin, in der Immigration, zeigte sich dagegen, daß die ethnisch definierten Migrationswege für eine stärkere, das heißt, bewußter vorgetragene und geübte Ethnisierung von Identitäten und Wahrnehmungsmustern sorgen. Doch werden in der Berliner russischsprachigen „Gemeinde“ aufgrund ihrer weitreichenden Isolierung von der deutschen Gesellschaft auch bestimmte „sowjetische“ Eigenarten konserviert. Zusammenfassend belegen die Befunde eindrücklich die hochgradige Plastizität ethnischer Zuschreibungen, die sehr sensibel auf soziale Veränderungen reagieren.

Den konzeptionellen Hintergrund des Forschungsprojektes bildeten zwei Aspekte, zum einen der Stadt-Land-Gegensatz in der sowjetischen Gesellschaft, zum anderen die Resultate der sowjetischen Nationalitätenpolitik – beides elementare Strukturbedingungen der sowjetischen „Moderne“. Konkret bedeutete dies, daß die einzelnen ethnischen Gemeinden, zu denen Zugang gefunden werden konnte (die armenische, aserbajdschanische, burjatische, deutsche, estnische, jüdische, polnische und die

tatarische Gemeinde) auch daraufhin untersucht werden mußten, welchen besonderen „Stellenwert“ die jeweiligen ethnischen Gruppen in der sowjetischen Nationalitätenpolitik hatten und welche Bezugsgruppen gegenwärtig „von außen“ Einfluß haben können. So waren die einzelnen ethnischen Gruppen sehr unterschiedlichen Diskriminierungsmaßnahmen ausgesetzt: während der Antisemitismus etwa kampagnenartig immer wieder aktiviert wurde, traf es Esten und Deutsche insbesondere infolge des Zweiten Weltkriegs. Die wichtigsten (potentiellen) Bezugsgruppen sind sehr unterschiedlich gelagert, was die mögliche ethnische Orientierung und auch ideelle sowie – in Einzelfällen – materielle Unterstützung anbetrifft: Im Falle der aserbajdschanischen, der armenischen und der estnischen Gemeinde sind es sowjetische Nachbarstaaten, für die burjatische und tatarische Gemeinde sind es Teilrepubliken der Russischen Föderation und für die deutsche, die jüdische und die polnische Gemeinde sind es Gesellschaften bzw. Staaten, die inzwischen außerhalb des russischen Einflusses liegen und zum Teil – im Falle von Deutschland und Israel – auch über nicht geringe Ressourcen verfügen, die ethnischen Gemeinden in Rußland zu unterstützen.

### **Neue soziologische Methoden in Rußland**

In methodischer Hinsicht wurde mit dem Projekt in Rußland Neuland betreten, da es dort bislang kaum Erfahrung mit Methoden der qualitativen Sozialforschung gibt. Anhand von Leitfadenterviews wurden aus jeder der hier behandelten ethnischen Gruppen bis zu mehreren Dutzend Interview-PartnerInnen befragt, wobei in St. Petersburg insbesondere die jeweiligen Aspekte der „ethnischen Biographie“ besprochen wurden, die für die Identitätsbildung wichtig erschienen. Es ging darum, wie das ethnische „Anderssein“ subjektiv erlebt wurde, welche kulturell-religiösen Traditionen in der engeren und weiteren Familie gepflegt, welche Erfahrungen mit Xenophobie gemacht wurden. In Berlin waren es im großen und ganzen zwar die gleichen Fragen, doch lag hier der Schwerpunkt der Gespräche auf der subjektiven und kollektiven Verarbeitung der Emigration sowie der Darstellung der Integrationsprobleme in die deutsche Gesellschaft.

Der in St. Petersburg entwickelte Interview-Leitfaden umfaßte in seinem ersten Teil die Punkte: biographische Angaben und Beschreibung der eigenen Lebensweise; Herkunft und Lebensweise der Familie; Selbsteinstufung und -einordnung in soziale und ethnische Milieus; Erfahrungen mit Xenophobie und ethnischer Ausgrenzung; Wissen über und Nutzung von ethnisch-religiösen Gemeinde-Institutionen. Der zweite Interviewteil betraf eventuelle Emigrationswünsche und -motive sowie Existenz und Nutzung ethnischer Netzwerke. Der Leitfaden diente lediglich zur Orientierung der Interviewer; auch waren die Interviews nicht zeitbeschränkt, so daß die Befragten je nach eigenem Ermessen über ihre „ethnische Biographie“ bzw. über Struktur und Aufgaben der

Gemeinde Auskunft geben konnten. Die Interview-PartnerInnen wurden über das Schneeballverfahren gewonnen, wobei die ethnische Einordnung ausschließlich nach der Selbstzuordnung der Befragten erfolgte. Wie sich im weiteren Verlauf zeigte, war es eine methodologisch außerordentlich wichtige Entscheidung, die Befragten nicht von außen auf eine ethnische Identität festzulegen, wie es in den meisten einschlägigen Studien der Fall ist. Die Prozeßhaftigkeit ethnischer Identitätsbildung kann nur dann dargestellt werden, wenn den Betroffenen auch die Möglichkeit gegeben wird, darüber zu reflektieren.

### **Ergebnisse und weitere Forschungsabsichten**

Als eines der wichtigsten Nebenergebnisse der Studie kann festgehalten werden, daß sich in St. Petersburg die weitaus meisten der Befragten über ihre ethnische Zugehörigkeit unsicher sind. Dies resultiert meist aus den vielfältigen Überlagerungen von „Nationalitäten“ und Staatsbürgerschaft, die durch die sowjetischen Ordnungsversuche nicht nur nicht verringert, sondern erst hervorgerufen wurden. So mußten sich alle ehemaligen Sowjetbürger zumindest einmal im Leben bewußt Gedanken machen über ihre ethnische Zuordnung, nämlich im Alter von 16 Jahren zum Zwecke der Eintragung der „Nationalität“ in den Personalausweis. Die Betroffenen mußten die Ethnizität ihrer Eltern bzw. eines der Elternteile übernehmen, was für Personen aus mono-„nationalen“ Verbindungen ein Problem war, wenn sie deshalb zur Übernahme einer stigmatisierten Ethnizität verurteilt waren. Angehörige binationaler Familien konnten dagegen wählen und entschieden sich sehr häufig für eine Nationalität, die ihnen im weiteren Leben keine Nachteile bringen würde – eine Problematik, die in der einschlägigen Literatur breit beschrieben worden ist. In den Interviews wurde jedoch deutlich, daß es sich nicht in allen Fällen lediglich um die Übernahme einer Schutznationalität handelte, hinter der die „eigentliche“ ethnische Identität gepflegt wurde. Der außerordentlich hohe Anteil der binationalen Eheschließungen in Rußland hatte unter anderem zur Folge, daß eine Vielfalt an kulturellen, religiösen und sprachlichen Kombinationen entstand, in denen eine klare ethnische Zuordnung individuell nicht möglich war. Im Zuge der sowjetischen Modernisierung verloren ethnische Traditionen weitgehend ihre Integrationskraft und wurden, wenn überhaupt, nur als Folkloreveranstaltungen fortgeführt, insbesondere in den russischen Großstädten, von denen hier die Rede ist. Die ethnische Zuordnung im Personalausweis war somit in den letzten Jahrzehnten für die meisten Personen nur ein Epitheton, das manchmal lästig, aber meist nur überflüssig war. Seit den 70er Jahren ließen die staatlich dirigierte ethnischen Repressionen und Benachteiligungen deutlich nach, so daß Ethnizität an Bedeutung einbüßte, während die Orientierung an der sowjetischen Staatsbürgerschaft zunahm, da sich hier die realen und alltagsrelevanten Vorteile der sowjetischen Binnenintegration zeigten.

Solange eine ethnische Zuordnung jedoch besteht – und sei sie nur ein administratives Ordnungskriterium – kann sie auch wieder an Bedeutung gewinnen. Gerade diese Situation der Bedeutungsveränderung war für das Forschungsprojekt von Interesse. In den Interviews sollten die Befragten daher die Gelegenheit haben, sich über diese Unsicherheit, Vagheit und Mehrdeutigkeit zu äußern und sich beispielsweise als Jude *und* Russe, als Armenier *und* Sowjetbürger zu bezeichnen, falls sie dies vorzogen. Diese Misch- oder Doppelidentitäten werden manchmal als problematisch, manchmal aber auch als eine Chance empfunden; im negativ konnotierten Fall wird der Mangel an eindeutiger Orientierung problematisiert, im anderen Falle die Erweiterung der Optionen betont.

In den ethnischen Gemeinden wird an weltanschaulichen Programmen gearbeitet, die in der Studie als „ethnische Codes“ analysiert wurden. Dabei zeigte sich, daß die weit aus meisten der hier untersuchten Gemeinden eine aktive Integrations-„Politik“ betrieben, da für sie die Zugehörigkeit zur russischen Gesellschaft außer Frage steht und man auch die Möglichkeiten des modernen Großstadtlebens, wie es St. Petersburg bietet, nicht missen will. Die kulturell und mitunter religiös angehauchten Neuorientierungen sind letztlich dem „multikulturellen“ Zuschnitt der städtischen Gesellschaft angepaßt, da die Mitgliedschaft nicht nur den „echten“ Angehörigen der jeweiligen ethnischen Gruppen vorbehalten ist, sondern jeglichen Interessierten offensteht. Davon heben sich die ethnischen Codes der deutschen und der jüdischen Gemeinde ab. Die Zugangsbedingungen sind exklusiv, d.h. auf Stadtbürger mit entsprechender ethnischer Herkunft

beschränkt, über die ein Nachweis erbracht werden muß. Dies hat zum großen Teil seinen Grund in dem Versuch der Ressourcensicherung, denn diese beiden Gemeinden sind so etwas wie „Durchlaufstationen“ für die Emigration geworden – und diese kann eben nicht allen ermöglicht werden.

Allerdings kann von den Versuchen, kollektive ethnische Identitäten zu schaffen, nicht direkt auf die Bildung individueller Identitäten geschlossen werden. Für die Neuformierung von subjektiven Selbstbildern sind noch weit mehr Einflußfaktoren wichtig als die, die aus der nicht sehr bekannten Existenz der ethnischen Gemeinden herrühren. Zu nennen sind etwa die generationenabhängige Kenntnis von ethnisch-kulturellen und religiösen Traditionen, die territoriale und soziale Herkunft, der familiäre und persönliche Bildungshintergrund, der Zeitpunkt der Zuwanderung in die Stadt.

Wer sich über dieses Forschungsprojekt genauer informieren möchte, kann dies über die Publikation von Oswald, Ingrid/ Voronkov, Viktor (Hrsg.), 1997: Post-sovjetsche Ethnizitäten. Ethnische Gemeinden in St. Petersburg und Berlin/ Potsdam. Berlin (Berliner Debatte Wissenschaftsverlag) tun oder über den Sammelband der Forschungsergebnisse, der im Sommer 1998 auf Russisch erscheinen wird.

*Dr. Ingrid Oswald ist ehemalige Wiss. Assistentin in der Abt. Soziologie des OEI der FU Berlin.*

*Viktor Voronkov ist Leiter der Centre for Independent Social Research in St. Petersburg.*

## Entscheidungsfindung, Konfliktlösung und institutioneller Wandel in der Entstehung der russischen Marktwirtschaft

Forschungsprojekt „Zur Rolle von Wirtschaftseliten im russischen Transformationsprozeß“ am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Die Marktwirtschaft in der Russischen Föderation nimmt zunehmend eigene charakteristische Formen an. Die sich herauschälenden „Spielregeln“ oder Institutionen unterscheiden sich sowohl von jenen, die in Marktwirtschaften westlichen Typs vorzufinden sind, als auch von solchen, die in den Ökonomien Südasiens oder Lateinamerikas das wirtschaftliche Verhalten bestimmen. Der institutionelle Unterbau, der Verhaltenskodizes, Entscheidungsfindung und Konfliktlösungsmechanismen der Wirtschaftsakteure prägt, wird sich ebenso auf wirtschaftliche Wachstumsraten niederschlagen wie die Investitionstätigkeiten im Land bestimmen. Denn sechs Jahre nach der offiziellen Liberalisierung der Wirtschaft ist

das Land noch immer durch fehlende Transparenz im Finanzsektor, eine mangelhafte *corporate governance* und eine verschwommene Demarkationslinie zwischen Staat und Privatwirtschaft gekennzeichnet. Alle drei Faktoren tragen zu einer erhöhten Unsicherheit bei, die zwar einer Minderheit der russischen Wirtschaftsakteure überproportional hohe Gewinnchancen eröffnet hat, der Mehrheit der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung jedoch überproportional hohe Risikoaufwendungen abforderte. Die Vermutung, daß die „Gewinner alles nehmen“, wie Joel Hellman<sup>1</sup> es formulierte, scheint sich also zumindest in der Russischen Föderation bestätigt zu haben. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten können

unter anderem an den bislang nur niedrigen (offiziellen) Wachstumsindikatoren des Landes abgelesen werden.

Warum aber sind in der Russischen Föderation nicht schon frühzeitig die einer „geordneten Wirtschaftsentwicklung“ förderlichen Institutionen entwickelt und eingesetzt worden? Der Erklärungsbedarf ist nicht allein damit abzudecken, daß auf den institutionellen Bezugsrahmen für die Wahlmöglichkeiten der einzelnen Akteure hingewiesen wird. Zweifellos begrenzen strukturelle und institutionelle Voraussetzungen den Entscheidungsspielraum der Wirtschaftsakteure. Rechtliche Rahmenbedingungen und ihre Durchsetzbarkeit sind ebenso von besonderer Bedeutung wie die föderale Geld- und Fiskalpolitik. Gleichzeitig aber besteht die Aufgabe auch darin, einige Aussagen darüber treffen zu können, wie die Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte auf die Evolution eben dieser Rahmenbedingungen und Institutionen Einfluß nehmen.<sup>2</sup> Welche Motivationen und Interessen wurden von ihren jeweiligen Vertretern geäußert und durchgesetzt? Wie wirkte sich dies auf die Ausgestaltung der Wirtschaftsinstitutionen aus? Ist eine Pfadabhängigkeit zu beobachten? Können externe Einflußgrößen eine grundsätzlich andere Entwicklungsrichtung vorgeben? Diese Fragen, die sich nicht auf die Nachfrage nach Institutionen, sondern auf deren Angebot konzentrieren, sollen in dem von der Volkswagenstiftung geförderten Projekt „Zur Rolle von Wirtschaftseliten im russischen Transformationsprozeß“ behandelt werden. Anhand einiger Fallstudien sollen typische Entscheidungsmuster nachgezeichnet und ein Segment der Wirtschaft und der Gesellschaft ausführlicher analysiert werden.

Mit der Herausbildung neuer wirtschaftlicher und wirtschaftsrelevanter Institutionen werden die Partizipationschancen von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen in allen Teilsystemen der russischen Gesellschaft neu verteilt und möglicherweise auf lange Sicht festgelegt. Die Frage, welche Akteure auf diesen Prozeß prägend Einfluß nehmen konnten, ob sie damit einen Beitrag zur Entstehung gesamtgesellschaftlich nützlicher Strukturen geleistet oder in erster Linie Chancenungleichheiten zu ihren eigenen Gunsten genutzt und sich dauerhafte Vorteile verschafft haben, führt daher zugleich auf die Spur jener neuen Gesellschaft, die im Schatten von politischen und wirtschaftlichen Krisen, zwischen Privatisierung, Dezentralisierung und Selbstverwaltung überall in Rußland längst im Entstehen begriffen ist. Ob auf Dauer eine Mittelschicht selbstverantwortlicher und selbstbewußter Bürger entstehen und ein positives Verhältnis zum Staat entwickeln kann, ob dieser Staat sich selbst zur Interessenvertretung der Gesellschaft oder eher zu einer Agentur einiger weniger Individual- und Partikularinteressen entwickelt und dabei weite Teile der Gesellschaft unbeachtet läßt, entscheidet sich nicht zuletzt daran, wem die derzeitige Transformation neue Chancen eröffnet und wem sie sie verwehrt.

Ein Schwerpunkt der Untersuchung wird auf der Rolle der Banken im Transformationsprozeß liegen. Ein ent-

wickelter Finanzsektor kann Kapitalproduktivität erhöhen, indem die Kapitalallokation verbessert wird, und damit zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen. Vier Faktoren, die sich hemmend auf eine wachsende Wirtschaft auswirken, sind in diesem Zusammenhang besonders hervorhebenswert: übermäßiger Staatseinfluß, geringe Monetarisierung der Wirtschaft, makroökonomische Instabilität und „kranke“ Banken.<sup>3</sup> Die Rolle des Staates, der bestimmt, welche Banken mit der Verwaltung der staatlichen Gelder (z.B. Steuer- und Zolleinnahmen, Finanzströme in die Regionen, Agrarsubventionen, Außenhandelseinkommen) beauftragt werden, ist im Zusammenhang mit der Erforschung von Wirtschaftseliten von besonderem Interesse. Denn eine Vermengung von öffentlichem und privatem Interesse, die die Fundamente von Demokratie, Transparenz und Verantwortlichkeit angreift<sup>4</sup>, ist in Rußland durchaus zu beobachten. Das Ergebnis solcher verwischter Interessen wird sich auch langfristig auf die Ausgestaltung der russischen Marktwirtschaft und das Design der Wirtschaftspolitik niederschlagen.

Ein weiteres Untersuchungsobjekt bietet die Privatisierung einer Auswahl der letzten in staatlichem Besitz befindlichen Betriebe und Unternehmungen. Einige Auktionen haben besonderes Interesse in den Medien hervorgerufen und verdeutlicht die verschiedenen Interessenslagen der Banken und finanz-industriellen Konglomerate. Das Ziel der Untersuchung ist, anhand eines Fallbeispiels aufzuzeigen, wie sich welche Interessen zu welchem Zeitpunkt geäußert haben und welche Instrumente ergriffen wurden, um sie durchzusetzen. Ein solcher zeitabhängig aufgebauter Entscheidungsbaum soll anschließend ermöglichen, bestimmte Konfliktlösungsmechanismen herauszustellen. Die Motivation der beteiligten Akteure soll herausgearbeitet werden.

Der dritte Schwerpunkt liegt auf den regionalen Dimensionen der Entscheidungsprozesse. Wir untersuchen *zum einen*, wie die in Moskau ausgearbeiteten Richtlinien und Regulierungsinstrumente in den Provinzen umgesetzt bzw. angewendet werden. Auch hier werden wir uns auf die Rolle von Banken und finanz-industriellen Konglomeraten, die in zunehmendem Maße auf die regionale Politik in der Russischen Föderation einwirken, konzentrieren. Dabei steht die Frage im Vordergrund, welche Handlungsstrategien von überregionalen Organisationen eingesetzt werden, um ein bestimmtes Ziel zu verfolgen. *Zum anderen* werden wir die in den Regionen eigenständig verfolgte Politik analysieren. Da eine grundsätzliche Frage im institutionellen Transformationsprozeß sein muß, ob externe Einflußmöglichkeiten bestehen, bietet sich eine Provinz mit erhöhter Außenhandelsaktivität an. Wir gehen von der Annahme aus, daß ausländische Wirtschaftsteilnehmer daran interessiert sind, die Transparenz des ihnen fremden Marktes zu erhöhen und damit indirekt auf eine Veränderung der herrschenden institutionellen Ausstattung zu drängen. Um diese Hypothese zu bestätigen, haben wir Novgorod als Fallbeispiel gewählt.

Die Region zeichnet sich durch eine aktive Politik, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen, aus. Interessant ist dabei, welche Vorstellungen und Interessen die am Entscheidungsprozeß beteiligten Akteure haben, und wie sich diese im Zeitablauf verschieben. Wie konnte der Konsens erreicht werden, die regionale Steuergesetzgebung so zu gestalten, daß westliche Investoren diese Provinz als Standort für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten wählen? Im Vergleich zu Novgorod scheint Volgograd, das zweite Fallbeispiel, dem Zugang externer Einflußmöglichkeiten eher verschlossen zu sein. Dominiert von Schwer- und Verteidigungsindustrie wird die regionale Wirtschaftspolitik daher – so unsere Annahme – eine andere Ausrichtung aufweisen. Wird sich dies auf die regionale Institutionenbildung auswirken? Und wenn ja, wie?

Es ist grundsätzlich sinnvoll, von drei Kategorien von Institutionen zu sprechen: (1) die konstitutionelle Ordnung, (2) institutionelle Arrangements und (3) kulturelle Gegebenheiten. Während die konstitutionelle Ordnung aus einem Regelwerk besteht, das sowohl schriftlich festgehalten als auch gesellschaftsinhärent weitergetragen werden kann, sind institutionelle Arrangements in diese Ordnung eingebettet. Kulturelle Gegebenheiten umfassen den Verhaltenskodex der Gesellschaft und mentale Modelle, die Menschen verwenden, um ihre Erfahrungen zu interpretieren.<sup>5</sup> In der Mehrzahl der Untersuchungen werden sowohl die konstitutionelle Ordnung als auch die kulturellen Gegebenheiten als gegeben betrachtet und wird lediglich die Frage der institutionellen Arrangements behandelt. Der Blickwinkel auf die Rolle von Wirtschafts-

eliten in einer sich wandelnden Gesellschaft geht jedoch darüber hinaus: Es soll der Vermutung nachgegangen werden, daß durch ihren Einfluß auch die konstitutionelle Ordnung verändert wird, zum Beispiel durch eingeschränkte Partizipationschancen. Formierung, Struktur und Verhalten der Akteure, die auf die wirtschaftliche Gestaltung, die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Politik zugreifen, stehen im Vordergrund. Damit soll ein weiterer Aspekt der politischen Ökonomie des Transformationsprozesses beleuchtet werden.

*Jörn Grävingholt, Stefanie Harter, PD. Dr. Hans-Henning Schröder, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.*

<sup>1</sup> Hellman, J. (1998), *Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transition*, World Politics, Vol. 50, Januar, 203–234.

<sup>2</sup> Clague, C. (1997), *The New Institutional Economics and Economic Development*, in: Clague, C. (ed.), *Institutions and Economic Development. Growth and Governance in Less-Developed and Post-Socialist Countries*, Baltimore und London: The John Hopkins University Press, 13–36, S. 16.

<sup>3</sup> Koch, E. (1998), *Banking Sector Reform in the Transition Economies – a Central Bank Perspective*, paper presented at the United Nations' Economic Commission For Europe Spring Seminar, 1998 Enterprise and Bank Restructuring in the Transition Economies, Genf, 20.4.1998, S. 5.

<sup>4</sup> *ibid.*, S. 6.

<sup>5</sup> Clague, *op. cit.*, S. 18.

## Außenpolitische Erfolge und innenpolitische Stagnation in Kiew<sup>1</sup>

Kučmas Partei hat Mandatszahl verdoppelt. Die Rolle des IWF. Machtkampf in Weißrußland eskaliert.

**M**ainz, im April 1998. Ein vornehmlich düsteres Bild von der Entwicklung in der Ukraine und in Weißrußland haben Osteuropaforscher bei einer Veranstaltung des sogenannten Göttinger Arbeitskreises in Mainz gezeichnet. Beide Länder hinken vor allem bei den Wirtschaftsreformen nach. Die Ukraine, neben Rußland der größte Staat Europas, hat auf ihre außenpolitischen Erfolge – die Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarn – im Innern nur geringe Fortschritte folgen lassen.

Die Asien-Krise, schilderte der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Gramatzki, habe zwar auf den noch wenig entwickelten Kapitalmarkt der Ukraine nur in geringem Maße durchgeschlagen. Insgesamt herrsche jedoch Stagnation, mit einem verlangsamten Rückgang des Wachstums und Drosselung der Inflation. Inzwischen müsse man aber, wie es selbst der Monetarist Sachs mit Blick auf die Ukraine getan habe, fragen: „Was nutzt die monetäre Stabilisierung, wenn das Wachstum nicht anspringt?“ Die

Analysen der „weitgehend in angelsächsischer Hand“ befindlichen internationalen Finanzinstitutionen beruhen ebenso wie die Reformpläne der Kiewer Regierungen möglicherweise weitgehend auf „Simulation“. Die durch nicht ausgezahlte Löhne und hohe Kreditzinsen erzielte Stabilität sei größtenteils nur „Scheinstabilität“. Ob man die Wirtschaft entflechten könne, wenn die Rahmenbedingungen verhinderten, daß kleinere Wirtschaftseinheiten sich etablieren könnten, sei fraglich. Kein Land habe so viele Fehlprognosen erlebt wie die Ukraine.

In diesem Zusammenhang kritisierte Gramatzki die „*Stop-and-go*-Politik“ des Internationalen Währungsfonds (IWF), die „auf die Dauer nicht mehr erträglich“ sei. Der IWF, der erst kürzlich Südkorea und Indonesien Kredite von 60 bzw. 40 Milliarden Dollar zugesagt hatte, hat der Ukraine wenige Tage vor den Parlamentswahlen vom 29. März eine Kredittranche über 200 Millionen verweigert; die Wahl gewannen die Kommunisten. Die Demarche des

Weltbankpräsident Wolfensohn in Kiew, der 1997 gegenüber Präsident Kučma die Korruption kritisiert hatte, sei zwar berechtigt, doch daß allein die Ukraine darauf angesprochen worden sei, sei ungerecht: „Den gleichen Brief hätte Wolfensohn an alle Regierungen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten schicken können“. Innenpolitisch ist die Lage des Präsidenten Kučma nach dem Sieg der Kommunisten in den Parlamentswahlen schwieriger geworden. Allerdings wurde auf der Tagung darauf hingewiesen, daß in vielen wichtigen Fragen bereits die Sozialistische und die Progressive Sozialistische Partei, von den anderen ganz zu schweigen, den Kommunisten im Parlament die Gefolgschaft verweigern, so daß das Schreckgespenst einer reformunwilligen linken Mehrheit verblasse. Wie dieser Tage aus dem Präsidialamt in Kiew verlautete, hat sich zudem ein großer Teil der unabhängigen Inhaber von Direktmandaten inzwischen reformfreundlichen Fraktionen angeschlossen. Die Kučma nahestehende Volksdemokratische Partei habe ihre Abgeordnetenzahl inzwischen auf 64 verdoppelt, die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangene Partei „Ruch“ (Bewegung) komme auf 50; die Kommunisten stellen allerdings immer noch 124 der insgesamt 450 Abgeordneten.

Als erfreulich wurde die Niederlage der extremen Nationalen Front gewertet, die nur in der Westukraine ein paar Direktmandate erlangt hat. Unklarheit herrscht über das für osteuropäische Verhältnisse sensationelle Ergebnis der Grünen, die 5,5 Prozent der Listenstimmen erhielten. Ihr Erfolg, so die von dem Kiewer Juristen Šemčušenko vertretene Auffassung, ist der Verbindung von altgedienten Umweltschützern mit bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppen zu verdanken, welche die Grünen unterstützten. Die Grünen seien als Vertreter einer „Antipolitik“ und des Protests gegen das Establishment gewählt worden. „Sie werden sich aber nicht auf die Gleise legen“, wurde vermutet, sondern gemäßigt auftreten.

Eine andere Entwicklung, zurück zu Methoden der Kommandowirtschaft und zu einer engen Anlehnung an Rußland, hat Weißrußland genommen. Der Wirtschaftswissenschaftler Holtbrügge zog das für 1997 behauptete Wirtschaftswachstum von zehn Prozent in Zweifel, hielt jedoch, ebenso wie der ehemalige Chef der Nationalbank und Vorsitzende der oppositionellen Vereinigten Bürgerpartei, Bogdankevič, ein geringfügiges Wachstum für möglich. Holtbrügge befürchtet, der Beitritt Polens zur Europäischen Union werde eine weitere Ostorientierung Weißrußlands erzwingen. Uneinig war man sich, ob der weißrussische Präsident Lukašenka wirklich Aussichten habe, in Rußland – oder einem gemeinsamen Staatengebilde – Präsident zu werden. Weißrussische Oppositionelle sehen Lukašenka mit Hilfe der russischen Kommunisten allen Ernstes bereits auf dem Marsch in den Kreml und befürchten eine noch engere Integration der Staaten.

Die Politologin Sahn sagte dagegen, die Identifikation mit der Eigenstaatlichkeit sei zwar nicht ausreichend für einen eigenständigen Weg, andererseits jedoch bereits zu groß, um „ein Aufgehen der Republik“ in Rußland zu erlauben. In Weißrußland gebe es aufgrund des ungefestigten nationalen Selbstbewußtseins und der jahrhundertlangen Tradition des Zusammenlebens keine Konflikte mit den Minderheiten. Im Kampf zwischen Präsident und Opposition sei jedoch seit Jahren „eine systematische Eskalation von der symbolischen Konfrontation zur realen Gewaltanwendung“ zu beobachten.

*Dr. Gerhard Gnauck – Ressort Politik der FAZ, war Teilnehmer am Graduiertenkolleg des OEI von 1994–1997.*

<sup>1</sup> FAZ vom 22.04.1998, S.11. Der Abdruck des Tagungsberichts erfolgt mit freundlicher Genehmigung der FAZ.

## Dienstleistungen im mittel- und osteuropäischen Transformationsprozeß

Die Fachkommission „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ im J. G. Herder-Forschungsrat führte vom 28.–30. November 1997 in Eschwege ihre Jahrestagung durch, die dem oben genannten Thema gewidmet war. Da die Kommission das Thema in Zukunft vertiefen möchte, wurde auf der ersten Tagung auch den Generalia der westlichen Dienstleistungsgesellschaft ein wenig Zeit gewidmet.

In einem „Vorspann“ trugen A. Uschakow (Hof, früher Univ. Köln), K. Ziemer (Univ. Trier), E. Buchhofer (Univ. Marburg) und H.-E. Gramatzki (FU Berlin), Organisator der Tagung, ihre Vorstellungen über die Dienstleistungsgesellschaft aus der Sicht der wissenschaftlichen Diszi-

plinen vor, zum Teil schon mit Hinweisen auf die neuere Entwicklung in den Transformationsländern.

Für den Juristen A. Uschakow befindet sich der „Rechtsanwalt“ heute in einem starken und stärker werdenden Spannungsverhältnis zwischen seiner Rolle als „staatlich kontrollierter Interessenvertreter“ und seiner Aufgabe, „aus der Sicht des Mandanten Träger einer Dienstleistung“ zu sein. Die Verrechtlichung des Alltags, der leichtere Zugang zum Gericht (staatliche Kostenübernahmen) und Rechtsschutzversicherungen haben in Deutschland beinahe eine „amerikanische Streitkultur hervorgebracht“. Umfangreich entstehendes neues und spezielles Recht erfordert spezialisierte Kenntnisse. Eine wichtige Rolle

spielt auch die Komplizierung und Verzögerung der Rechtsfindung. An die Stelle der Streitführung vor Gericht sei häufig deshalb schon eine „prozeßvorbeugende Beratung durch den Rechtsanwalt“ getreten. Es ist ein Beratungsmarkt entstanden, allerdings mit starker Konkurrenz für den juristischen Berater. Uschakow glaubt, daß der Jurist hier wegen seiner Standespflichten in einer schwächeren Wettbewerbssituation sei. Auch der Rechtsanwalt sei von der Globalisierung erfaßt worden, von Zwang zu ständiger Fortbildung, zum Einholen von Informationen zu Marketing und ständiger Rationalisierung seines Büros.

K. Ziemer untersuchte das Thema Dienstleistungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. Das Dienstleistungsdefizit der „realsozialistischen Staaten“, in denen der offiziell ausgewiesene tertiäre Sektor ca. 35–40% des Bruttoinlandsprodukts ausmachte, lag vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Unterentwickelt waren Mittler- und Maklertätigkeiten, Reparatur- und Serviceleistungen i.e.S., Finanzdienstleistungen, Transport und Telekommunikation. Für wirtschaftliches Funktionieren und Produktivitätssteigerung sei die Marktöffnung für Auslandsunternehmen durch die Transformationsländer zentral. In den meisten Staaten gäbe es aber Furcht vor ausländischem Kapital oder auch „Furcht vor Verlust der gerade wieder gewonnenen Souveränität“.

Ziemer listete eine Fülle von Fragen auf, so z.B. bezüglich sozialer Dienste und der Rolle nichtstaatlicher Organisationen, bezüglich der Aufteilung der Dienstleistungen auf nationale, regionale und lokale Ebenen, oder auch der Versorgung ländlicher Gebiete. Im Bereich Arbeit und Umwelt gäbe es bislang kaum politikrelevante Diskussionen. Ziemer schloß seinen Beitrag damit, daß er eine besondere Rolle des Dienstleistungssektors nicht nur für die Gesamtwirtschaft, sondern auch „für die Entwicklung der Zivilgesellschaft“ sehe.

E. Buchhofer skizzierte die Entwicklung der anthropogeographischen Forschung, in deren Zentrum traditionell die Urproduktion stand, d.h. Landwirtschaft, Bergbau und einige sich daran anlegende industrielle Bereiche. Das 20. Jahrhundert mit seiner immer stärkeren Expansion der Dienstleistungen, die ja an Städte gebunden seien, habe einen Wandel in der Stadtforschung gebracht, weg von Analysen über Lage, Grundrisse und Aufrisse hin zu funktionalen Aspekten der Städte. Städte würden als Knotenpunkte von Funktionen gesehen. „Funktionen“ bedeutet hier „Vielfalt von Dienstleistungen“. Die Stadtgeographie werde in vielen Teilen eine „Geographie des tertiären Sektors“. Im Hinblick auf die neuesten technisch-ökonomischen Entwicklungen betonte Buchhofer, daß der Raum den Geographen in gewissem Sinne „abhanden gekommen“ sei. Eine „Geographie der Telekommunikation“ sei erst in Ansätzen vorhanden. Generell schaffe der tertiäre Sektor aber immer neue Felder der Forschung.

H. E. Gramatzki betonte im Hinblick auf die wirtschaftswissenschaftlichen Aspekte, daß die Betriebswirtschafts-

lehre lange Zeit eine „Produktionslehre“ war. Die letzten 15 Jahre hätten aber eine Reihe von Monographien hervorgebracht, von denen heute einige bereits Standardwerke seien. Bei den Volkswirten stand – ebenso wie bei den Soziologen – lange Zeit die Drei-Sektoren-Theorie in Vordergrund, im Sinne historischer Sequenzen. Heute stehe die Interaktion zwischen Produktion und Dienstleistung, d.h. die wechselseitige Produktivitätsbeeinflussung im Vordergrund. Der Dienstleistungsbereich, der sehr unterschiedliche Produktivitätszuwächse in den einzelnen Branchen habe, sei von zentralem arbeitsmarktpolitischen Interesse, wobei sich als Extreme Überoptimismus und Überpessimismus bezüglich der Schaffung neuer Arbeitsplätze gegenüberstünden. Die Politik habe in verschiedenen Politikbereichen zu einer Unterbewertung der Dienstleistungen mit beigetragen. Die Situation in den kommunistischen Ländern sei – sehr cursorisch – wie folgt zu kennzeichnen: Investitionsdefizite im Dienstleistungsbereich, Horten von Arbeitskräften in der Industrie, „produktivistische“ Ideologie, stark defizitäre Privat- und Kleinwirtschaft, Verkäufermärkte u.a.m. In den Transformationsländern hätten sich Dienstleistungsschübe vor allem durch schnelle „kleine Privatisierung“, gute Verdienstmöglichkeiten und auch durch ein großes Anwachsen der Schattenwirtschaft ergeben. Statistisch sei der Dienstleistungsanteil am jeweiligen BIP vor allem auch durch eine gewaltige Deindustrialisierung gestiegen.

Im ersten Hauptteil der Tagung ging es um Analysen, die weitgehend unter der Begrifflichkeit „verzögerter“ oder „nachholender“ Tertiarisierung zusammengefaßt wurden. Es ging um Verzögerungen in westlichen Marktwirtschaften und in Planökonomien sowie um den Aufholprozeß in einigen westlichen Ländern und in östlichen Transformationsökonomien.

S. Paraskewopoulos (Univ. Leipzig) untersuchte die verzögerte Entwicklung der Dienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland, J. Kosta (Bad Homburg, ehemals Univ. Frankfurt) behandelte die Entwicklung der Dienstleistungen in der Tschechoslowakei (Tschechien, Slowakei) sowohl in der Planungs- als auch in der Transformationsökonomie. U. Ludwig (IWH in Halle) analysierte den Nachholprozeß in den neuen Bundesländern und W. Wilczynski (Wirtschafts-Univ. Posen) skizzierte die Entwicklung Polens „auf dem Wege zur Dienstleistungsökonomie“.

S. Paraskewopoulos fand zunächst die These eines Dienstleistungsdefizits der Bundesrepublik statistisch bestätigt. Dies gelte z.B. aber auch für Japan, Italien und Österreich, bezogen jeweils auf die Beschäftigung. Ein Vergleich der Bundesrepublik mit den Durchschnittsgrößen der G7-Staaten gibt Aufschluß: 1970 hatten die G7-Staaten 54,9% der gesamten Bruttowertschöpfung (50,1% der Beschäftigten) im Dienstleistungssektor. Die entsprechenden Zahlen der Bundesrepublik waren 44,9% (42,0%). 1993 betrug die G7-Zahlen 66,9% (64,8%), die der BRD 66,6% (57,7%) und die Werte der USA wa-

ren 77,9% (73,2%). Die BRD hat also aufgeholt, weniger allerdings in der Beschäftigung. Die Lücke zu den USA bleibt aber enorm groß. Als restriktive Faktoren für die Expansion des Dienstleistungssektors in der BRD werden neben Mentalitätsfaktoren („Dienstleister“ = „mindere Arbeit“) noch ungünstige administrative, steuerliche, finanzielle und sogar wissenschaftliche Rahmenbedingungen genannt. Und auch die Forschungs- und Entwicklungspolitik Deutschlands bedürfe einer Neuorientierung zugunsten der Dienstleistungen. Die „Dienstleistungslücke“ hat ihre Ursache aber auch in der Dienstleistungsstatistik, d.h. darin, daß etwa der große Block von Dienstleistungen innerhalb der Industrie nicht dem Dienstleistungssektor zugeschrieben wird. Dienstleistungsanteil und Größe des tertiären Sektors sind also nur bedingt gleichzusetzen. Generell verstärkt sich das Ausgliedern (*outsourcing*) von Dienstleistungen aber auch in der BRD, weil es Kostenvorteile bringt.

Einleitend zum Thema „Polen auf dem Wege zur Dienstleistungsökonomie“ führte W. Wilczynski noch einmal zurück zur polnischen Planökonomie: „Das Klima für Dienstleistungen blieb bis zum Ende des Sozialismus ungünstig. Die materielle Produktion sei immer etwas Besseres als Dienstleistungen“. Heute nun sei der Dienstleistungssektor „vom Stiefkind zum bevorzugten Familienmitglied“ geworden. Allerdings habe die Regierungspolitik bislang kaum nennenswertes Interesse für eine spezifische Dienstleistungspolitik gezeigt.

Die Struktur des polnischen Bruttoinlandsprodukts entwickle sich konsequenter in Richtung auf Dienstleistungen als dies z.B. in Tschechien und der Slowakei der Fall sei. Eine gewisse Rolle spiele sicherlich, daß in Polen die Privatwirtschaft nie ganz verschwand und daß es in Polen zu frühen Neugründungen im Bereich der Privatwirtschaft gekommen sei, zum Teil schon vor der „Wende“, wo eine erhebliche Steigerung der wirtschaftlichen Freiheit durch Polonia-Firmen (Auslandspolen) und *joint ventures* stattgefunden habe. Positive Effekte erwartet Wilczynski zum einen von der Neugestaltung der Raumordnung, d.h. von der (Wieder-)Einführung der Kreise (*powiaty*) und von der steuerlichen Seite. In der Regel werde schon eine Rechnung mit Mehrwertsteuer verlangt, was eine Legalisierung von Schattenwirtschaft im Dienstleistungsbereich bewirke.

Der zweite Hauptteil der Tagung befaßte sich mit Finanzdienstleistungen in den Transformationsökonomien, denen von den Referenten einhellig ein hoher Rang im Rahmen der Dienstleistungen insgesamt gegeben wurde und die auch als zentral für den gesamten Transformationsprozeß angesehen wurden. So wie Geldpolitik eine zentrale Rolle im Rahmen der Wirtschaftspolitik der Transformationsländer erhalten hat, so sind Bankensysteme und Kapitalmärkte zentral für Umstrukturierungen und neues Wachstum der Wirtschaft. H. E. Gramatzki (FU Berlin) untersuchte – vergleichend und generalisierend – die Entwicklung der Bankensysteme in Mittel- und Ost-

europa. W. Wilczynski (Wirtschafts-Univ. Posen) und L. Csaba (Wirtschafts-Univ. Budapest) führten Länderanalysen im Bereich der Finanzdienstleistungen über Polen und Ungarn durch.

Einleitend betonte Gramatzki noch einmal die zentrale Rolle der Neugestaltung der Finanzsysteme für realwirtschaftliche Verbesserungen, ihre Bedeutung als Korrelat zu erfolgreicher Makropolitik. Die Entwicklung der Finanz- und Bankensysteme sei in Ostmitteleuropa um einiges weiter gediehen als z.B. in den GUS-Staaten. In Übereinstimmung mit M. Aoki, dem Experten für *corporate governance*, glaubt Gramatzki, daß die Banken im Hinblick auf eine aktive *corporate governance* im Prinzip in den Transformationsländern zur Zeit eine größere Rolle spielen können als die Kapitalmärkte, die viel langsamer wachsen als Bankensysteme. Die Konfrontation „hier Universalbanken – dort Märkte und Spezialbanken“ ist sicherlich in Anbetracht der Realität, d.h. auch „genetisch“ bedingter institutioneller Länderspezifika, überzogen. Die Hauptelemente institutionellen Wandels waren der Übergang zu zweistufigen Bankensystemen, die Neugestaltung der Notenbankpolitiken nach westlichem Muster (mit zum Teil erstaunlich schnell gewonnener relativer Unabhängigkeit der Notenbanken), die Herauslösung von Geschäftsbanken aus den alten Staatsbanken, die Schaffung von Bankenaufsicht und von Systemen der Einlagensicherung. Der Katalog von Problemen bei der Umgestaltung der Bankensysteme ist umfangreich. Privatbanken als neues Element der Bankensysteme wurden sehr schnell geschaffen, infolge anfänglich hoher Liberalität bei der Lizenzvergabe. Viele blieben jedoch unterkapitalisiert, hatten auch zu leiden unter Wettbewerbsvorsprüngen von staatlichen Banken.

Die Transformationsländer hatten und haben das Großproblem notleidender Kredite, welche zum Teil Erbe der Planökonomie sind, es gibt aber auch neue *bad debts*, die in allen Banksektoren entstanden: bei staatlichen Banken, Privatbanken, vor allem aber auch bei von Unternehmen gegründeten Banken. Bei weitem nicht überall sind die Prozesse der Bankenkonsolidierung abgeschlossen. Am erfolgreichsten war Ungarn, der bislang beliebteste Bankplatz des Auslands. Die Frage der notleidenden Kredite, das Problem Einlagensicherung, die Kreditbesicherung, die Bankaufsicht u.a.m. bleiben Probleme aus politischen Gründen wie auch aus Gründen nur langsam wachsenden Erfahrungswissens.

Nach W. Wilczynski hat die Planökonomie mit ihrer Ablehnung von Märkten und der Unterordnung des Geldes unter die „Mengenwirtschaft“ zu einer „Primitivität der Finanzwirtschaft und somit auch der Finanzdienstleistungen“ geführt. Inzwischen habe Polen eine erfolgreiche Entwicklung der Geldwirtschaft hinter sich, mit einem hohen Konvertibilitätsgrad des Zloty. Die Nationalbank betreibe eine entschlossene Geldmengenpolitik und durch Gesetz von 1997 sei der Staat nicht mehr berechtigt, sich Kredite bei der Nationalbank zu besorgen. Im Hinblick

auf die Geschäftsbanken sei die gute Qualität der Bankaufsicht zu erwähnen, die in Polen bei der Nationalbank liegt. Die schnelle, wenn auch noch nicht hinreichende Entwicklung des Finanzsektors zeige sich im Anstieg des Beschäftigtenanteils. Die Entwicklung des Kapitalmarkts sei bislang eher bescheiden. Der Wert des Aktienkapitals aller an der Warschauer Wertpapierbörse notierten Gesellschaften betrug Ende 1997 11,5% des polnischen Sozialprodukts. Ein einflußreicher Kapitalmarkt beginnt nach internationaler Bewertung aber erst bei ca. 20%. Man erhofft sich durch die Etablierung von Rentenfonds eine wesentliche Stärkung des Kapitalmarkts. Der polnische Anleger ist bislang eher an Investmentfonds als an Aktien interessiert. Wilczynski betonte die hohe Qualität der polnischen Tages- und Fachpresse in der Finanzberichterstattung. Schnell sei die Modernisierung der banktechnischen Bereiche vorangegangen. Leasing spiele bei der Finanzierung schon eine beachtliche Rolle. Der Wettbewerb um den Kunden wirke sich positiv auf die qualitative Entwicklung der Finanzdienstleistungen aus.

L. Csaba zeichnete ein im Prinzip sehr positives Bild der Entwicklung der Finanzmärkte und Banken in Ungarn. Obwohl die ungarische Wirtschaftspolitik in der jüngsten Vergangenheit keineswegs übermäßig erfolgreich war, kam es zu einem sehr großen Zufluß ausländischer Direktinvestitionen. Zwei Drittel der Exporte hängen mit Direktinvestitionen zusammen. Csaba sieht hier eine sehr günstige Entwicklung, auch im Hinblick auf die zukünftige Mitgliedschaft Ungarns in der EU. Enorm positiv sei die starke Rolle des Auslands im ungarischen Bankwesen zu bewerten. Csaba sieht – sich auf das ungarische Finanzministerium beziehend – Teile des ungarischen Bankensystems schon „in ausländischer Hand“. Das ungarische Finanzsystem konnte einige Negative anderer Transformationsländer vermeiden, so z.B. die *cross ownership* zwischen großen Staatsbanken und Staatsunternehmen („keine Zwangsehe zwischen schlechten Banken und schlechten Unternehmen“) und die Massenprivatisierung. Das Bankensystem sei mit staatlicher Hilfe konsolidiert und dadurch eben für das Ausland attraktiv geworden. *Moral-hazard*-Befürchtungen, d.h. immer neue *bail outs* durch den Staat wurden nicht Realität. Der Staat habe heute keine Hebel mehr, „Allokationsentscheidungen der Banken zu beeinflussen“. Die Entwicklung des Börsenwesens sei in Relation zum Bankwesen nicht nachrangig. Das neue ungarische Finanzsystem unterscheide sich grundlegend vom „deutsch-tschechischen Muster“. Im übrigen bestätigte Csaba noch einmal andere Finanzexperten darin, daß die theoretische Option „Banken – vs. Börsen-Zentrierung“ auch in der ungarischen Realität keine primäre Rolle gespielt habe. Generell sei die Transformationsentwicklung weniger durch *system design* als durch Pragmatismus, durch *trial and error* gekennzeichnet.

H. Standl (Univ. Bamberg) sieht in der aktuellen postkommunistischen Großstadtforschung und Einzelhandelsforschung noch erhebliche Defizite. Es fehlt an länderübergreifenden Vergleichen. Auch sind keine Bemühungen zu erkennen, „den äußerst dynamischen Transformationsprozeß in Form von Entwicklungs- sowie aktuellen Stadtstrukturmodellen kontrastierend nachzuzeichnen“. Für Standl sind die sich neu entwickelnden Standortmuster im Einzelhandel und die Veränderungen der Strukturen der Stadtzentren abhängig von: den veränderten Eigentumsverhältnissen (Privatisierungen und Neugründungen), den damit verbundenen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Einzelhandels und der Transformation des Immobilien- und Bodenmarkts. Die Entwicklungen in den einzelnen großstädtischen Zentren in Mittel- und Osteuropa seien sehr unterschiedlich. In den baltischen Hauptstädten sei es auf jeden Fall zu einer Revitalisierung der Stadtzentren gekommen, bei einer Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungsdeterminanten. „Eine Suburbanisierung des Einzelhandels und die Errichtung großflächiger Verbrauchermärkte auf der ‘Grünen Wiese’ sind noch nicht zu beobachten“.

H. Brezinski (TU Freiberg) stellte für die Jahre 1989 bis 1994 einen allgemeinen Anstieg der Schattenwirtschaft fest. Für Polen kann schon ein leichtes Sinken angenommen werden. Generell habe die Liberalisierung der Wirtschaft aber neue Formen der Schattenwirtschaft hervorgebracht und alte auch intensiviert. Straßenverkäufer spielen – wie in Entwicklungsländern – eine große Rolle. Auf den neuen Finanzmärkten gibt es eine starke Kapitalflucht. Die Schwarzarbeit ist erheblich gestiegen. Viele Arbeitslose sind in ihr tätig. Für Ungarn wird z.B. angenommen, daß ungefähr ein Drittel der Arbeitslosen voll in die Schattenwirtschaft integriert ist. Brezinski nannte mehrere Ursachen für die Entwicklung der Schattenwirtschaft: Armut, fehlendes Angebot, der Anstieg der Einkommensdisparitäten, das *keeping up with the Jones*, das Ausweichen von Unternehmen bei der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen, niedrigere Löhne u.a.m. Es bestehe noch dezidiert Illoyalität gegenüber dem Staat: „Wer den Staat nicht bestiehlt, bestiehlt seine Familie“. Aus der Vergangenheit überkommene Netze spielen eine Rolle für die Schattenwirtschaft. Demokratisierung würde das Zerschlagen alter Netzwerke voraussetzen. Wenn das Erziehungssystem keine demokratische Kultur vermittele, könne sich keine Loyalität gegenüber dem Staat entwickeln. Wie ist der Einfluß der Schattenwirtschaft auf den Transformationsprozeß? Kurzfristig sei sie ein Stabilisator, langfristig für das Funktionieren von Gütermärkten und Finanzmärkten schädlich.

**Dr. Hans-Erich Gramatzki** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Schwerpunkt Wirtschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

## Deutsch-Kroatische Juristenvereinigung und Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten 2. Deutsch-Kroatisches Juristensymposium in Split zum Thema Steuerrecht

Bereits zum 2. Mal veranstalteten die Deutsch-Kroatische Juristenvereinigung, die Friederich-Ebert-Stiftung Zagreb und die Juristische Fakultät Split am 29. und 30. April 1998 in der dalmatinischen Hafenstadt ein Deutsch-Kroatisches Juristensymposium. Das Symposium diente nicht nur dazu, deutsche Interessierte über die Rechtssituation in Kroatien zu informieren. Vielmehr war es, wie beim ersten Symposium im Vorjahr, auch Ziel der Veranstaltung, sowohl kroatische wie deutsche Praktiker und an der Ausarbeitung der jeweiligen Gesetze beteiligte Fachleute zu einer vertieften Diskussion und zu einem Gedankenaustausch zusammen zu bringen (dieser direkte Gedankenaustausch wurde insbesondere durch die Simultanübersetzung sowohl der Vorträge wie auch der Diskussionsbeiträge möglich). Außerdem sollten den kroatischen Teilnehmern Erfahrungen aus der deutschen Praxis vermittelt werden. Dies zeigte sich auch im Titel der Veranstaltung, deren Schirmherrschaft der deutsche Botschafter in Kroatien, Dr. Volker Haak, und der Regierungspräsident sowie der Oberbürgermeister von Split übernommen hatten: „Das neue kroatische Steuerrecht – Überlegungen zu den Wirkungen einer zinsbereinigten Besteuerung in Kroatien und Deutschland“. Im Mittelpunkt stand hierbei das kroatische Gewinnsteuergesetz, das 1994 in Kraft getreten ist. Weiteres Thema war das seit 1.1.1998 geltende neue kroatische Mehrwertsteuergesetz. Beide Gesetze kamen unter deutscher Beratung – und teilweise auch unter Anlehnung (und Vereinfachung) des deutschen Systems – zustande. Das Gewinnsteuergesetz verwirklicht verschiedene, von seinem deutschen „Vorbild“ abweichende und im internationalen Maßstab bisher einmalige Ansätze. So legt es nicht nur eine rechtsformneutrale „Körperschaftsteuer“ fest, sondern sieht auch den Abzug von „Schutzzinsen“ vom ermittelten Gewinn vor. Bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns wird hierbei nach der Ermittlung des tatsächlich erzielten Gewinns also noch ein, nach dem Eigenkapital des Unternehmens ermittelter, „fiktiver Finanzierungszins“ als Betriebsausgabe abgezogen. Diese, wie von Prof. Dr. Manfred Rose, Alfred-Weber-Institut an der Universität Heidelberg, in seinem Referat „Funktion und Wirkungsweisen der zinsbereinigten Einkommens- und Körperschaftsteuer in Kroatien“ ausgeführt, häufig als „Inflationsausgleich“ mißverständene Regelung, führt im Ergebnis zu einer Verminderung der Bemessungsgrundlage und somit zu einer geringeren Steuer. Der Effekt dieses „Schutzzinses“ wurde von einem Teilnehmer während einer der Podiums- und Publikumsdiskussionen (denen bei dieser Veranstaltung breiter Raum eingeräumt wurde, und in denen im übrigen die teilweise kontroversen deutschen und kroatischen Anschauungen deutlich zuta-

ge traten) auch als „garantierte Mindestverzinsung“ des investierten Kapitals bezeichnet. Mit diesem Mechanismus bietet Kroatien einen steuerlichen Anreiz, der sich in der bloßen Nennung des Gewinnsteuersatzes nicht widerspiegelt. Der seit Jahren in Zagreb tätige deutsche StB und WP Reinhold Kuffer, DEKRO/Arthur Anderson, wies in seinem Referat „Praktische Erfahrungen und Probleme mit der Gewinnbesteuerung in Kroatien insbesondere unter Berücksichtigung der neuen Ordnungsrichtlinie“ allerdings darauf hin, daß man sich wegen der Schutzzinsen nicht vorschnell zu dem Schluß verleiten lassen sollte, daß die Bemessungsgrundlage für die Gewinnsteuer in Kroatien generell geringer sei als diejenige der deutschen Körperschaftsteuer. Dies insbesondere deshalb, da in Kroatien verschiedene Betriebsausgaben nicht abziehbar sind und so wiederum – umgekehrt – die Bemessungsgrundlage (im Vergleich zur Ermittlung in Deutschland) erhöhen. Nicht abziehbar sind beispielsweise Repräsentations- und Bewirtungskosten sowie 30% der KfZ-Kosten, bezüglich deren unwiderleglich private Nutzung vermutet wurde. Kritisch merkte Kuffer außerdem an, daß sich die Nichtabzugsfähigkeit dieser Betriebsausgaben teilweise nicht aus dem Gewinnsteuergesetz selbst, sondern aus einer Ordnungsrichtlinie ergibt, die weit über den vom Gewinnsteuergesetz gezogenen Rahmen hinausgehe. Diese Ordnungsrichtlinie, die auch die Möglichkeit zur steuerlichen Anerkennung von Rückstellungen beschränkt, hat ursprünglich auch für die Steuerpflichtigen negative rückwirkende Bestimmungen enthalten. Diese wurden jedoch nachträglich wieder aufgehoben. Den Vortrag zum neuen Mehrwertsteuergesetz, das wiederum unter deutscher Beteiligung zustande kam und eingeführt wurde, hielt Regierungsdirektor Dr. Lothar Bublitz („Die neue Mehrwertsteuer in Kroatien – Gesetzliche Grundlagen und praktische Probleme“). Bublitz beriet 1996/97 das kroatische Finanzministerium bei der organisatorischen Vorbereitung auf die Mehrwertsteuer. (Im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuer war am Rande der Veranstaltung von in Kroatien tätigen Praktikern zu hören, daß eine Vorsteuererstattung, obgleich gesetzlich vorgesehen, in der Praxis bislang noch kaum erfolgt ist. Die Antragsteller mußten vielmehr erleben, daß ihr Antrag auf Vorsteuererstattung die Finanzpolizei zu einer Betriebsprüfung veranlaßte.) Daß im kroatischen Steuerrecht Theorie und Praxis mitunter noch zweierlei Dinge sind, wurde auch im Beitrag zum Thema „Handelsbilanz und Rechnungslegung nach kroatischem Recht“ von Dr. Philip Pejic, European Business School Oestrich Winkel, deutlich. Die von ihm sogenannten „auslegungsbedingten Abweichungen“ führen nämlich dazu, daß man – trotz teilweise im Vergleich zu Deutschland gleich- oder

ähnlich lautender Bestimmungen – keineswegs darauf vertrauen darf, in Kroatien im Ergebnis dieselbe Rechtslage wie in Deutschland vorzufinden. Weitere deutsche Referenten waren der Hauptgeschäftsführer der IHK Hochrhein-Bodensee, Dr. Haro Eden (das Thema seines Vortrags lautete „Steuern als Standortfaktoren aus der Sicht eines juristischen Praktikers“), der Leiter der Steuerabteilung des DIHT, RA Alfons Kühn („Die fehlgeschlagene große Steuerreform in Deutschland“) sowie RA Dr. Joachim Borggräfe („Grenzüberschreitende Steuerstrukturierung zur Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturprojekten“) und RA Dr. Matthias Schüppen („Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für die Besteuerungspraxis in Deutschland“), beide Haarmann, Hemmelrath & Partner. Kroatische Referenten waren der ehemalige kroatische Finanzminister Bozidar Prka („Die kroatische Steuerreform im Rückblick“), der Direktor der Steuerverwaltung des Finanzministeriums der Republik Kroatien, Mate Perkovic („Die kroatische Steuerreform aus der Sicht der Steuerverwaltung“), Prof. Dr. Ferdo Spajic, Universität Zagreb, („Die Auswirkungen des Schutzzinses bei der Gewinnbesteuerung in Kroatien“) sowie Prof. Dr. Ivo Borkovic, Universität Split („Allgemeines Verwaltungsverfahren und steuerrechtliche Verfahrensregelungen“). Im Rahmen der Diskussion zu dem letztgenannten Beitrag war zu erfahren, daß derzeit, wiederum unter deutscher Beteiligung, an der Ausarbeitung einer neuen kroatischen Abgabenordnung gearbeitet wird.

### Mitgliederversammlung der Deutsch-Kroatischen Juristenvereinigung

Am 4. Juli 1998 fand in den Räumen des Berliner Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin die Mitgliederversammlung der Deutsch-Kroatischen Juristenvereinigung statt. Im Rahmen der Planung des Arbeitsprogramms für das Folgejahr wurde bekanntgegeben, daß das mittlerweile bereits zur Tradition gewordene Deutsch-Kroatische Juristensymposium in Split 1999 am 29. und 30. April stattfinden wird. Thema werden das Insolvenz- und das Vollstreckungsrecht in beiden Ländern sein. Bei der Versammlung in Berlin wurde auch die Vorstandschaft neu gewählt. Hierbei wurde der Nürnberger Rechtsanwalt Dr. Stefan Pürner als erster Vorsitzender wiedergewählt. Zum Stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Kölner Rechtsanwalt Ranko Pezo, der bislang ein anderes Vorstandsamt bekleidet hatte, gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden: als weiterer Stellvertretender Vorsitzender Unversitätsdozent Dr. Zoran Pokrovac, Universität Split, als Schatzmeisterin Rechtsanwältin Ellen Apitz, Berlin, und als Schriftführer Herr stud. jur. Petar Penic, ebenfalls Berlin. An die interne Mitgliederversammlung schloß sich ein Vortrag von Prof. Dr. Herwig Roggemann zu den Auswirkungen der Osterweiterung der EU auf diejenigen osteuropäischen Staaten, die noch nicht unter den Beitrittskandidaten sind (dazu gehört auch die Republik Kroatien) an.

*Dr. Stefan Pürner ist Rechtsanwalt in Nürnberg.*

## VI. Internationales Puškin-Symposium. Tagungsbericht (Berlin, 9.–11. Oktober 1997)

An dem genannten Symposium, das die Deutsche Puschkina-Gesellschaft<sup>1</sup> veranstaltete, nahmen Wissenschaftler aus Deutschland (mit Berliner und Potsdamer Dominanz), Rußland, Polen und Italien teil. Vertreten war sowohl die jüngere Generation, als auch die mittlere und ältere, was interessante und manchmal kontroverse Diskussionen mit sich brachte.

Tagungen dieser Art, die auf eine Person bzw. das Werk eines Autors ausgerichtet sind, haben gegenüber den Großveranstaltungen des Fachs viele Vorzüge. Obwohl kein engeres Thema vorgegeben war, ermöglichte der überschaubare Teilnehmerkreis (ca. 50 Personen) wenn nicht in den Referaten, so doch in den Diskussionen einen gewissen Gesprächszusammenhang. Einige organisatorische Mängel (keine Namensschilder, offenbar keine Außenwerbung und daher nur ganz wenige teilnehmende Studenten) unterstrichen den Charakter einer kleinen, wissenschaftlich anspruchsvollen, wenn auch von ihrem Programm her recht heterogenen Fachveranstaltung. Dies entspricht nicht ganz dem Ziel der Popularisierung Puškins in Deutschland, das sich der Verein gesetzt hat. Man darf vermuten, daß sich die universitäre Slavistik als

verlässlichster Partner erweist, während das Abstützen auf eine breitere Öffentlichkeit nicht ganz einfach sein dürfte angesichts der schlechten der Rezeptionslage des russischen Dichters in Deutschland. Umso mehr Anerkennung gebührt der nun zehnjährigen Arbeit der Puschkina-Gesellschaft.

Eine ganze Reihe von Vorträgen war produktionsästhetisch orientiert. K.-D. Seemann (Berlin) sprach zu „Puškins Briefzerählungs-Fragmenten“, nämlich „Roman v pis'mach“ (1829) und „Mar'ja Šoning“ (1834/35). Er untersuchte sie vor dem Hintergrund der Geschichte dieses Genres in Rußland, in der sie keineswegs isoliert dastehen. Das frühere Fragment mit den adeligen Briefpartnern Liza – Saša und Vladimir (dessen Freund) hat hinsichtlich der Themen und Motive eher die traditionellen Konturen der *svetskaja povest'*. Zum zweiten Fragment über eine Nürnberger Justizaffäre mit einer vermeintlichen Kindsmörderin wurde auf die Untersuchungen von J. Schütz 1981 und 1984 verwiesen, dessen Annahme eines *beabsichtigten* Fragments durch die Überlieferung in getrennten Manuskripten nicht gestützt wird. Gemessen am Genre ist Puškin hier innovativ, geht in die Richtung von „Bednye ljudi“ Dostoevskijs.

Herta Schmid (Potsdam) Beitrag „Puškins ‘Boris Godunov’ – ein Wegbereiter des realistischen Dramas?“ ließ die mit dem Titel aufgeworfene Frage letztlich offen, weil Schmid sich einerseits auf Bachtins typologischen Realismusbegriff und andererseits auf den Epochenbegriff stützte. Sie zeigte die Doppeltextstruktur des Dramas auf. Wie häufig bei Puškins romantischen Dichtungen gehe ein Werk der visuellen Kunst in den Text ein, hier als „verborgenes Bild“ die Reiterstatue Peters I. (die später in „Mednyj vsadnik“ explizit thematisiert wird). Laut Schmid gehe aus indirekten Handlungsanweisungen Puškins hervor, daß „Boris Godunov“ als Lesedrama bzw. für ein Theater der Zukunft, weil nicht für das von ihm sehr kritisch gesehene Staatstheater geschrieben sei. In der utopischen kommunikativen Struktur sei das Volk der intendierte Rezipient. Schmid interpretiert die Tragödie dahingehend, daß der geharnischte Reiter (Peter bzw. Boris) schwer auf dem Pferd (dem Volk) lastet. In den Jahren 1824–1825 bezweifelt Puškin die Legitimation der Zarenmacht, sein Drama sei utopisch-revolutionär, weil getragen von der Hoffnung auf Veränderungen. In ihrer sorgfältigen Analyse des kompositionellen Aufbaus arbeitete die Referentin heraus, daß man es hier mit zwei Haupthelden und zwei Siegern zu tun hat. In Schwellensituationen lügen beide, wobei nach Bachtin das offizielle und das inoffizielle Redesystem aufeinander stoßen; ersteres unterdrückt das Aussprechen der letzten Wahrheit sogar in der Beichte Boris’ und der Liebesszene zwischen dem *samozvanec* Grigorij Otrep’ev und Marina.

Andreas Ebbinghaus (Berlin) referierte in Abweichung vom angekündigten Vortrag mit „Tat’jana, Onegin und die kulturellen Codes“ einen Auszug aus seiner Habilitationsschrift „Puškin und Rußland. Russische Kultur und russische Geschichte in den Werken des Dichters“. Nach einer kurzen Erörterung der anspielungsreichen Kommunikation zwischen Onegin und Lenskij stand Tat’jana als doppelt kulturell geprägt und Puškins Adelsideal verkörpernd im Mittelpunkt. Daß ihr Brief von Onegin mißverstanden wird, führte Ebbinghaus auf das Zusammenstoßen zweier kultureller Kontexte darin (Amme, Folklore versus Salon, romantische Mode) zurück.

In dem Beitrag „Das Verhältnis von Zeit und poetischem Text in Puškins ‘Carskosel’skaja statuja’ (1830)“ von Daniela Kletzke (Hamburg) stand die Textualisierung von Werken visueller Kunst bei Puškin nun im Mittelpunkt. Gegenstand des elegischen Distichons ist die Statue „Moločnica s razbitym kuvšinom“ von P. P. Sokolov im Park von Carskoe Selo, dem heutigen Puškin. In sorgfältiger Textanalyse aller Ebenen von der bildlichen bis zur lautlichen arbeitete Kletzke Puškins Absetzung von der zugrundeliegenden Fabel La Fontaines „La laitrice et le pot au lait“ heraus. Während dort die Bäuerin die Milch verschüttet, fließt hier das Wasser aus dem zerbrochenen Krug immer weiter. Neben dieser Thematisierung der Zeit akzentuiert Puškin mit den Begriffen *urna* und *čerepok* (*čerep*) das Todesthema und weist der Statue in seinem Gedicht neue Bedeutungen zu.

Zwei russische Puškinforscher widmeten ihre Vorträge Themen, die an alte sowjetische Tabus rühren. Leonid Arinštejn (St. Petersburg) beschäftigte sich mit „Puškins deutschen Wurzeln“. Als weitere solche und daher noch zu erforschende Themen nannte er Puškins Verhältnis zur Monarchie, zur Religion und zu den Frauen. Puškin selbst und bis vor kurzem auch die Literaturwissenschaft haben nie erwähnt, daß seine Urgroßmutter, die Frau des Äthiopiens Hannibal, eine Deutsche war. Rein ethnisch ist auch auf weitere Deutsche in Puškins Stammbaum zu verweisen. Arinštejn betonte, daß der russische Adel einen breiten Zustrom aus Deutschland, Skandinavien und später aus Frankreich vor allem zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert in sich aufnahm. Was das soziale Milieu betrifft, so verstand sich Puškin als Vertreter einer europäischen höheren Aristokratie und geriet damit in Widerspruch zu dem wachsenden Nationalgefühl im Land. Die kulturellen Wurzeln Puškins liegen nach Meinung Arinštejns stärker in Deutschland und England als in Frankreich. In der anschließenden Diskussion wurde hinzugefügt, daß Puškin deshalb Desinteresse an Frankreich demonstrierte, weil es keine nennenswerte französische Romantik gab und zu seiner Zeit der französische Einfluß für den Klassizismus stand.

Geradezu zerstörerisch nannte Irina Jur’eva (Moskau) in ihrem Referat „Puškin und die Heilige Schrift“ den Einfluß der sowjetischen Kommentare in den Puškin-Ausgaben. Heute widmet man sich verstärkt diesem Thema. Sie erörterte die Frage, in welcher Sprache (wohl zuerst kirchenslavisch und später französisch) Puškin die Bibel las und wie weit er sie beim Besuch von Gottesdiensten aufnahm. Viele poetische Bilder waren bereits ein fester Bestandteil der russischen Sprache. In der Diskussion brachten manche Teilnehmer viele Detailkenntnisse ein, was allerdings – auch bei anderen Vorträgen – manchmal eine Erörterung der angesprochenen Themen eher verhinderte.

Insgesamt vier Vorträge wurden von Sprachwissenschaftlern gehalten. Soia Koester-Thoma (Berlin) sprach über „Lexikalische Entlehnungen aus europäischen Sprachen in Puškins Werken“ und formulierte die Aufgabe einer „kompletten Beschreibung“ des umfangreichen Materials. Sie ging speziell auf die grammatischen Adaptationen ein, klassifizierte die entlehnte Lexik nach thematischen Gesichtspunkten und zeigte ihre unterschiedliche stilistische Funktion auf.

Stanislaw Kochmann (Oppeln) machte „Linguistische Randbemerkungen zu Ju. M. Lotmans Puškin-Arbeiten“. Er nahm Lotmans Sammelband zu Puškin (SPb. 1995) zum Anlaß, um auf einige lexikalische Detailfragen (Schlüsselbegriffe) und insgesamt eine Rekonstruktion von Puškins aktivem und passivem Wortschatz der 1820er und 1830er Jahre einzugehen. Die „Europäische Idiomatik in Puškins Werken“ belegte Valerij Mokienko (Greifswald) mit reichhaltigem Material aus der Phraseologie, das er nicht nach Sprachen, sondern typologisch ordnete und auch auf seine Funktionen und Adaptationen hin befragte.

Auf besonderes Interesse stießen die „Anmerkungen zur Textgestalt der neuen Akademie-Ausgabe von Puškins Werken“ von Werner Lehfeldt (Göttingen), und zwar des 1994 (SPb.) erschienenen „Probepandes“ (*Stichotvorenija licejskich let 1813–1817*). Unter Berufung auf von Lotman und Uspenskij formulierte Prinzipien nannte Lehfeldt es eine Katastrophe für die Puškin-Forschung, wenn sich die hier vorgenommene Modernisierung und Unifizierung von Orthographie, Interpunktion, Groß- und Kleinschreibung etc. für die geplante Ausgabe durchsetze. Zur Sprache kamen die Auswirkungen auf die Bedeutung und daher die Interpretation, was Lehfeldt mit Beispielen belegte. Diskutiert wurden ideologische Gründe dieser Editionspraxis, die in der UdSSR und Rußland auch für alle anderen Autoren des 18. und frühen 19. Jahrhunderts die übliche ist.

Die Mehrzahl der Vorträge galt Fragen der Rezeption, wobei verschiedene neue Themen aufgegriffen wurden. Helene Imendörffer (Berlin) fragte in ihrem Beitrag „Puškin und das 18. Jahrhundert – gezeigt am Beispiel Sumarokovs“ nach den Ursachen des in direkten Äußerungen sehr abwertenden, spöttischen Verhältnisses Puškins als des bedeutendsten Dichters der russischen Romantik zu Sumarokov als wichtigstem Dichter des Klassizismus, der bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts und bei den Archaisten darüber hinaus einen enormen Einfluß auf die russische Literatur hatte. Sie ging auf die Gründe der Abwertung auf der literaturgeschichtlichen Ebene („Arzamas“ – „Beseda“), der dichtungstheoretischen (Originalität versus Nachahmung, „narodnost“ versus Hofdichtung) und der Ebene von Dichterbild und der Rolle des Dichters ein. In diesem Zusammenhang stützte sich Imendörffer auf die Begriffe der „Einflußangst“ (des romantischen Dichters) und der „Fehllektüre“ von Harold Bloom. Zum Vergleich wurde Puškins wohlwollendere Rezeption von Tredjakovskij und Lomonosov herangezogen.

Hier schloß thematisch der Vortrag von Holt Meyer (Potsdam) „Onegin's Name – Puškin und A. A. Šachovskoj“ an. Unter den verschiedenen Erklärungen des Namens von Onegin ging Meyer dem Verweis auf eine der Komödien Šachovskoj's (erste Aufführung 1818) nach. In dieser Komödie ist eine gleichnamige nicht auftretende Figur der Schreiber eines Briefes. Puškin parodiert in „Evgenij Onegin“ diese Komödie „Ne ljubo – ne slušaj, a lgat' ne mešaj“ Šachovskoj's, obwohl er in dieser Zeit persönlich mit ihm befreundet ist. In der Diskussion blieb kontrovers, ob Šachovskoj (Tynjanov folgend) als Archaist zu bezeichnen ist oder nicht.

Ein originelles Thema wählte sich Klaus Harer (Marburg): „Puškin als Auslöser des 'Russischen Literaturstreits' in Deutschland (1837–1842)“. In dem als Literaturgeschichte zu bezeichnenden Buch „Literarische Bilder aus Rußland“ von Heinrich König (Nachdruck der Ausgabe von 1837: Gießen 1979, hg. von H. B. Harder und H. Rothe) wurden die Petersburger Journalisten N. I. Greč

und F. V. Bulgarin (nicht zuletzt als Herausgeber der Zeitschrift „Severnaja pčela“) heftig angegriffen. Da man sich in Deutschland zuvor gerade auf sie weitgehend gestützt hatte, erregte besonders der Widerspruch von Greč auf König hier beträchtliches Aufsehen in den literarischen Zeitschriften. König habe ein gewisses, antirussisches Klima in Deutschland nach 1830 genutzt, den Tod Puškins zum Anlaß genommen und lässig-ironisch über die – seiner Meinung nach – weitgehend eklektische russische Nationalliteratur und speziell Puškin als Person geschrieben. Königs Buch ist heute umstritten, seine Bedeutung für die Rezeption der russischen Literatur in Deutschland liegt aber darin, daß die Vorherrschaft von Greč und Bulgarin in diesem Bereich gebrochen und ein neues und vertieftes Interesse geweckt werden konnte. Die von dem liberalen Autor eingeleitete Entpolitisierung des deutschen Rußlandbildes habe sich, so Harer, bis heute gehalten.

Wolfgang Kissel (Bremen) referierte über „Die Puškin-Rezeption Klučevskijs“. Der Historiker V. O. Klučevskij nehme mit seinen drei Puškin-Reden (1880, 1897 und 1899) einen wichtigen Platz in der Rezeption des 19. Jahrhunderts ein. Er wurde von dem Referenten als Pionier der (positivistischen) Verwissenschaftlichung der russischen Geschichtswissenschaft bezeichnet, der mit seinen Vorträgen und Publikationen das Geschichtsbild zweier Generationen der russischen Intelligencija geformt habe. Kissel behauptete einen starken Einfluß von Puškins Prosa auf Ključevskij, ohne dies schlüssig zu belegen und sogar ohne die historischen Schriften Puškins hinzugezogen zu haben.

Zwei Beiträge schließlich galten der Puškin-Rezeption im 20. Jahrhundert. Birgit Menzel (Berlin) widmete sich „Abram Terc'/Andrej Sinjavskijs 'Progulki s Puškinym' und dem Umgang der russischen Literaturkritik mit dem klassischen Erbe“. Sie zeigte an dem Literaturskandal um den erst 1989–90 in Rußland publizierten Essay, welcher tiefen Spuren sowohl die offizielle sowjetische Kanonisierung Puškins als auch die traditionelle antimoderne Sakralisierung des Dichters wie auch der gesamten russischen Literatur des 19. Jahrhunderts in der russischen Intelligenz hinterlassen hat, und zwar sowohl in Rußland als auch in der Emigration. Die aus westlicher Sicht vergleichsweise harmlose spöttisch-respektlose Hommage Sinjavskijs an Puškin konnten weite Kreise der Intelligenz, sowohl neoslavophil-nationalistischer als auch liberal-demokratischer Gesinnung, nur als obszöne Schändung des Nationalheiligtums wahrnehmen. Bei der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, daß der Essay auch auf ein deutsches Fachpublikum provozierend wirken kann und daß bestimmte, von der Referentin analysierte Rezeptionshaltungen sich nicht auf die gegenwärtige Intelligenz in Rußland beschränken lassen.

Christoph Veldhues (Bochum) behandelte „Puškin als ästhetisches Programm in Tynjanovs 'Voskovaja persona' (1931)“. Dieser Text gehört zu den historischen Ro-

manen und Erzählungen Ju. N. Tynjanovs. Es geht hier um eine Wachsfigur von Peter I., die ihn in der Agonie und im Tod zeigt, was Katharina II. Angst macht. Dies wurde in den dreißiger und vierziger Jahren von vielen Rezipienten auf Lenin und Stalin bezogen. Tynjanovs skeptisches, gegen einen teleologischen Vulgärmarxismus gerichtetes Geschichtsverständnis postuliert, daß die Geschichte stillsteht, statt voranzuschreiten. Dies brachte „Voskovaja figura“ den wütenden Verriß durch die zeitgenössische Literaturkritik ein. Die Kunst- und Geschichtskonzeption Puškins und die von Tynjanov in kritischer Absicht an Peter I. gezeigte Einstellung zur Geschichte stehen hier im Widerspruch zueinander. Gegen das Konzept der autonomen Kunst in „Mednyj vsadnik“ steht die Wachsfigur als *lakirovka*, als Staatskunst in der Frühzeit des sozialistischen Realismus. Tynjanovs Utopie geht dahin, daß der Künstler (Rastrelli-Puškin) den Staat zur Raison bringt. In der Diskussion zu diesem Vortrag erwies sich die Erzählung Tynjanovs mit ihrer Inanspruchnahme des als Nationaldichter kanonisierten Puškin als erstaunlich aktuell. Zum einen klangen die bekannten Zweifel an der moralischen Integrität Tynjanovs und seinem Platz in der Puškin-Forschung an. Zum anderen wurde schlaglichtartig deutlich, daß ein neueres, nicht kanonisches Puškinbild nur noch ein ambivalentes sein kann. Es muß sich „seinen Puškin“ aus diesem von der Rezeption so überladenen und verstellten Werk gleichsam herausgreifen und steht damit in der Tradition der Puškin-Rezeption der Moderne. Leider kam es zu keiner Diskussion dieser Grundsatzfragen, die sich jeder Puškin-Forscher, wenn er mehr sein will als ein Puškin-Verehrer, stellen muß – um nicht in der Fülle des Werks, seiner Interpretationen und Fortschreibungen bzw. in Detailfragen unterzugehen. Das Symposium hätte auch gewonnen, wenn man versucht hätte, ein Resümee zu ziehen, um dem

möglichen Eindruck der Disparatheit entgegen zu wirken.

Insgesamt war dies eine in ihrer Vielfalt anregende und gelungene Tagung. Als bedauerlich anzumerken wäre das Fehlen der u.a. deutschen Vertreter des „intertextuellen Puškin“ auf diesem Symposium, ohne die das Bild des heutigen Forschungsstandes unvollständig bleibt. Ohne die Einbindung Puškins in die Tradition und ohne Kenntnisse um diese Tradition kann man der Leistung und Vielschichtigkeit dieses Dichters nicht gerecht werden.

*Dr. Helene Imendörffer ist Lektorin für Russisch am Zentralen Sprachlabor der FU Berlin.*

<sup>1</sup> Die Deutsche Puschkin-Gesellschaft wurde 1987 aus Anlaß des 150. Todestages von A. S. Puškin in Bonn von etwa vierzig Diplomaten, Slavisten und literarisch Interessierten, die teilweise biographisch mit Rußland verbunden sind, gegründet. Heute werden etwa 200 Mitglieder verzeichnet. Der Verein hat sich laut Satzung zum Ziel gesetzt, „im deutschsprachigen Raum die Kenntnis von Zeit, Leben und Wirkung Alexander Puschkins zu fördern.“ Deshalb sieht die Gesellschaft ihre Aufgaben darin, 1. wissenschaftliche Arbeiten, Übersetzungen und Rezensionen zu veröffentlichen, 2. Tagungen abzuhalten und 3. mit anderen Vereinigungen gleicher und ähnlicher Zielsetzungen zusammenzuarbeiten. Die meisten Vorträge der bisher veranstalteten Symposien (1988, 1989, 1991, 1993 und 1995) sind in dem Jahrbuch „Arion“ (Bd. 1 1989, Bd. 2 1992, Bd. 3 1996) erschienen. Ein besonderes Interesse der Gesellschaft gilt deutschsprachigen Übersetzungen. So bereitet sie zu 1999 eine Bibliographie aller deutschen Puškin-Übersetzungen vor. Der Vorsitzende der Gesellschaft ist von Beginn an Prof. Rolf-Dietrich Keil, dessen Lebenswerk die Übersetzung zahlreicher Werke Puškins ist. „Jewgenij Onegin“, russ. und dt., Kollar-Gießen 1980, sei hier besonders erwähnt.

## **Bericht über das Symposium „Die ungarische Revolution von 1848/49“**

„Die ungarische Revolution von 1848/49“ lautete das Thema eines bilateralen Symposiums, das am 15. und 16. Mai 1998 unter Federführung des Zentrums für Hungarologie im Finnisch-Ugrischen Seminar der Universität Hamburg und mit Unterstützung der Dr. Helmut und Hannelore Greve-Stiftung für Wissenschaften und Kultur in Hamburg stattfand. Insgesamt 14 Vorträge thematisierten zentrale Aspekte der ungarischen und der deutschen Revolution im europäischen Zusammenhang.

Die politische Energie der Revolution äußerte sich u.a. in der Explosion eines vielfältigen Vereinswesens. Unter dem Titel „Unsere Zeit ist die Zeit der Associationen“ hob Barbara Vogel (Hamburg) die Einheitlichkeit dieses, oberflächlich betrachtet, doch so irritierend unübersicht-

lichen Mobilisierungsprozesses der politischen Öffentlichkeit in den deutschen Staaten hervor. Elena Mannová (Bratislava) erläuterte die Rolle der Vereinswesens in Ungarn vor und nach der Revolution am regionalen Beispiel Oberungarns. Die besondere Rolle von Sándor Petöfi und der ungarischen Märzjugend stellte Zsuzsa Kalla (Budapest) vor. Auf die lokale Ebene Hamburgs führten die Beiträge von Peter Borowsky (Hamburg) über die politische Geschichte und Elke Kleinau (Hamburg) über die Anfänge der Frauenbildung in der Revolutionszeit.

Zu lebhaften Diskussionen kam es beim Komplex „nationale Frage“, vor allem bei der Beurteilung der internationalen Verträglichkeit der Neuordnung Mitteleuropas.

Die Aufgabe des Historikers unterstreichend, auch als Anwalt nichtrealisierter Hoffnungen zu dienen, lenkte Gábor Erdödy (Budapest) die Aufmerksamkeit auf die außenpolitischen Konzepte der Batthyány-Regierung für ein deutsches Reich mit Frankfurt als Zentrum und für ein Habsburgisch-Ungarisches Reich mit dem Zentrum Buda. In Erweiterung – oder besser: Zuspitzung – der Ergebnisse seiner älteren Forschungen verwies Günter Wollstein (Köln) auf die Kontinuitäten deutschen machstaatlichen Denkens zwischen Rheinkrise und Zweitem Weltkrieg, um die Revolution von 1848/49 als Generalprobe der Wilhelminischen Weltpolitik zu deuten. Den Hintergrund für die völlige Geschlossenheit aller Parteiungen hinter der machstaatlichen Programmatik bildete der Dreiklang der migrationskolonialistischen, wirtschaftsimperialistischen und navalistischen Diskurse im Vormärz. Auch vergleichende Aspekte des Minderheitenschutzes bildeten nach der Einführung von Ágnes Deák (Szeged) in die spezifischen Nationalitätenbedingungen Ungarns einen intensiven Diskussionsgegenstand.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Rolle des Adels und des Konservatismus im Verlauf der Revolution. Zoltán Fónagy (Budapest) konnte am ungarischen Beispiel eindrücklich die Unangemessenheit der Gleichsetzung von Adel und Konservatismus demonstrieren, indem er auf das progressive Wirken besonders des niederen Adels verwies. Wolfgang Schwentker (Hagen) illustrierte in seinem Vergleich der Politik des europäischen Konservatismus in den nationalen Revolutionen eine wichtige Voraussetzung der revolutionären Niederlage: der Internationalität der Revolution entsprach die Internationalität der Gegenrevolution.

Die Grenzen und die Aporien des Entwurfes einer bürgerlichen Gesellschaft wurden durch die Beiträge von Manfred Hettling (Bielefeld) und Ambrus Miskolczy (Budapest) ausgeleuchtet. Indem Hettling die drei an Kant exemplifizierte Elemente eines prozessualen, d.h. über die Zielutopie definierten Verständnisses von Bürgerlichkeit (Selbständigkeit, Geselligkeit, Kontrakttheorie) auf den Verlauf der Revolution bezog – sie begegnen uns dort in der Wahlrechtsfrage, der politischen Organisationsbildung und im legalistischen Denken wieder –, schilderte er das Scheitern der bürgerlichen Gesellschaft an

den bürgerlichen Kategorien selbst. Die Praxis der politischen Veränderung hätte ein „Prius der Gewalt“ (J. Burckhardt) benötigt. Die Exklusivität der bürgerlichen Gesellschaft zeichnete Miskolczy an der Entwicklungsgeschichte des ungarischen Gesetzes über die Emanzipation der Juden nach. Die Zweischneidigkeit = „Originalität“ hätte in der Kombination aus rechtlicher Emanzipation und dem staatlichen Zwang, sich zur Konfession zu machen, bestanden. Die Genese dieser speziellen Maßnahmen des Gesetzes sei als Konzession an die antisemitischen Befürchtungen der Gesellschaft zu verstehen, nicht zuletzt seien die ersten Vorschläge zu einem Gesetz durch antisemitische Schriftsteller erfolgt.

Christof Dipper (Darmstadt) führte in seinem Beitrag „Das Dorf in der 48er-Revolution“ die Bedeutung des Aufbruchs auf dem Lande vor: die im Vergleich zur Stadt viel dramatischeren Aufstände dort hätten die Revolution im Frühjahr erst zur Revolution gemacht. Die These vom Konservatismus des Landes sei eine absolute Mär, allerdings hätte sich die Dorfrevolution in einer eigenen Welt ohne Zusammenhang mit dem nationalen Projekt bewegt und sich der liberalen Bevormundung entzogen. Vilmos Heiszler (Budapest) zeigte die verschiedenen Elemente der Bauernbefreiung in der Agrargesellschaft Ungarns auf. Er konnte überzeugend nachweisen, daß die im April 1848 unter dem Druck eines möglichen Bauernaufstandes verabschiedeten Gesetzesartikel nicht sämtliche Probleme lösen konnten, so daß in einigen Regionen Ungarns weiterhin Unruhen zu registrieren waren.

Alle Vorträge zogen eine lebhaft Diskussion nach sich, in der immer wieder die Ähnlichkeiten und mehr noch die deutlichen Unterschiede zwischen der deutschen und der ungarischen Revolution in den Vordergrund gestellt wurden. Damit hatten sich die Hoffnungen des Veranstalters Holger Fischer von Zentrum für Hungarologie erfüllt, die er mit der Konzeption des Symposiums verbunden hatte, jeweils einen deutschen und einen ungarischen Referenten/Referentin bzw. die deutschen und die ungarischen Aspekte eines Themenkreises miteinander zu konfrontieren.

*Ronald Trapp ist Geschichtsstudent an der Universität Hamburg.*

## Konferenz „Von Moskau nach St. Petersburg“

Vom 9. bis zum 13. Juni 1998 veranstaltete Prof. Dr. Hans-Joachim Torke in der Heimvolkshochschule Jagdschloß Glienicke in Berlin-Wannsee eine internationale Konferenz, deren 21 Teilnehmer aus Rußland (5), aus den USA (6), Großbritannien (2), Frankreich (1), der Schweiz (1), Österreich (1) und Deutschland (5) kamen. Unter den deutschen Teilnehmern waren zwei Doktoranden aus Berlin, und zwar Alfons Brünning, der über „Geist-

lichkeit, Kirche und Staat vor den petrinischen Reformen“ referierte, und Wolfram von Scheliha, dessen Thema „Die Orthodoxe Universalkirche und der Beginn des Geisteslebens im Moskauer Reich“ war. Das Thema war das Problem der Bedeutung des 17. Jahrhunderts für die Geschichte Rußlands, d.h. die Frage, wieweit neuzeitliche Erscheinungen bereits in dieser Periode auftauchen, so daß der gemeinhin mit der Regierung Peters des Gro-

ßen verbundene Beginn der Neuzeit nun auf vielen Gebieten anders definiert werden müßte.

In der Tat waren sich die Teilnehmer in diesem Punkt am Schluß einig. Ihre Referate waren zum größten Teil vorher verschickt worden, so daß genügend Zeit für Diskussionen blieb. Als günstige Voraussetzungen dafür erwiesen sich der relativ kleine Teilnehmerkreis und die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Nachwuchswissenschaftlern bis zur Doktorandenebene hinab mit der älteren Generation der gestandenen Experten gemischt war. Bei den letzteren herrschte das Gefühl vor, daß eine Art Generationswechsel im Fach Osteuropäische Geschichte stattfand. Konferenzsprachen waren Englisch, Deutsch und Russisch.

Die innerhalb des Generalthemas angesprochenen Fragen waren sehr unterschiedlicher Natur, aber jeweils ausgesprochen innovativ und zukunftsweisend, wobei die Betonung der religions- und kirchengeschichtlichen Probleme ins Auge fiel. Dies entspricht durchaus dem allgemeinen Trend in der Geschichtswissenschaft, d.h. der Abkehr von der Sozialgeschichte. Politisch interessant war ohne Zweifel die Begegnung mit den russischen Kollegen, die sich nun endgültig von den zähen Resten des Historischen Materialismus freigemacht haben und mit den westlichen Auffassungen voll mithalten konnten. Allerdings besteht weiter Grund zu der alten Klage, daß ihre Sprachkenntnisse unvollkommen sind und sie die westliche Literatur nur unvollständig rezipieren, weil sie in der Regel, wenn überhaupt, nur eine Fremdsprache beherrschen. Das gleiche gilt übrigens nach wie vor im großen und ganzen für die amerikanischen Historiker. Gerade deshalb sind natürlich Konferenzen wie diese besonders wertvoll und wichtig. Ohne überheblich zu werden, darf man deshalb in diesem Zusammenhang auf die besondere Qualität der deutschen Forschung zur osteuropäischen Geschichte verweisen, denn die deutschen Historiker beziehen auf jeden Fall sowohl die anglo-amerikanischen als auch die slavischen Veröffentlichungen in ihre Studien ein, sind also in bezug auf den Forschungsstand am vollständigsten. Die mündlichen Anregungen dieses Treffens werden durch die Publikation der Referate verankert werden. Sie ist in den „Forschungen zur osteuropäischen Geschichte“ des Arbeitsbereichs „Geschichte und Kultur“ vorgesehen.

Die Konferenz wurde durch einen Zuschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft ermöglicht.

*Hans-Joachim Torke ist Univ.-Professor für Osteuropäische Geschichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

## PRO BALTICA KALENDER



### Veranstaltungen in Deutschland und der Schweiz mit Bezug zum Baltikum

Mai bis August 1998

Liebe Freunde des Baltikums,

einigen von Ihnen konnten wir bereits eine entsprechende Nachricht zukommen lassen, hiermit informieren wir Sie offiziell: Frau Wilbertz beendete ihre Tätigkeit zum Jahreswechsel und wir danken ihr für die geleistete Arbeit. Mittlerweile konnte der frühere finnische Handelsminister Dr. Eero Rantala als geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewonnen werden. Unterstützt wird er von Ute Schröder, die sich aufgrund ihrer Ausbildung in Münster und Riga intensiv mit dem Baltikum beschäftigt hat.

Das Konzept des Vereins wird derzeit überarbeitet. Man kann jedoch schon heute festhalten, daß wirtschaftliche Themen stärker in den Vordergrund rücken werden. Deshalb finden Sie in der erweiterten Internetversion des Pro Baltica Kalenders einige Messehinweise:

Look at: <http://vwww.balticnet.de/Documents/PBF.html>

Pro Baltica Forum e.V., Ute Schröder, Brodschangen 4, D-20457 Hamburg, Tel. 040-37655-260, Fax -303

Mare Balticum, Buchhandlung für Literatur über die baltischen Staaten, Helker Pflug, Huhngasse 39-41, D-50676 Köln, Tel./Fax 0221-214996

## Exkursion nach Litauen und Lettland (28. Mai – 6. Juni 1998)

Seit dem Streik im vergangenen Wintersemester gibt es am Osteuropa-Institut eine studentische Projektgruppe, die sich mit dem Thema „Nachhaltige Entwicklung in Osteuropa“ befaßt. „Nachhaltige Entwicklung“ ist die Übersetzung des englischen Begriffes „Sustainable Development“. Er beschreibt die Idee einer dauerhaft sozial- und umweltverträglichen Entwicklung, die den Erhalt und die möglichst gerechte Verteilung der menschlichen Lebensgrundlagen zum Ziel hat.

Diese Idee ist auf der Umweltkonferenz in Rio 1992 in Form der Agenda 21 offiziell zu einem globalen Ziel erklärt worden und viele Länder – allen voran die skandinavischen – arbeiten seitdem an ihrer schrittweisen Verwirklichung. Für die Teilnehmer des interdisziplinären Projektes stellt sich die Frage, inwieweit nachhaltige Konzepte auch auf die Transformationsstaaten Osteuropas Anwendung finden können.

Ein besonders übersichtliches und anschauliches Beispiel für die Untersuchungen zur Nachhaltigkeit stellen die drei Baltischen Staaten dar, auf denen deshalb auch im Sommersemester 1998 und Wintersemester 1998/99 der Schwerpunkt liegt.

Zum Einstieg in das Thema wurden während einer Vorbereitungsfahrt erste Kontakte vor Ort mit lokalen, nationalen und internationalen Akteuren geknüpft. Die Fahrt bot zudem Anlaß, sich einen ersten Eindruck von den Umweltproblemen und Lösungsvorstellungen in den Zielländern zu machen. Die Reiseroute verlief in Litauen über Klaipeda, Kaunas, Ignalina und Vilnius, in Lettland besuchten wir Riga.

### Litauen

#### Club Žvejone in Klaipeda – Gespräch mit Saulius Ruzinkas

Nach einem freundlichen Empfang in Kaunas war unsere erste Station am darauf folgenden Tag die Hafenstadt Klaipeda. Dort besuchten wir ein Büro, das sich der Umweltclub „Žvejone“ und das Fahrradinformationszentrum „Dvirinfo“ teilen und sprachen mit zwei der ehrenamtlichen Mitarbeiter.

Von ihnen erfuhren wir, daß sich in dem 1987/88 gegründeten Club „Žvejone“ zwischen 10 und 20 Personen engagieren und der Schwerpunkt auf konkreten Aktionen vor Ort, wie z.B. der Umwelterziehung an örtlichen Schulen und der Mitsprache bei kommunalen umweltpolitischen Entscheidungen, liegt. Der ebenfalls in dem Büro vertretene litauische Fahrradverband fördert das Fahrrad als „nachhaltigstes Verkehrsmittel“ und organisiert zu diesem Zweck sanften Fahrradtourismus, publiziert Informationen für Radfahrer und tritt für fahrradfreundliche Bedingungen in Städten ein.

Finanziell unterstützt werden die beiden Verbände nicht durch Mitgliedsbeiträge, sondern hauptsächlich durch

Stiftungen und Organisationen, die nur einzelne, zeitlich befristete Projekte fördern. Dazu zählen das Regional Environmental Center (REC), die US Baltic Foundation, das EU-Programm PHARE und die schwedische sowie norwegische „Society for Nature Conciliation“.

#### Die „Grüne Bewegung Litauen“ – Linas Vainius

Wieder zurück in Kaunas erwartete uns ein interessantes Treffen mit Linas Vainius, dem Vizepräsidenten einer der größten Nichtregierungsorganisationen in Litauen, der „Grünen Bewegung“. Sie ist Dachverband für litauische Umweltorganisationen, die in der Zeit des nationalen Aufbruchs vor gut 10 Jahren in großer Zahl entstanden sind. Inzwischen hat die Zahl der Aktiven bedeutend abgenommen, der „Grünen Bewegung“ gehören heute etwa 60 kleinere Gruppen von je 10 – 20 Aktivisten an, die sich im wesentlichen durch Projektförderung westlicher Geldgeber finanzieren.

Auch auf politischer Ebene sind die Umweltaktivisten in den Hintergrund getreten: die damals gegründete Grüne Partei verlor in den letzten Jahren den Kontakt zur Basis – zur „Grünen Bewegung“ – und ist heute weder auf nationaler noch auf kommunaler Ebene in einem Parlament vertreten. Die „Grüne Bewegung“ begreift sich als parteiunabhängig, was ihr die Chance eröffnet, bei allen Parteien Lobby-Arbeit zu betreiben.

Wir führten ein Gespräch mit Linas Vainius, dem Vizepräsidenten der „Grünen Bewegung“, über den Zustand der Umwelt, die organisierte Umweltbewegung und ihre politische Wirksamkeit in Litauen. Herr Vainius teilte uns mit, daß durch den wirtschaftlichen Niedergang der Grad der Verschmutzung eindeutig zurückgegangen sei und einige der drängenden Umweltprobleme mit westlicher Hilfe entschärft worden seien (z.B. die fehlende Abwasserreinigung der Großstadt Kaunas, die zu einer starken Verschmutzung des Nemunas/der Memel geführt hatte). Es fehle aber weiterhin an einer wirklich umweltverträglichen Politik.

#### Studentischer Club für Umweltstudien

In Kaunas hatten wir auch Gelegenheit, mit Egidija Bakanaitė und Skirmantas Kriauciūnis, zwei Studenten vom „Club für Umweltstudien“ (litauische Abkürzung: ASK), ins Gespräch zu kommen. In der Hauptsache handelt es sich bei den Clubmitgliedern um Studenten des interdisziplinären Studienganges „Umweltstudien“ an der Universität Kaunas.

Die Aktivitäten des ASK sind sehr vielfältig. In Zusammenarbeit mit Schulen führten die Studenten die Untersuchung und Reinigung von Bächen durch, wobei die Ausrüstung für chemische Wasseranalyse, PH-Wert-Messungen usw. von der Organisation „Ecologia Fund“ (USA) gespendet wurde. Zusammen mit der europäischen

Studentenorganisation AEGEE ist für September 1998 eine Konferenz zum Thema: „Environmental studies in the Baltic region“ geplant. Die Studenten haben großes Interesse an Kooperationen mit litauischen und nicht-litauischen NGOs sowie an Kontakten mit Studentengruppen anderer Länder. Seit Mai diesen Jahres wird der Club von der Europäischen Union im Rahmen des PHARE Programmes zur lokalen Agenda 21 unterstützt.

### **Das Atomkraftwerk Ignalina/Litauen – der größte hot spot des Landes**

Ganz in den Osten Litauens führte uns der Besuch des Atomkraftwerks Ignalina – des größten und umstrittensten hot spots des Landes.

Auf dem Weg dorthin machten wir zuerst Station in Visaginas, der Siedlung, in der die Arbeiter des Kernkraftwerkes leben. Auf den Straßen hört man fast nur Russisch – eine russischsprachige Insel inmitten Litauens. Hier leben die etwa 5.000 Arbeiter des Kraftwerkes mit ihren Familien. Täglich werden sie mit Shuttlebussen zur Arbeit und wieder zurück gefahren. Die Stadt hat 34.000 Einwohner und ist wirtschaftlich völlig von dem AKW abhängig. Alle Gebäude sind Neubauten – Plattenbauten in ziemlich schlechtem Zustand.

Der erste Block des RBMK Reaktors vom Typ Tschernobyl wurde 1983 fertiggestellt und ging auch in demselben Jahr ans Netz. Der zweite Block wurde 1986 fertiggestellt; aufgrund des Tschernobyl-Unfalls machte man jedoch noch zahlreiche Tests, und so ging er erst 1987 mit einer reduzierten Leistung von 1300 Megawatt statt 1500 Megawatt ans Netz. Der Bau des dritten Blocks wurde aufgrund großer Proteste der litauischen Bevölkerung 1989 eingestellt und 1993 endgültig aufgegeben.

Trotz erheblicher Sicherheitsmängel wird das Atomkraftwerk weiter betrieben, da es bis zu 90% der Stromversorgung in Litauen bereitstellt und auch noch Chancen für Stromexporte in den Westen und Osten bietet.

## **Lettland**

### **Baltic Environmental Forum (BEF) – Kristina Veidemane**

Im Gegensatz zu Litauen konzentrierte sich unser Aufenthalt in Lettland auf die Hauptstadt. In Riga hatte nämlich Kristina Veidemane, Umweltexpertin des „Baltic Environmental Forum“ (BEF), eine Reihe von Treffen mit verschiedensten umweltpolitischen Akteuren in der Stadt für uns arrangiert.

Das BEF wurde Ende des Jahres 1995 von den Regierungen der drei Baltischen Staaten gegründet. Ziel des BEF ist die Vermittlung von Fachkenntnissen an Vertreter von Umweltverwaltungen und Forschungsinstituten sowie die Förderung eines Erfahrungsaustausches zu umweltbezogenen Themen.

Durch verstärkte Kooperation und Koordination ihrer Aktivitäten wollen die drei Baltischen Staaten nach dem

Vorbild der skandinavischen Staaten an internationalem Einfluß gewinnen.

### **Coalition Clean Baltic – Janis Brizga**

Das erste von Kristina Veidemane vermittelte Treffen fand in der „Grünen Bibliothek“ Rigas mit Janis Brizga von der „Coalition Clean Baltic“ (CCB) statt. Gegründet wurde die CCB, die heute Dachorganisation von 26 verschiedenen nationalen und internationalen NGOs im Ostseeraum ist, im Jahre 1990 in Helsinki. Ziel dieses Netzwerkes ist die Förderung des Schutzes der Ostsee. Zu diesem Zwecke verbreitet die CCB Informationen über Umweltprobleme in der Ostseeregion sowie über die Aktivitäten ihrer Mitgliederorganisationen, unterstützt diese finanziell und organisatorisch und versucht die Zusammenarbeit zwischen den NGOs zu koordinieren.

Die CCB ist Mitglied der IUCN (International Union for the Conservation of Nature) und Beobachter der HELCOM (Helsinki Commission).

Einzugsgebiet der CCB sind die neun Anrainerstaaten der Ostsee, die durch je einen Vertreter repräsentiert werden. Prioritäten bilden die Bereiche Landwirtschaft, Umwelttechnik und Gewässerbeobachtung. Die Finanzierung der CCB ist durch das Regional Environmental Center, die US Baltic Foundation, das PHARE-Programm und die US-amerikanische Stiftung „Ecologia“ gewährleistet.

### **Prof. Dr. Arnolds Ūbelis – Professor am Institut für Atomphysik und Spektroskopie**

Unser nächster Gesprächspartner war Prof. Dr. Arnolds Ūbelis – Leiter des Projektes „Physics and Technologies for Sustainable Development“ an der Lettischen Universität in Riga. Innerhalb des Projektes versuchen 15 Hochschullehrer und 12 Studenten seit dem Herbst 1997, einen wissenschaftlichen Hintergrund für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Themen sind unter anderem Stadtentwicklung, Wissenschaft, Management und die Lokale Agenda 21.

Kurz nach der Erlangung der Unabhängigkeit Lettlands war Ūbelis im Stadtrat von Riga umweltpolitisch aktiv, gelangte aber zu der Überzeugung, daß er im universitären Bereich mehr erreichen könne.

Der Umweltexperte Ūbelis gab uns einen kurzen Einblick in die Theoriediskussion zum Verständnis des Begriffes „Sustainable Development“ und stellte die beiden gängigsten Übersetzungen des Begriffes ins Lettische vor. Die von ihm bevorzugte Variante bedeutet in etwa „ausbalancierte Entwicklung“. Andere bevorzugen es, „Sustainable Development“ mit „langanhaltende Entwicklung“ zu übersetzen.

### **Regional Environmental Center – Ērika Lagzdīņa**

Eine sehr kompetente Gesprächspartnerin war Ērika Lagzdīņa vom „Regional Environmental Center for Central and Eastern Europe“ (REC). Das REC ist eine gemeinnützige Organisation, die bei der Lösung der Um-

weltprobleme der mittel- und osteuropäischen Staaten unterstützend tätig ist. Ziel des Zentrums ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen NGOs, Regierung und Wirtschaft, der Informationsaustausch und die Beteiligung der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess in Umweltfragen.

Gegründet wurde das REC im Jahre 1990 von der Europäischen Kommission, den USA und Ungarn. Die Zentrale des REC befindet sich im ungarischen Szentendre, in weiteren 14 Staaten Mittel- und Osteuropas sind lokale Büros eingerichtet.

Priorität liegt auf der finanziellen Unterstützung der von den NGOs durchgeführten Projekte in allen beteiligten Ländern.

### **Gespräch mit Laila Kundziņa und Inga Proveja vom NGO-Zentrum in Riga**

Anders als das REC, das sich ausschließlich mit Umweltinitiativen befaßt, koordiniert das Rigaer NGO-Zentrum die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Bislang gibt es in Lettland vier solcher NGO-Zentren, weitere acht sind geplant. In einer Datenbank sind zur Zeit etwa 720 Organisationen erfaßt. Die Räume des Zentrums sowie die technische Ausstattung (Computer, Fax etc.) stehen den Aktiven kostenlos zur Verfügung. Außerdem erfahren sie dort juristische Betreuung und Hilfestellungen beim Erarbeiten von Projektanträgen sowie bei der Durchführung von Projekten.

Zusätzlich werden Trainings für Management, Marketing und Fundraising angeboten. An einem im vergangenen Jahr organisierten NGO-Forum nahmen etwa 1000 Vertreter von NGOs und der Regierung sowie Kommunalpolitiker, Studenten und Wissenschaftler teil. Dabei zeigte sich, daß die Probleme in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich sein können. Darum ist für das Jahr 1998 eine

Konferenz geplant, die außer in Riga in vier weiteren Städten stattfinden soll. Ziel ist es, Akteure jeweils einer Region zusammenzubringen und die für diese Region spezifischen Probleme gemeinsam anzugehen.

Unterstützt wird die Arbeit der lettischen NGO-Zentren von der Dänischen Regierung, dem United Nations Development Programme (UNDP) und der Soros-Foundation-Latvia.

Das Zentrum gibt einen Newsletter „NGO News“ (in Lettisch, Russisch und Englisch) heraus.

### **„Sustainable Development“ – ein umstrittener Begriff**

Durch unsere Fahrt gewannen wir den Eindruck, daß in Litauen und Lettland ein breites Spektrum an Aktivitäten zum Thema „Nachhaltigkeit“ stattfindet. Dabei ließ sich bei einigen Gesprächspartnern eine gewisse Distanz gegenüber dem Begriff „Sustainable Development“ feststellen, was unter anderem damit zusammenhängen dürfte, daß es bislang in beiden Ländern keine Einigkeit über eine adäquate Übersetzung gibt.

Während in Lettland die Begriffe „ausbalancierte“ versus „langanhaltende Entwicklung“ zur Debatte stehen, gibt es in Litauen sogar vier Alternativen. Trotzdem läßt sich sagen, daß es auch ohne explizite Verwendung des Begriffs „Sustainable Development“ viele Initiativen gibt, deren Ziele dem Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen.

*Marion Feldmann und Agnes Gilka-Böttzow sind Studentinnen am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

Kontaktadresse: Dr. Christoph Zürcher, Garystr. 55, 14195 Berlin, Tel.: +49 30 838 3708, e-mail: zuercher@zedat.fu-berlin.de

## **Exkursion in die Ukraine**

Der Arbeitsbereich „Geschichte und Kultur“ veranstaltete vom 2. bis zum 13. August 1998 unter der Leitung von Prof. Dr. Hans-Joachim Torke eine Exkursion für Studenten der Osteuropäischen Geschichte, der Osteuropa-Studien und der Slavistik in die Ukraine, die einen Eindruck von möglichst unterschiedlichen Regionen des neuen Staates und vor allem den Zeugnissen der Vergangenheit vermitteln sollte. Die Reiseroute führte nach der Besichtigung Kiews per Schiff den Dnipro abwärts über Zaporizž'ja und Cherson in das früher „geschlossene“ Sevastopol'. Von dort aus wurden Ausflüge auf der Krim nach Jalta (Livadija) und nach Băgče Sarăi,

der ehemaligen Residenz der Krim-Tataren, unternommen. Die Weiterfahrt führte über Odessa nach Lemberg und von dort nach Kamjanec Podil's'kyj und zurück nach Kiev.

Die Exkursion war im Sommersemester 1998 durch ein Seminar vorbereitet worden und wurde durch eine großzügige Spende der Daimler Benz AG, Stuttgart, ermöglicht, da die Preise in der Ukraine z.T. eine unerhörte Höhe erklommen haben.

*Hans-Joachim Torke ist Univ.-Professor für Osteuropäische Geschichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

## Die slawische Miniatur

### Exkursionsbericht aus der sorbisch-katholischen Oberlausitz

*Chrystus je naša nadžija* – Jesus ist unsere Hoffnung, leuchtet es uns in goldenen Lettern entgegen. Der Bildstock vor der barocken Dorfkirche in Nebelschütz ist nur einer von vielen, die das Land im Dreieck von Kamenz im Westen, Bautzen im Osten und Wittichenau im Norden markieren. Aber für uns ist er einer der ersten. Jetzt wissen wir<sup>1</sup> genau, daß wir bei den katholischen Sorben angekommen sind.

„Wir sind so ein kleines Volk. Wir müssen hier bleiben, denn wir haben nichts anderes mehr.“ Kaplan Pitr Kral, Seelsorger am Kloster Marienstern, schlägt eines der wichtigsten sorbischen Themen an: die schwindende Substanz der Volksgruppe, zu der sich gegenwärtig noch – wohlwollend gezählt – etwa 80.000 Menschen bekennen. Die Zahl der aktiven Sprecher des Sorbischen ist noch niedriger: Schätzungen belaufen sich auf lediglich 20.000–30.000 Menschen, die außerdem keine einheitliche Sprache verwenden, sondern sich auf zwei unterschiedliche Schriftsprachen verteilen: Das Obersorbische in der Oberlausitz mit etwa 20.000 Sprechern, das Niedersorbische in der Niederlausitz mit 5000. Eine Miniatur also, die durch räumliche und sprachliche Zergliederung besonders zerbrechlich ist.

Die Zahlen sind das Ergebnis eines Schwunds, der bereits mit der deutschen Ostkolonisation seit dem 10. Jahrhundert begann. Zu diesem Zeitpunkt reichte das Siedlungsgebiet der Sorben bis zur Saale im Westen, bis über die Neiße im Osten, bis an den Rand von Berlin im Norden und bis ans Erzgebirge im Süden. Die Sorben nahmen, im Gegensatz zu den Elb- und Ostseeslawen, das Christentum friedlich an – ein Umstand, der zu ihrem Überleben beitrug. Dabei wurden sie von Beginn an in das deutsche Kirchenwesen einbezogen, konnten also nicht wie die Tschechen oder Polen über eigene Bischofsitze eine eigene Staatlichkeit befördern.

Zwiespältig wirkte sich die Reformation aus, in deren Folge 85 Prozent aller Sorben evangelisch wurden: Einerseits verwendete man nun das Sorbische erstmals in Predigt und Gemeindegesang, und aus dem Bauernvolk gingen sorbisch schreibende Pastoren hervor. Andererseits bemühten sich die evangelischen Landesherren vor allem im brandenburgischen Teil der Lausitz beharrlich, das Deutsche in den Kirchen durchzusetzen. Hinzu kam die allmähliche Germanisierung der Pfarrhäuser. Denn die evangelischen Pastoren durften heiraten, und tatsächlich ehelichten sie nicht selten Frauen aus dem deutschen städtischen Milieu.

Im 19. Jahrhundert kam auch für die Sorben die Zeit der „nationalen Wiedergeburt“, in der Pfarrer und Lehrer zu Schriftstellern wurden und ihr slawisches Volk zu Bewußtsein erweckten – mit einigem Erfolg. Doch spätestens mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871 nahm auch der Germanisierungsdruck zu, vor allem durch

die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Gründerzeit. Wer das sorbische Dorf verließ und in den rasch wachsenden Industriestädten Arbeit fand, ging in der Regel dem Sorbentum verloren. So gab es um die Jahrhundertwende noch 150–200.000 Sorben, mit fallender Tendenz.

Fatal wirkte sich schließlich die Politik der Nationalsozialisten aus, die ihre Slawenfeindlichkeit auch auf die Sorben übertrugen und 1937/38 alle sorbischen Organisationen verboten. Schon im deutschen Kaiserreich war es nicht gerade opportun gewesen, sich offen zum Sorbentum zu bekennen. Nun drohte den sorbischen Pfarrern und Lehrern, die sich nicht bereitwillig als „Deutsche“ deklarierten, Versetzung in deutsches Gebiet, Verlust des Arbeitsplatzes, KZ-Haft und nicht selten physische Vernichtung. Die Folge, eine tiefsitzende Angst, als „Wende“ ausgegrenzt und bedroht zu werden, ist bis heute spürbar – vor allem bei der älteren Generation.

In der DDR-Zeit dagegen wurde das kleine Volk als Minderheit anerkannt und großzügig gefördert. Doch die Zahl der Sorbischsprecher ging zwischen 1955/56 und 1987 von etwa 81.000 auf ungefähr 65.000 zurück, womit sie einen kritischen Grenzwert erreichte. Hier war es vor allem die Wirtschaftspolitik, die den Sorben zusetzte. Der Bezirk Cottbus, Zentrum der Niedersorben, wurde zum Kohle- und Energiezentrum des Arbeiter- und Bauernstaates ausgebaut; zwischen 1945 und 1989 fielen dabei 46 Dörfer und 27 Ortsteile der Kohle zum Opfer – mit verheerenden Folgen für die ländliche sorbische Kultur.

Das sieht auch Kaplan Kral so: „Es ist schon traurig“, sagt er, „wenn Menschen für die Touristen sorbische Trachten anlegen, aber kein Sorbisch mehr können.“ Kral dagegen kann es noch, denn Sorbisch ist seine Muttersprache. Er ist in jenem sorbischen „Kern“ der Oberlausitz aufgewachsen, der der Reformation widerstand. Die Besitzungen des Klosters Marienstern und des Bautzener Domstifts hielten zum Papst, und als Böhmen 1635 die ober- und niederlausitzischen Markgrafschaften an das protestantische Sachsen abtreten mußte, behielt der habsburgische Kaiser – als König von Böhmen – die Oberhoheit über die Lausitzer Katholiken. In Prag und Wien maß man der katholischen Enklave im protestantischen Gebiet einige Bedeutung bei und bemühte sich, gerade hier die Verbindung zwischen der Kirche und den Gläubigen zu stärken. So erlaubte das Erzbistum Prag 1726 die Gründung des Wendischen Seminars in der Moldaunmetropole, welches speziell mit der Ausbildung sorbischsprachiger Priester betraut wurde.

Während den protestantischen Sorben ein derartiges kulturelles Zentrum fehlte, entstand so bei den katholischen Obersorben eine Symbiose von Konfession und Nationalität – in doppelter Abgrenzung zum Deutschtum und zum Protestantismus.

Also kein Sorbentum ohne Katholizismus, kein Katholizismus ohne Sorbentum? Auf dem 20 Kilometer langen und 15 Kilometer breiten Atoll im deutsch-evangelisch-entkirchlichten Meer scheint diese Formel auch heute noch weitgehend zu gelten. In den acht Parochien Bautzen, Crostwitz, Nebelschütz, Ostro, Radibor, Ralbitz, Sdier, Storch und Wittichenau stehen nicht nur die katholischen Barockkirchen und Bildstöcke, sondern auch die sieben Grund- und sechs Mittelschulen, an denen Sorbisch Unterrichtssprache ist. Hier sind nicht nur die Straßennamen zweisprachig, was ja auch in weitgehend eingedeutschten Orten der Niederlausitz der Fall ist, sondern auch die Reklameschilder der Gewerbetreibenden. „Čerstwe barwy trjeba kraj“ verkündet der Malereibetrieb gegenüber dem Kloster – „Frische Farben braucht das Land.“

„Man hat zu DDR-Zeiten versucht, Sprache und Glaube zu trennen, alles Religiöse aus der Sorbischen Kultur herauszufiltern“, sagt Kaplan Kral. Dieser Versuch sei aber von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, denn „Gott spielt schon in unserer Sprache eine Rolle“. So bedanken sich die Menschen oft mit *zapłač Bóh* (Gott vergelt), einer christlichen Formel, die in DDR-Wörterbüchern fehlt: Hier heißt es *džakuju so* (ich danke). Die recht großzügige Förderung des Sorbischen in der DDR sieht Kral daher kritisch: Die Kommunisten hätten nicht die sorbische Kultur als solche unterstützt, sondern eine ideologisch verzerrte Form, die vor allem den Einfluß der Partei stabilisieren sollte.

Krals Kollege, der Crostwitzer Pfarrer Hrjehor, macht die Verbindung von Sprache und Glaube am konkreten Beispiel klar. In der täglichen Seelsorge komme man ständig in Versuchung, ins Deutsche zu fallen. Vor allem dann, wenn es um Dinge des modernen Lebens gehe, für die es im allgegenwärtigen Deutschen bereits ein allgemein akzeptiertes Wort gibt, im Sorbischen aber noch nicht. In einer Predigt habe er einfach *poslužnik* für „Fernbedienung“ gesagt, auch wenn der Begriff noch in keinem Wörterbuch stand – und alle wußten sofort, was er meinte.

Warum er sich als Pfarrer so intensiv um das Sorbische kümmert? Für Hrjehor ergibt sich die „philologische“ Arbeit nicht nur aus der Tradition, sondern auch aus der täglichen Erfahrung. „Die Sprache ist nun einmal das wichtigste Mittel der Seelsorge. Wir katholischen Priester in dieser Gegend sind alle überzeugt davon, daß mit dem Verlust der Sprache auch der Glaube verlorengehen wird.“

Daß es noch nicht so weit ist, wird uns bei der samstäglichem Abendmesse eindrucksvoll klar. Die Kirche von Crostwitz ist voll, die Menschen beherrschen die sorbischen Kirchenlieder, das Dorf geht fast geschlossen zur Kommunion. Dabei ist dieser Gottesdienst keine Ausnahme. Zwei Drittel der Katholiken in seinem Einzugsbereich, so Hrjehor, kommen regelmäßig in die Kirche. Das bedeute allerdings nicht, daß die Moderne an seinen „Schäfchen“ vorübergegangen sei: „Unsere sorbischen Familien sind mehr Kinder der Zeit, als es oft den Anschein hat. Es gab den ‘Pillknick’, den ‘Abtreibungsknick’, den ‘Wende-

knick’. Wenn das nicht so wäre, stünden wir mit unseren Zahlen viel besser da.“

Um Zahlen sorgt sich auch Herr Rjeda, Leiter der Čišinski-Schule<sup>2</sup> in Panschwitz-Kuckau. Damit er an seiner Schule Sorbisch als Unterrichtssprache aufrechterhalten kann, braucht er nach dem Willen der sächsischen Landesregierung mindestens 12 Schüler pro Jahrgang. Doch die sind schwer zu finden, nicht nur wegen der geburtenschwachen Jahrgänge. Denn die sorbischen Schulen, mit Ausnahme derer in Ralbitz und Crostwitz, haben sogenannte A- und B-Klassen, auf die sich die Schüler verteilen. Während in den A-Klassen das Sorbische die Unterrichtssprache ist, gibt es in den B-Klassen lediglich zwei bis vier Stunden sorbischen Sprachunterricht. Dieses System, von der DDR in den 60er Jahren eingeführt, basiert auf freier Elternentscheidung. Praktisch, so Rjeda, gibt es einen eindeutigen Trend zu B-Klasse – und damit weg vom Sorbischen. Denn der zwei- bis vierstündige Unterricht reicht keinesfalls aus, um die Sprache sicher zu beherrschen. Dagegen wählt nur noch ein Drittel Sorbisch als Unterrichtssprache. Bei Jahrgangsstärken von 15 bis 20 Kindern ist es schwierig, ausreichend große A-Klassen zusammenzustellen. Dabei hat das sächsische Kultusministerium bereits durchblicken lassen, daß es zur Erhaltung des sorbischen Schulwesens nicht jeden beliebigen Preis zahlen wird.

Oft ist es die Bequemlichkeit der Eltern, die in der Zweisprachigkeit mehr eine Last als eine Bereicherung sehen: „Sie entscheiden sich für die B-Klassen, weil das angeblich leichter ist“, sagt Rjeda. „Leichter“, so scheint es, ist immer das, was allgemein akzeptiert wird. Wo es seit Jahrhunderten als normal gilt, daß sich das Deutsche ausbreitet, das Sorbische dagegen zurückweicht, ist die Einigung auf Deutsch als Verkehrssprache tatsächlich das „Leichteste“. Stößt jemand, der nur Deutsch kann, zu einer Gruppe Sorben, so wird eine auf sorbisch begonnene Unterhaltung auf Deutsch weitergeführt. So ist es nicht nur in den Wirtshäusern der sorbisch-katholischen Dörfer, sondern auch im Gemeinderat von Panschwitz-Kuckau. Drei seiner sechzehn Mitglieder, erzählt Rjeda, könnten nur Deutsch. Daher werden die Sitzungen lediglich auf Sorbisch eröffnet und abgeschlossen, wogegen die eigentliche Tagesordnung auf Deutsch abgehandelt wird. „Mehr kann man nicht machen. Die Toleranz muß man haben.“

Angesichts dieser defensiven Haltung ist es kein Wunder, wenn Rjeda die Einstellung der deutschsprachigen Bewohner zum Sorbischen als „absolut loyal“ bezeichnet. „Das ist ja gerade der Vorteil, daß es hier nie politische oder soziale Konflikte gegeben hat.“ Aber die Kompromißbereitschaft hat auch eine Kehrseite: Je mehr sich die Kontakte mit der deutschsprachigen Umgebung ausweiten, desto mehr weicht auch das Sorbische zurück. Die mobile Industriegesellschaft kann unter diesen Bedingungen zur Totengraberin der Sprache werden. So wie im Falle der Kollektivierung Anfang der 60er Jahre, als Betriebe von mehreren tausend Hektar entstanden. An die Spitze der LPGs, die die traditionellen sorbischen Bau-

ernhöfe ablösten, setzte man SED-Führungskader, in der Regel Deutsche. Und natürlich kamen auch deutsche Traktoren, Mechaniker. Wieder funktionierte die „Lausitzer Toleranz“: Die Sprache zwischen den Alteingesessenen und den Neuankömmlingen war Deutsch – und das in der Landwirtschaft, einer alten Domäne des Sorbischen.

Was in diesen Jahren zerstört wurde, kommt auch heute nicht wieder. Denn die Kinder der sorbischen Bauern wollen sich oft nicht mehr im Beruf ihrer Eltern abmühen. Besonders dann nicht, wenn der Familienbetrieb nur noch in der Erinnerung der Alten besteht und tatsächlich erst mühsam wieder aufgebaut werden muß.

Dennoch – ein sorbischer Kern blieb in den Dörfern um das Kloster Marienstern erhalten. Auch für Rjeda ist dabei die Bedeutung der katholischen Kirche unzweifelhaft: „Je mehr Leute aus der Kirche austreten, desto weniger werden Sorbisch sprechen“, formuliert er umgekehrt wie Pfarrer Hrjehor, und doch im selben Sinne. Dabei habe die Rücksicht auf die katholisch-sorbische Tradition das DDR-System in manchen Punkten abgemildert: So hatten die Sorben an Rjedas Schule zu Fronleichnam und Ostermontag schulfrei, obwohl die DDR auf kirchliche Feiertage ansonsten keine Rücksicht nahm. Auch zur Jugendweihe ging nur ein kleiner Teil der Schüler: „Der ideologische Druck war bei uns lange nicht so groß wie an deutschen Schulen.“

Über die „Domowina“, die 1912 gegründete zentrale Institution des Sorbentums mit Sitz in Bautzen, kann man das nicht sagen. Sie wurde in der DDR großzügig subventioniert, aber auch ideologisch infiltriert. So konnte der Domowina-Verlag eine beeindruckende Fülle von sorbischen Titeln herausgeben – um den Preis politischer Loyalität. Es entstand dabei eine Funktionärsschicht, die einen Alleinvertretungsanspruch auf das sorbische kulturelle Leben entwickelte. Der junge Historiker Timo Meškank, der uns durch das barocke Bautzen führt, spürt in der Domowina bis heute diesen Schatten der Vergangenheit: „Trotz aller Umstrukturierung – der Geist ist immer noch der alte.“ Timo kritisiert dabei weniger eine konkrete politische Haltung als das „Denken, daß man das Sorbentum in konservierenden Strukturen erhalten könne.“ Nach den Vorstellungen der Kulturfunktionäre müßten alle sorbischen Aktivitäten explizit als solche definiert werden und im Rahmen der offiziellen sorbischen Institutionen stattfinden. Timo, der neben seiner Dissertation auch Gedichte schreibt und veröffentlicht, empfindet das als Beschneidung der kulturellen Vielfalt. Er habe Schwierigkeiten, in sorbischen Zeitschriften seine Texte zu veröffentlichen, weil sich sein Schaffen weniger auf das traditionelle Sorbentum als auf die Kunst allgemein bezieht: „Die wollen aber Texte haben, wo wenigstens einmal ‘serbski’ vorkommt.“

Auch Benedikt Dyrlich, Chefredakteur der einzigen sorbischen Tageszeitung „Serbske Nowiny“, möchte die ererbte Einseitigkeit der sorbischen Öffentlichkeit überwinden. So debattiert seine Redaktion immer wieder dar-

über, ob man nur über Kulturelles schreiben soll oder aber „über das ganze Leben.“ Denn das Streben nach kultureller Selbsterhaltung, nach Bewahrung von Sprache und Tradition zieht sich zwar wie ein roter Faden durch die sorbische Publizistik seit der Zeit der „nationalen Wiedergeburt“. Die Konzentration der Kräfte auf das Eigene, die Abgrenzung war dabei ohne Zweifel notwendig, um die sorbische gegenüber der übermächtigen deutschen Kultur zu etablieren. Doch heute, so Dyrlich, wollten die jungen Leute in den sorbischen Medien das ganze Leben repräsentiert sehen, „und nicht nur pathetische Reden über ein kulturelles Ereignis. (...) Wenn ich könnte, würde ich viel stärker auf die moderne Welt eingehen. Wir haben keine Jugendzeitschriften, keine Action-Bücher, kein sorbischer König wird umgebracht. (...) Wir trennen Sorbisch und Deutsch. Modern ist Deutsch, bodenständig ist Sorbisch. Damit grenzen wir uns aus, und das halte ich für einen Fehler. Man muß auch auf Sorbisch ein Motorrad auseinander- und wieder zusammenbauen können. Wer das schafft, sollte Favorit für den Čišinski-Preis sein. Das kann nämlich niemand. Aber wenn Sie das nicht können, kaufen die jungen Leute Ihre Zeitung nicht.“

Doch Dyrlichs Versuch, die „Serbske Nowiny“ auf die Leserschaft von morgen einzustellen, gerät zum Balanceakt. Denn er muß nicht nur die unterschiedlichen Wünsche der jüngeren und der älteren Lesergeneration beachten, sondern auch den finanziellen Rahmen. Eine kleine Tageszeitung braucht mindestens 50.000 Abonnenten, um wirtschaftlich arbeiten zu können. Die „Serbske Nowiny“ hat gerade einmal 1100 und ist damit auf staatliche Förderung durch die „Stiftung für das sorbische Volk“ angewiesen. Zur Zeit werden sämtliche Periodika des Domowina-Verlags mit jährlich 3,4 Millionen Mark subventioniert – eine Summe, die übrigens deutlich unter dem liegt, was das Bundesaußenministerium allein für die deutsche Zeitung in Nordschleswig ausgibt.

Aber selbst wenn die Mittel großzügiger bemessen wären, wäre der verdeckt ausgetragene Streit um ihre Verteilung noch lange nicht beendet. Auch hier spielen unterschiedliche Zielvorstellungen eine Rolle: Was soll sorbische Kultur in Zukunft ausmachen? Dyrlich erwähnt den Domowina-Verlag, der jährlich 40 Bücher herausgibt, zum Großteil schöngeistige Literatur. „Aber wollen die Jugendlichen diese Bücher überhaupt noch lesen? Sind für sie nicht inzwischen die Tagesmedien wichtiger?“, fragt er und vermutet im selben Atemzug, daß bei Kürzungen im Buchbereich „die Kollegen von der Kunst auf die Palme gehen“ würden. Denn viele von ihnen sähen sich noch immer als „Propheten des Volkes“ – eine Rolle, die die Schriftsteller größerer Nationen schon früher aufgeben mußten.

Auch der Gegensatz von Massen- und Elitekultur macht die Verteilung der sorbischen Kulturförderung von zuletzt 32 Millionen DM jährlich zu einem konfliktträchtigen Vorgang. So habe der Künstlerbund ein hervorragend besetztes Kammermusik-Konzert in Cottbus

mit 6000 DM gefördert – zum großen Vergnügen der sieben Zuschauer, die allesamt selber Komponisten waren.

Doch das größte Problem der Region und damit auch der Sorben sind nicht die Kultursubventionen, sondern die wirtschaftliche Lage. Die Lausitz hat mit über 20 Prozent die höchste Arbeitslosigkeit in Sachsen, und es herrscht Ausbildungsnotstand: Von 9000 notwendigen Ausbildungsplätzen fehlten Anfang April dieses Jahres noch 7000. Junge Leute, Sorben wie Deutsche, verlassen daher häufig ihre Heimat, finden Arbeit im Westen und kehren unter Umständen nie wieder zurück.

Aus sorbischer Sicht ergibt sich hier sogar eine Kontinuität zur DDR-Zeit, als mit den Handwerksbetrieben und Bauernhöfen die wirtschaftliche Basis des kleinen Volkes beseitigt wurde: „Wir haben als Sorben keine eigene Wirtschaft, die uns kulturell unterstützen könnte,“ sagt Dyrlich. In der Weimarer Republik gab es dagegen enge Beziehungen zwischen dem sorbischen Unternehmerverband, den sorbischen Vereinen und der katholischen Kirche – bis im Nationalsozialismus der Einbruch begann. Inzwischen entsteht zwar wieder ein sorbisches Unternehmertum; es ist aber, wie der Mittelstand in den neuen Bundesländern allgemein, noch schwach entwickelt.

Doch die offenen Grenzen schaffen nicht nur Gefahren, sondern auch neue Möglichkeiten. Für nationale Minderheiten wie die Sorben besteht die Chance vor allem im Austausch mit anderen europäischen Volksgruppen, die ähnliche Probleme, aber mitunter auch originelle Lösungsansätze haben. Die „Serbske Nowiny“, erzählt Dyrlich, steht in Kontakt mit anderen Minderheitenzeitungen, so daß ein ständiger Informationstransfer gewährleistet ist. Für die Zukunft ist eine gemeinsame Agentur der Volksgruppenredaktionen geplant, die die „großen“ Medien mit Informationen über die nationalen Minderheiten versorgen soll.

Hauptthema dieses Austauschs ist der Bereich, in dem staatliche Sprachenpolitik am stärksten wirkt – das Bildungswesen. Wie können es Minderheiten schaffen, die eigene Sprache fest im regionalen Schulwesen zu verankern? Das Beispiel der sorbischen A- und B-Schulen ist sicher nicht nachahmenswert, denn es hat dem Sog der deutschsprachigen Mehrheit und der allgemeinen Bequemlichkeit Tür und Tor geöffnet. Ein hoffnungsvoller Ansatz ist dagegen das sogenannte „Bretonische Modell“. Sein Grundprinzip besteht darin, daß in der Region, wo die Minderheit lebt, im Kindergarten nur deren Sprache zugelassen ist – egal, ob das Kind der Volksgruppe angehört oder nicht. Erst danach, ab der Grundschule, kann die Unterrichtssprache frei gewählt werden, jetzt aber mit wesentlich verbesserten Ausgangsbedingungen für die Minderheitensprache, deren Beherrschung auch für das „Staatsvolk“ allmählich zur Selbstverständlichkeit werden soll. Mittlerweile wird das „Bretonische Modell“ auch bei den Sorben getestet. In der Schleifer und Cottbusser Region hat der Sorbische Schulverband die Trägerschaft über „Modellkindergärten“ übernommen, in denen alles, vom Bauklötzchenspielen bis zum Zähneputzen, auf Sorbisch ablaufen soll – für sorbische wie für deutsche Kinder.

Doch ob importierte Modelle alleine einem Volk Selbstbewußtsein geben und den Rückzug seiner Sprache aufhalten können? Schließlich hat das „bretonische Modell“ ein emanzipatorisches Ziel, das nur dann erreicht werden kann, wenn es auch mit emanzipatorischem Elan durchgeführt wird. Es ist gemacht für Minderheiten, die ihre Besonderheiten erhalten wollen und sich deshalb wichtig nehmen. So wichtig, daß sie notfalls bereit sind, der Mehrheit auf die Füße zu treten. Die historische Überlebensstrategie der Sorben war dagegen anders: Nachgeben und Zusammenhalten. Und auch Dyrlich kommen Zweifel, wenn es um das politische Eintreten der Sorben für ihre eigenen Belange geht: „Die Sorben waren immer das Fußvolk. Ein solches Volk bekommt irgendwann einen Knacks und glaubt, daß es immer unterwürfig bleiben muß.“

*Běchmy, smy, budžemy* – wir waren, wir sind, wir werden sein. Das große Holzkreuz auf der Landstraße von Rosenthal nach Räckelwitz verabschiedet uns, wieder mit filigranen, vergoldeten Buchstaben. Wir wollen der Aufschrift glauben – aber haben wir auch Grund dazu? Die sprachliche Situation, das ist deutlich geworden, sieht eher düster aus. Aber das ist nicht alles. Denn „Sorbe“ ist letztlich, wer sich als Sorbe fühlt – selbst wenn er die Sprache nicht mehr kann. So ist die internationale anerkannte Definition von Volkszugehörigkeit, und so ist auch die Realität. In der Niederlausitz leben ungefähr 20.000 Menschen, die sich zum Sorbentum bekennen. Daß die meisten von ihnen kein Sorbisch mehr beherrschen, macht sie noch nicht automatisch zu Deutschen.

Ob auch die Obersorben zu einer solchen „Bewußtseinsnationalität“ werden, kann heute niemand voraussagen. Die institutionelle Förderung der Sprache und Kultur wird weitergehen, wenn auch abzusehen ist, daß die Mittel in Zukunft eher knapper werden. So wichtig diese Förderung ist, den Ausschlag für das Überleben des Sorbischen gibt sie nicht. Der Schulleiter Rjeda hat es auf den Punkt gebracht: „Wenn die Sorben sagen, wir wollen weiter Sorbisch sprechen, dann werden sie das tun. Es hindert sie keiner.“

**Klaus Buchenau** ist Mitglied des Graduiertenkollegs „Gesellschaftsvergleich in historischer, soziologischer und ethnologischer Perspektive“ und promoviert in Süd-osteuropäischer Geschichte.

<sup>1</sup> Wir? Wir sind eine achtköpfige Gruppe, die mit Dr. Siegfried Tornow, Privatdozent am Slavischen Seminar der FU, für vier Tage in die Lausitz gefahren ist. Die Exkursion war Teil des sprachwissenschaftlichen Hauptseminars „Feldforschung. Erstellung und Verschriftung von Dialektaufnahmen am Beispiel der obersorbischen Mundart von Kamenz“. Für die meisten war es die erste Begegnung mit dem kleinsten der slawischen Völker. Das verwundert nicht, denn das Sorbische wurde bislang in der Berliner Slawistik vernachlässigt – mit dem Ergebnis, daß mancher von uns sich besser in Bulgarien oder Sibirien auskannte als in der Lausitz. Das hat sich mit der Exkursion vom 21. bis 24. Mai 1998 geändert.

<sup>2</sup> J. Bart-Čišinski, Sorbischer Schriftsteller (1856–1909).

## Impressionen aus Armenien und Karabach

Gehört Armenien in eine „BOI“-Ausgabe mit dem Schwerpunkt „Neue Konstellationen: Europa, Osteuropa, Rußland“? Im Prinzip ja, denn das kleine Land begreift sich, wenn nicht geographisch, so doch kulturell und politisch als dem christlichen Abendland zugehörig. Europa beginnt, von Armenien aus betrachtet, in Rußland. Auch sechs Jahre nach dem Zerfall der UdSSR besitzen beide Staaten noch viele strukturelle Gemeinsamkeiten, etwa in den Konflikten zwischen ihrem Regierungs- und Staatsoberhaupt oder dem Staatsoberhaupt mit dem Parlament. Daß Armenien, zum Verdruß des übrigen Europa und vor allem der USA, Rußlands einziger Verbündeter auf dem Isthmus zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer ist, verleiht ihm eine zusätzliche geopolitische Bedeutung.

### Nach den Wahlen

Der Rücktritt von Präsident Lewon Ter-Petrosjan am 3. Februar 1998 kam nicht überraschend. Die Karabachbewegung, die ihm 1988 als Sprungbrett zur Macht gedient hatte, wurde ihm zehn Jahre darauf zum Verhängnis. Im Gegensatz zur Karabacher Führung, die ihrer Bevölkerung versprochen hat, nie wieder untergeordnete Beziehungen zu Aserbeidschan einzugehen, hatte die Regierung Ter-Petrosjans bereits 1996 ihre Bereitschaft zu einer Stufenlösung signalisiert, bei der die wichtigste Frage – der politische Status der international nicht anerkannten Republik Berg-Karabach – erst am Schluß verhandelt würde. Diese Kompromißbereitschaft machte Ter-Petrosjan zwar zum beliebten Verhandlungspartner für die OSZE, die sich seit 1992 vergeblich als Vermittlerin abmüht, trug ihm aber bei der Opposition und in Karabach den Vorwurf ein, nationale Grundinteressen aufs Spiel zu setzen. Es nutzte auch nichts, daß Ter-Petrosjan kurz vor der OSZE-Außenminister-Konferenz in Kopenhagen Mitte Dezember 1997 seinen Außenminister zurückpiffte: Der antipräsidentiale Schulteranschlag der Opposition mit den beiden Schlüsselministerien Armeniens, dem Innen- und Sicherheitsministerium unter der Leitung von Serge Sargsjan sowie dem Verteidigungsminister Wasgen Sargsjan (nicht verwandt mit S. Sargsjan) war bereits erfolgt. Die regierende Parlamentsfraktion *Hanrapetutjun* („Republik“) zerfiel, als 50 ihrer Angehörigen zu der im Oktober 1997 gebildeten Parlamentsgruppe des dem Verteidigungsminister nahestehenden Veteranenvereins „Jerkrapah“ überwechselten, die derzeit über 70 der insgesamt 190 Sitze in der Nationalversammlung kontrolliert. Mit etwa 15.000 Angehörigen ist der bis zum Herbst dezidiert regierungstreu auftretende Patriotenverein, der die sozialen und politischen Belange der 10.000 ehemaligen Karabachkämpfer aus der Republik Armenien vertritt, die mitgliederstärkste und einflussreichste Organisation des Landes.

Anfang Januar 1998 versuchte Ter-Petrosjan auf einer Geheim Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, Premier-

minister Robert Kotscharjan zum Rücktritt zu drängen. Kotscharjan, ein Weggefährte Ter-Petrosjans am Beginn der Karabachbewegung 1988, hatte sich lange mit Meinungsäußerungen zu den Konfliktbeilegungsmodellen zurückgehalten, bis er im November 1997 bei einem Frankreichbesuch offen die Stufenlösung kritisierte. In seiner Heimat Karabach besitzt Kotscharjan seit jenen Tagen, als er noch Parteikader im Stepanakerter Elektrowerk war, das Charisma großer Glaubwürdigkeit und Unbestechlichkeit. Man rechnet ihm dort hoch an, daß er selbst in schwierigsten Kriegszeiten seine Familie nicht evakuierte. Kotscharjan amtierte in Karabach 1992 bis 1994 als Regierungschef mit Sondervollmachten und übernahm den Vorsitz über das Staatskomitee für Nationale Verteidigung im August 1992, als die aserbeidschische Armee bereits ein Drittel Berg-Karabachs besetzt hatte. Am 24. Dezember 1994 ernannte ihn das Parlament Karabachs zum Präsidenten, am 24. November 1996 wurde er bei allgemeinen Wahlen zum Staatspräsidenten gewählt, am 19. März 1997 berief ihn sein Kollege Ter-Petrosjan zum Regierungschef der Republik Armenien. Deren Verfassung entsprechend wurde Kotscharjan nach Ter-Petrosjans Rücktritt Amtierender Staatspräsident, bis er in zweiter Wahlrunde bei vorgezogenen Präsidentschaftswahlen mit 60 Prozent der Stimmen bestätigt wurde. Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte die Legalisierung der von Ter-Petrosjan Ende 1994 verbotenen, vor allem in der Diaspora einflussreichen Traditionspartei *Daschnakzutjun* und die Haftentlassung ihrer in rechtlich höchst fragwürdigen Strafverfahren verurteilten Führer, wofür ihn die dankbaren Daschnaken bei der Wahl unterstützten. Die im September 1996 zum zweiten Mal in die (sozialdemokratische) Sozialistische Internationale aufgenommene Partei stellt im neuen Kabinett von Regierungschef Armen Darbinjan inzwischen zwei der 22 Minister, nämlich für die Ressorts Wissenschaft und Bildung sowie Kultur, Jugend und Sport. Mit dieser politisch wenig riskanten, doch ehrenvollen Beteiligung der *Daschnakzutjun* an der Regierung wiederholt die Republik Armenien exakt die Kabinettsstruktur Karabachs, wo der Daschnake Armen Sargsjan schon längere Zeit das Kultur- und Jugendministerium leitet. Ein Indiz für die "Karabachisierung" Armeniens?

Änderungen sind auch im Verhältnis zur Diaspora zu erwarten. Während Ter-Petrosjan kategorisch Doppelstaatsbürgerschaften ablehnte, hat Kotscharjan den Auslandsarmeniern eine entsprechende Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes in Aussicht gestellt. Die Türkeipolitik soll sich ebenfalls ändern. Ihre bisherigen Schwankungen lassen sich an der Konzeption wissenschaftlicher Kongresse zum Völkermord an den Armeniern ablesen. Der erste derartige Kongreß beendete 1990 Jahrzehnte der sowjetischen Tabuisierung dieses Themas. Der zweite Kongreß bildete eine patriotische Pflichtübung aus Anlaß des 80. Jahrestrauertages 1995, deren

Organisatoren sich im Sinne einer bedingungslosen Annäherung an die Türkei bemühten, den Völkermord als historisch abgeschlossene Etappe ohne aktuelle politische Bedeutung zu behandeln. Einerseits wurde unter Ter-Petrosjans Regierung ein Genozid-Museum und -Institut an der Nationalen Akademie der Wissenschaften ins Leben gerufen, andererseits dessen Aktionsradius eng gehalten. Museumsdirektor Prof. Lawrenti Barserjan freute sich deshalb, als es ihm im Mai endlich gelang, die letzten drei Monatsgehälter für seine Angestellten loszueisen. Die internationalen Konferenzen, die er mit der Verfasserin dieses Berichts für 1999 konzipierte, sollen sich deutlich von den bisherigen Ansätzen unterscheiden: Jetzt soll Rückschau auf das 20. Jahrhundert als ein Jahrhundert der Völkermordverbrechen gehalten werden, um den Genozid für immer als politisches Instrument zu ächten. Zeitlich und räumlich getrennte Ereignisse in Kleinasien und dem Transkaukasus sollen bei dieser Retrospektive in einen politisch-ideologiegeschichtlichen Zusammenhang gestellt werden, die Zusammenarbeit zwischen Stepanakert und Jerewan bei der Durchführung von Ausstellungen und Konferenzen ist angestrebt.

### Tag des Sieges

Wenn es heute in Karabach knallt, dann nicht mehr an der Front, sondern beim Straßenbau. Die von der einstigen armenisch-aserbeidschanischen Grenze durch das Korridorgebiet zur Hauptstadt Stepanakert führende Fernstraße muß, nach aserbeidschanischer Vernachlässigung, Kriegs- und Wetterschäden, dringend erweitert und ausgebessert werden. Der 10 Millionen Dollar (USD) teure Bau wird von der „Gesamtarmenischen Stiftung“ und damit von den etwa 5,5 Millionen Auslandsarmeniern bezahlt. Ohne ihre Hilfe wäre nicht einmal die Republik Armenien überlebensfähig, die der Diaspora allein 1997 über 350 Millionen USD verdankte.

Die Ausbesserungsarbeiten haben inzwischen beinahe Schuschi erreicht. Karabachs historisches Zentrum thront auf 1400 Metern Höhe auf einem senkrecht abfallenden Kalksteinplateau und geht auf die Festung eines armenischen Adligen zurück, die erstmals ein Gesandter Peters I. 1725 erwähnte. Die in ihrem Schutz aus örtlichem weißen Marmor errichtete Stadt läßt selbst noch in ihren Ruinen große Schönheit erkennen. Schuschi bildete, mit Druckereien und Hochschulen, das namhafteste Kulturzentrum des östlichen Transkaukasus nach Tbilissi. Die Wunden, die der Krieg schlug, sind zumeist alt: Kurz vor der Sowjetisierung Aserbeidschans eroberten aserbeidschanische Streitkräfte mit türkischen und kurdischen Hilfstruppen die Stadt und brannten die armenischen Viertel am 23. März 1923 nieder. Von den etwa 22.000 armenischen Einwohnern konnten nur sechstausend fliehen, alle übrigen wurden massakriert. Schuschi blieb bis Anfang der 60er Jahre beinahe unbewohnt, dann begann mit seiner Neubesiedlung durch Aserbeidschaner die Zerstörung armenischer Baudenkmäler: des alten Friedhofs, der

Wohnviertel sowie der meisten Kirchen. Nur die Jungfrauenkirche sowie die „Erlöser“-Kathedrale im zentralen Stadtteil Rasantschezoz überdauerten, letztere als Munitionsdepot der Aserbeidschaner.

Stepanakert, mit etwa 50.000 Einwohnern die Hauptstadt des Autonomen Gebiets Berg-Karabachs, wurde seit Dezember 1991 von Schuschi und anderen höhergelegenen Stellungen aus angegriffen. Aus Stepanakerter Perspektive war die Einnahme Schuschis am 9. Mai 1992 ein Akt der Selbstverteidigung, dessen man seither jährlich gedenkt: Erst am sowjetischen Mahnmahl für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges in Stepanakert, an das sich ein Heldengedenkfriedhof für die Gefallenen des Krieges von 1991–1994 anschließt, danach in Schuschi selbst, wo heute wieder 5.000 Armenier leben. Aus finanziellen Gründen fiel die Militärparade 1998 aus, doch oberhalb der Schuschi-Schlucht war unter freiem Himmel ein Festbankett für die Staatsführung Karabachs und ihre Gäste angedacht. Ein Petersburger Geschäftsmann, der schon in Finnland Holzwerke besitzt, berichtete, daß er in Karabach eine Parkettfabrik mit 170 Arbeitsplätzen eröffnet hat ... In Stepanakert drückt sich wirtschaftlicher Optimismus im Bau von Hotels, öffentlichen und vor allem privaten Wohnhäusern aus. Das Baumaterial stammt aus dem Iran, dem wichtigsten Außenhandelspartner Armeniens und Karabachs außerhalb der GUS.

Für die Bevölkerung gab es am Siegestag in Schuschi und Stepanakert öffentliche Rockkonzerte. Die Abwechslung war höchst willkommen, denn besonders die Jugend leidet darunter, von der Außenwelt abgeschnitten zu sein: „Stellen Sie sich vor, Sie könnten niemals in das Land Ihrer Studiensprache reisen“, klagen Marina und Luisa. Die beiden haben 1997 ihr Germanistikstudium mit Auszeichnung absolviert und gehören zu jenen Glücklichen, die bei der Regierung Arbeit fanden. Aber eine Deutschlandreise liegt jenseits des Möglichen, solange Berg-Karabach die internationale Anerkennung versagt bleibt und seine Bürger von deutschen Auslandsvertretungen als Angehörige Aserbeidschans betrachtet werden. Die deutsche Botschaft zu Jerewan verweist Antragsteller aus Berg-Karabach an die Visumsabteilung der deutschen Botschaft zu Baku. Vor den Bakuer Armenierpogromen ist Marina 1990 mit ihrer Familie ja gerade geflüchtet.

Um ihre Solidarität mit der armenischen Minirepublik auszudrücken, erklimmte eine internationale Delegation am 7. Mai 1998 den Kirs (2725 Meter), einen der höchsten Gipfel Karabachs, und hißte auf seinem Felskamm unter Führung der Karabacher Bergwacht und der Stellvertretenden Sprecherin des britischen Oberhauses die Fahnen Großbritanniens, Schottlands, Finnlands, Deutschlands und Berlins.

*Dr. phil. Tessa Hofmann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Dokumentationszentrum des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.*

## Der „sozialistische Bruderkuß“

„Sagen Sie mal, meinen Sie das eigentlich ironisch? Sie wollen doch nicht allen Ernstes eine wissenschaftliche Arbeit über den Bruderkuß schreiben? Von der historisch arbeitenden Kommission unserer Partei ist niemand bereit, sich mit Ihnen zwecks einer Befragung zu treffen.“ Erwin Müller, Pressesprecher der Berliner Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) im Februar 1996.

„Soso, eine Arbeit über den sozialistischen Bruderkuß wollen Sie schreiben.... Es war einfach eine Begrüßung, wie es sie in Lateinamerika oder Südeuropa auch gibt. Aber den sozialistischen Bruderkuß, nee, den gab es nicht.“ Franz Jashnowski, ehemaliger Protokollchef der DDR, am 14.2.1996.

Eine Nachrichtensendung im Fernsehen berichtet von einem Staatsbesuch: Der Staatschef X besucht den Staatschef Y. Die Bilder, die wir sehen, zeigen einen Flughafen, einen roten Teppich und einige Menschen, die den Gast erwarten. Als dieser erscheint, begrüßen sich die beiden Staatschefs und küssen sich dabei eng umarmt. Wir wissen sofort: Es handelt sich um zwei sozialistische Staatsmänner. Der Kuß ist als „sozialistischer Bruderkuß“ in unserer Vorstellungswelt verankert, wenn er auch seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft aus den Fernsehnachrichten und dem politischen Grußrepertoire verschwunden ist. Wieso erklärt sich die Szene allein durch den Kuß? Weil es sich bei diesem Kuß um ein politisches Symbol handelt, das uns mehr sagt als die Szene, in der es stattfindet.

Diesem Symbol, seinen Ursachen und Wirkungen habe ich in meiner Magisterarbeit nachgespürt.<sup>1</sup> Meine Hauptthese dabei ist: Das religiöse Symbol des orthodoxen Osterkusses wurde als gemeinschaftsstiftendes politisches Symbol in das Begrüßungsritual von Kommunisten und Kommunistinnen eingebaut, um die Brüderlichkeit und Solidarität untereinander zu verdeutlichen. Zur Unterstützung dieser These habe ich mich von folgenden Fragen leiten lassen: Wieso benutzten die sozialistischen Staatsmänner gerade dieses Symbol, um sich zu begrüßen? Wo liegen die Wurzeln der Begrüßung mit dem Bruderkuß? Warum ist er in ein offizielles Begrüßungsritual eingebettet? Welcher Mythos sollte durch den Bruderkuß transportiert werden und was sollte er verdeutlichen? Bei der Suche nach den Wurzeln des Bruderkusses be-

trachte ich somit nicht nur den historischen Zusammenhang, sondern beschäftige mich auch mit der gesellschaftlichen Verarbeitung von Realität und deren Bedeutungszusammenhängen.

Die Geschichte des Bruderkusses verläuft in aufeinanderfolgenden Phasen:

1. Als Symbol der Gleichheit, der gemeinsamen sozialen Wirklichkeit, der Brüderlichkeit und der Solidarität war die Umarmung mit dem Kuß, der seine Wurzeln in der Zünftetradition hat, Ausdruck der überschwenglichen Freude, des Pathos, des Enthusiasmus der Arbeiter und Arbeiterinnen der Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden Arbeiterbewegung. In den ersten Jahren nach der Russischen Revolution und der entstehenden



Aus: Meyer, Thomas 1992: *Die Inszenierung des Scheins*. Frankfurt am Main, Seite 155

Kommunistischen Internationale (KI) erlebte er eine Veränderung. Aus dem spontanen Austausch von Küssen, die Begeisterung und die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse ausdrückten, wurde eine Begrüßung unter kommunistischen Genossen und Genossinnen. Diese Transformation vollzog sich durch die Vermengung zweier Inhalte: dem spontanen Austausch des Kusses und dem russisch-orthodoxen Bruder- oder Osterkuß. In den Anfängen der KI liegt also die Wiege des politischen Bruderkusses. Um die symbolische Bekräftigung der Gleichheit und des Zusammen-

gehörigkeitsgefühls durch den Bruderkuß richtig verstehen und nachvollziehen zu können, ist es wichtig, sich die damalige Situation vorzustellen: Viele Kommunisten und Kommunistinnen, Sozialisten und Sozialistinnen verschiedener Gruppierungen hatten sich auf die lange, mühsame und gefährliche Reise in das von Feinden umringte, isolierte Rußland gemacht, das Zentrum aller weltrevolutionären Träume und Pläne. Freude, Optimismus, Aufbruchstimmung und die endlich erfahrene internationale Solidarität fanden ihren Ausdruck in stürmischen Umarmungen und in Küssen. Der Ursprung dieser Bruderküsse liegt im orthodoxen Bruder- oder Osterkuß. Dieser besaß durch seine Verankerung in den Ritualen der orthodoxen Kirche für die meisten russischen Menschen eine starke Aussagekraft und wurde in täglichen Begegnungen ausgetauscht. Die Umarmung und der Kuß waren also einerseits Ausdruck der überschwenglichen Freude, der Brüderlichkeit und Gleichheit, ähnlich wie bei den Arbeitern und Arbeiterinnen, und andererseits als bekanntes Ritual und Symbol der orthodoxen Kirche inte-

graler Bestandteil der sozialen Realität der Menschen in Rußland. Diese beiden Ebenen des Bruderkußes und ihre Verschmelzung machten ihn zum idealen Symbol der Verbrüderung und Solidarität der Kommunisten und Kommunistinnen, also zu einem politischen Symbol. Ausgehend davon, daß Symbole den jeweiligen kulturellen und sozialen Bedingungen der Menschen angepaßt sind und auch nur in diesem Kontext verstanden werden können, hätte der Bruderkuß eigentlich auf die Menschen im Einzugsgebiet der orthodoxen Kirche beschränkt bleiben müssen. Aber Brüderlichkeit und Solidarität als gemeinsame Gesinnung und die Bereitschaft, für politische und soziale Ziele einzutreten, waren auch innerhalb der sozialen Realität der Kommunisten und Kommunistinnen, die nicht der orthodoxen Kirche angehörten, verankert. Der Bruderkuß war also auch für sie ein ideales Symbol, um diese Werte auszudrücken.

2. In den ersten Jahren der KI verwendeten die kommunistischen Genossen und Genossinnen den so entstandene Bruderkuß als Symbol der internationalen Verbrüderung und Solidarität, der gemeinsamen Beziehungen, Werte und Normen sowie der Gleichheit. Ruth von Mayenburg, die lange Jahre im Hotel Lux in Moskau lebte, in dem die meisten KI-Delegierten untergebracht waren, beschreibt sehr genau, wie sich im Vorfeld des III. Weltkongresses der KI vom 22.6.–12.7.1921 Kommunisten und Kommunistinnen zu begrüßen pflegten:

„Schon auf dem Schiff hatte es internationale Verbrüderungen gegeben: Deutsche umarmten ihre französischen Genossen, die Schweizer ihre italienischen und alle miteinander die Schiffsmannschaft, den Kapitän mit dem altrussischen Osterkuß rechts, links, rechts auf die Wangen“ [...] (Ruth von Mayenburg 1991: 73f.).

Diese Verbrüderungsszenen darf man sich nicht als Massenveranstaltung vorstellen, es waren nicht Hunderte von Delegierten, die sich auf diesen Reisen trafen. Es war das Begrüßungsritual einzelner und kleiner Gruppen, die sich solidarisch und voller Freude durch den Kuß zu erkennen gaben und damit ihre Zugehörigkeit zur Familie der Kommunisten und Kommunistinnen signalisierten. Die Brüderlichkeit und die Solidarität als Grundwerte und Gefühle, die nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz ergreifen, sind das, was der Bruderkuß innerhalb der beginnenden Arbeiterbewegung und später in der Kommunistischen Internationale ausdrückte. Zu dieser Zeit besaß der Bruderkuß noch seine ursprüngliche Aussagekraft und zeigte die solidarische internationale Zusammengehörigkeit der Genossen und Genossinnen. Dies sollte sich aber bald ändern.

3. Nachdem die Sowjetunion den Kurs in der Kommunistischen Internationale diktierte und nationale Interessen der Sowjetunion in den Vordergrund traten, verlor der Bruderkuß in der Zeit des Stalinismus immer mehr seine Bedeutung. Er wurde immer seltener gebraucht. Dies ist der Zeitraum, auf den sich von Mayenburg bezieht, wenn sie von der Mutation des Bruderkußes zum Judaskuß

spricht: „Nun gehört diese Art Begrüßung zwischen West und Ost, Ost und Ost zum diplomatischen Ritual; es hat kaum mehr etwas mit dem ursprünglichen Bruderkuß gemein, der allzubald auch in der Kommunistischen Internationale zum Judaskuß entartete [...]“ (ebd.: 73f.). Nach Ansicht von Mayenburg handelt es sich um einen Judaskuß, weil Ziele und ursprüngliche Inhalte der KI verraten wurden. Somit wurde der Bruderkuß, der seine einstige symbolische Bedeutung, nämlich Solidarität und Brüderlichkeit zu vermitteln, verloren hatte, zu einem politischen Mythos.

4. Zum „sozialistischen Bruderkuß“ wurde er erst in der Zeit der „begrenzten Vielfalt in der Einheit“, der Zeit der Suche nach neuen zwischenstaatlichen Beziehungen und Zusammenhalt innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft in der Nachstalinära. Als Gründungsmythos der Kommunistischen Weltbewegung wurden die Brüderlichkeit und die Solidarität unter Chruščev in den sechziger Jahren wiederentdeckt. Dieser Mythos wurde in ein offizielles Begrüßungsritual eingebunden und im „sozialistischen Bruderkuß“ als Symbol verdichtet. Die Einführung des „sozialistischen Bruderkußes“ während dieser Zeit zeigt beispielhaft die Grundfunktionen eines politischen Mythos: Mit Hilfe des Mythos der Brüderlichkeit und Solidarität, die im Bruderkuß beschworen wurden, legitimierten die politischen Eliten in den sozialistischen Ländern ihren Zusammenhalt und ihre Identität. Dazu bedienten sich die politischen Führer eines alten Urmythos und konstruierten daraus eine eigene Geschichte. Diese Methode wird in der strukturalistischen Mythenforschung *bricolage* (franz. *bricoler* = basteln) (Claude Lévi-Strauss zit. nach Sabine Behrenbeck 1996:49) genannt: „Ein neuer Mythos wird gebildet, indem vorgefundene und meist bedeutungslos gewordene Inhalte aus ihren ursprünglichen Zusammenhängen gelöst und durch einfallsreiche Kombination einer neuen Intention untergeordnet werden“ (ebd.: 49).

Der Bruderkuß bot die Möglichkeit, den Anpassungsdruck an die sich wandelnden Lebensbedingungen und politischen Bedingungen zu mildern und Gemeinsamkeit innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft herzustellen. Allerdings verstärken „die durch einen politischen Mythos genährten Vorstellungen [...] vor allem bei ängstlichen Gemütern die Meinung, die gegenwärtigen Zwänge seien unabänderlich, sie fördern eine Disposition, nach möglichen Alternativen gar nicht erst zu forschen“ (Murray Edelman 1990:104). Aus diesem Grund kann Mythenbildung der Entlastung der politischen Eliten dienen, weil nichts völlig Neues geschaffen, sondern Vorhandenes und allgemein Bekanntes rezipiert und zugleich verändert wird. Die politischen Führer bedienten sich des Mythos und schöpften daraus Vorteile für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen und ihrer Herrschaftssicherung.

Repräsentative Akte wie die Begrüßung sozialistischer Staatsmänner sind Formen der Darstellung, die rituellen Charakter haben und durch die Herstellung bzw. Bestäti-

gung von Gruppenidentität integrierend nach innen und abgrenzend nach außen wirken (vgl. Hedda Ragotzky/Horst Wenzel 1990: 8). Rituale und die in ihnen eingeschlossenen Symbole haben einerseits eine identitätsstiftende und konfliktentlastende Wirkung, sie dienen andererseits durch ihre Instrumentalisierung der Beeinflussung der Menschen. Wirksame Verdichtungssymbole wie der Bruderkuß werden durch das Leben „in der sozialen Textur“ (Murray Edelman 1990: 17) geschaffen. Rituale Begrüßungen wiederum zeichnen sich durch ihren genau geregelten interaktiven Ablauf, die Bedeutung, die der Konsensgedanke für sie hat, und durch ihre identitätsbildende und -sichernde Funktion aus. Das öffentliche Ritual ist ein unmittelbar oder über Massenmedien vermittelter Vorgang mit ausdrücklicher Beteiligung des Publikums, bei dem die Inszenierung in Hinblick auf dieses Publikum (etwa eine Nation oder auch die Weltöffentlichkeit) im Vordergrund steht. Die Zeremonie der Ehrerbietung und Kontaktaufnahme, die innerhalb von privaten Begegnungen nur den einleitenden Teil einer



Aus: Fauche, Xavier / Noetzlin, Christiane 1990: 'Küsse mich, sonst küß'ich dich'. Frankfurt am Main/Berlin

Interaktion ausmacht, hat sich bei öffentlichen Begrüßungsritualen zu einem komplexen Handlungsschema entwickelt, bei dem nicht mehr die persönlichen Beziehungen zwischen den einzelnen sich Begrüßenden, sondern das Verhältnis zwischen Staaten oder Nationen dargestellt werden soll. Aus diesem Grund ist ein Vergleich des Begrüßungsrituals sozialistischer Staatschefs oder Delegationsleiter, die Umarmung und der Wangen- oder Mundkuß mit Begrüßungsritualen anderer Kulturen, die ebenfalls das Küssen als Begrüßung kennen, wie z.B. in Südeuropa, im arabischen Raum oder in Lateinamerika, unmöglich. Die Umarmung und der Kuß sind in diesen Kulturen der Familie, engen Freunden und nahen Verwandten vorbehalten und somit eine sehr persönliche Sache.

Innerhalb des Begrüßungsrituals verdichteten sich die verschiedenen Bedeutungsinhalte des Kusses. Die rituelle Begrüßung mit dem Kuß stand für die Aufnahme in einen speziellen sozialen Kreis und war dadurch Erkennungszeichen der Gruppenzugehörigkeit zur Familie der Bruderländer und Bruderparteien. Mit dem Kuß der Gleichrangigkeit konnten die Politiker einerseits ihr gegenseitiges Vertrauen demonstrieren und gleichzeitig ihr tatsächliches Machtverhältnis zueinander verschleiern.

Zudem spiegelt sich in dieser rituellen Begrüßung die Repräsentationsfunktion wider, die der Kuß im Mittelalter hatte. Sie drückte die Verbundenheit mit der sozialen Einheit und den ideologischen Inhalten aus. Als Friedenskuß symbolisiert er zudem die Eintracht unter diesen Ländern und schließlich könnte man sogar sagen, daß er als Initiationskuß die Übergabe des Atems, des Pneuma, des Geistes des Sozialismus von Mund zu Mund symbolisiert. Da der „sozialistische Bruderkuß“ auf sozialistische Staaten beschränkt war, galt er gleichzeitig als Abgrenzungssymbol gegenüber dem Klassenfeind, der nicht zur Brudergemeinde der sozialistischen Staaten gehörte. Dieses im internationalen offiziellen politischen

Grußrepertoire eher ungewöhnliche, weil sehr körpernahe Symbol könnte auch die Nähe des Volkes mit den Repräsentanten ausgedrückt haben. Der Arbeiterstaat DDR wird durch den Dachdecker Honecker repräsentiert, der seine Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat und seine Nähe zum Volk durch die Begrüßungsgeste ausdrückt. Die Umarmung und der Kuß

fungierten hierbei als Abgrenzung gegenüber den starren Regeln des Zeremoniells der unpersönlichen Begrüßungen von Berufspolitikern mit Handschlag in kapitalistischen Ländern.

Die Funktion des Bruderkusses war die Absicherung der Machtverhältnisse. Die Überzeugungsstrategie, die im Zeremoniell eingesetzt wurde, entsprach keinen rational nachvollziehbaren Argumenten, sondern der rituelle Ablauf symbolisierte und legitimierte die tatsächlichen Machtverhältnisse. Die Selbstdarstellung im Ritual diente als Beweis für die Berechtigung der Politik. Den Menschen innerhalb der sozialistischen Staaten war die Rolle des jubelnden Publikums zgedacht, sie waren aufgefordert, die Route, über die der Staatsgast fahren sollte, zu säumen und unablässig ihre Winkelemente zu schwingen. Sie sollten durch ihre Begeisterung und freudige Begrüßung ihren Glauben an die sozialistischen Bruderbande demonstrieren. Durch die Rolle des Publikums im Begrüßungsritual bestätigten die Menschen die politische Entscheidung der Führung und erlebten sich als gemeinsames Teil der Inszenierung. Das gemeinsame Tun erzeugte ein Wir-Gefühl, das – in einen größeren Zusammenhang gebracht – das „Wir“ der sozialistischen Gemeinschaft und das „Wir“ der Kommunistischen

Weltbewegung bedeutete. Dieses Wir-Gefühl – interpretiert als Geborgenheit innerhalb der riesigen Bewegung – förderte die Identifizierung mit der Führung und dem Staat. Der Bruderkuß war ein Baustein innerhalb des kommunistischen Vokabulars der Brüderlichkeit, die immer wieder beschworen wurde. Durch die permanente Einsetzung des Begriffs, der einen „ewigen Wert“ ausdrückte, wurde der Eindruck erzeugt, diese Brüderlichkeit könne nicht hinterfragt werden, ohne an den Grundfesten der sozialistischen Gemeinschaft zu rühren. Aufgabe des Bruderkusses war, die Inhalte der Freundschaft und Brüderlichkeit, Gleichheit und Solidarität der Bruderländer untereinander zu symbolisieren. Denn politischen Symbolen liegt die Eigenschaft zugrunde, konzentriert jene besonderen Bedeutungen und Emotionen herauszustellen, die sich die Angehörigen einer Gruppe schaffen und die sich wechselseitig verstärken. Die Bewohner und Bewohnerinnen der einzelnen Länder, die Zuschauer und Zuschauerinnen des Rituals sollten sehen, daß sich die Bruderländer, personifiziert durch die jeweiligen Offiziellen, begrüßen wie Freunde. Die Botschaft lautete in Kurzform: Wir gehören alle zur großen Familie der Bruderländer und -parteien, wir verstehen uns gut, es gibt keine Probleme und der Frieden ist gesichert. Die alltägliche Legitimation der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse vollzog sich über das symbolische Kapital (Pierre Bourdieu 1985: 10f.) als unumstrittene Anerkennung und Wertschätzung der Partei und der offiziellen Stellvertreter des Volkes. Daraus schöpfte der Staat die symbolische Macht, ja sogar die symbolische Gewalt, den Bruderkuß als politisches Symbol einzusetzen. „Symbolische Gewalt ist die Macht, die Geltung von Bedeutung bei anderen Menschen mit Hilfe von Zeichen mit dem Effekt durchzusetzen, daß diese anderen Menschen sich mit der geltend gemachten Bedeutung identifizieren“ (Harry Pross 1981: 114).

### Weiterführende „Bruderkußforschung“

Nach dem Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft in Osteuropa stellt sich die Frage nach dem Fortbestehen des Symbols. Behielten die verbliebenen sozialistischen Staaten dieser Welt das Symbol bei, oder war es ein vom „großen Bruder“ Sowjetunion initiiertes Ritual? Für die weitere Untersuchung des Symbols wäre es interessant, die verbliebenen sozialistischen Staaten und kommunistischen Parteien bezüglich ihrer jetzigen Begrüßungsformeln zu untersuchen.

Bei meiner Forschung über den „Bruderkuß“ ist mir in verschiedenen westdeutschen, nichtsozialistischen Medien eine Benutzung des Wortes aufgefallen, die sich nicht mit meinen Erkenntnissen über seine Entstehung, seine Ausführung und seine Funktion deckt. Offenbar wird der Kuß hier vor allem im Bereich zwischenmenschlicher Zuneigung und Liebe verortet, die Bedeutung des „Bruderkusses“ kann damit ins Lächerliche gezogen werden. „Bruderkuß? Schwesterkuß? Oder Eheleutekuß?“ so

kommentierte z.B. die Zeitschrift ‘Bunte’ die Fotos zum ersten Hochzeitstag des Ehepaars Michael Jackson und Lisa Marie Presley. Aus diesem Grund wäre es wichtig, einen Blick auf die Rezeption des Begriffes durch den sogenannten Klassenfeind zu werfen und zu untersuchen, wie die durch dieses Symbol ausgeschlossene Gruppe auf den „sozialistischen Bruderkuß“ reagierte.

Seit 1989 ist es auffällig, daß der Begriff „Bruderkuß“, der bis dahin eine klare Zuordnung besaß, in vielfältigen Kontexten verwendet wird, die weder etwas mit seiner historischen Entstehung noch mit Begrüßungsritualen sozialistischer Staatsmänner zu tun haben. So werden z.B. Begegnungen zwischen Arafat und Sadam Hussein, zwischen Arafat und dem hessischen Ministerpräsidenten Eichel oder zwischen dem des Doping überführten Sportler Butch Reynolds und einem sportlichen Gegner als „Bruderküsse“ bezeichnet. Daraus entwickelt sich die Frage, ob der „Bruderkuß“ als Symbol mittlerweile in einen neuen Zusammenhang gebracht werden kann, weil seine bisherige Aussage über den Zusammenhalt der Kommunistischen Weltbewegung auf dem Friedhof der Geschichte gelandet ist. Es könnte bedeuten, daß die Geschichte des „Bruderkusses“ nicht beendet ist, sondern sich eine Bedeutungsänderung vollzieht, deren Entwicklung noch abzuwarten ist. Dies würde wiederum für die Qualität des „Bruderkusses“ als Symbol sprechen.

*Claudia Schimmel ist M.A. der Osteuropastudien.*

### Literatur

- Behrenbeck, Sabine 1996: Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole, Greifswald.
- Bourdieu, Pierre 1985: Sozialer Raum und Klassen, Frankfurt am Main.
- Edelman, Murray 1990: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Mit einem Vorwort zur Neuausgabe, Frankfurt am Main/New York.
- Mayenburg, Ruth von 1991: Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution. München.
- Pross, Harry 1981: Zwänge. Essay über symbolische Gewalt, Berlin.
- Ragotzky Hedda / Wenzel Horst 1990: Höfische Repräsentation. Das Zeremoniell und die Zeichen, Tübingen.

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung des vierten Kapitels meiner Magisterarbeit „Die Verwendung politischer Symbole in sozialistischen Staaten am Beispiel des Bruderkusses“. In ihr habe ich außer soziologischen, politologischen und philosophischen Ansätzen zur Erklärung des kulturellen und religiösen Zusammenhangs auch religionswissenschaftliche und ethnologische Konzepte herangezogen, um so das Symbolsystem „sozialistischer Bruderkuß“, bestehend aus dem Mythos der Brüderlichkeit und Solidarität, der Begrüßung als Ritual und dem Kuß als Symbol, zu erklären.

## Mönche, Schwärmer, krause Denker? Über unser Bild von russischer Philosophie

### I

Über die russische Philosophie hört man Dinge, die nur den gestandenen Antirationalisten erfreuen können: „Differenzierungsfeindschaft“ durchziehe sie als ein „geistiges Kontinuum“. <sup>1</sup> „In terms of rationality“ sei sie „rather poorly developed“. <sup>2</sup> Man berausche sich an dunklen und nebulösen <sup>3</sup> Zauber-Worten wie „sobornost“ <sup>4</sup> und fröne dem ethischen Maximalismus. <sup>5</sup>

Die Folgen auf dem Felde der Staatsphilosophie: Ein „ostryj deficit pravoponimanija“ <sup>6</sup> der russischen Philosophen, die rechtstheoretische Fragen schlicht begriffen „as a red herring which could only divert form the issues that really mattered“ <sup>7</sup> und das Recht selbst als „veksel' naja čestnost“ <sup>8</sup> verachteten. So neigten sie dem „Gemeinschaft or organic communal-familial“ <sup>9</sup> Paradigma zu und fielen – vom Raunen der Zauber-Worte verückt, daher auf den Weg nicht achtend – in „the community trap“. <sup>10</sup>

### II

Die zeitgenössische Staatsphilosophie widmet sich der Frage, welche Züge so ein unübersichtlich-komplexes Ding wie eine Gesellschaft unserer Tage aufweisen müsse, um Prädikate wie z.B. „freiheitlich“, „gerecht“, „effizient“, „innovativ“ zu verdienen. Ein Staatsphilosoph, der seinem Gegenstand angemessen arbeiten möchte, ist also zu differenzieren *gezwungen*; er *muß* von verschiedenen „Modulen“ (z.B. Grundrechte, Prinzipien der Redistribution, Bildungs- und Forschungspolitik usw.) sprechen, um deren Zusammenwirken beschreiben zu können. Auch muß er berücksichtigen, daß die durch „freiheitlich“, „gerecht“ usw. bezeichneten Parameter konfliktieren, und die Frage nach den *priority rules* <sup>11</sup> wohl nicht endgültig beantwortet werden kann: Also ein Gegenstand für Putnam-sche *adjudication* <sup>12</sup> ist.

Kurzum: Das alles geht nicht ohne logisch-argumentative *technicalities*, von denen die Kunst, im rechten Maße zu differenzieren, eher eine der schlichteren ist. <sup>13</sup> Wir erkennen nun, weshalb viele Menschen von den russischen Philosophen, staatsphilosophische Probleme betreffend, keine gewinnbringenden Vorschläge erwarten.

### III

Ein Mitbringsel aus Rußland soll etwas „typisch Russisches“ sein, und darunter versteht man gewöhnlich keine staatsphilosophischen Werke wie Čičerins „Filosofija prava“, oder dessen „Istorija političeskich učenij“, die Walicki „to the best works of this kind in the nineteenth century“ <sup>14</sup> zählt. Blickt man in die von Goerdts <sup>15</sup> und von Edie et al. <sup>16</sup> herausgegebenen Anthologien russischer Philosophie, findet man keinerlei Auszug aus einem staatsphilosophischen Text von Čičerin. Überhaupt darf man

sagen, daß die Editoren solchen russischen Philosophen nur wenige oder keine Seiten widmen, deren Werke nicht die im ersten Abschnitt genannten Verdikte verdienen. Auf diese Weise wirkt der *common sense* auf die externe Wissenschaftsgeschichte <sup>17</sup>, und die externe Wissenschaftsgeschichte wirkt auf den *common sense* zurück.

### IV

Viel Verwirrung entsteht, wenn man rechtstheoretische und ethische Prinzipien verwechselt und vermengt, wie der Streit um Liberalismus und Kommunitarismus zeigt. Mancher Feuilleton-Artikel in verzweifelterm Ton dankt solcher Verwirrung sein Entstehen. <sup>18</sup>

Abhilfe schaffen „Modultheorien“, wie Čičerin und Forst sie erdacht haben: Forst entwirft in unseren Tagen eine Lehre, in der er zwischen normativen Sätzen verschiedener Modi („moralische Gebote“, „ethische Empfehlungen“, „das geltende Recht“, „die Vorschläge des Staatsbürgers, die Gestalt des Rechts und anderes betreffend“) unterscheidet. <sup>19</sup> Und wenn man Čičerins „Filosofija prava“ auf deren *technicalities* hin liest, erblickt man eine dem Forstschen Vorgehen ganz verwandte „Modul“-Lehre (*semejstvo, cerkov', graždanskoe obščestvo, gosudarstvo*). <sup>20</sup> Der Clou solcher „Modul“-Lehren ist, daß man den Wirkkreis der verschiedenen ethischen Empfehlungen, des geltenden Rechts usw. begrenzen kann und ein reiches Konzert der in den verschiedenen Modulen herrschenden Prinzipien erhält. So wird unser Blick frei wie der Klaus Manns, der über Stefan George spricht: „Wir haben niemals geglaubt, daß dieser große Dichter einen erlösenden Weg in die Zukunft weise, wenn man sein willentlich und wissentlich un-, ja antidemokratisches Ethos, das überhaupt nur auf einer höchsten Ebene anwendbar ist, auf die Problematik unseres Alltags bezöge. [...] Die Lehren, nach denen wir uns orientieren müssen, sind Georges Wesen entgegengesetzt. Trotzdem hat das Vorbild seiner Gestalt [...] einen reinigenden und korrigierenden Einfluß auf unser Leben gehabt.“ <sup>21</sup>

### V

Čičerin taugt nicht für unser Bild vom russischen Philosophen. – Was eigentlich ist mit unserem Bild vom „westlichen“ Philosophen?

Was „Differenzierungsfeindschaft“ angeht, dürfen wir feststellen, daß Odoevskij in der Tat zwischen Bentham's Utilitarismus und purer Gier nicht unterscheidet. <sup>22</sup> Allein dieser Fehler unterläuft auch Coleridge. <sup>23</sup> So finden wir ein Beispiel für wenig differenzierendes Denken auch „im Westen“.

Das *deficit pravoponimanija* betreffend, halten wir fest, daß Tolstoj's <sup>24</sup> Rechtsnihilismus vom Marxschen <sup>25</sup> sich

nicht unterscheidet; daß die Spitze des Odoevskijschen Arguments<sup>26</sup> gegen Bentham der des Sandelschen<sup>27</sup> gegen Rawls gleicht (es werde der Gemeinsinn untergraben); daß die Befürchtung, die Herrschaft des Rechtes „atomisiere“ die Bürger, bei Kozlovskij et al.<sup>28</sup> ebenso zu finden ist, wie bei Schmitt und Taylor.<sup>29</sup>

## VI

Heißen wir unsere russischen Kollegen willkommen! Ein Blick in *Svobodnaja mysl*<sup>30</sup> und *Voprosy filosofii* zeigt, daß es lohnt. So wird es vielleicht einmal „ganz normal“ sein, einen Satz vor sich zu sehen, wie: „Nach Hare, Alekseeva und Patzig steht Rawls vor dem Problem, daß ...“<sup>31</sup>

*Karsten Dahlmanns ist M.A. der Philosophie, z. Zt. hat er einen Lehrauftrag an der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder.*

- <sup>1</sup> Friedrich C., Die Differenzierungsfeindschaft der russischen Philosophie, Typoscript. Berlin 1995: 2.
- <sup>2</sup> Robinson G., „Review“, in: Simmons (ed.), *Continuity and Change in Russian and Soviet Thought*. Cambridge, Mass. 1955: 359.
- <sup>3</sup> „Neobulousness about nonliberal politics“ ist, Holmes, S. (The Anatomy of Antiliberalism, Cambridge, Mass. 1993: 178) folgend, eine essential antiliberal Argumentation. Warum dies so ist, erkennen wir, wenn wir Harts Ausführungen hören und bedenken, daß das Folgende auch für Vorschläge, wie ein Staatswesen künftig zu gestalten sei, gilt: „The words ‘mystification’ and ‘demystification’ have appeared fairly recently among us [...]. The central idea that these words are used to express is that unjust, anachronistic, inefficient or otherwise harmful institutions [...] are frequently protected from criticism by a veil of mystery thrown over them. This conceals their true nature and effects, perplexes the would-be reformer, and so prolongs the life of bad institutions.“ (Essays on Bentham. Oxford 1982: 21).
- <sup>4</sup> Vgl. Prucha M., Zur philosophischen Bestimmung des Umbruchs in Osteuropa, in: Heuer/Prucha (Hg.), *Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie*. Frankfurt a.M. 1995 : 290, und Metallinos. Die Christliche Gesellschaft als Gemeinschaft in Christus, in: *Begegnung mit der Orthodoxie*. München 1987: 60–62.
- <sup>5</sup> Vgl. Nujkin E., *Istorija i moral’*, in: *Vopr. filosofii* 9/1988:105–107.
- <sup>6</sup> Solov’ev E., *Deficit pravoponimaniija kak primeta ruskogo filosofskogo mysli*, in: *Voprosy filosofii* 9/1988: 137.

- <sup>7</sup> Szamuely, nach A. Walicki, *Legal Philosophies of Russian Liberalism*. Oxford 1987: 13–14.
- <sup>8</sup> Solov’ev, E. 1988: 139.
- <sup>9</sup> Walicki, A. 1987: 3. Das Gegenstück bilde, so Walicki, das „Gesellschaft or contractual commercial-individualistic“-Paradigma.
- <sup>10</sup> Holmes, S. 1993: 177–178.
- <sup>11</sup> Vgl. Rawls J., *A Theory of Justice*. Oxford 1972: 302–303.
- <sup>12</sup> Vgl. Putnam H., *Realism with a human Face*. Cambridge, Mass. 1990: 181–182.
- <sup>13</sup> Mein Vorschlag: Man orientiere sich an Ch. Peirce, *Collected Papers* 5.502 und 8.33.
- <sup>14</sup> Walicki, A. 1987: 117.
- <sup>15</sup> Goerdts W., *Russische Philosophie*. Texte. München 1989.
- <sup>16</sup> Edie J./Scanlan J./Zeldin M., *Russian Philosophy*, 3 Bde. Knoxville 1965.
- <sup>17</sup> Vgl. L. Lakatos, *Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme*. Braunschweig 1982: 120–127.
- <sup>18</sup> Ein Beispiel: L. Heidbrink., *Sinn und Politik. Der erschöpfte Liberalismus und die Illusion der Gerechtigkeit* (Die Zeit vom 3.10.1997: 56). – Wieso erschöpft? Schaunse mal bei Čičerin, Forst oder Macedo, *Liberal Virtues* (Oxford 1990), rein, Kollege!
- <sup>19</sup> Vgl. R. Forst, *Kontexte der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 1994.
- <sup>20</sup> Vgl. B. Čičerin, *Filosofija prava*, Moskva 1900.
- <sup>21</sup> Klaus Mann, *Das Schweigen Stefan Georges*, in: ders., *Zahnärzte und Künstler*, ed. Naumann/Töteberg. Reinbek 1993: 59.
- <sup>22</sup> Vgl. Odoevskij V., *Russkie noči*. München 1967: 152.
- <sup>23</sup> Vgl. S. T. Coleridge, *On the Constitution of Church and State*. *Collected Works*, Bd. 10, London 1976: 62–68.
- <sup>24</sup> Vgl. L. Tolstoj, *Poln. sobr. soč.*, Bd. 38. Moskva 1956: 55–56.
- <sup>25</sup> Vgl. Marx, *MEGA*, I. Abt., Bd.2.1. Berlin 1982: 141–169.
- <sup>26</sup> Vgl. Odoevskij: 1967: 168–170.
- <sup>27</sup> Vgl. M. Sandel, *Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst*, in: Honneth (ed.), *Kommunitarismus*. Frankfurt/M. 1994: 31.
- <sup>28</sup> Vgl. Kozlovskij/Utkin/Fedotova, *Modernizacija: ot ravenstva k svobode*. Sankt Petersburg 1995: 86.
- <sup>29</sup> Vgl. Holmes 1993: 196.
- <sup>30</sup> Ich möchte an dieser Stelle auf V. Sogrins Artikel „Zapadnyj liberalizm i rossijskie reformy“ (*Svobodnaja mysl* 1/1996: 32–43) hinweisen, der manches Mißverständnis auch westlicher Kollegen auszuräumen geeignet ist.
- <sup>31</sup> „... Justice as Fairness hinsichtlich des Differenzprinzips unterbestimmt ist.“ Vgl.: R. Hare, „Rawls’ Theory of Justice“, in: Daniels (ed.), *Reading Rawls*. Oxford 1975: 105–106. Alekseeva, *Spravedlivost’*. *Moral’no-političeskaja filosofija Džona Roulssa*. Moskva 1992: 17–20. G. Patzig, *Rezension des Buches von John Rawls: A Theory of Justice*, in: *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 1/1976: 64–65.

## Zwei Welten oder: Die Erfahrungen einer OEI-Studentin auf dem Weg in das Berufsleben

Es gibt tatsächlich eine Welt neben der Wissenschaft. So banal es klingt: Als ich an meiner Dissertation („Die Moskauer ‘Religiös-philosophische Vladimir-Solov’ev-Gesellschaft’ 1905–1917“) gearbeitet habe, war ich davon noch nicht überzeugt. Ich hätte mir nicht vorstellen können, nach Abschluß der Promotion an der Universität zu arbeiten und nicht zu forschen.

Als mein Promotionsstipendium auslief, mußte ich mich nach einer Finanzierung für die allerletzten Monate umschauen und landete in einem Ausstellungsbüro. Ich arbeitete in einem Team zur Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung „Moskau-Berlin/Berlin-Moskau. 1900–1950“ mit. Was nur ein Nebenjob sein sollte, wurde zu einem einjährigen Arbeitsvertrag, der mir eine neue

Welt neben der Wissenschaft eröffnete. Tatsächlich entdeckte ich erst, daß mir eine Arbeit großen Spaß macht, die nichts mit Forschung, aber dafür umso mehr mit Rußland und russischer Kultur zu tun hat. Hinzu kam die Erfahrung der Teamarbeit, die im wissenschaftlichen Bereich leider noch zu selten genutzt wird.

„Moskau-Berlin“ war ein spannendes Projekt, das gleichermaßen von deutschen wie russischen Wissenschaftlern konzipiert worden war. Insbesondere im Jahr 1995, also 50 Jahre nach dem Krieg, kommt dieser Ausstellung bis heute eine große Bedeutung zu. Sie zeigte erstmals Kunst aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus Rußland und Deutschland, zwei Ländern, die das Schicksal dieses Jahrhunderts maßgeblich mitbestimmt haben. Zwischen den Hauptstädten Moskau und Berlin existieren jahrhundertealte kulturgeschichtliche Verbindungen. Vor diesem Hintergrund hat diese erstmals seit dem Krieg gemeinsam durchgeführte Ausstellung eine Bedeutung, die auf dem gemeinsamen Weg Rußlands und Deutschlands nach Europa kaum überschätzt werden kann. Die produktive Zusammenarbeit ist schließlich eine Basis für eine Neugestaltung der deutsch-russischen Kulturbeziehungen, die schon während „Moskau-Berlin“ von der „Beutekunst“ beeinträchtigt waren.

Trotz des Einsatzes, den die Ausstellung gefordert hat, ist es mir gelungen, die Dissertation in der Zwischenzeit abzuschließen – die Frage nach der Gestaltung der Zukunft war damit aber keineswegs beantwortet. In dieser Situation empfand ich es als großes Glück, ein Stipendium der Robert-Bosch-Stiftung zu bekommen. Im Rahmen des „Stiftungskollegs für Internationale Aufgaben“ werden jährlich 20 Hochschulabsolventen aller Fachrichtungen gefördert, die sich mit einem aktuellen und internationalen Thema ihrer Wahl im In- und Ausland beschäftigen sollen. Hinzukommen zwei Seminare zum Thema der internationalen Beziehungen und Organisationen sowie Präsentations-, Verhandlungs- und interkulturelles Kommunikationstraining (Infos gibt es bei der Robert Bosch Stiftung GmbH, Postfach 100628, 70005 Stuttgart).

Gedacht ist das in Anlehnung an französische Modelle konzipierte, sehr praxisorientierte Programm als eine Ergänzung der deutschen akademischen Ausbildung, die von den Vertretern der zweitgrößten privaten Stiftung Deutschlands als zu theoretisch empfunden wird. In der Tat bietet das Programm eine gute Lösung für den Übergang von der Wissenschaft in die Praxis, von der einen Welt in die andere. Für mich eröffnete sich die Chance, neben meiner wissenschaftlichen Qualifikation in der Kulturgeschichte konkrete praktische Zusatzqualifikationen in der Kulturarbeit zu erwerben. Ich wählte ein Thema, das mein Interesse an Rußland mit meinen Erfahrungen bei der Ausstellung verband: „‘Beutekunst’ – Perspektiven der deutsch-russischen Kulturbeziehungen“. Für dieses Jahr bei Bosch hatte ich tolle Pläne: zuerst ein Praktikum in Deutschland zum Einarbeiten, danach einige Monate Moskau und St. Petersburg beim Goethe-Institut und einer Kunstspedition und schließlich – der

Höhepunkt – ein Praktikum in einem Museum in den USA. Zunächst also das Praktikum in Deutschland, das mich nach Bremen verschlagen hat. Hier habe ich in der in Deutschland größten Dokumentensammlung zum Thema recherchiert und den Betrieb der Forschungsstelle Osteuropa kennengelernt. Als nächstes stand Moskau auf dem Programm. Doch dann kam das Angebot aus Bremen, die Organisationsleitung des Instituts zu übernehmen. Die Entscheidung war schwer: Sollte ich nun doch in der Uni anstatt im kulturellen Bereich arbeiten? Schließlich habe ich mich für die Stelle entschieden mit der Überlegung, lieber Berufserfahrung in einem anderen Bereich zu erwerben, als mich mit den Praktika zu begnügen. Danach ging alles sehr schnell: Seit Februar 1997 bin ich nun also wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen.

Die Beschäftigung mit der „Beutekunst“ mußte ich nicht ganz aufgeben. Das freut mich um so mehr, als ich in Bremen ein Forum zur Bearbeitung des Themas finde, das sich mit meinen Vorstellungen in großen Zügen deckt. Ich denke dabei an den Leiter des Institutes, Wolfgang Eichwede, der sich eine Lösung des Problems im Rahmen einer gemeinsamen deutsch-russischen Zusammenarbeit zur Aufgabe gemacht hat. Die auf beiden Seiten festgefahrenen Positionen können nur in Bewegung gebracht werden, indem verschiedene Modelle einer Lösung offen diskutiert werden. Ein Teil dieser Diskussion war auch die Ausstellung „Moskau-Berlin“. Die Palette der Möglichkeiten ist groß – sie reicht von Wanderausstellungen über Dauerleihgaben, konkreter kultureller Projektarbeit bis hin zu einer Stiftung, die die jüngste Diskussion bestimmt. In jedem Fall ist ein hohes Maß an Beweglichkeit gerade angesichts der jüngsten innenpolitischen Entwicklung in Rußland von enormer Bedeutung: Rußland hat die betroffenen Kulturgüter durch ein Gesetz der Duma zu russischem Staatseigentum erklärt. Zwar hat El'cin sein Veto eingelegt und beschlossen, die Frage vor das Verfassungsgericht zu bringen, doch die Stimmung in Rußland spricht gegen eine Rückgabe. Kompromisse sind also nicht nur unvermeidbar, sie sind ohnehin ein Gebot zur Klärung der deutsch-russischen Beziehungen.

Die „Beutekunst“ ist nur ein Teil der Arbeit der Forschungsstelle. Diese wurde 1982 als ein unabhängiges Forschungsinstitut mit dem Ziel gegründet, die gegenwärtige Entwicklung von Kultur und Gesellschaft in den Ländern Osteuropas zu untersuchen. Anders als bei anderen Osteuropa-Instituten stehen dabei die „Innensichten“ der Gesellschaften in ihren kulturellen Dimensionen und historischen Zusammenhängen im Mittelpunkt des Interesses. Es geht darum, den tiefgreifenden Wandel im östlichen Europa transparent zu machen, indem die Entstehung und Wirkungsmächtigkeit neuer Identitäten und Wertssysteme in den Blick genommen werden. In Zusammenhang mit diesen Forschungsschwerpunkten entstand in Bremen ein in Europa einzigartiges Archiv mit sog. Samizdat-Literatur, also denjenigen Werken, die vor dem politischen Umbruch außerhalb der Zensur in kleinster Auflage entstanden sind.

Ebenso breitgefächert wie die Forschungsziele des Institutes sind meine Aufgaben: Dazu gehören zum Beispiel die Organisation der Besuche des russischen Kulturministers J. Sidorov, der im April in Bremen war, und der Besuch von M. Gorbačev im Oktober in Bremen. Dazu gehört aber auch die Auseinandersetzung mit den ständigen Kürzungen im Bereich von Kultur und Wissenschaft. Folge der Kürzungen ist eine intensive Studie aller Finanzierungsmöglichkeiten über Drittmittel incl. der Europäischen Union. Reisen nach Rußland stehen ohnehin auf dem Programm. Zu meinen Aufgaben gehört auch die Mitarbeit an einer Ausstellung, in der die Archivbestände der Forschungsstelle in Berlin, Moskau, Prag, Warschau und Budapest 1998/99 gezeigt werden sollen. Schließlich ist mit der Besetzung meiner Stelle die Hoffnung verbunden, das Institut im Inneren in vielen Bereichen neu zu organisieren und zu strukturieren. Mein Interesse gilt dabei in erster Linie dem Archiv und der Bibliothek. Konkrete Aufgaben sind hier die Digitalisierung der Bibliotheksbestände, die unterschiedlichen Möglichkeiten, eine Bibliothek systematisch zu organisieren, die speziellen Schwierigkeiten der Archivverwaltung und restauratorischen Aufbewahrung u.v.m.

Die Aufzählung zeigt, wie abwechslungsreich die Arbeit ist. Zu den besonders spannenden Aspekten meiner Tätigkeit gehören natürlich die Menschen im Umfeld der Forschungsstelle. Den Kulturminister und Michael Gorbačev habe ich schon erwähnt. Zu nennen ist aber auch der russische Menschenrechtler Sergej Kovalev. Für die Forschungsstelle bieten diese Besuche die Möglichkeit, über die Gäste ganz nah am aktuellen Geschehen in Osteuropa zu bleiben. Darüber hinaus ist es aber auch ein Anliegen, die interessierte Öffentlichkeit für die Probleme Osteuropas zu sensibilisieren und in einer offenen Diskussion nach Lösungen zu suchen.

Bemerkenswert für mich ist die persönliche Erfahrung, daß ich hier genau das tun kann, was ich gerne mache und was ich auch gut kann: organisieren. Ich kann mit Menschen zusammenarbeiten, bin ein Teil von einem Team und kann meine speziellen Fähigkeiten zur Geltung bringen. Es ist hochinteressant, die Uni nach so vielen Jahren Forschungsarbeit auch mal von der anderen Seite zu sehen: Welche Probleme hat so eine Institution, die sich eigentlich der Forschung widmen sollte und wollte? Gerade in diesem Zusammenhang ist mir aber wieder mal klar geworden, was ich in all den Jahren der Arbeit an der Dissertation bemerkt habe: Forschung steht auf der Skala der Anerkennung ganz oben. Alle anderen Arbeiten ordnen sich im Selbstverständnis eines Wissenschaftlers diesem hohen Ziel unter – auch die Organisation, die schließlich „nur“ dazu da ist, die Bedingungen für die Forschung zu schaffen und zu erhalten – zwei Welten. Diese Erfahrung ist nichts weiter als eine Feststellung. Und doch bin ich im Innersten froh, daß ich die Jahre der Forschung durchgehalten habe und das Ergebnis in Form eines Buches greifbar ist, das hoffentlich bald publiziert wird.

Alles in allem werde ich jeden Tag bestätigt, daß ich die richtige Entscheidung getroffen habe – auch wenn mir die Arbeit im Rahmen des Bosch-Stipendiums sehr viel Spaß gemacht hat. Die Arbeit ist wie ein großes Praktikum – täglich lerne ich dazu. Ich bereue meine Entscheidung nicht, ich habe das große Glück, die beiden Welten verbinden zu können, die soweit voneinander entfernt sind: die Welt der Wissenschaft und die Welt außerhalb der Wissenschaft.

*Dr. Kristiane Burchardi ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Organisationsleiterin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.*

## Staubsauger im sowjetischen Disneyland

Im Norden Moskaus – zwischen dem Fernsehturm Ostankino, Prospekt Mira und dem Botanischen Garten – befindet sich ein Areal, für das man eine erstaunliche Anzahl an Genitiven erfunden hatte. Früher kürzte man den Namen des Geländes mit „VDNCh SSSR“ ab, was „Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ bedeutet. Heute heißt es „VVC“, was schlicht „Allrussisches Ausstellungszentrum“ bedeutet und eine gewisse Ökonomie im Umgang mit Worten verrät.

Ein neuer Pragmatismus hat Einzug gehalten. Das Architektur-Ensemble der verschiedenen Pavillons kann keinerlei Herrlichkeit mehr herzustellen versuchen, weil ihr dafür der Gegenstand abhanden gekommen ist. Stattdessen werden die 80 Ausstellungshallen nun als Kaufhäuser genutzt. Wo ehemals Zuchtbullen, Baumaschinen oder

die Geheimnisse der Atomenergie in wackeligen Modellen bestaunt werden durften, werden jetzt die ganz normalen Sortimente gehobener Haushaltsführung verkauft: Staubsauger, Alarmanlagen, Fönhauben, Videorekorder, Thermoskannen, ja auch Duschvorhänge.

Äußerlich ist das sozialistische Wunderland, das die Sowjetführung 1939 aus dem Boden stampfen ließ und zur Wiedereröffnung 1954 um zahlreiche neue Wunderbehältnisse ergänzte, nahezu unverseht geblieben. Die sogenannten Errungenschaften wurden in einem gewissenmaßen exorzistischen Kraftakt vertrieben, die Füllung des Traumgebildes gegen eine andere ausgetauscht. So befindet sich die ehemalige VDNCh in einem höchst merkwürdigen Schwebezustand: Sie ist ein gigantisches Freilichtmuseum stalinistischer Architektur und gleichzeitig ein russisches Einkaufszentrum auf der grünen

Wiese. Sie ist die Phantasmagorie eines untergegangenen Staates und ebenso eine wahrscheinlich nicht ganz sauber geführte staatliche Aktiengesellschaft.

Im nächsten Jahr wird die neue Administration das 60jährige Jubiläum der VDNCh groß feiern. Die Nachlaßverwalter werden den Geburtstag vor allem dazu nutzen wollen, das VVC als Tagungs- und Messezentrum für finanzkräftige Organisationen zu etablieren<sup>1</sup>. Denn noch fließen die Mieteinnahmen eher spärlich. Die beigen Container, Schaschlikstände, Zeitungskioske und halsbrecherischen Fahrgeschäfte zwischen den Pavillons werfen keinen nennenswerten Pachtzins ab. Das einzige Pfund, mit dem hemmungslos gewuchert werden kann, ist die eigene Vergangenheit. Doch wie läßt sich die sinnlich verordnete Üppigkeit des Stalinschen Formenkanons in die Gegenwart übersetzen? Wer bewässert die Ornamentik der überreif gemeißelten Weintrauben, die vergoldeten Weizenähren und Springbrunnen? Hat die VDNCh jemals existiert? Hat die VDNCh jemals aufgehört zu existieren?

Von Anfang an stand die Sowjetunion vor einem grundsätzlichen Problem. Es galt zu klären, wie die neue Form der Staatlichkeit in ihren Grundsätzen jedem Bürger gleichermaßen verständlich vor Augen zu führen war. Erste Präsentationserfahrungen hatte man mit der „1. Landwirtschafts- und Gewerbeausstellung der Unionsrepubliken“ gemacht, die im Sommer 1923 im Gorki-Park stattgefunden hatte. Ein Jahrzehnt später wurde unweit davon die „Ständige Bauausstellung der UdSSR“ eingerichtet. Doch waren beide Ausstellungen zeitlich begrenzt, ihre Gebäude bestanden zum größten Teil aus Holz<sup>2</sup>.

Gleiches galt ursprünglich auch für die dritte Ausstellung dieser Art, die „Landwirtschaftsausstellung der Unionsrepubliken“, deren Bau vom Zweiten Allrussischen Kongreß der Kolchosbauern beschlossen worden war und pünktlich zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution fertiggestellt werden sollte. Als Standort entschied man sich für Ostankino. Hier konnte die Ausstellung den ehemaligen Adelssitz gezielt konterkarieren und lag noch relativ nahe am Zentrum.

Das ursprüngliche, nicht auf Dauer angelegte Konzept wurde 1937 jedoch komplett verworfen. Im gleichen Jahr, als Vera Muchins Monumentalskulptur „Arbeiter und Kolchosbäuerin“ auf der Weltausstellung in Paris für Furore sorgte, konnte die Landwirtschaftsausstellung nun unmöglich mehr aus ein paar Buden bestehen; sie mußte für die Ewigkeit gebaut sein. Das Moskauer Planungsbüro änderte rasch die Ausschreibung. Die Ausstellung bekam einen universellen Anspruch. „Sie sollte ein Modell des Landes in verkleinertem Maßstab sein; ein Entwurf sah gar vor, den Grundriß wie eine Reliefkarte der Sowjetunion zu gestalten“<sup>3</sup>.

Schließlich setzte sich der Plan des Architekten Oltarzewski durch. Der aus Paris zurücküberführten Skulptur wurde ein Platz am Eingang zugewiesen. Zwei zentrale Plätze sollten das Gerüst des Ausstellungsgeländes bilden. Der „Platz der Nationen“ war den Pavil-

lons der verschiedenen Republiken vorbehalten; am „Platz der Kolchosa“ entstanden Pavillons unterschiedlicher Wirtschaftsbranchen. Beide Zentren waren durch eine breite Straße miteinander verbunden. Die Ausführung der einzelnen Hallen oblag jeweils einzelnen Architekten. „Der usbekische Pavillon erntete besonders großes Lob. Die extrem hohen und schlanken Säulen wurden von Kapitellen in Form fünfzackiger Sterne gekrönt, während das Dach eine Kombination von zwei gekreuzten Sternen aufwies“<sup>4</sup>.

Die Größe der Pavillons war unterschiedlich und richtete sich streng nach der Bedeutung, die man der Unionsrepublik oder dem Wirtschaftszweig jeweils beimaß. Alle Pavillons waren stets mehr als reine Zweckbauten. Genauso wie die Moskauer Metrostationen waren sie überreich verziert mit den Bildnissen eines paradiesischen Lebens und setzten auf eine trügerische Universal-Symbolik. Um die heimischen Weizen und Kiefernzapfen des Sibirischen Pavillons beispielsweise wunden sich Weinranken, die in dem rauen Klima des Landstrichs nicht existieren können. Der vermeintliche Irrtum blieb un bemerkt. In der Zeit, als der Pavillon gebaut wurde, waren die meisten Bewohner Sibiriens Insassen von Straflagern.

Die Metrostation, welche noch immer täglich mehrere Tausend Besucher auf das 200 Hektar große Gelände auspeit, trägt nach wie vor den Namen „VDNCh“, ihren Gründungsnamen. VDNCh und Moskauer Metro haben gleichermaßen ihren Ausgangspunkt in den 30er Jahren: Sollte die Metro die sozialistische Utopie unter Tage bringen, indem ihr leere Schneisen ins Erdreich gegraben wurden, so errichtete man einige Meter darüber überirdische Gebäude einer neu zu denkenden Stadt. Metro und Ausstellungsgelände blieben auch nach dem 2. Weltkrieg städtebauliche Großprojekte par excellence; der Ausbau des U-Bahnnetzes wurde in den vierziger Jahren gar kaum unterbrochen.

Der Baustil jener Stationen jedoch, die nach dem Krieg gebaut wurden, hat jede Strenge und Schlichtheit verloren. Dem Darstellungsbedürfnis des Siegers entsprechend, geriet ebenso die Erweiterung der 39er-Ausstellung noch pompöser und kolossaler als sie ohnehin geplant gewesen war. Anfang der fünfziger Jahre waren die Arbeiten an der „Dritten Landwirtschaftlichen Unionsausstellung“, die auf Anordnung des Ministerrates der UdSSR im Februar 1947 wiederaufgenommen wurden, nahezu beendet. Die Leistungsschau hätte ursprünglich noch vor dem Krieg eröffnet werden sollen. Den bereits vorhandenen Ausstellungshallen mußte aber noch ein Siegesmonument hinzugefügt werden. Die Arbeit zog sich über mehrere Jahre hin, und das Denkmal wurde erst 1954 vollendet.

Die ehemals doch etwas rustikale Landwirtschaftsausstellung war kaum wiederzuerkennen. Ein neuer Springbrunnen mit dem Namen „Völkerfreundschaft“ glänzte im Schmuck goldener Figuren, die um Weizengarben tanzten. Zahlreiche neue Pavillons mit Alabaster-Verzierun-

gen und reich dekorierten Säulen entstanden. Symbole gab es in Hülle und Fülle. Selbst die Sitzbänke, Mülltonnen und Fahnenstangen waren mit einem Stern oder mit Hammer und Sichel geschmückt und mit den Initialen der Ausstellung geschmückt, die im Juni 1959 in „Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft“ umbenannt wurde.

Die Affinität zwischen Metro und Ausstellung kommt in dem Gedicht „Eine Akademie der Völker“<sup>5</sup> deutlich heraus:

„Es gibt in Moskau eine erstaunliche Stadt  
mit ihren Straßen und Plätzen,  
Gebäuden, Transportmitteln und  
Verbindungen. Sie ist vielbevölkert,  
obwohl in ihr niemand wohnt.  
Diese Stadt ist die ‘VDNCh der UdSSR’. (...)“

Der Abkürzungscluster „VDNCh der UdSSR“ macht es unmöglich zu klären, welcher Teil von beiden den anderen repräsentiert. Die Labels kleben automatisch aufeinander<sup>6</sup>. Der neue Ausstellungsname „VDNCh“ kann das Adjektiv von „UdSSR“ sein – ebenso wie umgekehrt. Verkörpert die VDNCh nun die UdSSR oder ist sie die eigentliche UdSSR? Um diese Frage nicht klären zu müssen, kodiert der unbekannte Verfasser das wahrhaft gespenstische Gebilde als Lehranstalt und fährt weiter fort:

„Viele Millionen Moskowiter und Gäste der Hauptstadt besuchen sie mehrmals im Jahr. Hunderttausend Exponate aller Branchen sind hier ausgestellt. Aber die ‘VDNCh der UdSSR’ ist alles andere als eine gewöhnliche Ausstellung. Sie ist eine beständig wirkende Schule vorausschreitender Erfahrungen, eine Akademie aller Völker, in der es sich einfach und effektiv lernen läßt. Kommen Sie, sehen Sie und lernen Sie.“

Die VDNCh rekapituliert aber nicht nur die Sozialisierungsmaschinerie der Moskauer Metro, sondern überdies auch die neue Skyline der sowjetischen Hauptstadt. Der Hauptpavillon ist die exakte Nachbildung eines der neu entstandenen Hochhäuser. Das 97 Meter hohe Gebäude steht auf einem Sockel aus Granit, überragt von Säulen mit bronzenen Kapitellen und Wappenschildern, die das jeweilige Kennzeichen der Unionsrepubliken tragen. Im Inneren befinden sich neun Hallen, von denen die größte der Stalinschen Gesetzgebung gewidmet war.

„Die Architekten zielten darauf ab, den Formenkanon so verständlich zu machen, daß auch der Bergmann im Donezbecken, der Kolchosbauer in Zentralasien oder der Fischer aus dem Baltikum bei Verlassen der Ausstellung das Gefühl hatte, alle Geheimnisse der Architektur wären ihm enthüllt worden“<sup>7</sup>. Das Mysterium der UdSSR mußte in diesem Erkenntnisprozeß unangetastet bleiben. Die totalitäre Kultur ist schließlich keine Welt von Richtig oder Falsch, sondern eine „Welt der Wunder“<sup>8</sup>. Und die bombastischen Bauwerke mit ihren abnormalen Proportionen stellten nichts geringeres dar als eben dieses Wunder. Mehr noch: Sie waren es bereits. Die Ausstellung von 1954 war ein phantastisches Schauspiel, in dem

es unzählige Mitwirkende, aber keinen einzelnen Helden gab.

Ende der fünfziger Jahre erreichte die Simulationsleistung der VDNCh eine neue Qualität. „Brachte sie vorher Zeichen hervor, die wenigstens etwas simulierten, so produzierte sie nun Zeichen, deren einziger Zweck darin bestand, den Umstand zu verschleiern, daß überhaupt nichts existiert. Jean Baudrillard nennt diesen Paradigmenwechsel den Schritt von der ‘Theologie der Wahrheit und des Geheimnisses’ zu der ‘Simulation’, in der kein Gott mehr ist. Der sowjetische Gott war gestorben“<sup>9</sup>. Seine Nachfolger froren die von ihm geschaffene Wunderwelt ein. Tauwetterperioden konnten ihr nichts anhaben.

„Die VDNCh war realer als das Land selbst. Die Leute liefen weiter zu ihr hin, um einen Schluck Realität zu erhaschen. Dann kehrten sie wieder in ihre Phantom-Existenzen zurück. Im Pavillon der Geflügelauzucht beispielsweise waren Musterbetriebe ausgestellt, die von einer pastoralen Landschaft umgeben waren und solche Namen trugen wie (Modell des Geflügelbetriebs Nr. 6 in Cholmogori im Oblast Kostroma). Am gleichen Stand wurden die hypothetischen Produkte des Landwirtschaftsbetriebes gezeigt. Reihenweise Dosen mit Aufschriften wie ‘Hühnchen in Wein’ oder ‘Pürierte Entenleber’. Niemand hatte jemals solche Delikatessen im Verkauf gesehen (auch nicht unter der Ladentheke). Sie waren Nahrungsmittel, die durch Worte konsumiert wurden. Das gleiche gilt für das berühmte ‘Buch des schmackhaften und gesunden Essens’, welches zwei sowjetische Generationen mit Images und Worten fütterte“<sup>10</sup>.

In den sechziger und siebziger Jahren wurde versucht, die zu verwaltende Hyperrealität der VDNCh auf ein erträglicheres Maß runterzuschrauben. Neue kleinere Pavillons entstanden, die auf Rationalität statt auf weitere Prachtentfaltung setzten. Das Moskauer Forschungs- und Gesundheitsinstitut ließ Anfang der achtziger Jahre eine Renovierung der Gebäude, Straßen und Plätze vornehmen. Ein erster Pavillon ausschließlich für Konsumgüter wurde gebaut. Zwei weitere folgten. Sie hießen „Speiseeis“ und „Bier“. Diese Pavillons waren mehr begehbare Riesenskulpturen denn herkömmliche Gebäude. „Speiseeis“ stellte einen gigantischen Eisberg dar, auf dessen Spitze eine Robbe mit einem Ball spielte. Das circa 20 Meter hohe Gebilde brach irgendwann einfach auseinander. Es bestand aus nichts als Pappmaché, das von dünnen Holzleisten zusammengehalten wurde.

Der „Pavillon der Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft“ wurde in den sechziger Jahren in „Kosmos“ – die letzte Errungenschaft der Sowjetunion – umbenannt. Von 1939 bis Mitte der fünfziger Jahre hatte vor dem eleganten Hangar aus Glas, der von stählernen Parabolträgern gehalten wird, eine Statue Stalins gestanden. Diese wurde 1967 durch ein Modell der „Vostok“ ersetzt, jener Rakete also, mit der Jurij Gagarin als erster Mensch in den Weltraum geschossen wurde. 1976 gesellte sich noch eine ausrangierte TU-154 zur „Vostok“.

Auch sie war nicht etwa auf dem „Platz der Mechanisierung“ gelandet, sondern in Einzelteile zerlegt dort wieder aufgebaut worden.

Im Inneren des „Kosmos“-Pavillons befand sich die beliebteste Ausstellung der VDNCh überhaupt. Vielleicht gelang es der VDNCh hier tatsächlich, Elemente eines Volks- und Vergnügungsparks mit denen einer wirtschaftlichen Leistungsschau überzeugend zu verbinden. Die Satelliten, Meßstationen und andere Exponate sind heute in einer Ecke zusammengescharrt. Niemand kümmert sich um sie. Die „Akademie der Wissenschaften“ verfügt noch nicht einmal über das Geld, die sowjetischen Weltraumexponate sachgemäß zu lagern, geschweige denn sie zu präsentieren. Im „Kosmos“-Pavillon bieten Inder jetzt eine gebräuchlichere Technik an: Statt Satelliten verkaufen sie Satellitenschüsseln und Fernseher.

Seit 1992 gibt es weder die UdSSR noch die VDNCh. Was ist mit ihnen geschehen? Haben sie sich aufgelöst, verflüchtigt, sind untergegangen? Oder befindet sich unter der dünnen Decke der neuen post-sowjetischen Realität weiterhin der alte Mehltau, der jeden Winkel des Landes benetzt hielt? Ist die Topographie der Rußländischen Föderation überhaupt greifbar oder liegt auf ihr eine Landkarte im Maßstab 1:1, die den Namen Sowjetunion trägt?

„Blitzartig werden aus der Stalinzeit stammende Gebäudekomplexe kommerzialisiert und umgebaut; vor allem die ‘Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft’ – ‘Russisch Disneyland’ – die in einen gigantischen Supermarkt verwandelt wurde. In ihren Ausstellungshallen soll der Volksjubel des ausgehenden Kommunismus in eine Konsumekstase übergehen. Die symbolische Architektur der 30er und 50er Jahre mit ihren Sinnbildern des Überflusses, Wappen und Fahnen vermittelt zwischen den profanen Akten des Kaufs und Verkaufs“<sup>11</sup>.

Die Analogie von VDNCh und Disneyland liegt auf der Hand. Beide Anlagen bestehen in ihrer wesentlichen Form seit Mitte der 50er Jahre. Beide Anlagen repräsentieren weniger die Quintessenz des jeweiligen Landes, als daß sie vielmehr den Staat simulieren, in welchem sie stehen. Je mehr ihr Referent verblaßt, umso mehr wird Disneyland oder die VDNCh real, hyperreal. Denn was auch immer auf dem Gelände in Moskau oder Kalifornien transportiert wird: Die Symbole haben keinen klaren Bezug mehr, weder untereinander noch nach außen. „Sie existieren nur noch für sich selbst und kombinieren und verflechten sich aufs Geratewohl“<sup>12</sup>.

Baudrillard geht noch einen Schritt weiter. Er spricht von der Simulation der dritten Ordnung: „Disneyland existiert, um zu verbergen, daß es das ‘reale’ Land ist, alles vom realen Amerika, das Disneyland eben ist. Disneyland wird gerade als verspielt, künstlich und imaginativ präsentiert, um uns weiszumachen, daß der Rest real sei; während alles von Los Angeles und Amerika, das Disneyland um-

gibt, schon nicht mehr real ist, sondern bereits in den Bereich der Hyperrealität und Simulation getreten ist“<sup>13</sup>. Ebenso war die Simulationstätigkeit der VDNCh der hyperrealen UdSSR immer einen Schritt voraus.

Zwei gewichtige Unterschiede bestehen jedoch. Während zum einen Disneyland nur ein Themenpark von vielen ist, stand in der Sowjetunion nur ein einziges Thema in einem einzigen Park zur Disposition. Die VDNCh ist ein totalitärer Themenpark. Und zum zweiten sind die USA nicht wie die Sowjetunion auseinandergefallen. Während die Hyperrealitäten von Disneyland und der USA nahezu unverändert geblieben sind, hat die VDNCh möglicherweise einen weiteren Simulationssprung vollbracht. Dies gälte, falls Rußland nichts weiter als ein Simulacrum der Sowjetunion darstellte. Vielleicht ist die VDNCh aber nun auch da angekommen, wo sie nie hin sollte, in den Bereich der Realität.

Vor allem im Winter ist das VVC ein sagenhaft trostloser Ort. Aus den Lautsprechern, die überall auf dem Gelände verteilt geblieben sind, dröhnen zwar keine Märsche und Parolen mehr; dafür spielt man jetzt „Modern Talking“ oder den Soundtrack aus „Pulp Fiction“. In der Weite des Geländes verlieren sich die Besucher wie Schneeflocken auf der Suche nach Staubsaugern.

*Christoph Moeskes ist Student der Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

<sup>1</sup> Vgl. Ckorobogatto, ...I voda v fontane l'etsa po kommerčeskoj cene, in: Moskovskaja Pravda 28.3.98.

<sup>2</sup> Vgl. A. Gusakov/V. Ryndin, Ot pervoj vsesojuznoj do VDNCh SSSR 1923–1983, Moskva 1983.

<sup>3</sup> A. Tarchanov/S. Kavtaradse, Stalinistische Architektur, München 1992, S. 76.

<sup>4</sup> Ebd., S. 79.

<sup>5</sup> Auf der Rückseite einer Broschüre über die VDNCh aus den siebziger Jahren.

<sup>6</sup> Vgl. S. Medvedev, USSR. Deconstruction of the Text, in: Segbers/deSpiegeleire (eds.): Post-Soviet Puzzles, Vol. I, Baden-Baden 1995, S. 86.

<sup>7</sup> A. Tarchanov/S. Kavtaradse, a.a.O., S. 150ff.

<sup>8</sup> Vgl. E. Dobrenko, Metapher der Macht, München 1993.

<sup>9</sup> Vgl. S. Medvedev, a.a.O., S. 97.

<sup>10</sup> Ebd., S. 97.

<sup>11</sup> M. Ryklin, Zeit der Diagnose, in: Lettre International Nr. 30, 1995; S. 112.

<sup>12</sup> Vgl. S. Medvedev, a.a.O., S. 84.

<sup>13</sup> Vgl. J. Baudrillard, Simulacra and Simulation, Michigan 1994, S. 12.

## Chohol, Chutor und Hromada:<sup>1</sup> Bäuerlicher Landbesitz in der Ukraine vor dem Ersten Weltkrieg

Die vielzitierte Agrarfrage besaß für die Ukraine wegen ihrer Rolle als Kornkammer und Brennpunkt der Bauernunruhen von 1905/06 eine besondere Brisanz. Eine im Herbst 1997 bei Prof. Torke fertiggestellte Masterarbeit geht den Ursachen und Lösungswegen der Agrarfrage am Vorabend der Landreform unter Ministerpräsident Petr Stolypin (1906/11–1914) nach. Untersucht werden die sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen und agronomischen Bereiche, in denen der Handlungs- und Reformbedarf am größten war.

Hinter dem Schlagwort „Landnot“ (*malozemle*) verbarg sich nicht nur die mengenmäßig unzureichende Landausstattung der Bauernhöfe, sondern ein komplexes Gefüge aus Defiziten in den Rechtsverhältnissen, der demographischen Explosion, einem unterentwickelten Binnen- und Kapitalmarkt sowie technisch und betriebswirtschaftlich völlig veralteten Produktionsmethoden. Tatsächlich verfügten selbst die als „landarm“ geltenden ukrainischen Bauern über mehr und qualitativ hochwertigeres Land als ihre westeuropäischen Standesgenossen. Erforderlich waren die Intensivierung und Modernisierung der Anbaumethoden, eine verbesserte Kapitalausstattung der Bauernhöfe und ein grundlegender Strukturwandel mit alternativen Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Agrarsektors. Insbesondere angesichts knapper finanzieller Mittel bestand dringender Reformbedarf im Bodeneigentumsrecht und in der Flurordnung. Wie heute im Zuge der Transformation wurde damals die Schaffung von bäuerlichem Privateigentum an Grund und Boden leidenschaftlich und kontrovers debattiert.

Obwohl die mythenbesetzte zentralrussische Landumteilungsgemeinde (*obščina*) in der Ukraine geringe Verbreitung fand, waren auch die Gemeinden mit erblichem Hofbesitz mit der Problematik kollektiver Landbesitztitel, unklarer Grenzen und eines allgemein undurchsichtigen und widersprüchlichen Bodeneigentumsrechts konfrontiert. Auch in der ukrainischen *Hromada* war die Dreifelder-Wirtschaft auf extrem parzellierten schmalen Feldstreifen in Gemengelage üblich, was eine intensive Bodennutzung unmöglich machte. Die in der Literatur häufig anzutreffende Vorstellung des eigenständig wirtschaftenden ukrainischen Bauern mit einem ausgeprägtem Gefühl für Privateigentum an Grund und Boden ist daher mit Skepsis zu betrachten. Vor allem in der westlich des Dnjepr gelegenen Ukraine kam es allerdings punktuell zu spontanen Flurbereinigungsmaßnahmen und sogar zur Bildung von Einzelhöfen, die im Zuge der unter Stolypin eingeleiteten Reformmaßnahmen zu Modellbetrieben für das übrige Reich avancierten. Die Frage nach den Auswirkungen der Stolypin-Reform in der Ukraine konnte aufgrund bestehender Forschungslücken lediglich angeschnitten werden. Die in der Arbeit gewonnenen Er-

kenntnisse bieten jedoch eine hilfreiche Grundlage für die seit langem überfällige lokale Aufarbeitung der Stolypin-Reform.

*Claudia Meurer ist M.A. der Osteuropastudien.*

<sup>1</sup> *Chohol*: kosakischer Haarschopf; russ. Spitzname für die Ukrainer. *Chutor*: bäuerlicher Einzelhof mit arrondiertem Grundstück; in der Ukraine auch: Dorf, Siedlung. *Hromada*: ukrainische Dorfgemeinde.

### Vor Ort „echtes Leben“ schnuppern: Die Praktikumsbörse Osteuropa

Seit dem vergangenen Sommersemester gibt es am Osteuropa-Institut eine Anlaufstelle für alle, die in Osteuropa ins Berufsleben schnuppern wollen. Die *Praktikumsbörse Osteuropa* vermittelt Praktika und bietet mit Adressen und Tips „Hilfe zur Selbsthilfe“ – und zwar in den Bereichen

- Zivilgesellschaft (Menschenrechte, Umwelt, Soziales, ...)
- Wirtschaft
- Politik/Recht/Verwaltung
- Medien/Kultur/Tourismus
- Bildung/Wissenschaft.

Sprechstunde im WS 1998/99 (voraussichtlich):

**Donnerstags, 12–14 Uhr**

im Studienbüro des OEI (Raum 017, EG)

#### Kontakt:

Praktikumsbörse Osteuropa am OEI

– Hanno Gundert –

Garystr. 55, 14195 Berlin

☎ (030) 838-2074 Fax: (030) 838-3788

e-mail: oeprakt@zedat.fu-berlin.de

Und im Internet:

<http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt>

## Lehren und Forschen in Zeiten des Risikos Begegnungen in der „Bildungsmetropole“ St. Petersburg<sup>1</sup>

Die Hochschulpolitik ist in Rußland ein Stiefkind der Regierung. Die Zeiten, da Wissenschaft und Lehre voll vom Staat finanziert wurden, sind vorbei. Wenn überhaupt, werden allenfalls noch Gehälter und Stipendien von Moskau bestritten. Rußlands staatlich anerkannte Hochschulen sind heute so frei wie nie zuvor. Doch ihre Mitarbeiter, vormals eine privilegierte Schicht, kommen wirtschaftlich nur schwer über die Runden. Viele Spezialisten sind abgewandert. Die Hochschullandschaft verändert sich. Staatliche Einrichtungen konkurrieren inzwischen mit privaten Unternehmen um die Schulabgänger, die wieder stärker als zu Beginn der neunziger Jahre an die Hochschulen drängen.

Ich habe im Frühjahr 1998 während eines einwöchigen Aufenthalts in St. Petersburg mit Hochschulangehörigen verschiedener Fachrichtungen und unterschiedlichen Alters gesprochen und habe dabei auch ein wenig vom Geist der alten Kulturmetropole kennengelernt: Bereitwillig gab man mir Auskunft; jeder wollte weitere Gesprächspartner für mich ausfindig machen. Kein Problem, in dieser Stadt einen Wissenschaftler noch um zehn, ja um zwölf Uhr abends anzurufen. Ein junger Dozent bedauerte, in den folgenden Tagen nicht zur Verfügung zu stehen, weil er den Nachtzug nach Moskau nehme, um an einem Kongreß teilzunehmen. Aber ich könne ihn ja gleich, am späten Sonntag Abend, in seiner Wohnung auf der Basiliusinsel aufsuchen, um mit ihm ein Interview zu machen.

### Prinzipiell hat sich nichts verändert

Es ist ein prachtvoller Bau aus zaristischer Zeit. Die Technische Universität St. Petersburg – vormals Polytechnisches Institut – wird demnächst hundert Jahre alt. Professor Andrej Timkovskij zeigt stolz den Treppenaufgang, den großen Hörsaal und seinen Seminarraum, in dem es etwa ein Dutzend Computerarbeitsplätze gibt. Er empfiehlt jedoch, wegen der unzureichenden Heizung den Mantel während des Gesprächs nicht auszuziehen. Timkovskij ist Ende fünfzig, Biophysiker, Mitarbeiter im St. Petersburger Institut für Kernphysik. Wie hat sich seine Arbeit seit dem Ende der Sowjetunion verändert?

„Prinzipiell hat sich bei uns wie an anderen akademischen Einrichtungen nichts geändert. Wir wollen nichts anderes als ins Institut gehen und arbeiten, das heißt Forschung betreiben, auch wenn es sehr schwierig ist und die Ausstattung der Labors sehr, sehr schlecht ist. Es gab bei uns einen populären Witz: Als der Präsident Rußlands hörte, daß die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften auch dann zur Arbeit gehen, wenn sie kein Gehalt bekommen, sagte er: Macht nichts, stellen wir Wachen auf und lassen sie Eintritt bezahlen!“

### Staatliche Hochschulen contra private Universitäten und Akademien

So wie Rußland der Übergang zur Marktwirtschaft erst teilweise gelungen ist, so stecken auch die russischen Hochschulen noch immer im Umbruch. Bereits unter Gorbačev war ihre Anbindung an Staat und Partei gelockert und eine Selbstverwaltung eingeführt worden. Unter El'cin erhielten sie noch mehr Autonomie; sie wurden zu Wirtschaftsunternehmen, die weitgehend selbst für ihre Finanzierung sorgen müssen. Im Bildungsgesetz der Russischen Föderation von 1992 ist außerdem die Existenz von Bildungseinrichtungen unterschiedlicher Rechts- und Organisationsform verankert. 1996 wurde ein Zusatzartikel „Nichtstaatliche Bildungsorganisationen“ aufgenommen – ein wichtiger Schritt zu ihrer rechtlichen Gleichstellung.

Private Universitäten und Akademien schossen in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden. Über 300 sind inzwischen registriert. Damit ist ihre Zahl auf etwa die Hälfte der staatlichen Bildungseinrichtungen angewachsen; die Zahl der dort Studierenden macht ein Fünftel der Kapazität an staatlichen Hochschulen aus. In einigen Studiengängen (Recht, Wirtschaft, Sozialwissenschaften) ist ihr Anteil noch höher. Gibt es eine Konkurrenz zwischen den staatlichen und den privaten Instituten? Professor Asaldan Boronoev, Dekan der Soziologischen Fakultät der Staatlichen Universität St. Petersburg:

„In St. Petersburg haben wir 43 staatliche Hochschulen und 20 nichtstaatliche Institute, Universitäten usw. Gibt es Konkurrenz? Nun ja. Sie nehmen uns Abiturienten, Studenten weg. Dort studieren die Kinder der 'neuen Russen', die Geld haben. Aber es gibt keine Lehrstühle, keine Wissenschaftler, keine Tradition. Und sehr oft wollen Studenten, die dort studieren, zu uns kommen. Sie sagen, der Unterricht sei schlecht. Private Hochschulen sind notwendig, aber doch nicht gleich zwanzig. Mit der Zeit werden einige aus Mangel an Studenten ganz sicher wieder schließen.“

Die staatlichen Hochschulen haben sich verschiedene Einnahmequellen erschlossen, sie vermieten zum Beispiel einen Teil ihrer Räume. Doch nicht jede ist so wohlhabend wie die Moskauer Lomonosov-Universität, die dank profitabler Immobilien 30 Prozent ihres Budgets selbst erwirtschaften kann. Die Soziologische Fakultät der Universität St. Petersburg ist im Smol'nyj-Kloster untergebracht, das Elisabeth I., Tochter Peters des Großen, einst zu ihrem Alterssitz bestimmt hatte. Sie hat ein Stockwerk an den Verlag eines Joint-Venture-Unternehmens vermietet. Weitere Einnahmen erzielt auch sie durch zahlende Studierende aus Rußland und aller Herren Länder.

„Bei uns gibt es einen kostenpflichtigen Studiengang, wir nennen das ‘Studium auf vertraglicher Basis’. Wir haben das Recht, eine bestimmte Zahl von Studenten gegen Bezahlung aufzunehmen, und zwar bis zu 20 Prozent. Diese Studenten lernen sehr gut. Unterschiedlich gehandhabt wird nur die Aufnahmeprüfung. Die besteht bei uns aus drei Teilen. Die Bewerber schreiben einen Aufsatz in russischer Sprache, sie legen eine Prüfung ab in russischer Geschichte und in einer Fremdsprache ihrer Wahl, von Deutsch bis zu Chinesisch und Hindi. Die Vertragsstudenten legen nur eine mündliche Prüfung ab.“

### **Ein Hochschulabschluß bedeutet wieder etwas**

Nichtstaatliche Universitäten sehen ihre Chance vor allem in den Geisteswissenschaften, in Fremdsprachen, in Rechts- und Wirtschaftswissenschaft. Die Konkurrenz der Privaten veranlaßte auch die staatlichen Hochschulen zu einer inneren Umstrukturierung und zu einer Ausweitung des Lehrangebots. So gibt es beispielsweise auch an der Universität St. Petersburg jetzt eine Schule für Management. Auch die Soziologie zählt zu den neuen Fachgebieten. Die Fakultät entstand 1989, hat heute neun Lehrstühle (mit zum Teil sehr jungen, zum Teil unqualifizierten Professoren), 80 Dozenten und rund 900 Studenten. Dazu Prof. Boronoev:

„Die Soziologie gehört zu den populären Fächern im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften. 1996 bewarben sich auf einen Platz vier Personen, 1997 drei, also etwas weniger, das schwankt immer ein wenig. In diesem Jahr sind es mehr als dreieinhalb. Gemessen an der Zahl der Bewerber nehmen wir an der Universität den dritten Rang ein. An erster Stelle steht die Juristische Fakultät. Zu sowjetischer Zeit haben nur wenige Universitäten Juristen ausgebildet, es besteht daher ein Mangel. An zweiter Stelle steht die Psychologische Fakultät, dann kommen wir, und nach uns die Ökonomen, die Historiker und die Philosophen.“

Die Berufsaussichten für Soziologen seien gut, sagt Boronoev. Die Absolventen arbeiteten als Lehrer an Gymnasien, an Hoch- und Fachschulen. Anstelle des früheren Pflichtfachs „Wissenschaftlicher Kommunismus“ gibt es jetzt die Fächer Soziologie, Politologie und Kulturwissenschaft. Soziologen fänden außerdem Arbeit in der Verwaltung, im sozialen Bereich und in der Wirtschaft. Einer seiner Absolventen sei inzwischen Direktor der Baltischen Bank, sagt der Dekan der Soziologischen Fakultät. Ein Hochschulabschluß bedeute wieder etwas. Häufig studiere man das Fach seiner Wahl, auch wenn man nicht wisse, ob man auf dem Gebiet später arbeite.

Dieser Trend gilt für Rußland insgesamt. Die Zahl der Studenten ist von zweieinhalb Millionen im Jahr 1994 auf mehr als drei Millionen im vergangenen Jahr gestiegen. Auch für die drei Jahre dauernde Aspirantur, das Promotionsstudium, gibt es wieder mehr Bewerber als Plätze.

Die technischen Hochschulen profitieren ebenfalls von dem neuen Drang zu höherer Bildung. Andrej Timkovskij von der Technischen Universität St. Petersburg:

„Vor vier, fünf Jahren erlebten die naturwissenschaftlichen Institute einen Einbruch. Aufnahmeprüfungen fanden nicht mehr statt, weil weniger Studenten kamen, als Plätze zur Verfügung standen. Doch seit zwei, drei Jahren gibt es wieder einen Wettbewerb um Studienplätze. Wir hatten diesmal an der Fakultät für Physik und Mechanik ungefähr zwei Bewerber auf einen Platz. Mein Eindruck von den Erstsemestern: lebhafte junge Leute, die viele Fragen stellen und sich auch für die angrenzenden Fächer wie Chemie und Biologie interessieren.“

### **Die neue Dynamik des Lebens traf viele wissenschaftliche Mitarbeiter wie ein Schock**

In der Sowjetunion hatte man den wissenschaftlichen Schwerpunkt im Bereich der Naturwissenschaften und Ingenieurfächer gesetzt. Ungeheure Summen wurden in den Aufbau von Instituten und Forschungseinrichtungen investiert. Zahllose Wissenschaftler arbeiteten direkt oder indirekt für den militärisch-industriellen Komplex. Als das kommunistische System zusammenbrach, war ein Neuanfang im Bereich Technik und Naturwissenschaften besonders schwierig. Denn plötzlich mußte man selbst Anträge für Forschungsprojekte stellen und sich selbst darum kümmern, daß sie finanziert würden. Vorher waren der Staat und die Rüstungsindustrie für alles aufkommen. Die „neue Dynamik des Lebens empfanden wir zunächst mehr als Schock denn als Chance“, sagt der Atomphysiker Timkovskij:

„Früher waren wir ein beschauliches akademisches Leben gewohnt, wo man ohne Eile forschen und vor der Veröffentlichung noch eine Denkpause einlegen konnte. Ein Aufsatz konnte zwei Jahre auf dem Schreibtisch liegen bleiben. Jetzt wissen wir, daß es in der Wissenschaft der Welt sehr dynamisch zugeht und daß man einfach nicht zurückbleiben darf. Und einer der Hauptvorteile des neuen Lebens besteht darin, daß es sehr viel mehr internationale Kontakte gibt. Wenn man früher an einem Kongreß teilnehmen oder am Institut eines befreundeten Landes arbeiten wollte, forschten Kommissionen danach, was Sie wann wo gesagt haben und lehnten in der Regel ab. Heute schicken Sie Thesen an eine Wissenschaftliche Konferenz. Und wenn die akzeptiert werden, fahren Sie in aller Ruhe hin. Kein Problem mit dem Paß. Das Problem ist nur das Geld.“

### **Eine grundlegende Reform fand bisher nicht statt**

Grundlegend wurde der russische Wissenschaftsbetrieb bisher nicht reformiert, auch wenn inzwischen rund ein Fünftel der Forschungsmittel über Ausschreibungen vergeben wird und durch Erlaß des Präsidenten der Russische Fonds für Grundlagenforschung gegründet wurde.

In der Sowjetunion waren Forschung und Lehre weitgehend getrennt. An den Universitäten wurde unterrichtet. Allenfalls bei den Naturwissenschaften gab es angeschlossene Laboratorien. Ansonsten waren für die Forschung die Akademien zuständig. Im heutigen Rußland bemüht man sich, diesen Bruch zu beseitigen und die Wissenschaft wieder stärker in die Hochschulen zu integrieren. Alexander Duka, stellvertretender Direktor des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg:

„Wir haben zum Beispiel im letzten Jahre Gelder bekommen zur Entwicklung der Beziehungen zwischen unserem Institut, der Soziologischen Fakultät der Universität und der Abteilung Politologie an der Philosophischen Fakultät. Denn die Politologen gehören derzeit zur Philosophischen Fakultät. Dann waren wir in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität an einem weiteren Programm beteiligt, das darauf abzielt, die Lehre zu verbessern und Dozenten in Forschungsprojekte einzubeziehen.“

### **Viele Wissenschaftler sind heute von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht**

Der 40jährige Alexander Duka hat wie viele Gesellschaftswissenschaftler seiner Generation Philosophie, sprich Philosophie des Marxismus studiert, dann angehende Bergbauingenieure im Fach Wissenschaftlicher Kommunismus unterrichtet. Nach der politischen Wende befaßte er sich an der Akademie der Wissenschaften mit den neuen gesellschaftlichen Bewegungen in Rußland und dem Problem des Nationalismus.

„Der Staat zahlt uns das Gehalt, das ist alles. Kontrolle oder Druck, Einflußnahme irgendwelcher Art, gibt es nicht. Ja, man gibt uns noch teilweise Geld für die Miete dieses Gebäudes. Alles andere, Geld für Telefon, Elektrizität, sogar zum Kauf von Computern, müssen wir uns aus anderen Quellen besorgen.“

Im Durchschnitt verdienen Wissenschaftler am Institut dreihundert Rubel, keine hundert Mark, und dies bei immens gestiegenen Lebenshaltungskosten. Essen und Kleidung sind in Petersburg so teuer wie in Westeuropa, nur die Mieten sind in der Regel niedrig. Fördermittel aus staatlichen russischen und aus internationalen Fonds sind nicht nur unentbehrlich für die Forschungsarbeit und für die Publikation der Ergebnisse, sie tragen auch bei zum alltäglichen Überleben. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Freien Universität Berlin hat der Soziologe Duka mit einer Arbeitsgruppe ein auf fünf Jahre veranschlagtes Projekt begonnen: „Transformation örtlicher Eliten beim Übergang in die neue Gesellschaft“.

Zur Elite zählen sich Hochschullehrer und Wissenschaftler in Rußland heute nicht mehr. Sie dürfen zwar frei arbeiten, müssen sich aber ständig um ihre Existenz sorgen. Vormalig eine privilegierte Schicht, sind sie heute von Armut und zunehmend auch von Arbeitslosigkeit bedroht. Noch in diesem Jahr soll die Zahl der Hochschulen in Rußland (derzeit 600 staatlich anerkannte) drastisch

reduziert werden. Das hat vor kurzem ein Vertreter der Moskauer Administration vor St. Petersburger Hochschulrektoren erklärt und beruhigend hinzugefügt, die beiden Hauptstädte seien einstweilen nicht betroffen.

Auch Alexander Duka spricht davon, daß am Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg in den nächsten Monaten 15 Prozent der Beschäftigten entlassen werden sollen. Man müßte viel mehr freisetzen, versichert ein anderer Mitarbeiter. Diese Institute seien zu groß, unflexibel, ihre wissenschaftlichen Programme hätten einen fiktiven, weitgehend formalen Charakter:

„Von den 80 Mitarbeitern des Instituts für Soziologie ist ein Drittel Ballast. Diese Leute leisten absolut nichts als Wissenschaftler, unter Bedingungen des freien Marktkampfes um Ressourcen wären sie weg. Ein Drittel zählt zwar zum Institut, aber die befassen sich mit Marketing-Projekten oder arbeiten als Berater; ihre Arbeit hat keinen Bezug zum Institut für Soziologie. Schließlich das letzte Drittel. Das sind Leute, die wirklich arbeiten, Forschungsvorhaben vorantreiben, die sich bemühen, zusätzliche staatliche und nicht staatliche Fördermittel beizubringen. Meiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, dieses letzte Drittel im Institut zu behalten und alle anderen zu entlassen.“

### **Entsteht an den privaten Universitäten eine neue Elite?**

Vladimir Gel'man zählt sich selbst zu denen, die nur noch pro forma zum Institut gehören. Hauptamtlich ist er Mitarbeiter der Europäischen Universität, einer privaten Hochschule für *postgraduate studies*, die von einem Konsortium amerikanischer Stiftungen finanziert wird. Gel'man ist 32, hat am Polytechnischen Institut (der heutigen Technischen Universität) studiert, einige Zeit auch in England, und eine Doktorarbeit über politischen Wandel in Rußland verfaßt. In der Zeit der Wende hat er sich politisch engagiert. Er steht der Reformpartei „Jabloko“ nahe, die in St. Petersburg eine starke Bastion hat. Er empfindet sich als Vertreter einer neuen Generation weltöffener Wissenschaftler:

„Die Leute, mit denen ich zusammenarbeite, das sind die 30 bis 35jährigen, die Anfang der neunziger Jahre in den Westen gefahren sind, um dort zu studieren und die nach längerem Aufenthalt nach Rußland zurückgekehrt sind. Sie führen mit Rückfahrchein. Sie haben Erfahrungen in Cambridge oder Berkeley gesammelt, und sie versuchen, diese Erfahrungen bei uns jetzt auszuwerten. Mir scheint, das ist interessant und sinnvoll.“

Die Studenten der Europäischen Universität würden ganz selbstverständlich in die internationale Wissenschaftsgemeinschaft hineinwachsen, meint der junge Dozent Gel'man. Es ist die erste Generation, die nicht mehr das Fach Marxismus-Leninismus im Grundstudium absolviert hat. Noch ist die Europäische Universität staatlich nicht anerkannt. Die Magisterdiplome stellt die Universität

Helsinki aus. Die Dissertationen werden vor renommierten Moskauer Instituten verteidigt, mit denen man entsprechende Verträge abgeschlossen hat.

Das Studium kostet tausend Dollar pro Semester. Andererseits werden Stipendien vergeben in Höhe von monatlich 200 Dollar, und ein Dozent verdient bereits tausend Dollar. Für die Lehrkraft einer staatlichen Hochschule eine astronomische Summe.

Gel'man ist überzeugt, daß an solchen Institutionen wie der Europäischen Universität eine neue Wissenschafts- und Bildungselite heranwächst, zumindest in den Sozialwissenschaften, in Geschichte, Politologie, Ethnologie. Sein Credo:

„Wir wollen unser Haus nach westlichen Plänen, aber mit eigenem Baumaterial erstellen.“

Die Mitarbeiter staatlicher Wissenschaftseinrichtungen blicken mit Argwohn auf diese Neugründungen, die ja auch vom russischen Staat mitfinanziert werden. Entsteht da nicht eine neue Klasse von Wissenschaftlern, die schon in jungen Jahren einen solchen Lebensstandard erreicht, daß sie später an staatlichen Unis nicht mehr arbeiten will, geschweige denn in der Provinz? Auch in der Wissenschaft herrschen Verhältnisse wie im Frühkapitalismus. Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher. Auf der einen Seite die Wissenschaftler, die über internationale Kontakte verfügen, die zu Konferenzen eingeladen werden, in ausländischen Fachzeitschriften publizieren, die mit Erfolg Anträge bei Förderinstitutionen stellen. Auf der anderen die Älteren, die Chancenlosen.

### **Internationale Zusammenarbeit als Überlebensstrategie**

Vielfältige internationale Kontakte, Austausch und Forschungskooperation sind notwendig zum Überleben. Asaldan Boronoev, der sechzigjährige Dekan der Soziologischen Fakultät der Universität, versteht sich hauptamtlich als Organisator des Hochschulbetriebs unter marktwirtschaftlichen Bedingungen:

„Bei Anschaffungen für die Bibliothek, für die Computertechnik und bei der Mitarbeiterschulung haben uns zwei Programme sehr geholfen. Zum einen das Tempus-Tacis-Programm der Europäischen Union. Wir haben drei Partneruniversitäten: Bielefeld, Straßburg und Lissabon. Und dieses Programm ist eine kolossale Hilfe für uns, es hat uns gleichsam Europas Türen geöffnet. Wir waren früher ja ein abgeschottetes Land. Wir kannten nicht verschiedene Theorien und Paradigmen, nur Marx und Marxismus, nicht wahr? Jetzt hat sich das geändert. Alle meine Mitarbeiter können Fremdsprachen, das gehört zum Programm. Die Studenten lernen drei Sprachen, und auch die Lehrer vervollkommen ihre Sprachkenntnisse. Dabei hilft uns ein zweites Programm. Der Deutsche Akademische Austauschdienst steuert bis heute 250.000 Mark im Jahr bei. Zur Zeit sind fünf Studenten und vier Dozenten zu Sprach- und Studienaufenthalten in Deutschland. Aus Bielefeld sind zur Zeit fünf Studenten und ein Gastprofessor hier.“

Westliche Programme sollen und wollen Zusammenarbeit und Mobilität fördern. Trotzdem wird sich der *brain drain*, die Abwanderung von den Hochschulen in andere lukrativere Bereiche und ins Ausland noch lange negativ auf die russische Wissenschaftslandschaft auswirken, vor allem bei den Naturwissenschaften. Andrej Timkovskij:

„Der aktivste Teil der Wissenschaftler im Alter zwischen 30 und 40 ist an die besten Institute im Ausland gegangen. Dort schätzt man unsere Spezialisten. Denn die sind bemüht, mit Hilfe von Stipendien schnell und effektiv zu arbeiten. In der Wissenschaft gibt es keinen Chauvinismus. Und wenn wir normale wirtschaftliche Verhältnisse hätten, wäre nichts dagegen einzuwenden. Sogar in Polen sind in den sechziger und siebziger Jahren talentierte junge Wissenschaftler für zwei, drei, vier Jahre nach Frankreich, England, Kanada, USA gegangen, dann sind sie zurückgekehrt nach Polen. Wir könnten es auch so halten.“

### **Der Patriarch der russischen Kultur plädiert für einen Marshall-Plan zugunsten Rußlands**

Rußlands Hochschulen sind heute so frei wie nie zuvor. Aber Dozenten, Professoren, Wissenschaftler können ganz selten von ihrer eigentlichen Arbeit leben. Die Tür nach Europa und zur Welt steht ihnen heute weit offen. Die Umstrukturierung der Universitäten ist zwar ein inner-russisches Problem, aber ohne Hilfe aus dem Westen wird ein Aufschwung von Wissenschaft und Kultur in Rußland nur schwer gelingen.

Diese Ansicht vertritt mit Nachdruck der 91jährige „Patriarch der russischen Kultur“ Dmitrij Lichačev, Abteilungsleiter für altrussische Literatur am St. Petersburger Puškin-Haus. Er plädiert für einen Marshall-Plan zugunsten Rußlands. Die Welt habe verbrecherisch gleichgültig zugesehen, wie in Rußland im 20. Jahrhundert Intelligenz vernichtet und Kultur zerstört wurde. Im eigenen Interesse müsse Europa heute darauf bedacht sein, daß Rußland nicht in die Hand von Extremisten falle. Lichačev, die graue Eminenz von St. Petersburg, Ratgeber von Gorbachev wie von El'cin, ist im übrigen zuversichtlich, daß in Rußland eine neue Elite heranwächst:

„Ja, es gibt sie, aber sie ist noch dabei, sich zu entfalten. Es gibt eine sehr gute Jugend an der Universität und an den Schulen. Nicht an allen Schulen. Da wo es gute Lehrer gibt, gibt es auch gute Schüler, sofort, und es gibt eine ganze Reihe solcher Schulen in Petersburg, in denen unsere Zukunft heranwächst.“

*Anneliese Holzschuh hat an der FU Berlin Osteuropäische Geschichte studiert. Sie arbeitet als Journalistin u.a. in freier Mitarbeit für Deutschland Radio Berlin.*

<sup>1</sup> Der folgende Text ist die überarbeitete Fassung eines Radiobeitrages, den der Deutschlandfunk am 14.4.98 in der Reihe „Hintergrund Politik“ ausgestrahlt hat.

## Bericht der Frauenbeauftragten

1986 trat das Berliner Hochschulgesetz in Kraft, das in § 59 erstmals die Bestellung von Frauenbeauftragten an Hochschulen regelt. An der FU wird die hauptamtliche zentrale Frauenbeauftragte durch ein Netzwerk von nebenamtlichen Frauenbeauftragten in den dezentralen Bereichen unterstützt. Das Ziel der Frauenbeauftragten ist, auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Hochschule hinzuwirken. Bereits in der fünften „Generation“ gibt es die Frauenbeauftragten in den unterschiedlichen Fachbereichen.

Als Studentin am Osteuropa-Institut haben ich, Ursula Frübis, und meine Stellvertreterin, Anne Lußky, das Amt der nebenamtlichen Frauenbeauftragten im April d. J. übernommen. Meine Motivation für diese anspruchsvolle Tätigkeit gründet in meinem langjährigen frauenpolitischen Interesse. Besonders wichtig ist mir dabei die Stärkung der Frauenforschung am Osteuropa-Institut. Am Ausgangspunkt meiner Arbeit stellte sich die Frage nach realistischen Handlungsspielräumen, innerhalb derer ich das Amt als subjektiv sinnvoll erfahren kann. Für mich geht es darum, den Balanceakt zwischen den formalen Erwartungen, der Öffentlichkeitsarbeit und den inhaltlichen Aufgaben zu vollführen. Erwartet wird die Aneignung rechtlicher Grundlagen der Frauenförderung, die aktive Mitwirkung bei Stellenbesetzungsverfahren, die Teilnahme an den Treffen aller FU-Frauenbeauftragten mit der zentralen Frauenbeauftragten einmal pro Monat und die Beteiligung an den Institutsratsitzungen. Das Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit am Osteuropa-Institut ist es, über frauenbezogene Vorträge, Angebote der Vorlesungsverzeichnisse, Lesungen, Workshops und Kongresse zum Thema Mittel- und Osteuropa zu informieren. So wird anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität Berlin eine internationale wissenschaftliche Konferenz stattfinden, die sich mit den geschlechtlichen Dimensionen der Transformationsprozesse in den ost-, mittel- und südosteuropäischen Ländern auseinandersetzen wird. Zum Ziel hat sich diese Tagung – über eine Bestandsaufnahme der sozialen und politischen Umbruchsprozesse hinaus – die geschlechtliche Konstruktion sozialer Normen und Werte und die kulturhistorische Verortung von Geschlechterordnungen in den ehemals sozialistischen Ländern gesetzt. Für Rückfragen könnt Ihr Euch an die folgende Adresse wenden:

e-mail: [gabi=jaehnert@rz.hu-berlin.de](mailto:gabi=jaehnert@rz.hu-berlin.de) oder  
☎ 030/ 30882-304 oder -301.

Ebenfalls bemerkenswert ist eine neue, überregional arbeitende Frauenorganisation in Mittel- und Osteuropa. KARAT ist ein Netzwerk von Frauen-NGOs. Gegründet wurde diese Organisation im Februar 1997 auf einer Konferenz, die in Warschau unter der Beteiligung von Frauen aus 11 verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern abgehalten wurde. Diese Konferenz verstand sich als eine Fortsetzung der Aktivitäten und Diskussionen, die auf der 4. Weltkonferenz der Frauen in Peking im September 1995 begonnen hatten. Das Ziel von KARAT

ist es, die überregionale Kooperation der Frauenorganisationen in den verschiedenen Transformationsstaaten zu unterstützen, um in Verhandlungen auf internationaler Ebene den Forderungen der Frauen ein größeres Gewicht verleihen zu können. Die Aktivitäten der „Karat Coalition“ bewegen sich aktuell auf drei Ebenen:

1. den Vereinten Nationen, 2. der Europäischen Union und 3. auf der Ebene der internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfond und Welthandelsorganisation.

In diesen Verhandlungen hat KARAT schon einiges an Ergebnissen vorzuweisen. So findet vom 9.–11. Oktober ein weiteres Treffen der delegierten Frauen aus den einzelnen Ländern im Prager Zentrum für Gender Studies statt. Die Ergebnisse und Projekte der Arbeitsgruppe, die sich mit den internationalen ökonomischen Institutionen befaßt, veröffentlichten bereits mehrere Arbeitspapiere.

Die Mailinglisten und die wichtigsten bisher versendeten Berichte wurden von mir gesammelt und können für Hausarbeiten oder Magisterarbeiten genutzt werden. Die regionale Koordinatorin, Kinga Lohmann, ist erreichbar unter [kingacom@waw.pdi.net](mailto:kingacom@waw.pdi.net).

Ich freue mich, daß meinem Antrag, die Redaktion für das BOI Nr. 12 zu übernehmen, vom Institutsrat zugestimmt worden ist. Ich bin mir der verantwortungsvollen Aufgabe bewußt und hoffe, dadurch die wissenschaftliche Diskussion anregen zu können. Thema der nächsten Ausgabe soll es sein, die Auswirkungen der Transformationsprozesse auf Frauen in den unterschiedlichen Ländern, Kulturen und geographischen Regionen zu untersuchen. Ich erhoffe mir, eine breite Palette von Beiträgen versammeln zu können. Wichtig scheint es mir, die verschiedensten Forschungsebenen zu berücksichtigen. Hierzu zählt die Bestandsaufnahme der rechtlichen, sozialen, ökonomischen Bedingungen von Frauenleben in den Metropolen und auf dem Land, die Darstellung von Frauenpolitik und -projekten sowie Kooperationen und Vernetzungen und das Aufzeigen der Behinderungen der Frauen bei der Verwirklichung ihrer Ideen. Hinzu kommen die Analyse der intrapsychischen und interpersonellen Bewältigungsstrategien des Umbruchs sowie das veränderte Selbstverständnis der Frauen, Identitätskonzepte im Wandel, Vorstellung und Hinterfragung von neuen Ergebnissen in der Frauenforschung, Frauenforschungsansätze (Genderkonzept) und auch die Auswirkungen des Verfalls der wissenschaftlichen Institutionen auf Frauenforschung in Mittel- und Osteuropa.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß die Arbeit einer Frauenbeauftragten am Institut um so lebendiger sein wird, je mehr sie auch von den verschiedensten Frauen und Männern Unterstützung erfährt.

Unsere Sprechstunde findet jeden Mittwoch zwischen 14.00 und 16.00 Uhr im Büro der Frauenbeauftragten im Osteuropa-Institut, Zimmer Nr. 201b statt.

☎ 030/ 838 6022, e-mail: [lachs@zedat.fu-berlin.de](mailto:lachs@zedat.fu-berlin.de)

*Ursula Frübis ist Studentin der Osteuropastudien.*

## Lehrstuhlvertretung Slavistik: PD Dr. Birgit Menzel stellt sich vor

Im Sommersemester 1998 und im kommenden Wintersemester 1998/99 nehme ich die Lehrstuhlvertretung des Faches Slavische Philologie und Balkanologie von Prof. K. D. Seemann, der seit dem 31.3.1998 emeritiert ist, wahr und biete Lehrveranstaltungen für Slavisten wie auch für Studierende des Osteuropa-Studiengangs an. Aus diesem Anlaß bin ich gebeten worden, mich mit meinem wissenschaftlichen Werdegang wie auch meinen Schwerpunkten und Interessen in Lehre und Forschung vorzustellen.

Nach dem Studium der Slavistik, Germanistik und politischen Wissenschaften an den Universitäten Bonn (1972–1974), Bloomington/Indiana/USA (1974–1975) – dort auch „Russian Film Studies“ – habe ich 1981/82 das Staats- und Magisterexamen an der FU Berlin mit einer Arbeit über „Dostoevskijs Roman ‘Die Dämonen’ und seine zeitgenössische Wirkung“ abgelegt. Anschließend war ich zwei Jahre lang als wissenschaftliche Hilfskraft im interdisziplinären Forschungsprojekt „Industrialisierung und Stalinisierung in der Sowjetunion“ unter der Leitung von Prof. H. Bütow an der FU tätig und arbeitete dann von 1984–1990 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Slavischen Seminar des Osteuropa-Instituts. In meiner Dissertation zum Thema „V. V. Majakovskij und seine sowjetische Rezeption 1930–1954“

(1991) untersuche ich die Beziehungen zwischen Avantgarde und Stalinismus am Beispiel von Person, dichterischem Werk und Rezeption von Majakovskij als dem herausragenden Vertreter der russischen Avantgarde, der von Stalin zugleich zur Modellfigur des Sozialistischen Realismus kanonisiert wurde.

Von 1992 bis 1994 arbeitete ich als Post-Doc-Stipendiatin am Graduiertenkolleg „Umgestaltungsprozesse der gesellschaftlichen Systeme Ost- und Südosteuropas seit den 80er Jahren und ihre historischen Voraussetzungen“ mit. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den sich zur gleichen Zeit dramatisch vollziehenden Transformationen in Rußland und den anderen Ländern Osteuropas kam meinem Interesse an dem gegenwärtigen kulturellen Wandel entgegen, und ich konnte die Gelegenheit einer interdisziplinären Arbeit besonders mit den Kollegiat/inn/en benachbarter Fachdisziplinen nutzen, meine eigenen Forschungen in einem breiteren Kontext zu betreiben und die gegenwartsbezogene Arbeit auch historisch zu fundieren. Als ein Ergebnis der Arbeit im Graduiertenkolleg erschien 1994 der von mir und Clemens Friedrich im Anschluß an die Tagung „Mythen-

dämmerung“ herausgegebene Sammelband „Osteuropa im Umbruch – alte und neue Mythen“, der auch einen Beitrag von mir zur Entmythisierung des Schriftstellers A. Solženicyn enthält.

Im Rahmen des Graduiertenkollegs entstand auch mein Buch „Die russische Literaturkritik 1986–1993“, das ein Gesamtbild der russischen Literaturkritik während und nach der Perestrojka, vermittelt über ihre historischen Voraussetzungen, bietet. Es gibt einen Überblick über den Wandel im russischen Literatursystem, der als exemplarisch für den Wandel der Kultur angesehen werden kann, von den Produktions- und Existenzbedingungen der an der literarischen Kommunikation Beteiligten über die Vermittlung und Rezeption von Literatur, den Wandel der Intelligenz bis zur Pluralisierung von Literaturkonzepten, ästhetischen und moralischen Wertvorstellungen anhand einzelner Schlüsseldiskussionen. Mit dieser Arbeit habe ich mich 1997 an der Universität Rostock habilitiert.

Der Habilitationsvortrag war russisch-polnisch komparatistisch angelegt und galt der Erörterung von nationalen Stereotypen, geschichtsphilosophischen Projektionen und Selbst- und Fremdbildern von Russen und Polen in der Literatur am Beispiel des Rußlandbildes von A. Mickiewicz und A. Puškin.

Die Schwerpunkte meiner bisherigen Arbeit in Forschung und Lehre liegen in der russischen Literatur und Kultur des 20. Jahrhunderts mit besonderem Gewicht auf der Avantgarde, dem sozialistischen Realismus und der Gegenwart (70–90er Jahre). Neben thematischen Grundkursen habe ich mich eingehender mit den Autoren Čechov, Charms, Dostoevskij, Ve. Erofeev, Gogol', Majakovskij, Mandel'stam, Solženicyn und Sorokin beschäftigt. Im Rahmen der komparatistischen Betrachtung vor allem der russischen und polnischen Literatur, auf der ein weiterer Akzent meiner Arbeit liegt, galt und gilt mein Interesse Brodskij und Miłosz, der russischen und polnischen Romantik sowie dem polnischen und tschechischen Drama.

Nicht nur im Rahmen meiner Dissertation, sondern auch als Mitautorin eines in mehrjähriger Arbeit in deutsch-russisch-amerikanischer Kooperation entstehenden „Glossariums zum sozialistischen Realismus“, das 1999 in St. Petersburg erscheinen wird, habe ich mich eingehend mit der Kultur der Stalinzeit beschäftigt. Diesem Thema wird auch weiterhin mein Forschungsinteresse gelten. Ebenfalls in mehrjährigen Arbeitskonferenzen und im Zusammenhang mit der Arbeit über die Literaturkritik habe ich



Birgit Menzel

mich mit dem Thema „Postmoderne / in Rußland / Postmoderne in der russischen Literatur“ kritisch auseinandergesetzt. Weitere Schwerpunkte meiner Forschung sind die russische Musik, speziell die Oper im 20. Jh. und die intermedialen Beziehungen zwischen Literatur, Oper, Film und Malerei, Rezeptionsästhetik und -geschichte, Literatursoziologie und Leserforschung.

Als Literaturwissenschaftlerin ist mir die Arbeit an literarischen Texten und die Rückbindung aller Forschung, auch in der interdisziplinären Ausrichtung, an die Analyse literarischer Texte ein zentrales, allerdings nicht ein ausschließliches Anliegen. Als nächstliegende Nachbardisziplin gilt mir die Geschichte, weshalb Osteuropa-Historiker/innen auch neben Slavist/innen zu meinen dauerhaftesten Gesprächspartnern gehören. Da mein Interesse vor allem der Wechselbeziehung von Literatur, Geschichte und Gesellschaft gilt, haben manche meiner Themen und Fragestellungen – literarische Kommunikation innerhalb und außerhalb der literarischen Texte, literarisches Leben, Funktionswandel von literarischen Formen und Konzepten, Beziehungen zwischen hoher und populärer Literatur – mich über die eigene Disziplin hinaus in die Kultursoziologie geführt, die einen größeren methodischen und theoretischen Rahmen für meine Forschungen bietet. In der als Forderung und Herausforderung an die Slavistik herangetragenen Öffnung der slavistischen

Literaturwissenschaft zu einer stärkeren kulturwissenschaftlichen Orientierung, die derzeit diskutiert und umstritten ist, erscheint mir die Kultursoziologie in vieler Hinsicht als ein tragfähiges Fundament für breitere Fragestellungen.

Zu den Plänen für meine weitere Forschung gehört die Herausgabe eines Sammelbandes zum Thema „Leskov – Šostakovič – Stalin: Ledi Makbet von Mzensk. Kulturpolitischer Fall und intermediale Verarbeitungen eines literarischen Stoffes.“ Ein weiteres Projekt, das ich zusammen mit deutschen, russischen und amerikanischen Kolleg/innen verfolge, ist die komparatistische Analyse postkommunistischer Literatur in Rußland, Polen, Tschechien und der ehemaligen DDR, wobei ich mich mit dem Vergleich zwischen neuer postsowjetischer und Literatur der ehemaligen DDR beschäftige.

In meinen Lehrveranstaltungen der näheren Zukunft werde ich neben Themen aus den oben genannten Schwerpunkten und einer Einführungsvorlesung in die slavistische Literaturwissenschaft Seminare zu Dostoevskij („Die Dämonen“), zum Thema Liebe in der russischen Dichtung, populärer bzw. Trivalliteratur, zu Gogol', Nabokov und Thomas Mann sowie zum absurden Drama in Rußland, Polen und Tschechien anbieten.

*PD Dr. Birgit Menzel vertritt z.Zt. die vakante Professur für Slawistik.*

## Interview mit Günter Mühlpfordt

*Das folgende Interview hat die Universitätszeitung „scientia halensis“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg im Mai 1998 auf Seite 9 stark gekürzt veröffentlicht unter dem Titel „Vitam impendere vero – nur die Wahrheit suchen. Der Historiker Günter Mühlpfordt im Dienste der Wahrheit“. Der vollständige Text erscheint im Heft 5 der „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ im Herbst 1998. Der Redaktion von „scientia halensis“ sei für die Genehmigung dieses Nachdrucks ebenso gedankt wie dem Interviewten für seine Zustimmung.*

*Aloys Henning*



Günter Mühlpfordt

Bei Tagungen und Vorträgen über Aufklärung, Pietismus, Reformation oder osteuropäische Geschichte spricht er oft in der Diskussion oder referiert selbst: ein großer, alter Herr mit ruhig prüfendem Blick, ungebeugt. Den Zug von Bitterkeit um den energischen Mund übersehen leicht, wer sein Schicksal nicht kennt. In der Fachwelt ist Günter Mühlpfordt seit Jahrzehnten bekannt und anerkannt. Heutige Studenten und junge Wissenschaftler aber wissen zu wenig über ihn. Sein „Fall“ gehört zu jenen exemplarischen Viten, die am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden analysiert werden, um die perfide Gewalttätigkeit und Borniertheit des DDR-Regimes aufzuzeigen. 27 lange Jahre war der international angesehene Professor – auf Walter Ulbrichts Befehl – von seiner Universität verbannt. „scientia halensis“ bat den Gelehrten um ein Gespräch.

### **Herr Professor Mühlpfordt, Ihr Vater und Ihr Großvater waren Fabrikanten. Was bewog Sie zu Studium und Hochschullaufbahn?**

Meine Liebe zur Geschichte wurde durch ein Geschichtsbuch des Vaters geweckt: Ein starkes Bildungserlebnis war Putzgers Großer Geschichtsatlas von 1931. Aus eigenem Antrieb begann ich als Schüler der Franckeschen Stiftungen mit Geschichtsforschung. Für mich stand fest: Ich will Geschichte studieren.

Für die Hochschullaufbahn entschied ich mich zu Beginn des Universitätsstudiums in meiner Heimatstadt Halle und unter dem Eindruck von Lehrern wie Martin Lintzel und Karl Jordan.

### **Warum spezialisierten Sie sich auf Mittel- und Osteuropa?**

Weil mich deutsche Geschichte und die der Völker östlich von uns interessieren. 1947 wurde ich Assistent bei Eduard Winter. Seither baute ich das hallese Universitätsinstitut für Osteuropäische Geschichte auf.

### **Sie wirkten auch in Berlin – was taten Sie dort?**

1950/51 baute ich, auch in Winters Auftrag, das Berliner Osteuropa-Institut wieder auf. Ich hielt – wie in Halle – Vorlesungen und Seminare an der Humboldt-Universität. Trotz Rufen nach Berlin, Rostock und Leipzig blieb ich in Halle, um mein Institut und mein Fach auszubauen.

### **Sie waren Mitglied der SED ...**

Ich war Mitglied der SPD! Der SED bin ich nie beigetreten. Ich wurde ungefragt und wider Willen in sie überwiesen – dann ausgeschlossen.

### **Ihre 1952 beendete Habilitationsschrift behandelt „Die polnische Krise von 1863“. Warum dieses Thema, das Assoziationen zum ebenfalls besetzten Deutschland hervorrufen mußte?**

Ich habe es, die Analogie zwischen dem Schicksal des geteilten Polen und dem des geteilten Deutschland vor Augen, bewußt gewählt.

### **Für den 6. Mai 1953 war Ihre Antrittsvorlesung als Dozent über „Ursachen der Rückständigkeit des zaristischen Rußland“ angesetzt. Sie wurde verboten – weshalb?**

Das Verbot zeigte die damalige harte Linie. Drei Themen schlug ich vor; die Fakultät wählte das erste. Alles war vorbereitet, die Einladungen waren versandt. Doch am Vorabend gegen 21 Uhr klingelte es: an der Tür eine Delegation des Verwaltungsdirektors. Seine Sekretärin eröffnete mir kategorisch: „Sie sind erkältet. Ihre Vorlesung fällt wegen Erkrankung aus.“ Keine Erklärung, keine Antwort auf meine Fragen. Nachträglich hieß es, ein sowjetischer Kulturoffizier habe das Thema bemängelt: Es passe nicht zum Charakter des 8. Mai, des „Tages der Befreiung“.

### **1954 wurden Sie dennoch zum Professor ernannt – wieso?**

Das geschah während des „Neuen Kurses“ nach dem 17. Juni. Osteuropäische Geschichte war Pflichtfach für Historiker und Slawisten. Eduard Winter ging nach Berlin. Der Leipziger Fachvertreter entwich nach West. Man brauchte mich. Aber ich erhielt nur die unterste Stufe einer Professur, und die Ernennung wurde monatelang verschleppt, um mich – erfolglos – politisch zu erpressen.

### **1956 erschien Band 1 des von Ihnen begründeten „Jahrbuchs für Geschichte Ost- und Mitteleuropas“. Blieb es unbehelligt?**

Die Zensur brauchte lange, bis sie mein Jahrbuch passieren ließ. Die SED-Führung verlangte, auf Konfrontationskurs zu gehen. Ich aber bekundete im Vorwort, „Brücken zu schlagen“, national, zu „westdeutschen Wissenschaftlern und Geschichtsfreunden“, wie international, „im Sinne der natürlichen Mittlerfunktion des deutschen Volkes zwischen östlichen und westlichen Ländern“.

### **Wie behaupteten Sie ihren liberalen Wissenschaftsbegriff gegen die ideologischen Vorgaben des Regimes?**

Das war äußerst schwer. In meinen Augen hat jeder Wissenschaftler Wahrheitssucher zu sein. „Vitam impendere vero“ – „Nur die Wahrheit suchen“ ist mein Wahlspruch seit dem Studium, mein Grundsatz: sachlich und unvoreingenommen an die Geschichte heranzugehen. Die SED-Ideologie gebot jedoch „Parteilichkeit“. Ich war bereit, intensiv fachlich zu arbeiten, nicht aber, Tatsachen zu verzerrern. Das kreideten mir die SED-Funktionäre als „bürgerlichen Objektivismus“ an.

### **Was warf man Ihnen vor?**

„Objektivismus“ und „Revisionismus“ waren die Hauptanklagepunkte. Der „Objektivismus“ sollte den Wissenschaftler treffen, der „Revisionismus“ den Sozialdemokraten. Ferner beschuldigte man mich des Akademismus, Antileninismus, Antimarxismus, Antisowjetismus, geographischen Determinismus, Eklektizismus, Faschismus, Idealismus, Klerikalismus, Liberalismus, Nationalismus, Psychologismus, Reformismus und Sozialdemokratismus – 16 verworfener Ismen.

Am schärfsten verurteilte man meine „ideologische Koexistenz“ mit „imperialistischen“ Historikern. Doch westdeutsche Historiker als Geschichtsfälscher, Revanchisten und Kriegshetzer hinzustellen, lehnte ich ab.

### **Welche Rolle spielte die geforderte „Selbstkritik“?**

Eine entscheidende: Nach dem stalinistischen Ritual von Kritik und Selbstkritik mußte jeder kritisierte Genosse „Fehler“ gestehen und „Besserung“ geloben. Da ich das nicht tat, ließ sich der Ausgang voraussehen.

### **Welchen Repressalien und Schikanen waren Sie ausgesetzt?**

Erst wurde ich ideologisch bekämpft, danach administrativ bestraft und dann ausgeschaltet. Die Hauptkampagne gegen mich begann 1957. Auf Weisung Ulbrichts wurde ich im April 1958 meiner Universitätsämter enthoben und erhielt Lehrverbot. Unzählige Postsendungen wurden – ohne Benachrichtigung – beschlagnahmt. Verbindungen rissen ab; wichtige Fachliteratur war für mich unerreichbar.

### **Wie verhielten sich die Kollegen?**

Viele bekundeten persönlich ihre Sympathie; öffentlich war das unmöglich.

### **Wann kam für Sie als halleischer Hochschullehrer das Aus?**

So großen Lärm man 1958 in aller Öffentlichkeit schlug, so lautlos nach außen und rein bürokratisch erfolgten 1962 meine entschädigungslose Entlassung und das Berufsverbot. Das Prorektorat für Forschung und die Gewerkschaft traten für mich ein – vergeblich.

### **Wie konnten Sie ohne festes Einkommen existieren?**

Von 1963 bis 1983 schlug ich mich als stellungsloser Privatgelehrter durch. Ich stelle keine großen materiel-

len Ansprüche, war gewohnt, sparsam zu leben. Als Entlassung drohte, legte ich Rücklagen an. Im Elternhaus wohnte ich mietfrei. 1964 bis 1968 war ich zeitweilig Hilfskraft in Berlin, zum 450. Jahrestag der Reformation 1967 kurzzeitig Hilfskraft in Leipzig.

**Woher nahmen Sie die psychische Kraft, jene 32 Jahre, 1958 bis 1989, durchzustehen?**

Ich arbeitete beharrlich weiter und verlor mein Ziel, echte Wissenschaftlichkeit zu wahren, nie aus den Augen. Auch am Ideal der deutschen Einheit hielt ich fest. In besonders kritischen Situationen suchte ich mich abzulenken, mit stoischem Gleichmut „gelassen“ zu bleiben. Trotzdem erlitt ich auf dem Höhepunkt des Trommelfebers im Mai 1958 einen Herzanfall.

**Durften Sie Ihre Forschungsergebnisse bekanntgeben?**

Nur sehr begrenzt. Nach Ulbrichts Sturz konnte ich ab 1972 einzelne Vorträge halten, vor überfüllten Sälen. Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken waren möglich, teils aber nur zurechtgestutzt oder verstümmelt.

**Welche Publikationsverbote wurden gegen Sie verhängt? Durften Sie im „Westen“ veröffentlichen?**

Westpublikationen waren untersagt. Trotz in jedem Fall positiver Fachgutachten wurde auch der Druck meiner zehn nach 1958 eingereichten Buch-Typoskripte in der DDR unterbunden. Die unaufhörlichen Druckverbote, selbst für Abhandlungen, Aufsätze und Rezensionen, trafen mich schwer. Auf Umwegen wurde einiges in der Bundesrepublik, in Israel, Italien, Österreich und Amerika gedruckt.

**Dachten Sie nie daran, die DDR zu verlassen?**

Erwogen habe ich es, aber lange war es unmöglich und zu vieles sprach dagegen. Seit 1956 wurde ich unter „Republikfluchtverdacht“ vom Stasi beschattet. Sobald ich Halle verließ, kamen Überwacher nach. Manchmal folgte mir ein Polizist mit Spürhund. Als Einzelkind wollte ich meine alte Mutter nicht im Stich lassen. Zudem galt es, die Ergebnisse jahrzehntelanger Arbeit, meine Skripten, Notizen und Karteien, zu retten. Die Universität verstieß mich ja erst nach dem Mauerbau.

**1979 brachten Sie mit Eduard Winter im Berliner Union-Verlag „Ketzerschicksale. Christliche Denker“ heraus. Beeinflusste das Ihre Anstellung in Berlin 1983?**

Etwas, ja. Die „Christlichen Denker“ wurden viermal aufgelegt, zweimal im Verlag der Ost-CDU und als Lizenzausgaben in Zürich und Köln. Entscheidend war aber, daß man mein Wissen für Editionen nutzen wollte.

**Wissen Sie, wie der Staatssicherheitsdienst und seine Zuträger Sie überwachten, wer Sie beobachtete, bespitzelte und denunzierte?**

Ja. Obwohl meine „Opferakte“ spurlos verschwunden ist – ebenso die Personalakte an der Universität! – ergeben

die „Täterakten“ der „Geheimen Mitarbeiter“, „Geheimen Informanten“ und eines „Geheimen Hauptinformanten“ ein umfassendes Bild der Stasi-Aktionen gegen mich ab 1954. Vier hauptamtliche Stasi-Offiziere und eine Schar Spitzel waren dafür eingesetzt. Am eifrigsten und eiferndsten war eine „sie“ mit dem Decknamen „Diana“ (Göttin der Jagd), eine skrupellose Psychopathin. Meine Widersacher wurden reich belohnt – sieben mit dem Professorentitel; das „Trojanische Pferd“ im Institut bekam ohne Examen eine Dozentur.

**1990 wurden Sie rehabilitiert. Wie stehen Sie heute zu den Verleumdern und Verfolgern von ehemals?**

Ich bin glücklich über die deutsche Einheit und hege keine Rachegefühle. Ich will vergessen, nicht vergelten. Verfolgung mit Verfolgung heimzuzahlen und neue Opfer zu schaffen, wäre das Falscheste. Viele Belastete wollen Vergangenes wiedergutmachen. Man möge ihnen Gelegenheit dazu geben. Es gilt, ausgewiesene Forscher nicht auszugrenzen, sondern zur Mitarbeit heranzuziehen. Jede vermeidbare Ausgrenzung von Fachleuten schwächt die nationale wissenschaftliche Substanz und schadet dem geistigen Standort Deutschland.

**Wie sehen Sie die Perspektive der Zentren für Aufklärungs- und Pietismusforschung?**

Sie ist so vielversprechend, daß ich mir wünschte, noch einmal jung zu sein. Beide Forschungsstätten mit ihren Quellen-schätzen können Halles Ruf als Kulturstadt stärken.

**Woran arbeiten Sie jetzt?**

Vorerst bin ich dabei, ein Werkregister und begonnene Editionen abzuschließen. Verbotenes von früher ist aufzuarbeiten und auf den neuesten Stand zu bringen. Nach langjährigen Studien und Analysen schreitet der Historiker im Alter zu Synthesen fort. Meine Synthesen gelten zunächst der Aufklärung und der gesamten Frühneuzeit.

**Was möchten Sie jungen Akademikern auf den Weg mitgeben?**

Daß man in der Wissenschaft Fleiß, Ausdauer und Zähigkeit braucht. Mein Weg der inneren Emigration erschien vielen aussichtslos, doch er war richtig. Ich habe manches zu bedauern, aber nichts zu bereuen. 40 Jahre nach Ulbrichts Attacken gegen mich lautet mein Fazit: Nur was man selbst aufgibt, ist endgültig verloren.

*Die Fragen stellte Margarete Wein.*

*Den Abdruck empfahl Dr. med. Aloys Henning, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des AB Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

### Dr. med. Bärbel Zaddach-Dudek (1937–1998)

Am 12. Januar 1998 starb nach mehrjähriger Krankheit unsere Mitarbeiterin Dr. med. Bärbel Zaddach-Dudek im 61. Lebensjahr. Geboren in Berlin als zweites von vier Kindern einer Eisenbahnerfamilie, wurde Bärbel Zaddach bereits als Kind von den Eltern getrennt, um der Gefahr der Bombenangriffe auf Berlin entzogen zu sein, ein Trauma, das sie zeitlebens schmerzte. 1953 mußte sie die Ostberliner Musikoberschule verlassen, weil ihre Eltern von Ost- nach Westberlin geflüchtet waren. Ein Musikstudium am Westberliner Konservatorium konnte sie wegen Geldmangels nicht weiterführen. Lange als Sekretärin arbeitend, bereitete sich B. Zaddach in Abendkursen auf das Abitur vor und begann mit 28 Jahren an der Freien Universität das Medizinstudium. Nach Auslandsstudien in Bern und Auslandspraktika, u. a. in Australien, schloß sie ihre Studien in Berlin ab und promovierte 1973 mit einer neuropathologisch-anatomischen Arbeit unter J. Cérvo-Navarro zu Altersveränderungen der Zytoarchitektur des menschlichen Großhirns. Nach mehrjähriger klinischer, vor allem pulmologischer Tätigkeit als Ärztin wurde sie 1978 Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Medizin am Osteuropa-Institut der FU Berlin und widmete sich hier besonders onkologischen Fragen der sowjetischen Medizin. Ein von H. Müller-Dietz 1979 publizierter Sammelband „Dr. Anton P. Čechov“ enthält eine Studie von B. Zaddach zu Čechovs Lungenerkrankung, die herkömmliche Ansichten von Literaturwissenschaftlern zu Čechovs Tuberkulose korrigiert. Daneben war sie lehr-

beauftragt für sozialmedizinische Seminare für Medizinstudenten am Institut für Soziale Medizin der FU.

Als 1987 die Abteilung Medizin geschlossen wurde – schon damals im Rahmen von Mitteleinsparungen durch die Freie Universität –, ließ der inzwischen verstorbene Soziologe und Hochschullehrer René Ahlberg B. Zaddachs Forschungen in seiner Abteilung am Osteuropa-Institut weiterführen. Ihre Liebe zur Musik setzte Bärbel Zaddach-Dudek aktiv um: zeitweilig im ökumenischen Chor St. Nikolaus für orthodoxe Kirchenmusik unter F. Görner, vor allem am Piano in Jazz-Gruppen (u.a. „Mon-sun“, „Me two“) und in eigenen Kompositionen. Ihre musikalische Kompetenz wie ihre psychosomatische als Ärztin führte sie an die auffällige Biographie des Mediziners und Hochschullehrers der Chemie Alexander Borodin, der infolge lebenslanger Überlastung nach Meinung seines Kollegen Rimskij-Korsakov der Musikwelt wesentliche Kompositionen vorenthalten mußte und mit 54 Jahren vorzeitig starb. Bärbel Zaddach-Dudek hat in einem Borodin-Vortrag in der 16. Ringvorlesung des Osteuropa-Instituts „Wissenschaftsgeschichte in Osteuropa“ 1996 im Wissen um ihre eigene tödliche Bedrohung die krankmachenden Biographica von Hochschulangehörigen als erforschenswert bzw. solche Untersuchungen für *notwendig* erachtet. In der Trauerfeier für sie machte ihre Musik den Abschied nur wenig tröstlicher. Das Borodin-Projekt ist verwaist.

Aloys Henning

### Prof. Dr. med. Heinz E. Müller-Dietz (1923–1998)

Am 8. Juni 1998 starb Professor Dr. med. Heinz Müller-Dietz im 74. Lebensjahr nach schwerer Krankheit. Als zweites von drei Kindern eines Lehrerehepaares wuchs er in Berlin auf. Das Gymnasium beendete er mit dem Notabitur, um als Siebzehnjähriger im Frühjahr 1941 in den Krieg zu ziehen. Nach einer Kopfverletzung geriet er 1943 als Leutnant in sowjetische Kriegsgefangenschaft, in der er autodidaktisch Russisch lernte; bis 1948 galt er für seine Angehörigen als vermißt. Nach der Heimkehr im Frühjahr 1949 studierte er ab Mai desselben Jahres Medizin an der Freien Universität. Schon als Student half er dem Leiter der pathologischen Abteilung am Moabiter Krankenhaus, Professor Max Brandt (1890–1972) aus Riga, beim Aufbau der Abteilung Medizin am Osteuropa-Institut der FU ab 1952. Nach dem Staatsexamen an der Universität Hamburg promovierte H. Müller-Dietz 1955 bei dem Sozialhygieniker Hans Harmsen mit einer Arbeit über die Betreuung von Tuberkulose-Kranken vor und nach der russischen Oktoberrevolution. Nach kurzer klinischer Tätigkeit wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter von M. Brandt am Osteuropa-Institut und leitete nach dessen Ausscheiden 1966 die Abteilung Medizin am OEI bis zu ihrer Auflösung 1987. Er habilitierte sich 1970 für Medizingeschichte mit der Monographie „Der russische Militärarzt im 18. Jahrhundert“. Sein medizinhistorisches Interesse fanden bevorzugt soziale und kulturelle Verhältnisse von ihm erforschter Personen, Zeiten und Regionen, seine besondere Zuneigung der Mediziner-Kollege Anton P. Čechov. Die Arbeit der

in Europa einzigartigen Abteilung am OEI, an welcher neben ihm zwei weitere Mediziner arbeiteten, galt vorrangig medizinsoziologischen und zeitgeschichtlichen Aspekten, vor allem des sowjetischen Gesundheitssystems, das für alle Warschauer-Pakt-Staaten weitgehend paradigmatisch war, so auch für die DDR, deren Gesundheitswesen kritisch zu würdigen differenzierte Kenntnisse der russischen und sowjetischen Geschichte erforderte. Arbeitsergebnisse wurden u.a. im von Müller-Dietz aufgebauten und weltweit bezogenen Periodikum *Medizinischer Literaturdienst* (MLD) publiziert, der von 1969 bis 1984 maximal monatlich erschien mit diversen Beiheften, in der Medizinischen Reihe der Berichte des Osteuropa-Instituts, in von ihm betreuten medizinhistorischen Dissertationen und eigenen Fachbeiträgen und Monographien.

Mit Rolf Winau hat Heinz Müller-Dietz die medizinhistorische Reihe des Matthiesen-Verlags in Husum ediert. Auf zahlreichen Reisen vor allem in die UdSSR, in welche er mehrfach Exkursionen für Mediziner und Medizinhistoriker leitete, pflegte er vielfältige wissenschaftliche Kontakte. 1991 wurde H. Müller-Dietz von der Akademie der Naturwissenschaften (AEN) in Moskau zum Ordentlichen Mitglied der Sektion „Russische Enzyklopädie“ gewählt. Seine letzte Buchpublikation bei Gustav Fischer 1995 galt deutsch-russischen Wechselbeziehungen in Arzt-Biographien.

Aloys Henning